Winfried Adler

Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus in Südtirol und im Aostatal 1922 - 1929

Trier 1979

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550006_0002

Winfried Adler

Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus in Südtirol und im Aostatal 1922 - 1929

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
an der Universität Trier
Fachbereich III

28. — 29. Juni 1979

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 1

I. Vorgeschichte: Die Minderheitenpolitik des liberalen Italiens 1861-1922 9

A. Die Behandlung der französischsprachigen Minderheit im Aostatal bis 1914 9

B. Die "natürliche Grenze" Italiens als Kriegsziel 1914-1918 12

C. Italien und die Minderheitenfrage auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 17

D. Die Integration Südtirols als ein Teil der Neuen Provinzen Italiens 1918-1922 20

1. Die autonomiefreundliche Phase 1919-1920 21

a. Die Regierungen Orlando, Nitti und Giolitti und die ethnischen Minderheiten 21

b. Der frühe Faschismus und die ethnischen Minderheiten 22

2. Die Phase der Wiedergewinnung der "geraubten Seelen" 1921-1922 24

a. Die Trentiner Ansprüche auf Südtirol 24

b. Die Entstehung des Faschismus im Trentino und in Südtirol 25

c. Die Befürworter und Gegner der Autonomie in Italien 28

aa. Übersicht 28

bb. Die Nationalisten 30

cc. Giovanni Preziosi 33

dd. Die Südtiroler und Trentiner 34

d. Die Südtirolpolitik des Generalzivilkommisars der Venezia Tridentina, Credaro 37

e. Der Marsch auf Bozen und Trient 42

Seite

II. Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus in Südtirol 50

A. Südtirol in der Phase zwischen Machtergreifung und Diktatur des Faschismus 1923-1924 50

1. Das Scheitern des 1. Bozner Burgfriedens 50

2. Die neuen sprachlichen Gesetze und Verordnungen 59

a. Die Entstehung der Lex Gentile vom Oktober 1923 59

aa. Das Südtirolprogramm Tolomeis 59

bb. Der Imperialismus Mussolinis 63

cc. Das Zögern Gentiles 65

b. Die Begründung der Italianisierung Südtirols durch Mussolini und den Präfekten von Trient 67

c. Die Stellungnahme der Faschisten, Liberalen und Popolari der Provinz Trient zur Italianisierung Südtirols 69

3. Der Beitrag der Legione Trentina zur Italianisierung Südtirols 72

B. Südtirol in der Entstehungsphase des faschistischen Regimes bis zur Schaffung der Provinz Bozen 1925-1926 75

1. Das Scheitern des 2. Bozner Burgfriedens 75

2. Die faschistische Reaktion auf den Locarno-Vertrag 79

a. Das Verbot des muttersprachlichen Elementarschul- und Privatunterrichts 79

b. Die Auseinandersetzung zwischen Mussolini und Stresemann über Südtirol 86

c. Die Errichtung des Siegesdenkmals in Bozen 91

3. Die Ausschaltung der wirtschaftlichen Organisation Südtirols 95

a. Die Regelung der österreichischen Kriegsanleihebelehnungsschulden 95

b. Die Faschistisierung des Bauernbunds 98

c. Die Umwandlung der Bozner Handelskammer 99

d. Der Angriff auf die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Bozen 101

4. Die Industrie- und Siedlungspolitik 106

Seite

C. Südtirol in der Entstehungsphase des faschistischen Regimes seit der Schaffung der Provinz Bozen 1927-1928 109

1. Die Schaffung der Provinz Bozen 109

2. Der Konflikt zwischen dem Präfekten und dem Parteiverbandssekretär 114

3. Die "Rückerstattung" der Nachnamen und die Regelung des deutschen Privatunterrichts 118

4. Der Kampf um die Sprache im Religionsunterricht 121

D. Südtirol unter dem faschistischen Regime ab 1929 131

1. Die neue Status quo Politik 131

2. Die Bedeutung des Konkordats für Südtirol 133

a. Das Konkordat und die ethnischen Minderheiten 133

b. Der Klerus 134

c. Die Bischofsfrage 135

d. Die Bistumsgrenze 137

e. Die katholischen Schulen 139

f. Die katholische Presse 141

Seite

III. Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus im Aostatal 143

A. Das Aostatal nach der Machtergreifung des Faschismus bis zur Schaffung der Provinz Aosta 1923-1926 143

1. Der Faschismus und die Ligue Valdôtaine 143

2. Die Abschaffung der "écoles de village" 145

3. La Jeune Vallée d'Aoste 146

4. Die Gesetze über den muttersprachlichen Elementarschulunterricht und die Gerichtssprache 148

B. Das Aostatal seit der Schaffung der Provinz Aosta 1927-1939 150

1. Die Auswirkungen des "fuoruscitismo" auf das Aostatal 150

2. Die Verfolgung des französischen Privatunterrichts und die Italianisierung des Religionsunterrichts 153

3. Der Zusammenbruch des Crédit Valdôtain 155

4. Die Aktion gegen La Jeune Vallée d'Aoste 157

5. Die Sprachpolitik Bischof Imbertis 159

6. Die Italianisierung der Aostaner Ortsbezeichnungen 161

Exkurs 165

1. Die Bedeutung des Wortes "razza" bei Mussolini und Tolomei im Zusammenhang mit der Minderheitenpolitik des Faschismus 165

2. Die Darstellung der ethnischen Minderheiten im faschistischen Italien 169

Zusammenfassung 173

Abkürzungsverzeichnis 190

Anmerkungen 191

Quellen und Literatur 243

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis meines allgemeinen Interesses für die Geschichte des italienischen Faschismus und eines konkreten Vorschlags von Professor Wolfgang Schieder. Ihm bin ich besonders verpflichtet: denn er hat diese Untersuchung betreut, und durch seine Vermittlung erhielt ich ein Promotionsstipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz und für 1973 und 1974 ein Stipendium des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Für diese Zeit bin ich Professor Reinhard Elze sehr dankbar, dem Direktor des Deutschen Historischen Instituts, der mich immer wieder freundlich drängte, der Geschichte des Aostatals die gebührende Beachtung zu schenken. Die Mitarbeiter des Instituts Dr. Jens Petersen, Dr. Helmut Goetz und Professor Rudolf Lill halfen mir mit zahlreichen Hinweisen und freundlichen Einwänden. Außerdem gaben mir die Professoren Renzo De Felice (Rom), Ettore Passerin d'Entrèves (Turin) und Umberto Corsini (Trient-Venedig) wertvolle Anregungen. Auf lokaler Ebene waren mir besonders hilfreich Dr. Tullio Omezzoli (Aosta), Dr. Sergio Benvenuti (Trient), Dr. Norbert Mumelter und Dr. Otto Vinatzer (beide Bozen).
Mein Dank gilt auch der Direktion und den Mitarbeitern des Archivio Centrale dello Stato in Rom, dessen Akten die Grundlage der vorliegenden Untersuchung bilden. Eigens erwähnen will ich aber auch die zuverlässige und freundliche Bedienung der Biblioteche Riunite della Regione e della Città d'Aosta, die Tessmann Bibliothek in Bozen, die Biblioteca Comunale in Trient und das Referat "S" der Tiroler Landesregierung in Innsbruck.

Die erste Fassung der vorliegenden Arbeit wurde 1979 vom Fachbereich III der Universität Trier als Dissertation angenommen. Professor Günter Birtsch übernahm dankenswerterweise das Koreferat. Die jetzige Fassung wurde in der Zwischenzeit etwas überarbeitet und erweitert.

Stuttgart, im August 1980 Winfried Adler

Einleitung

Südtirol und das Aostatal sind Alpengebiete mit beträchtlichen geographischen, politischen und geschichtlichen Unterschieden. Die rund 220.000 deutschsprachigen Südtiroler, die durch den Vertrag von St. Germain vom nördlichen Tirol getrennt wurden, mit dem sie durch den niedrigsten Paß der Zentralalpen seit Jahrhunderten politisch verbunden waren, standen Italien ablehnend gegenüber. Dagegen war den rund 70.000 französischsprachigen Bewohnern des Aostatals auf Grund ihrer relativ starken geographischen Abriegelung gegenüber Frankreich und ihrer alten Loyalität gegenüber dem Haus Savoyen, das seit 1861 im Königreich Italien herrschte, die politische Zugehörigkeit zu Italien selbstverständlich. Hinzu kam, daß Frankreich keinen Anspruch auf das Aostatal erhob, während in Deutschland und Österreich die Forderung nach der Rückgabe Südtirols zwischen den Weltkriegen nicht verstummte. Gerade die verschiedene politische Ausgangslage Südtirols und des Aostatals ist es, die zu einem Vergleich der faschistischen Politik in beiden Alpengebieten herausfordert; denn ein solcher Vergleich verspricht - mehr als eine Studie über Südtirol und das Julische Venetien mit seinen über 400.000 slawischsprachigen Bewohnern, die nach dem Ersten Weltkrieg gegen ihren Willen zu Italien kamen, - die Beantwortung der Frage, inwieweit die Furcht vor dem Irredentismus ein wesentliches Motiv faschistischer Minderheitenpolitik war.

Der größte Teil der sehr umfangreichen deutschsprachigen Literatur stellt die faschistische Minderheitenpolitik so dar, als ob sie nur oder überwiegend Südtirol betroffen hätte. Wenn die Südtirolpolitik nämlich nicht vor dem Hintergrund der allgemeinen Innen- und Minderheitenpolitik des Faschismus gesehen wird, kann ihr leicht ein antideutsches Motiv unterstellt werden[1]. Als Urheber der Italianisierungspolitik in Südtirol erscheint der Trentiner Ettore Tolomei, der nach einer immer wieder herangezogenen Aussage des italienischen Historikers Salvemini als Erfinder der raffiniertesten Mittel zur Unterdrückung ethnischer Minderheiten überhaupt vorgestellt wird[2]. Seit Paul Herres Buch von 1927 ist es die gängige Meinung, Tolomei und seine Freunde in der Nationalistenpartei hätten im März 1923 den für die Zu-

kunft entscheidenden Sieg über Mussolini und den Bozner faschistischen Parteisekretär Barbesino errungen, die angeblich zu einer gemäßigten Südtirolpolitik neigten[3]. Man glaubt, nach Tolomeis Sieg sei die faschistische Südtirolpolitik bis 1939 insgesamt programmgemäß abgelaufen, wobei neben Tolomei vor allem dem "Trentiner Klüngel" für die Jahre 1923 - 1926 ein besonderer Einfluß beigemessen wird[4]. Nach den innen- oder außenpolitischen Motiven dieser Politik wird kaum gefragt, vielmehr sieht man hinter ihr die Lust zu quälen ("tormentare le minoranze") am Werk[5].

Dieses herkömmliche und bis in die jüngste Zeit gezeichnete Bild ist teilweise bereits 1968 durch Claus Gatterer berichtigt worden. Gatterer betont, daß der italienische Faschismus alle ethnischen Minderheiten und alle nichtfaschistischen Italiener unterdrückt habe, und nimmt damit der Italianisierungspolitik in Südtirol das antideutsche Motiv. Nach Gatterer mußte Mussolini im März 1923 nicht vor den italienischen Nationalisten unter Führung Tolomeis kapitulieren, vielmehr machte er sich Tolomeis Programm zu eigen, dem er schon im Juni 1921 nahegestanden hatte[6]. Obwohl Gatterer die Rolle Tolomeis und des Trentiner "Klüngels" relativiert, bleibt er doch gleichzeitig dem Bild eines von einem "Wahn" befallenen Tolomei verhaftet, den sogar Mussolini fürchtete[7]. Da sich Gatterer außerdem den genaueren Vergleich zwischen Tolomeis Programm und seiner Durchführung erspart und die faschistischen Maßnahmen gegen die Minderheiten ohne Rücksicht auf außenpolitische Zusammenhänge beschreibt, erscheint die Zeit zwischen 1923 und 1939 als eine einzige Periode. Die treibende Kraft hinter der faschistischen Minderheitenpolitik bleibt auch für ihn die "Peinigung der Minderheiten"[8].

Den fehlenden Bezug auf die deutsch-italienische Außenpolitik stellt zum Teil die Dissertation Leopold Steurers von 1975 her. An Hand der Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Bonn und des Bundesarchivs in Koblenz macht Steurer die Intensität der deutschen irredentistischen Bestrebungen in und um Südtirol besonders in den Jahren 1925 - 1926 und seit der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland deutlich, die sich selbstverständlich auf die Südtirolpolitik des Fa-

schismus auswirken mußte[9]. Eine engere Verknüpfung der deutsch-italienischen Beziehungen der 20er Jahre mit den faschistischen Maßnahmen in Südtirol, die bedauerlicherweise das Werk Mario Toscanos schuldig geblieben ist, kann freilich die Arbeit Steurers, die sich nur auf deutsche Akten stützt, nicht liefern[10].

Auf italienischer Seite beschäftigen sich seit den 70er Jahren Angelo Ara und Sergio Benvenuti an Hand von italienischem Archivmaterial mit der Südtirolpolitik des Faschismus. Ara bemüht sich vor allem um eine Periodisierung der faschistischen Südtirolpolitik und gibt nützliche Hinweise auf das Aktenmaterial des Archivio Centrale dello Stato in Rom[11]. Die Archiv- und Bibliothekstudien Benvenutis sind zum Teil gleichzeitig mit denjenigen zu der hier vorliegenden Dissertation erfolgt. Sein mit großer Sorgfalt geschriebenes Buch über den Faschismus in der Venezia Tridentina in den Jahren 1919 - 1924 hat zwar das Trentino als Schwerpunkt, erlaubt es aber, in dieser Dissertation einige Ereignisse in Südtirol kürzer als ursprünglich geplant darzustellen[12].

Die Literatur über die Politik des Faschismus im Aostatal hat den großen Vorteil, daß ihr die antiitalienische Polemik fehlt, die der deutschsprachigen Literatur über Südtirol allzu häufig den Blick für den faschistischen Charakter der italienischen Minderheitenpolitik zwischen 1923 und 1939 versperrt. Die faschistische Unterdrückungspolitik im Aostatal wird als die extreme Form eines Staatszentralismus gesehen, dessen negative Auswirkungen auf die ethnischen Minderheiten nicht nur in Italien sondern auch im angrenzenden Frankreich bekannt sind[13]. Daneben ist jedoch die äußerst fehlerhafte Darstellung und Datierung der Italianisierungsmaßnahmen auffällig, die erst durch die Arbeiten Tullio Omezzolis teilweise berichtigt worden ist[14]. Leider übernimmt Gatterer bei der Behandlung des Aostatals noch die üblichen falschen Daten. Außerdem verwischt er den Unterschied, der sowohl das methodische Vorgehen des Faschismus als auch die Haltung der Bevölkerung im Aostatal im Vergleich zu Südtirol und der Venezia Giulia kennzeichnet[15].

Besonderes Gewicht wird in der Aostaliteratur dem "Widerstand" beigemessen. Einige Autoren sprechen vom Aostaner Widerstand, bzw. von einer geheimen Widerstandsorganisation gegen die faschistische Italianisierungspolitik, als handle es sich dabei um eine von 1922 - 1945 durchgängige Erscheinung[16]. Dagegen macht die Arbeit Joseph-César Perrins von 1973 über La Jeune Vallée d'Aoste deutlich, was teils schon André Zanotto 1968 geschrieben hat: der Widerstand gegen die faschistische Italianisierungspolitik war Sache einer Minderheit in der Minderheit, der Klerus war in der Sprachenfrage gespalten und ein guter Teil der Aostaner verhielt sich der französischen Schriftsprache gegenüber indifferent[17]. Dieser gegenüber der eigenen Vergangenheit unvoreingenommeneren Haltung entspricht es, daß Ettore Passerin d'Entrèves - in der bisher einzigen auf faschistischen Präfekturakten aufgebauten Studie über die Sprachpolitik im Aostatal der 20er Jahre - aus dem Versuch einer Zusammenarbeit des Vorsitzenden der Ligue Valdôtaine, Anselme Réan, mit dem Faschismus ebensowenig einen Hehl macht wie die Arbeit Perrins über die Ligue Valdôtaine von 1974[18]. Die Forschungen zur faschistischen Aostapolitik sind seither durch Omezzoli und Elio Riccarand ergänzt worden. Omezzoli untersucht die Haltung der im Aostatal erschienenen faschistischen Presse gegenüber der Aostaler Bevölkerung, Riccarand liefert einen Beitrag zur Entstehung des Faschismus im Aostatal im September 1920[19].

Keine der bisherigen Studien über das Aostatal bietet eine hinreichende Übersicht über die faschistischen Maßnahmen und ihren Stellenwert innerhalb der allgemeinen faschistischen Innen- und Minderheitenpolitik. Auch ist bis auf ganz geringe Andeutungen bisher nicht versucht worden, das italienisch-französische Verhältnis mit der faschistischen Assimilierungspolitik im Aostatal in Verbindung zu bringen[20]. Lediglich die Arbeit von Riccarand und Omezzoli über die Aostataler Auswanderung läßt ahnen, daß dem Faschismus eine Verbindung der Aostataler Auswanderer in Frankreich mit den "fuorusciti" und deren Einfluß auf das Aostatal unangenehm war[21].

Zur Erforschung der faschistischen Minderheitenpolitik in der Venezia Giulia haben vor allem vier Autoren beigetragen.Der

Slowene Lavo Cermelj lieferte bereits 1936 einen Beitrag, der seither in verschiedenen Sprachen mehrmals verbessert erschienen ist. Seine Darstellung ist am besten als Einführung geeignet, da sie die wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen und ihre Auswirkung geordnet anführt und Zahlenmaterial bereitstellt. Einen Blick auf die übrigen Minderheitengebiete Italiens wirft Cermelj aber ebensowenig wie Elio Apih, der den Nationalitätenkampf in der Venezia Giulia auf die Formel "Faschismus - Antifaschismus" reduziert. Am weitesten gespannt ist die Arbeit von Dennison I. Rusinow, der nicht nur wie Claus Gatterer auf die Minderheiten in Italien als Gesamtkomplex verweist, sondern sich bemüht, die Minderheitenpolitik in der Venezia Giulia vor den Hintergrund der italienisch-jugoslawischen Beziehungen zu rücken[22]. Befriedigend ist keine der Darstellungen der vier Autoren, die für die Zeit vor dem 2. Weltkrieg fast kein Archivmaterial heranziehen. Außerdem berücksichtigen sie in der Praxis kaum, daß die Südslawen Italiens auf sechs Provinzen, Udine, Görz, Triest, Pola, Fiume und Zara, verteilt lebten, in denen sie in sehr unterschiedlichem Maße Anteil an der Gesamtbevölkerung hatten und in denen der Faschismus unterschiedlich vorging.

In Anbetracht der Mängel der bisher vorhandenen Literatur über die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus war die vorliegende Dissertation ursprünglich thematisch umfangreicher geplant. Sie sollte an Hand der Akten des Archivio Centrale dello Stato und des Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri für die Zeit von 1922 bis 1939 in möglichst allen Bereichen die faschistischen Maßnahmen in Südtirol, in der Venezia Giulia und im Aostatal exakt vergleichen, ihren ideologischen, innen- und außenpolitischen Motiven nachgehen und die in Regierung, Behörde und Partei entscheidenden Instanzen herausfinden. Die Quellenlage und der Umfang des Forschungsgebiets legten jedoch eine Beschränkung auf Südtirol und das Aostatal nahe. Die Darstellung der faschistischen Minderheitenpolitik in der Venezia Giulia unterblieb, da sie einerseits die Erarbeitung der außenpolitischen Beziehungen des faschistischen Italiens zu einem weiteren Nachbarstaat vorausgesetzt hätte und andererseits - aus dem zu Anfang

dargestellten Grund - weniger gewinnbringend erschien als ein Vergleich zwischen Südtirol und dem Aostatal. Dies wird umso verständlicher, wenn man berücksichtigt, daß Mussolini für den italienischen Patriotismus der Aostaner wiederholt anerkennende Worte fand, und es an der Bereitschaft zur Kollaboration mit dem faschistischen Regime im Aostatal seit 1922 nicht fehlte. Eine Konzentration auf die faschistische Südtirolpolitik der 20er Jahre ergab sich aus dem Umstand, daß italienisches Archivmaterial über Südtirol in den 30er Jahren recht spärlich vorhanden ist und das ACS - außer gelegentlich in den Beständen des Ministerpräsidiums - keine Akten des Wirtschafts- oder Finanzministeriums enthält. Da der Faschismus der 30er Jahre in Südtirol vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln vorging, schien es daher sinnvoll, die Untersuchung auf die faschistische Südtirolpolitik der 20er Jahre einzuengen, die überwiegend in der Durchsetzung legislativer Maßnahmen auf dem Gebiet der Sprache, der Schule, des Rechts und der Verwaltung bestand.

Während das ACS großzügig Einblick in seine Bestände gewährte, wurde der Zustritt zu anderen italienischen Archiven nicht gestattet, wenn auch von privater Seite vereinzelt Kopien von Archivmaterial zur Verfügung gestellt wurden. So kann die hier vorgelegte Dissertation zwar mehr, als es bisher geschehen ist, den Einfluß der außenpolitischen Beziehungen Italiens zu Deutschland und Frankreich auf die Minderheitenpolitik in Südtirol, bzw. im Aostatal sichtbar machen, wichtige Zusammenhänge müssen jedoch ohne die Einsicht in die Akten des italienischen Außenministeriums weiterhin ungeklärt bleiben. Dieser Mangel wird auch durch die Kenntnis der Berichte der deutschen Botschaft in Rom nicht behoben, da sie häufig nur Ausdruck der diplomatischen Intentionen Mussolinis oder des Botschafters sind und den wahren Sachverhalt absichtlich oder unabsichtlich verfälschen.

Einige Teile der vorliegenden Untersuchung stützen sich auf Zeitungen und Zeitschriften, die in den Nationalbibliotheken von Florenz, Mailand, Rom und Turin und in den örtlichen Bibliotheken von Aosta, Bozen und Trient aufbewahrt werden. Vor allem in dem Zeitraum zwischen 1919 und 1924 wurden faschistische, nationalistische und liberale Zeitungen und Zeitschriften durchgearbeitet, um die durch die gegensätzliche Darstellung Herres und Gatterers

aufgeworfene Frage beantworten zu können, ob sich die faschistische Minderheitenpolitik aus älteren programmatischen Forderungen Mussolinis und des Faschismus ergibt oder ihre Ursache darin hat, daß sich die faschistische Partei bei ihrer Fusion mit der Nationalistenpartei Ideen aufdrängen ließ, die auch den zentralstaatlichen Vorstellungen weiter Teile des liberalen Bürgertums entsprachen. Darüberhinaus geht die vorliegende Untersuchung den Äußerungen Mussolinis und einzelner faschistischer Persönlichkeiten über die ethnischen Minderheiten in Mussolinis Opera Omnia, den italienischen Parlamentsakten und einigen Zeitschriften nach und versucht, die Funktion dieser Aussagen für die faschistische Innenpolitik zu deuten und herauszufinden, inwieweit die faschistische Minderheitenpolitik von rassischen Kriterien beeinflußt war.

Die vorliegende Arbeit beginnt mit einer summarischen Darstellung der Sprachpolitik des liberalen Italiens im Aostatal zwischen 1861 und 1914. Diese Darstellung dient nicht nur zur Erläuterung des Zustands, in dem sich das Aostatal bei der Machtübernahme des Faschismus befand, sondern sie soll auch zeigen, inwieweit der allgemeinen Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus durch die Ideologie und Praxis des liberalen Italiens des 19. Jahrhunderts ein Beispiel gesetzt war. Keineswegs soll jedoch die Assimilierungspolitik des liberalen Italiens im Aostatal als die Vorstufe einer italienischen Minderheitenpolitik schlechthin ausgegeben werden, wie dies Darstellungen tun, die sich darauf beschränken, die äußere Ähnlichkeit von Maßnahmen und programmatischen Forderungen gegenüber den ethnischen Minderheiten in Italien zwischen 1861 und 1939 zu beschreiben. Einer solchen Auffassung entgegenzutreten, ist unter anderem der Sinn der Beschreibung der Minderheitenpolitik des liberalen Italiens in der Zeit zwischen 1919 und 1922, als die Regierungen Italiens den ethnischen Minderheiten die eine oder andere Form der Autonomie zu gewähren bereit waren.

Die Darstellung der faschistischen Minderheitenpolitik in Südtirol im ganzen endet im Jahre 1929. Selbst wenn sich eine Beschränkung auf die 20er Jahre aus der Quellenlage ergibt, bildet das Jahr 1929 keinen willkürlichen, sondern einen, wie sich zeigen wird, sinnvollen Abschluß. In der Geschichte des Aosta-

tals stellt das Jahr 1929 dagegen keinen klaren Einschnitt dar, und die Beschreibung der faschistischen Aostapolitik muß dementsprechend auf die 30er Jahre übergreifen. Wenn das Thema der vorliegenden Dissertation dennoch das Jahr 1929 als offizielles Ende der Untersuchung angibt, geschieht es deshalb, weil der Schwerpunkt der Arbeit eindeutig auf Südtirol liegt.

I. Vorgeschichte: Die Minderheitenpolitik des liberalen Italiens 1861-1922

A. Die Behandlung der französischsprachigen Minderheit im Aostatal bis 1914

Im Jahre 1909 wurde von Dr. Anselme Réan das "Comité pour la protection de la langue française dans la Vallée d'Aoste", später kurz "Ligue Valdôtaine" genannt, gegründet. Wie der Name der Vereinigung anzeigt, war das Französische im Aostatal damals bereits stark bedroht[1]. Die französische Gerichtssprache war zwischen 1860 - 89 ohne gesetzliche Regelung verschwunden, da die jungen Richter und Anwälte seit der Einigung Italiens nur noch von italienischen Universitäten kamen. Die Unterrichtssprache der Elementar- und Sekundarschulen war italienisch, allerdings gab es in den Bergdörfern noch rund 350 von einheimischen Hilfskräften geführte Schulen ("écoles de village"), die in Französisch, bzw. im Aostaner Dialekt unterrichteten. Gottesdienst und Religionsunterricht wurden noch ganz auf Französisch gehalten, ebenso wurden die Ortsbezeichnungen nur französisch geschrieben. Die Gemeinden und Notariate bedienten sich überwiegend des Französischen, wobei allerdings offen war, auf welcher rechtlichen Grundlage dies geschah[2]. Die Verfassung Italiens, die schon seit 1848 im Königreich Sardinien-Piemont in Geltung war, äußerte sich nämlich hinsichtlich der Amtssprache nicht. Zugunsten einer nichtitalienischen Verwaltungssprache konnte man bestenfalls Artikel 62 heranziehen, demzufolge die offizielle Parlamentssprache zwar italienisch war, Abgeordnete aus französischsprachigen Gebieten jedoch französisch sprechen durften[3].

Diese Regelung ging auf eine Zeit zurück, als das Herzogtum Savojen noch zu Piemont gehörte und Adel und Großbürgertum in Piemont französisch sprachen. So wurde beispielsweise die Verfassung von 1848 auf Französisch beraten und in ihrem ersten Entwurf in dieser Sprache vorgelegt. Selbst Ministerpräsident Cavour sprach wesentlich besser französisch als italienisch[4]. Als er jedoch im März 1860 Nizza und Savojen als Preis für die Annexion Mittelitaliens an Frankreich abtreten mußte, war die sprachliche und politische Situation verändert. Die französisch-

sprachige Bevölkerung, die im Herzogtum Savojen-Piemont 1561 42 % der Gesamtbevölkerung ausgemacht hatte, schrumpfte im Königreich Italien 1861 auf 104.036 Personen, d.h. auf 0,49 % der Gesamtbevölkerung[5]. Obwohl eine echte Gefahr des Separatismus nicht bestand und der Gemeinderat der Stadt Aosta schon am 31. Mai 1860 dem Unterrichtsministerium versicherte, Aosta gehöre "à la grande famille italienne", vertrat die Regierung die Ansicht, daß die "natürlichen Wächter der Alpen" "die Sprache derjenigen Familie sprechen müssen, zu der sie gehören"[6].

Im August 1860 verfügte das Unterrichtsministerium in Turin die Italianisierung der Unterrichtssprache des "ginnasio" (Klasse 1-5) und die Auflösung des "liceo" (Klasse 6-8) der Stadt Aosta[7]. Die Auflösung der oberen Klassen ging auf die Bemühungen von Justiz- und Innenminister Rattazzi zurück, den piemontesischen Staat anläßlich der Einverleibung der Lombardei 1859 zu zentralisieren. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurde die bisherige Provinz Aosta ein einfacher Bezirk ("circondario") der Provinz Turin, dem nach dem Unterrichtsgesetz vom November 1859 kein staatliches "liceo" zustand[8]. Die Italianisierung des "ginnasio" stand dagegen im Widerspruch zum neuen Unterrichtsgesetz, das den französischsprachigen Gebieten des Königreichs Sardinien die übliche französische Unterrichtssprache garantierte. Man muß allerdings berücksichtigen, daß das Gesetz in dieser Form wohl nur zustandegekommen war, weil Rattazzi 1859 im Gegensatz zu Cavour geglaubt hatte, das alte Königreich Sardinien mit Nizza und Savojen werde - lediglich um die Lombardei erweitert - weiterbestehen[9]. Die Aostaner sandten daraufhin 1861 - 1888 ihre Kinder auf das städtische oder das bischöfliche "ginnasio", die wegen der französischen Unterrichtssprache vom Staat nicht anerkannt waren. Für das Verhalten der Aostaner Eltern war teils die Anhänglichkeit an die althergebrachte Schriftsprache und teils der Druck des einheimischen Klerus entscheidend, der dem liberalen Italien doppelt feindlich gegenüberstand; denn zum einen unterdrückte der neue Staat diejenige Sprache, die auch die Sprache der Kirche im Aostatal war, zum andern hielt er den Kirchenstaat besetzt. Erst mit der Errichtung einer staatlichen Internatsschule im Jahre 1888 gelang es der Regierung, in Aosta ein italienischsprachiges "ginnasio" durchzusetzen[10].

Die Verdrängung des Französischen aus dem Unterricht der Elementarschulen erfolgte im Zusammenhang mit der Erweiterung des Wahlrechts. Der Wahlreform von 1882, bzw. 1912 ging jeweils 1877 und 1911 eine Schulreform voraus, da alle Wahlberechtigten lesen und schreiben können sollten. Im Dezember 1883, etwas über ein Jahr nach der Wahlreform, verfügte der Provinzschulrat von Turin die Abschaffung der französischen Unterrichtssprache in den Aostaner Elementarschulen unter Berufung auf den zweiten Artikel der Lex Coppino von 1877, der von der Schulpflicht, nicht aber von einer fremden Unterrichtssprache sprach. Mit Berufung auf das Unterrichtsgesetz von 1859 gelang es den Aostanern im Jahre 1884, wenigstens die theoretische Gleichstellung der beiden Unterrichtssprachen Italienisch und Französisch für die Elementarschule auszuhandeln[11]. In der Praxis wurde jedoch das Französische immer mehr verdrängt. Die Lex Credaro von 1911, die ein Jahr vor der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts erlassen wurde, führte zur Bekämpfung der hohen Analphabetismusrate in Italien eine starre zentrale Schulverwaltung ein, nahm den Gemeinden das Recht, die Elementarschullehrer zu ernennen und übertrug es der Provinzschulbehörde. Das Gesetz, das angesichts der Unfähigkeit vieler Gemeinden Italiens, einen geregelten Elementarschulunterricht zu garantieren, seine Berechtigung hatte, hatte im Aostatal, das keinen Analphabetismus kannte, geradezu den umgekehrten Effekt[12]. Sizilianer und Kalabresen, die kein Französisch konnten, wurden zu Lehrern im Aostatal ernannt. Häufig nahmen die Betroffenen ihre Stelle nicht an, so daß der Unterricht ausfiel[13]. So wurde durch die rein formaldemokratische Gleichstellung der 70.000 französischsprachigen Bürger des Aostatals mit denen des übrigen Italiens das Französische immer mehr zurückgedrängt, obwohl dies keineswegs dem allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnis der Bevölkerung entsprach, die jährlich zu tausenden nach Frankreich und in die französischsprachige Schweiz gehen mußte, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen[14].

Die Sprachpolitik der Regierung wäre vielleicht weniger folgenreich gewesen, wenn die Aostaner eine klare politische Strategie zur Verteidigung ihres Aostanertums entwickelt hätten. Dafür fehlte es ihnen aber an der nötigen Übereinstimmung und an geeigneten

Führern. So hing zum Beispiel der Vorsitzende der Ligue Valdôtaine politischen Vorstellungen an, die den Interessen ethnisch-kultureller Gruppen zuwiderliefen. Er begrüßte den Erwerb italienischer Kolonien im italienisch-türkischen Krieg 1911 - 1912 und befürwortete schon im August 1914 mit einer Mischung aus demokratischen, frankophilen und imperialistischen Argumenten Italiens Eintritt in den Krieg gegen die Mittelmächte[15]. Nach dem "Bulletin de la Ligue Valdôtaine" lag Bozen innerhalb der natürlichen Grenzen Italiens, und Italien hatte ein Recht darauf, die Randgebiete mit deutscher und slawischer Bevölkerung "zurückzuerobern". Réan hoffte geradezu auf die Annexion sprachlicher Minderheiten nach dem Weltkrieg, damit dem Aostatal seine Autonomie zuteil würde, gleichermaßen wie den Südtirolern und Slawen der Venezia Giulia[16]. Im November 1922 begrüßte er schließlich sogar den neuen Regierungschef Mussolini als "l'homme providentiel"[17].

8. Die "natürliche Grenze" Italiens als Kriegsziel 1914 - 1918

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging Italien den Ausweg der Neutralität, da es von Österreich nicht an den Konsultationen des geplanten Vorgehens gegen Serbien beteiligt worden war und Österreich somit gegen Artikel 7 der Dreibund-Erneuerung von 1912 verstoßen hatte. Die italienische Regierung hatte von nun an bis zu ihrer Kriegserklärung an die Doppelmonarchie am 23. Mai 1915 nur noch die Alternative, entweder weiterhin neutral zu bleiben oder an der Seite der Entente zu intervenieren. Ein Eingreifen zugunsten der Mittelmächte kam nicht mehr in Frage, da Italien nicht mit größeren österreichischen Konzessionen rechnen und kleinere Gebietsgewinne als Kompensationen nach Artikel 7 der Dreibund-Erneuerung gegen die Zusicherung aushandeln konnte, bis zum Ende des Krieges neutral zu bleiben. Auf die Dauer gesehen war es klar, daß die Regierung Salandra die Neutralität aufgeben und sich der Entente anschließen würde,

sobald sich das Kriegsglück gegen die Mittelmächte wendete. Dafür sprachen mehrere Gründe. Italien konnte als Bündnispartner der siegreichen Entente größere territoriale Gewinne erwarten; außerdem war Italien energiewirtschaftlich fast ganz von Großbritannien abhängig, so daß es bei längerer Neutralität mit ernsten Versorgungsschwierigkeiten rechnen mußte, die auch von den Mittelmächten nicht ausgeglichen werden konnten; schließlich befürwortete die aktive Minderheit der "interventisti" seit November 1914 einstimmig ein Eingreifen Italiens auf Seiten der Entente, während es keine Partei gab, die auf Seiten der Mittelmächte kämpfen wollte[18].

Zu den Gebietsgewinnen, die sich Italien als Bündnispartner der Entente versprach, gehörte die Wasserscheidengrenze der Alpen. Bereits im ersten Entwurf italienischer Forderungen gegenüber der Entente vom 11. August 1914 ist von "il Trentino sino al displuvio principale" die Rede. Im 16-Punkte-Programm des italienischen Außenministeriums vom 25. September 1914, das die Grundlage des Londoner Vertrags vom 26. April 1915 werden sollte, wurde dann als Grenze Italiens nicht nur die Wasserscheide der Alpen in Südtirol, sondern die Wasserscheide bis zum Kvarner gefordert. Im Gegensatz dazu fällt auf, daß sich die Forderungen Italiens an Österreich - selbst am 8. April 1915, "als die Italiener alles daransetzten, durch hypertrophe Forderungen das österreichische "non possumus" zu provozieren"[19] - im Etschgebiet auf die Grenze des Regno Italico von 1810 beschränkten, die rund 40 km südlich des Brenners verlief. Daraus die Folgerung zu ziehen, der Besitz der Brennergrenze sei kein ernst gemeintes Anliegen der italienischen Regierung gewesen, ist sicher nicht richtig. Die relative Bescheidenheit der italienischen Forderungen gegenüber Österreich[20] erklärt sich nämlich aus dem Umstand, daß Italien mit Österreich nur um den Preis der Neutralität, nicht der Bundesgenossenschaft verhandelte. Hinzu kam auf italienischer Seite die Einsicht, daß man im Namen des Irredentismus erhobene Forderungen nicht mit der Annexion von über 200.000 Südtirolern verbinden konnte, wenn man in Wien als Verhandlungspartner ernst genommen werden sollte[21]. Darüberhinaus mag es selbst nach Abschluß des Londoner Vertrags die persönliche Meinung Ministerpräsident Salandras gewesen sein, daß Südtirol

nicht Kriegsziel, sondern lediglich Faustpfand sein dürfe, wie auch die ganze interventionistische Politik Salandras möglicherweise keine außen-, sondern eine innenpolitische Entscheidung war. Die Tatsache bleibt freilich bestehen, daß die Forderung nach der Wasserscheidengrenze in den Akten des italienischen Außenministers San Giuliano von Anfang des Krieges an auftaucht, von seinem Nachfolger Sonnino übernommen und von einer hundertjährigen Tradition gestützt wurde, die durch die publizistische und vereinspolitische Tätigkeit des Trentiner Irredentisten Ettore Tolomei zusätzliches Gewicht erhalten hatte.

Tolomei hatte 1890 in Rom die illustrierte Wochenschrift "La Nazione Italiana" gegründet, die in enger Anlehnung an die 1889 gegründete Società Nazionale Dante Alighieri die italienischen Gebiete zwischen der politischen und der "natürlichen" Grenze Italiens beschreiben sollte. Vor allem wollte er gegen die slawische Invasion in der Venezia Giulia und für die natürliche "Absorbierung" der deutschen Bevölkerung auf dem Südhang der Alpen kämpfen. Dabei hielt er den Deutschen Frankreich vor Augen, das sich, wie er schrieb, dem Vordringen Italiens im Aostatal nie widersetzt habe. Die ethnische und historische Italianität Südtirols versuchte Tolomei seinen Lesern durch Geschichtsfälschungen, die Erfindung italienischer Ortsnamen und durch Kartenskizzen glaubhaft zu machen, auf denen er Südtirol als überwiegend italienischsprachig aufscheinen ließ. Dabei fehlte es ihm nicht etwa an der nötigen Bildung, denn er hatte in Florenz und Rom Geschichte und Geographie studiert und 1887 den "dottore in lettere" mit einer Arbeit über ein historisches Thema erworben. Aus Mangel an Interessenten stellte "La Nazione Italiana" noch im Gründungsjahr ihr Erscheinen wieder ein. In den Jahren 1891 - 93 sammelte Tolomei in Tirol geographisches, historisches, namens- und volkskundliches Material und machte sich 1894 - 1901 als Mittelschullehrer in Saloniki, Smyrna und Kairo um den Aufbau italienischer Auslandsschulen verdient. Anschließend war er bis zu seiner Pensionierung 1921 in der Generaldirektion für Auslandsschulen beim Außenministerium tätig, seit 1911 allerdings nur als freier Mitarbeiter. Ab 1906 veröffentlichte er teils mit finanzieller Unterstützung der Dante Alighieri-Gesellschaft die Zeitschrift "Archivio per

l'Alto Adige" und führte damit den Namen "Alto Adige" für das Gebiet zwischen Brenner und Salurn ein. Die neue Zeitschrift war eine Fortsetzung von "La Nazione Italiana", nur daß sich ihr Inhalt auf Südtirol beschränkte und die Aufmachung wissenschaftlicher war[22]. Nach Ausbruch des Krieges wandte sich Tolomei im August 1914 in einem Memorandum an Außenminister San Giuliano. Es ist aber nicht erwiesen, daß San Giulianos Aufstellung italienischer Forderungen an die Entente vom 11. August und 26. September 1914, worin von der Wasserscheide die Rede ist, unter dem Einfluß Tolomeis entstand[23].

Man hat die Theorie, daß die periadriatische Wasserscheide die "natürliche Grenze" Italiens ist, als Tolomei-Theorie bezeichnet. Sie besagt, daß die strategisch sicherste Grenze Italiens, die ihm von Natur aus zusteht, an der Wasserscheide zwischen Adria einerseits, und Nordsee und Schwarzem Meer andererseits liegt. Tolomei war jedoch nicht der Urheber dieser Theorie, vielmehr wurde sie in wissenschaftlicher Form zuerst von den Geographieprofessoren Giovanni und Olinto Marinelli in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts vertreten und ging letzten Endes auf die französische Lehre von den "limites naturelles" zurück[24].

Bis ins 17. Jahrhundert hinein war das Streben der französischen Könige, die Grenzen Frankreichs bis an die Pyrenäen, die Alpen und den Rhein vorzuschieben, teils machtpolitisch, teils historisch oder mit dem Hinweis begründet worden, die Hand Gottes habe Frankreich diese Grenzen vorgezeichnet. Als in der Philosophie des 18. Jahrhunderts die menschliche Vernunft die Stelle Gottes einzunehmen begann, wurden die Grenzen des Staates vom Naturrecht abgeleitet. Montesquieu und Rousseau verkündeten, jeder Staat habe ein Recht, sich bis an die natürlichen Grenzen auszudehnen, deren er zu seiner Selbstverteidigung bedürfe. Beide haben nie versucht, diese Grenzen auf der Landkarte abzustekken, aber in der Französischen Revolution ging man bei der Besetzung Savoyens 1792 und des Rheinlandes 1793 von der Auffassung aus, daß Rhein und Alpenkamm die natürlichen Grenzen Frankreichs seien[25]. Es war naheliegend, diese Vorstellung auf Italien zu übertragen, und dementsprechend haben Napoleon I. wie auch Vizekönig Eugen von Italien die Wasserscheide und den Alpenkamm

als die natürliche Grenze Italiens bezeichnet, obwohl die Praxis nicht damit übereinstimmte und die nördliche, die sogenannte "napoleonische" Grenze des Königreichs Italien niemals weiter als bis Klausen in Südtirol reichte[26].

Die Idee der "limites naturelles" traf in Italien auf verwandte Vorstellungen, die sich bis mindestens ins 16. Jahrhundert verfolgen lassen, und sie verstummte seit dem Risorgimento nicht mehr. Der Bannerträger der Einigung Italiens Mazzini forderte im Namen der Sicherheit Italiens schon 1831 den höchsten Alpenkamm als Grenze Italiens und wiederholte diesen Anspruch 1848 und 1866. Als im März 1860 Nizza und Savoyen an Napoleon III. abgetreten wurden, zog man die Grenze zwischen dem Königreich Sardinien-Piemont und Frankreich im allgemeinen entlang der Wasserscheide der Westalpen[27]. Um künftigen Ansprüchen Frankreichs auf die französischsprachigen Gebiete Norditaliens zuvorzukommen, berief sich im Jahre 1861 der linksliberale Abgeordnete im Turiner Parlament, Giovenale Vegezzi-Ruscalla auf die gemeinsame natürliche Grenze Italiens und Frankreichs. Er begüngte sich jedoch nicht mehr damit, den italienischen Charakter der französischsprachigen Täler Piemonts rein geographisch zu begründen, vielmehr leitete er ihre Italianität aus der römischen Geschichte und dem "rein italienischen Blut" ihrer Bewohner ab. Er gab weiter zu verstehen, daß er von seiner Forderung, diese Gebiete zu italianisieren, auch dann nicht ablassen würde, wenn die Einwohner keine Italiener, sondern eingewanderte Franzosen wären. Nach dem Völkerrecht müßten sich nämlich Einwanderer der Sprache der neuen Heimat anpassen und nach einem anderen Prinzip "Minderheiten" der "Mehrheit" beugen. Zur Italianisierung empfahl er der Regierung, die französische Sprache in Schule, Amt und Gericht durch die italienische zu ersetzen, italienischsprachige Priester zu senden, die Diözese Aosta einer italienischen Erzdiözese zu unterstellen, eine Eisenbahn nach Aosta zu bauen, ein Militärkontingent nach dort zu verlegen und italienische Ortsnamen einzuführen. Für die letzteren lieferte er selbst eine Liste von Vorschlägen[28]. Gemäß der Wasserscheidentheorie rechnete Vegezzi-Ruscalla später auch Tirol südlich des Brenners zu Italien und forderte, daß auch für die "Deutschen" des "Alto Adige" als einer eingewan-

derten "Minderheit" der "Wille" der "ungeheuren Mehrheit" der Bevölkerung Italiens Gesetz sein müsse[29].

Selbst wenn die Vermutung zuträfe, daß die Forderung nach der Brennergrenze in den internen diplomatischen Akten Italiens zwischen 1871 und 1914 nicht mehr aufgetaucht ist[30], so wurde sie jedenfalls seit Gründung der "Associazione in pro dell'Italia irredenta" im Jahre 1877 von irredentistischen Vereinen immer wieder erhoben trotz vieler italienischer Gegenstimmen, die für die ethnische Grenze bei Salurn als die politische Grenze Italiens eintraten[31]. Tolomeis Wasserscheidentheorie war also ebensowenig originell wie seine Vorschläge zur Italianisierung Südtirols, die er seit Juli 1915 der Regierung vortrug[32]. Außergewöhnlich war allerdings sein unermüdlicher Einsatz für das "Alto Adige" und die "natürliche Grenze" Italiens, deren Verlängerung in der "natürlichen Grenze" Frankreichs am Rhein er immer wieder betonte[33].

C. Italien und die Minderheitenfrage auf der Pariser Friedenskonferenz 1919

Die Brennerlinie, die Großbritannien und Frankreich im Londoner Vertrag vom 26. April 1915 als italienische Grenze anerkannten, stimmte mit dem 14 Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson vom Januar 1918 nicht überein, das die Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem nationalen Prinzip proklamierte. Umso erstaunlicher muß daher die Tatsache wirken, daß gerade Wilson gegen die Anerkennung dieser Grenze keinerlei wirksamen Widerstand leistete. Bereits am 30. Oktober 1918 billigte er pauschal die Empfehlung seines engsten Beraters, des Obersten House, Italien vor allem im Hinblick auf den künftigen Anschluß Österreichs an das Reich die "strategische" statt der "ethnischen" Grenze zu geben. Am 14. April 1919 erklärte er Ministerpräsident Orlando, er sei bezüglich der Nordgrenze Italiens mit den Zugeständnissen des Londoner Vertrags einverstanden, und in der Sitzung vom 29. Mai 1919 einigten sich die

Großen Vier endgültig darauf, die Wasserscheide zur Nordgrenze Italiens zu machen. Ausschlaggebend für Wilsons Entscheidung war letzten Endes die Fiumefrage. Um den italienischen Anspruch auf Fiume zurückweisen zu können, war Wilson bereit, seine Grundsätze bei der Behandlung des Südtirolproblems fallen zu lassen. Während Italien seine "natürliche Grenze" in den Julischen Alpen erst im Vertrag von Rapallo im November 1920 mit Jugoslawien aushandeln konnte, erhielt es bereits im Vertrag von St. Germain im September 1919 ganz Südtirol bis zum Brenner[34].

Entgegen der ursprünglichen Absicht des amerikanischen Präsidenten wurde Italien keinerlei Auflage zum Schutz der Südtiroler Minderheit gemacht. Noch bis Mitte März 1919 hatten amerikanische Memoranden "some real measure of autonomous government" für Südtirol gefordert, d.h. Italien sollte einen körperschaftlichen Minderheitenschutz übernehmen[35]. Als jedoch wegen des englischen und französischen Widerstands Wilson den Plan fallen ließ, alle künftigen Mitglieder des Völkerbunds einschließlich der Siegermächte zum Schutz ihrer Minderheiten zu verpflichten, war auch Italien dieser Verpflichtung enthoben[36]. Nur die nach dem Weltkrieg neu entstandenen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien, und die wesentlich vergrößerten, Rumänien und Griechenland, wurden von den "alliierten und assoziierten Hauptmächten" gezwungen, Minderheitenverträge zu unterzeichnen. Selbst in diesem Fall konnte Wilson die Anerkennung der Minderheiten als Körperschaften nicht durchsetzen. Subjekt des Minderheitenschutzes war nur der einzelne Angehörige einer rassischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit, nicht die kollektive Einheit[37].

Als erstes der genannten fünf Länder mußte Polen einen Minderheitenvertrag unterschreiben. Da es diese Maßnahme als diskriminierend empfand, legte Clémenceau dem polnischen Ministerpräsidenten in einer Note vom 24. Juni 1919 dar, daß derartige Verträge keine Neuerung im europäischen öffentlichen Recht darstellten. Vielmehr gebe es ein seit langem eingeführtes Verfahren, wonach die Großmächte einem neuen oder wesentlich vergrößerten Staat nur dann Anerkennung gewährten, wenn dieser sich in der Form eines internationalen Abkommens verpflichtete, "bestimmte

Grundsätze" ("certains principes de gouvernement") zu beachten, zu denen der Schutz der ethnisch-religiösen Gruppen zählte. Als Präzedenzfall verwies Clémenceau auf die Anerkennung Serbiens, Montenegros und Rumäniens auf dem Berliner Kongreß von 1878[38]. Man kann hinzufügen, daß es einige Verträge zum Schutz rein ethnischer Minderheiten seit Anfang des 19. Jahrhunderts gegeben hatte, in der Mehrheit der Fälle handelte es sich freilich im 19. Jahrhundert wie auch zuvor um Minderheiten, bei denen sich ethnische und religiöse Faktoren nicht trennen ließen. Auch das alte Österreich versuchte, auf der Grundlage von Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes von 1867 die Gleichberechtigung der "Volksstämme" zu verwirklichen, konnte aber vor dem Weltkrieg nur in zwei Gebieten einen sogenannten "Ausgleich" herbeiführen[39].

Mit dem Zerfall der übernationalen Großreiche, des russischen, des osmanischen und des habsburgischen, waren die nationalen Konflikte in Osteuropa keineswegs beseitigt. Wegen der siedlungsmäßigen Mischung der sprachlich-kulturellen Gruppen in diesem Gebiet mußten auch die neuen "Nationalstaaten" fremde ethnische Gruppen mit einschließen, die wegen ihres zahlenmäßig geringeren Gewichts auch in einer parlamentarischen Demokratie von der staatstragenden Bevölkerung leicht majorisiert werden konnten. In Anlehnung an die demokratische Befriffssprache wurde jetzt der juristische Begriff der "Minderheit" allgemein[40]. Vergebens sucht man allerdings in den Pariser Minderheitenverträgen und in der Völkerbundssatzung eine Definition der "Minderheit". Auch fehlt ein dokumentarischer Beleg zur Beantwortung der Frage, inwieweit die Minderheitenverträge als Ersatz für ein nicht gewährtes Selbstbestimmungsrecht gedacht waren, wie es Wilsons 14 Punkte-Programm proklamiert hatte. Aus der Clémenceau-Note vom Juni 1919 geht nur der politische Zweck der Minderheitenverträge hervor[41]. Angesichts der Bedrohung durch den Revisionismus der Besiegten im Westen und durch den Bolschewismus im Osten sollten die Minderheitenverträge den inneren Frieden der osteuropäischen Länder sichern[42]. Man kann zwar mit Sicherheit sagen, daß Wilson - teils unter dem Einfluß jüdischer Kreise in Europa und Amerika - die Minderheitenverträge als dauernden

Schutz verstand, es läßt sich jedoch nicht entscheiden, ob England und Frankreich nicht eine allmähliche sprachlich-kulturelle Assimilierung der Minderheiten in den Schutzgebieten beabsichtigten[43]. Diese doppeldeutige Haltung der beiden Großmächte hinsichtlich der Minderheitenschutzverträge, ihre Weigerung, die Minderheiten im eigenen Land zu schützen, und die umständliche Prozedur des Völkerbunds bei der Behandlung von Minderheitenklagen machten es später dem Faschismus möglich, ohne auch nur die moralische Verurteilung durch die Weltöffentlichkeit fürchten zu müssen, die ethnischen Minderheiten in Italien zu unterdrücken[44].

D. Die Integration Südtirols als ein Teil der Neuen Provinzen Italiens 1918 - 1922

Durch die Annexion Südtirols und der Venezia Giulia im September, bzw. Dezember 1920 kam über eine halbe Million Deutsche und Slawen zu Italien. Absolut zuverlässige Zahlen lassen sich angesichts von Manipulationen bei der Zählung und infolge von Abwanderung nicht angeben. Die österreichische Volkszählung von 1910 gab die Zahl der deutschsprachigen österreichischen Staatsbürger in Südtirol (mit Ampezzo, Sexten und Reschen) mit 221.715 bei einer Gesamtbevölkerung von 255.237 an. Die italienische Volkszählung von 1921, die allerdings erst 1925 revidiert veröffentlicht wurde, nannte für dasselbe Gebiet bei einer Gesamtbevölkerung von 258.048 Personen 190.889 deutschsprachige italienische Staatsbürger. Zu letzteren muß man noch mindestens 9.000 Personen hinzuzählen, die die italienische Staatsbürgerschaft nach 1921 erhielten. Das Ergebnis der österreichischen und italienischen Zählung in der Venezia Giulia klafft dagegen weiter auseinander. Während die österreichische Zählung von 1910 bei einer Gesamtbevölkerung von 928.401 Personen 474.113 Slawischsprachige angab, sprach die italienische Zählung von 1921 nur von 351.744 slawischsprachigen italienischen Staatsbürgern bei einer Gesamtbevölkerung von 919.987.

Zur fremdsprachigen Bevölkerung der Neuen Provinzen, die nach der Zählung von 1921 nur 1,5 % der Gesamtbevölkerung Italiens ausmachte, kamen noch 248.700 Bewohner der alten Provinzen oder 0,68 % der Gesamtbevölkerung Italiens, die 1921 ihre Umgangssprache, d.h. die in der Familie gesprochene Sprache, als nichtitalienisch angaben. Sie wurden im Gegensatz zu den Deutschen und Slawen der Neuen Provinzen in Italien nicht als politisches Problem empfunden, da niemand ihre Zugehörigkeit zu Italien anfocht und sie mit Ausnahme der 90.700 Bewohner Piemonts, die im Aostatal und in einigen Tälern südlich davon ansässig waren und sich der französischen Schriftsprache bedienten, größtenteils zerstreut siedelten und als Schriftsprache das Italienische gebrauchten[45].

1. Die autonomiefreundliche Phase 1919 - 1920

a) Die Regierungen Orlando, Nitti und Giolitti und die ethnischen Minderheiten

Die vier Jahre italienischer Herrschaft in Südtirol vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum ersten Kabinett Mussolini im November 1922 lassen sich in zwei Phasen teilen: eine autonomiefreundliche Phase, die bis zum Ende der Regierung Nitti im Juni 1920 dauerte, und daran anschließend eine Phase, in der die Aussicht auf Autonomie immer weiter schwand, und die durch die Kampagne um die "Wiedergewinnung" des italienisch-ladinischen Elements in Südtirol gekennzeichnet war.

Was die praktische Auswirkung für die Südtiroler Bevölkerung betrifft, kann man die autonomiefreundliche Phase mit der Militärregierung unter General Pecori-Giraldi beginnen lassen, der als Gouverneur von Trient Südtirol und das Trentino vom 3. November 1918 bis zum 31. Juli 1919 verwaltete. Eine Einsicht in die Akten ergibt freilich, daß Ministerpräsident Orlando nach dem Waffenstillstand zunächst für eine rasche Italianisierung Südtirols eintrat und deshalb Ettore Tolomei als Kulturkommissar nach Bozen sandte. Auch Pecori-Giraldi war kein Befürworter der Südtiroler Autonomie. Er weigerte sich jedoch, mit Tolomei zu-

sammenzuarbeiten, weil er sich von einem Zivilisten keine Vorschriften machen lassen wollte und weil ihm keine plötzliche, sondern eine allmähliche Assimilierung Südtirols vorschwebte[46]. In diesem Sinne befürwortete er den Zusammenschluß Südtirols und des Trentino in einer einzigen Provinz und hoffte, die Südtiroler würden nach und nach durch die von den Bergen herabdrängenden Ladiner italianisiert, die man zu dieser Zeit in Italien als Italiener schlechthin zu betrachten pflegte. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich die italienische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz befand, änderte schließlich auch Orlando sein Programm und forderte im April 1919 Pecori-Giraldi auf, dem Ausland in Südtirol eine minderheitenfreundliche Politik zu demonstrieren[47]. Somit blieb die sprachpolitische Situation in Südtirol unter Orlando mit geringen Ausnahmen dieselbe wie unter Österreich[48].

Der Nachfolger Orlandos, Ministerpräsident Nitti (Juni 1919 - Juni 1920), richtete Anfang Juli 1919 das Ufficio Centrale per le Nuove Provincie ein, das dem Ministerpräsidium unterstellt wurde. An die Spitze des Ufficio setzte er den deutschfreundlichen Istrianer Autonomisten Francesco Salata. Zwei Wochen später übergab Nitti die unmittelbare Verwaltung der Neuen Provinzen Generalzivilkommissaren[49]. Gemeinsamer Generalzivilkommissar für Südtirol und das Trentino, für die sogenannte Venezia Tridentina, wurde der Pädagogikprofessor und ehemalige Unterrichtsminister Luigi Credaro. Er verdankte seine Ernennung der Tatsache, daß er in Deutschland studiert hatte, aus dem Südtirol benachbarten Veltlin stammte und Parteifreund Nittis war[50]. Obwohl Italien durch den Vertrag von St. Germain zu keinem Minderheitenschutz verpflichtet war, sah Nitti in der legislativen Autonomie, die er sogar Libyen zugestand, die ideale Lösung, um die Neuen Provinzen Italien anzugliedern[51]. Durch die Schaffung einer autonomen Provinz Bozen glaubte er, gute Beziehungen zu Deutschland und Österreich herstellen, den Einfluß der Trentiner, deren Verhältnis zu den Tirolern seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gespannt gewesen war, zurückdrängen und den Südtiroler Irredentismus verhindern zu können[52]. Als im April 1920 der Deutsche Verband, der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien Südtirols,

in Rom sein Autonomieprogramm vortrug, ließ Nitti dementsprechend versichern, er sei von der Nützlichkeit zweier voneinander unabhängiger Provinzen in der Venezia Tridentina überzeugt[53]. Nach dem Besuch der Trentiner Parteivertreter in Rom im Juni 1920 machte die Regierung jedoch Einschränkungen. Die Trentiner fürchteten nämlich, Südtirol könne vor ihnen die Autonomie erhalten und schließlich das wirtschaftlich viel schwächere Trentino eine ganz gewöhnliche Provinz werden. Sie schlugen deshalb vor, aus Südtirol und dem Trentino zwei getrennte Provinzen mit getrennter Verwaltungsautonomie zu machen, aber die legislative Autonomie einer für die ganze Region Venezia Tridentina zuständigen Körperschaft zu übertragen. Ein schwer lösbares Problem stellte die Abgrenzung der beiden Provinzen dar, denn beide Seiten erhoben Ansprüche auf Gebiete des Nachbarn[54].

Nittis Nachfolger Giolitti (Juni 1920 - Juli 1921) sprach sich mehrfach für die Erhaltung gesetzgebender Landtage in den Neuen Provinzen aus, freilich dachte er schon nicht mehr an eine rasche Verwirklichung. Nach seiner Auffassung sollten die Kompetenzen der Neuen Provinzen von deren Abgeordneten im Parlament mitdiskutiert werden. Die Wahl dieser Abgeordneten war jedoch dadurch erschwert, daß die Regierung sie nicht vor der offiziellen Annexion aller Neuen Provinzen stattfinden lassen wollte. Zwar hätte man Südtirol allein unmittelbar nach dem Vertrag von St. Germain im September 1919 annektieren können, man wollte jedoch die Neuen Provinzen möglichst gleichmäßig behandeln und keinen Präzedenzfall schaffen. So kam es, daß der italienische König das Gesetz über die Annexion Südtirols erst im September 1920 unterschrieb, als eine Einigung mit Jugoslawien über die gemeinsame Grenze in der Venezia Giulia in Sicht war. Dadurch wurde die parlamentarische Diskussion über die Autonomie bis nach den Wahlen Mitte Mai 1921 verschleppt[55-58]. Damals beeinflußten aber bereits die Faschisten, weit mehr als durch ihre 35 Abgeordneten im Parlament, die italienische Politik durch ihre Gewaltmaßnahmen auf der Straße.

b) Der frühe Faschismus und die ethnischen Minderheiten

Auf faschistischer Seite gab es bis Juni 1920 Südtirol gegenüber autonomiefreundliche Äußerungen, die sich in die seit der Niederlage von Caporetto bei allen Parteien verbreitete Ansicht fügten, nur eine allgemeine, auf lokaler Autonomie aufbauende Verwaltungsreform sei das Heilmittel gegen die Übel der italienischen Zentralbürokratie. Der erste Faschistenkongreß vom Oktober 1919, der Südtirol-Korrespondent von "Il Popolo d'Italia", Francesco Ciarlantini, und Mussolini sprachen von einer Verwaltungsautonomie für Südtirol[59].

Ciarlantini, ein ehemaliger Volksschullehrer aus Mittelitalien, der beim Waffenstillstand 1918 als Oberleutnant nach Bozen gekommen war und sich als Südtirol-Experte ausgab, obwohl er weder deutsch verstand, noch Südtirol kannte, erweckte in seiner 1919 erschienenen Schrift Problemi dell'Alto Adige den Eindruck eines gemäßigten Mannes. Er sprach sein Verständnis für die Andersartigkeit der Südtiroler aus und äußerte die Hoffnung, man werde sie allmählich durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen für Italien gewinnen. Nach seiner Meinung tendierte nämlich die Wirtschaft Südtirols unabdingbar nach Italien und nicht nach Österreich[60]. Aus einer auf den 13. Mai 1919 datierten Denkschrift der Gesellschaft Athesinum, deren Gründer Ciarlantini war, wissen wir freilich, daß es ihm in Wirklichkeit um eine massivere Italianisierung Südtirols ging. Es hieß da, Südtirol sei durch das Deutschtum völlig umgeformt worden, deshalb solle das Athesinum mit staatlicher Unterstützung eine Gesellschaft zur Italianisierung Südtirols werden, die an Ausmaß die deutschen Vereine Südmark, Volksbund und Schulverein weit überträfe [61]. Im "Popolo d'Italia" vom 28. November 1919 sagte Ciarlantini wiederum, die Südtiroler dürften nicht italianisiert werden und Südtirol solle wie alle Provinzen Italiens Verwaltungsautonomie erhalten. Als die Südtiroler am 13. Juni 1920 eine traditionelle religiöse Veranstaltung zu einer massiven politischen Demonstration gegen die Annexion an Italien benützten, drohte Ciarlantini jedoch mit

Gewalt. Er schrieb, Südtirol sei ein deutsches Waffenlager, was er möglicherweise sogar geglaubt haben mag, denn in einem gleichzeitigen Polizeibericht an Credaro findet sich dieselbe Ansicht[62].

Die Haltung Mussolinis zur Südtirol-Frage war derjenigen Ciarlantinis ziemlich ähnlich, nur daß er die Forderung nach einer Kultur- und Verwaltungsautonomie für Südtirol zusätzlich außenpolitisch begründete. Nach Mussolinis Ansicht sollte Italien den nicht zu verhindernden Anschluß Österreichs an Deutschland im Sinne des Selbstbestimmungsrechts befürworten und dafür die Anerkennung der Brennergrenze und den Verzicht auf Südtirol einhandeln[63]. Sobald sich der Südtiroler Irredentismus am 13. Juni 1920 zeigte, gab sich Mussolini nachdenklich. Schärfer war seine Reaktion, als im Oktober 1920 Südtirol und das Trentino offiziell annektiert wurden und der deutsche Außenminister Simons aus diesem Anlaß öffentlich der Deutschen in Südtirol gedachte. Mussolini schienen nun Zweifel zu kommen, ob er den Anschluß Österreichs weiterhin befürworten solle[64].

Inzwischen hatte Francesco Giunta in Triest, wo sich das italienische Bürgertum vom "Jugobolschewismus" bedroht fühlte, mit den ersten faschistischen "squadre" der Geschichte die faschistische Minderheitenpolitik eingeleitet. Das Hauptquartier der slowenischen Organisationen in Triest war am 13. Juli 1920 in Flammen aufgegangen[65]. Giuntas Vorgehen fand die Zustimmung Mussolinis, der seit Dezember 1918 die "wilden" und "primitiven" Slawen zu assimilieren gefordert hatte[66]. Während sich Mussolini hinsichtlich Südtirol noch damit begnügte zu bemerken, die dortige Lage sei undurchsichtig, forderte er im "Popolo d'Italia" vom 12. September 1920, die slowenischen Brutstätten des Rassen- und Klassenhasses mit Feuer und Schwert zu behandeln.

Seine Erfahrung mit den Slawen der Venezia Giulia übertrug der Faschismus später auch auf Südtirol. Nach dem Bozner "Blutsonntag" vom 24. April 1921 behauptete "Il Popolo

d'Italia", die Faschisten seien in Bozen von "Deutschen und Kommunisten" mißhandelt worden[67]. Auf dem faschistischen Parteikongreß vom November 1921 versuchte Giunta die Subversion des Deutschen Verbands dadurch glaubhaft zu machen, daß er erklärte, der Südtiroler Abgeordnete Graf Toggenburg beziehe Geld aus Moskau, obwohl derselbe Toggenburg im Mai 1921 dem "Corriere della Sera" gegenüber erklärt hatte, als Italiener wäre er wahrscheinlich Faschist[68]. Bezeichnenderweise war es auch Giunta, der im Oktober 1922 den Marsch auf Bozen organisierte, nachdem er elf Monate zuvor dem Parlament erklärt hatte, die Autonomie für Südtirol würde wie im Falle Irlands zum Separatismus führen[68a].

2. Die Phase der Wiedergewinnung der "geraubten Seelen" 1921 - 1922

a) Die Trentiner Ansprüche auf Südtirol

Ministerpräsident Giolitti setzte für Mai 1921 Parlamentswahlen an. Dadurch erhielten die einige Monate zuvor offiziell annektierten Neuen Provinzen Gelegenheit, zum ersten Mal Abgeordnete nach Rom zu entsenden. Der Wahlkampf rückte Südtirol auch zum ersten Mal seit 1918 ins grelle Licht der italienischen Öffentlichkeit. Bereits am 10. Oktober 1920 hatten alle Bürgermeister des Trentino den Anspruch des Wahlkreises Trient auf das Bozner Unterland und Ladinien angemeldet, Gebiete, die sie auch als Teil der künftigen Provinz Trient betrachteten. Zwar begründeten sie ihre Forderungen mit dem patriotischen Wunsch, alle Italiener in einem Wahlkreis vereint zu sehen, griffen aber zugleich nach den wirtschaftlich interessantesten Gebieten Südtirols[69]. Die Trentiner Ansprüche fanden die Unterstützung des bürgerlichen "Corriere della Sera". Von der Tatsache ausgehend, daß man einige tausend Trentiner, die im 19. Jahrhundert als Arbeitskräfte ins Bozner Unterland

eingewandert waren, ab 1860 eingedeutscht hatte, stellten G.A. Borgese und Luigi Barzini im "Corriere della Sera" die Trentiner Forderungen als einen Kampf gegen die "imperialistischen" deutschen Unterdrücker der italienischen "Minderheit" in Südtirol dar und riefen zur Rückgewinnung der "geraubten Seelen" auf[70]. Nicht die Südtiroler Minderheit in Italien, sondern die italienische Minderheit in Südtirol bedurfte demnach eines besonderen Schutzes. Besonders einseitig an dieser Darstellungsweise war, daß sie die unter Österreich praktizierte sprachliche Autonomie des Trentino unterschlug und von der keineswegs selbstverständlichen Voraussetzung ausging, den nach Deutsch-Südtirol eingewanderten Italienern habe ein Recht auf öffentliche Anerkennung ihrer Sprache zugestanden.

b) Die Entstehung des Faschismus im Trentino und in Südtirol

Anläßlich der Parlamentswahlen entstanden in Südtirol und im Trentino die Fasci. Am 11. Januar 1921 wurde auf Initiative ehemaliger Frontkämpfer der Fascio di Combattimento von Trient gegründet[71]. Er hatte über 100 Mitglieder, von denen "viele" aus den alten Provinzen stammten, die bei der Demobilisierung als Kaufleute in Trient geblieben waren. Auch der Vorsitzende des Fascio, der 31jährige Buchhalter Achille Starace aus Kalabrien, war bei Kriegsende als Hauptmann der Bersaglieri nach Trient gekommen und hier als Holzhändler geblieben[72]. Der bald darauf am 16. Februar 1921 unter dem Vorsitz Staraces gegründete Bozner Fascio hatte 120 Mitglieder, von denen "fast alle" Kaufleute aus den alten Provinzen waren[73]. Der starke Anteil der Kaufleute in den beiden Fasci, der für die soziale Zusammensetzung der Fasci im übrigen Italien untypisch war[74], erklärt sich daraus, daß Zuwanderer aus Altitalien

um diese Zeit in Südtirol und im Trentino kaum einen anderen Beruf ausüben konnten, weil die Industrie fehlte, immer noch die österreichische Gewerbeordnung galt und die Verwaltung sich auf einheimische Kräfte stützte. Am sogenannten Bozner "Blutsonntag", dem 24. April 1921, trat der kaum 30jährige Buchhalter Luigi Barbesino aus Piemont, der sich als Holzhändler in Bozen niedergelassen hatte, dem Fascio bei und übernahm von Ende April 1921 bis März 1923 dessen Leitung. Dem Vorstand des ersten Bozner Fascio gehörte als Vertreter des gewerkschaftlichen Flügels der 32jährige ehemalige Sozialist Vito Radina aus Friaul an, der Anfang 1925 eine Rolle spielen sollte. Ebenso war Barbieri als Vertreter der Eisenbahner bereits im ersten Vorstand[75]. Die italienischen Eisenbahner wurden bald ein wichtiges Element im Oberetscher Faschismus, besonders in der Ortsgruppe Franzensfeste. Viele von ihnen sollen als Sozialisten und Kommunisten nach Südtirol gekommen sein und sich auf Grund der Wohnungsknappheit und der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber den Italienern derjenigen Partei angeschlossen haben, die ihre nationalen Interessen mit dem stärksten Nachdruck vertrat[76].

Genaue Zahlen über die Entwicklung der faschistischen Bewegung in ganz Südtirol sind nicht bekannt. Im Bozner Fascio blieb die Mitgliederzahl zwischen Februar 1921 und September 1922 fast konstant[77]. Auch im Trentino war die Anziehungskraft des Faschismus vor der Machtergreifung bescheiden, denn in der ganzen Venezia Tridentina wuchs die Zahl der Mitglieder zwischen März 1921 und Mai 1922 bei einer Gesamtbevölkerung von rund 650.000 Einwohnern, von denen 2/3 Italiener waren, von 555 lediglich auf 1160. Der Faschismus war nicht nur in Südtirol, sondern auch im Trentino eine Importware[78].

Die Faschisten der Venezia Tridentina bezeichneten sich als "Vorhut der wahren Italianität" im neugewonnenen Norden Italiens[79]. Ihr Programm von Anfang Mai 1921 forderte die Zweisprachigkeit aller Gemeinden und Behörden Südtirols,

die italienische Einwanderung, die Auflösung des Deutschen Verbands und die Absetzung Credaros, Salatas und Perathoners, des Bürgermeisters von Bozen[80]. Inzwischen hatte sich am 17. Januar 1921 der "Faschistische Kongreß für die erlösten Gebiete" gegen jede Autonomie für die Neuen Provinzen ausgesprochen, und Mussolini hatte am 6. Februar 1921 den Deutschen und Slawen der Neuen Provinzen das Aostatal als beispielhaft vorgehalten, weil die französische Minderheit weder einen eigenen Wahlkreis, noch, wie er es nannte, andere "Privilegien" habe[81].

Da die Faschisten bei den für Mai 1921 anstehenden Parlamentswahlen keine Aussichten hatten, in Südtirol Stimmen zu gewinnen, wollten sie wenigstens den Wählern in Altitalien beweisen, welch wichtige Funktion sie als Vorkämpfer gegen den deutschen Irredentismus in Südtirol ausübten. Anläßlich der Bozner Mustermesse fand am 24. April 1921 ein Südtiroler Trachtenumzug statt. Die Faschisten vermuteten einen Zusammenhang zwischen diesem Umzug und der gleichzeitig in Nordtirol über den Anschluß an das Reich stattfindenden Volksabstimmung. Außerdem sprach die faschistische Presse von einem Boykott italienischer Firmen durch die Bozner Messeleitung[82]. Credaro, der nicht an einen Zusammenhang zwischen dem Umzug und der Nordtiroler Abstimmung glaubte, ließ in Bozen rund 400 Soldaten und Polizisten zusammenziehen, um eine faschistische Aktion zu verhindern. Den Soldaten und Polizisten standen am Tag des Umzugs 400 Faschisten aus dem Trentino, Verona und Brescia unter dem Kommando Staraces gegenüber. Während die meisten von ihnen sich ruhig verhielten, kam es zu einer Störung des Umzugs durch eine Gruppe von Faschisten, in deren Verlauf der Südtiroler Lehrer Innerhofer erschossen und ca. 50 Personen, alle Südtiroler, verletzt wurden[83]. Credaro, dem man für den Vorfall keinen Vorwurf machen konnte, nahm an der Beerdigung Innerhofers teil, während Mussolini und der Fascio von Trient die moralische Verantwortung für den Anschlag übernahmen, die Schuld aber der Schwäche der Regierung gegenüber der "Anmaßung" der Deutschen zuschrieben, von denen Mussolini schrieb, sie wohnten mißbräuchlich in Italien[84].

c) Die Befürworter und Gegner der Autonomie in Italien

aa. Übersicht

Bei der Einteilung der Wahlkreise verärgerte die Regierung in Rom sowohl die Südtiroler wie die Trentiner. Bozen mußte die ladinischen Täler an den Wahlkreis Trient geben, Trient erhielt nicht das zusätzlich gewünschte Bozner Unterland. Die Ladiner in Gröden und im Gadertal zeigten mit insgesamt über 90 % der für den Deutschen Verband abgegebenen Stimmen, wozu sie sich zählten. In Ampezzo war dagegen die Anhänglichkeit an Südtirol nicht stark[85].

Wenn sich auch Südtiroler und Trentiner um die Abgrenzung ihres Gebiets stritten, so waren sie sich doch völlig darin einig, daß ihnen die Regierung die legislative Autonomie zugestehen sollte. In Südtirol fielen alle 4 Parlamentssitze an den Deutschen Verband, im Trentino erhielten die autonomistischen Popolari 5 der 7 Parlamentssitze. Der "Blocco Economico" aus Faschisten, Sozialreformisten, Fiume-Legionären und Bauernliga konnte mit knapp 7 % der im Trentino abgegebenen Stimmen keinen Abgeordneten durchbringen, ebensowenig die Trentiner Liberalen, die kein Wahlbündnis eingegangen waren und 9 % der abgegebenen Stimmen erhielten[86]. In der Venezia Giulia konnte sich die slawische Bevölkerung nur im Wahlkreis Görz eine angemessene Vertretung sichern. Dort fielen von 5 Parlamentssitzen 4 an die slowenische Partei und einer an die Kommunisten. In Triest und Istrien erzielten dagegen die Faschisten einen großen Erfolg. In Triest gewannen 2 Faschisten, ein Nationalliberaler und ein Kommunist die Wahl, in Istrien war die faschistische Einschüchterung der Slawen, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, so stark, daß von den 6 Sitzen nur einer dem Vertreter der slawischen Partei zufiel, während sich die restlichen Sitze 2 Faschisten, 2 Liberale und ein Demokrat teilten[87].

Von den 535 im Mai 1921 ins Parlament gewählten Abgeordneten befürworteten 271 die Einführung der Lokalautonomie

in Italien in irgendeiner Form. Sie setzten sich zusammen aus 108 Popolari , 123 Sozialisten, 15 Kommunisten, 6 Republikanern, 6 Sarden, 5 Slawen, 4 Südtirolern, 3 Faschisten und einem Nationalisten. Die drei Faschisten und den einen Nationalisten kann man aber von dieser Liste sogleich wieder streichen, wenn man bedenkt, daß sie die Autonomie auf Kosten der nationalen Minderheiten wünschten[88]. Die übrigen Parteien hatten hinsichtlich der Autonomie keine einheitlichen Vorstellungen. Die Kommunisten befürworteten die Autonomie nur für die nationalen Minderheiten der Neuen Provinzen als Ersatz für ihre widerrechtliche Annexion. Für das übrige Italien erschien ihnen dagegen vor der Machtergreifung des Faschismus die Autonomie als ein Hindernis für die Allianz zwischen Arbeitern und Bauern[89]. Die Sozialisten, die als einzige Partei am 9. August 1920 gegen das Gesetz zur Annexion Südtirols gestimmt hatten, befürworteten im Gegensatz zu den Kommunisten die Autonomie für ganz Italien. Für die nationalen Minderheiten war die Haltung der Sozialisten in der damaligen Lage allerdings eher schädlich, weil die Sozialisten keinen Hehl daraus machten, daß sie die Autonomie als nützliches Mittel zur Schaffung eines sozialistischen Italiens betrachteten und somit den Parteien der Rechten ein Argument mehr gegen die vorgebliche gemeinsame Subversion der Bolschewisten und nationalen Minderheiten lieferten. Außerdem waren die Sozialisten 1918 - 1922 nie an der Regierung beteiligt und konnten ihr Gewicht zugunsten der Autonomie nicht geltend machen[90]. Die Autonomievorstellungen der kleinen Gruppe der Republikaner, die einen italienischen Bundesstaat befürworteten, konnten den nationalen Minderheiten in Italien ebensowenig helfen, da die Republikaner glaubten, die Autonomie müsse sich "von unten", d.h. ohne staatliche Gesetzgebung entwickeln. Den Regionalismus der Popolari deuteten sie, nicht anders als die Faschisten, als ein Mittel zur Konsolidierung lokaler klerikaler Macht[91].

Eindeutige Feinde der Autonomie im neugewählten Parlament waren 66 Abgeordnete. Sie setzten sich aus 32 der 35 Fa-

schisten, 9 der 10 Nationalisten, aus den 15 Liberalen Salandras und aus 10 Agrariern zusammen. Zwischen den Befürwortern der Autonomie und ihren Gegnern standen knapp 200 Liberale und Sozialreformisten. Außer der oben dargestellten Haltung Giolittis läßt sich keine generelle Aussage über die Haltung der Liberalen im Parlament, die ja bis Oktober 1922 keine Partei waren, zur Autonomiefrage machen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Trentiner Liberalen, deren Südtirol-Programm am 10. Oktober 1922 den Beifall des Kongresses der Liberalen in Bologna fand. Die Mehrheit der Trentiner Liberalen hatte schon 1919 die kulturelle und wirtschaftliche Vorrangstellung des italienischen Elements in Südtirol gefordert und war deshalb für eine Einheitsprovinz, einen Einheitswahlkreis und eine Einheitsdiözese der Venezia Tridentina eingetreten[92]. Sie begrüßten dementsprechend das Ergebnis des Marschs auf Bozen, wenn sie sich auch von der Methode der Faschisten distanzierten. Dagegen kränkte sie der Marsch auf Trient, insofern er eine Demonstration gegen die von ihnen für die Venezia Tridentina unter Trentiner Führung erhoffte Autonomie war[93]. Das Südtiroler Programm das der Trentiner Delegierte auf dem Kongreß von Bologna vortrug, auf dem sich die italienischen Liberalen erstmals als Partei konstituierten, konnte freilich trotz des freundlichen Beifalls nicht als das Südtirol-Programm der Liberalen Partei Italiens gelten. Der Kongreß wurde nämlich von keinem prominenten liberalen Politiker besucht, und die neue Parteileitung blieb ohne Einfluß auf Giolitti und Salandra[94].

bb. Die Nationalisten

Die Associazione Nazionalista Italiana (ANI) war eine politische Vereinigung von Leuten, die sich 1910 mit dem Ziel zusammenschlossen, Italien durch eine Politik der Stärke zur Großmacht zu machen. Mit Ausnahme von Federzoni

und Preziosi waren die Nationalisten an Südtirol nicht besonders interessiert. Preziosi wechselte außerdem 1920 zum Faschismus über. Federzoni hatte 1909 als Journalist des "Giornale d'Italia" ein Buch mit dem Titel "Per l'italianità del 'Gardasee'" veröffentlicht, in dem er vor dem Vordringen des Deutschtums im Trentino warnte und Tolomeis Anspruch auf Südtirol mit ethnischen und linguistischen Argumenten unterstützte. Das Vorwort zu diesem Buch schrieb der aus einer Trentiner Familie stammende Irredentist Scipio Sighele[95]. Als sich ein Jahr später die Anhänger des noch nicht näher definierten italienischen Nationalismus in der Associazione Nazionalista Italiana zusammenfanden, distanzierte sich jedoch Federzoni von Sighele, dem Vertreter des demokratischen, irredentistischen Flügels. Er gab jetzt der imperialistischen Expansion Italiens den Vorrang und lehnte einen antiösterreichischen Irredentismus ab, weil er gegen die Interessen des Dreibunds verstieß. Das Erscheinen der "Idea Nazionale" im März 1911 und der italienisch-türkische Krieg mit seiner antifranzösischen Stimmung brachten Federzoni und Corradini, den Vertretern eines autoritären Imperialismus, in der ANI den Sieg. Sighele schied aus. Allerdings belastete die Balkankrise seit Ende des Jahres 1912 das italienisch-österreichische Verhältnis in einem Maße, daß auch der Einfluß der Irredentisten in der ANI wieder zunahm. Da jedoch die führenden Köpfe der ANI den Irredentismus nur als eine Stufe der Expansion Italiens im Mittelmeer betrachteten, ist es verständlich, daß sie der Trentiner Irredentismus weiterhin wenig interessierte[95a].

Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs waren sich die Nationalisten entsprechend ihrer Ideologie vom "Klassenkampf der Völker" und der Heilkraft eines "Blut-Bads" darin einig, daß Italien in den Krieg eintreten müsse. Weniger eindeutig war ihre Meinung hinsichtlich des Bündnispartners. Rocco und Pantaleoni dachten wie der rechtsliberale Außenminister Sonnino an ein Eingreifen auf Seiten der Mittelmächte, während Federzoni und Forges-Davanzati zur Vorsicht gegenüber Österreich mahnten. Wenn sich die ANI schließlich im Herbst 1914 für den Krieg gegen die Mittelmächte entschied, waren dafür zwei

Faktoren ausschlaggebend. Außenpolitisch war es unmöglich, Österreich größere Zugeständnisse auf dem Balkan abzuringen; innenpolitisch ließ sich gegen den Widerstand der Neutralen und der demokratischen Interventionisten ein Eingreifen auf Seiten der Mittelmächte nicht durchsetzen[96]. Das politische Gewicht der ANI, die ihre Anhänger vor allem aus dem mittleren und gebildeten Bürgertum rekrutierte, war nämlich trotz ihrer Beziehungen zur Schwerindustrie nicht allzu groß. Bei den Wahlen von 1913 hatte sie ganze fünf Abgeordnete ins Parlament gebracht, hatte sich erst im Mai 1914 als Partei konstituiert und war vor dem Krieg nie über den Stand einer "Vereinigung locker verbundener Intellektuellenzirkel" hinausgekommen[96a]. Ein Ausdruck antideutscher Gefühle war die Entscheidung der ANI, gegen die Mittelmächte ins Feld zu ziehen, sicher nicht. Im November 1914 gab Rocco in einem Artikel seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß das viel bewunderte Deutschland, mit dem Italien nur übereinstimmende Interessen habe, mit dem italienfeindlichen Österreich, der "reliquia di un tempo passato", verbündet sei. Ähnlich äußerte sich Dino Grandi und Ruggero Fauro[96b].

Im Verlaufs des Krieges wuchs der politische Einfluß der ANI. Mit dem Kriegseintritt Italiens traten viele aus Österreich geflohene Irredentisten der ANI bei, aber die Trentiner klagten, daß sich die Partei und ihre Zeitung "L'Idea Nazionale" überwiegend für die adriatischen Gebiete interessierten. Federzoni allerdings bekundete wie schon 1909 sein Interesse für Italiens Norden und trat der von Tolomei Ende 1914 gegründeten Associazione Alto Adige bei[97]. 1915 nahm die ANI über verschiedene irredentistische Vereine Kontakt mit den linken Interventionisten auf. Nach der Niederlage im Herbst 1917 war sie maßgeblich an der Gründung des Fascio Parlamentare di Difesa Nazionale beteiligt, und durch ihn gelang es ihr, alle politischen Kräfte im Lande zu beeinflussen, die eine Fortsetzung des Krieges befürworteten[97a]. In diesem Sinne beteiligten sich auch namhafte Nationalisten wie Federzoni, Pantaleoni und Forges-Davanzati im April 1918 am "Kongreß der von Österreich unterdrückten Völker" in Rom, auf dem von italienischer

Seite noch viele andere Interventionisten verschiedenster Färbung wie Mussolini, Luigi Albertini und Salvemini zusammenkamen. Der Kongreß billigte den südslawischen Völkern die Bildung eines Einheitsstaats zu, außerdem nach nationalen Kriterien gezogene Landesgrenzen und Sprach- und Kulturautonomie für die in Italien verbleibenden Landsleute. Es waren Versprechungen, die die Nationalisten überhaupt nicht, und Mussolini nur mit Vorbehalt, zu erfüllen bereit waren. Ihre Absicht war es, in der bedrohlichen militärischen Lage das Mißtrauen der Südslawen gegenüber Italien zu zerstreuen und deren Nationalismus gegen die Doppelmonarchie zu mobilisieren[97b].

1919 sprachen sich die Nationalisten wie alle italienischen Parteien für die Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung aus, aber mit Ausnahme der Adriatiker Suvich, Pogatschnig und Pesante lehnten sie die legislative Autonomie für die Neuen Provinzen ab[98]. Die Zeitschrift "Politica" beschäftigte sich im April 1919 mit der nördlichen Grenze Italiens im imperialistischen Sinne. Zu Tolomeis Verdruß schrieb sie, nicht die Wasserscheide, sondern die weiter nördlich liegende Alpenmittelkette sei die natürliche Grenze Italiens[99]. Andererseits gab sich Federzoni ebenso wie der rechtsliberale Salandra anläßlich der Verabschiedung des Vertrags von St. Germain durch die italienische Kammer sehr gemäßigt, um die bevorstehende Annexion Südtirols und der Venezia Giulia nicht zu erschweren. Beide sprachen sich für die freie Entwicklung der Sprache und der Bräuche der Südtiroler aus[100]. Im Frühjahr 1921 wies die "Politica" auf die pangermanistische Gefahr in Südtirol und im Tessin hin. Sie empfahl jedoch hinsichtlich Südtirol keine konkreten innenpolitischen Maßnahmen, da ihr Aspekt allgemein außenpolitisch war[101]. Dagegen bekannte sich "L'Idea Nazionale" seit der faschistischen Gewaltaktion gegen die Südtiroler im April 1921 zum Vorgehen der Faschisten in Südtirol[102].

Im Zusammenhang mit der ANI sind zwei nationalistische Vereine, die Società Nazionale Dante Alighieri und die Società Geografica Italiana zu nennen, die das "wissenschaftliche" Material für den Anspruch Italiens auf Südtirol verbreiteten. Von allen italienischen Vereinen hatte die 1889 gegründete Società Nazionale Dante Alighieri als erste Ansprüche Italiens auf Südtirol erhoben und seine Italianisierung gefordert. Federzoni war Vorstandsmitglied, außerdem hatte Tolomeis Studieninstitut für das Oberetsch in der Zentrale der Gesellschaft seinen Sitz und erhielt von hier finanzielle Unterstützung. Seit 1915 brachte die Gesellschaft Forderungen zur Italianisierung der Neuen Provinzen auf die Schreibtische der Ministerien. Es ist zwar richtig, daß die Gesellschaft wie auch Tolomei bis 1922 den Südtirolern immer deutschsprachige Schulen zusicherte, die gleichzeitig gemachten Ausführungen über die Italianität Südtirols und seiner Bewohner lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß es sich um eine Zusicherung auf Zeit handelte[103].

Präsident der Geographischen Gesellschaft war viele Jahre der Geographieprofessor Dalla Vedova. Er war an der Universität Rom Tolomeis Lehrer und trat für Italiens Grenze am Brenner ein. Tolomeis Verbindung zur geographischen Gesellschaft ging auf den Anfang der 90er Jahre zurück. Seit 1916, als die Gesellschaft beschloß, die italienischen Ortsnamen Südtirols und der Venezia Giulia "wiederherzustellen", war Tolomei Vorstandsmitglied. In den Räumen der Gesellschaft hatte das 1918 im Einvernehmen mit Ministerpräsident Orlando gegründete Ufficio di Preparazione per il Trattamento del Germanesimo Cisalpino unter Tolomeis Leitung seinen Sitz. Im "Bollettino" der Gesellschaft schrieb man, daß Südtirol Italien Holz und Wasserkraft zu bieten habe, daß es früher Italien gehörte und daß ein deutsches Südtirol ebenso das "Herz der Latinität" verletze wie ein deutsches Elsaß-Lothringen. Nachdem Federzoni Minister

für die Kolonien geworden war, wurde er im Februar 1923 zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt. Am 12. März 1923 nahm er erstmals an einer Sitzung des Faschistischen Großrats teil, in der Preziosi das Südtirolprogramm Tolomeis empfahl[104].

cc. Giovanni Preziosi

Preziosi war ein früher Vermittler zwischen der Nationalistenpartei und dem Faschismus. Er scheint den ersten nationalistischen Anstoß in den USA als Priester der Opera Bonomelli, einer kirchlichen Organisation zur Betreuung italienischer Emigranten, erhalten zu haben. Sicherlich machte ihn die Erfahrung, daß sich Emigranten der Sprache und den Sitten des Gastlandes anzupassen haben, für den Gedanken empfänglich, daß die fremdsprachigen Minderheiten Italiens als "Einwanderer", die die natürlichen Grenzen Italiens überschritten haben, zu italianisieren seien[105]. In den Jahren 1919/20, als Mussolini kaum mehr als die strategische Grenze am Brenner forderte und sich für Kultur- und Verwaltungsautonomie in Südtirol aussprach, machte Tolomei in der von Preziosi herausgegebenen Zeitschrift "La Vita Italiana", die bezeichnenderweise ursprünglich "La Vita Italiana all'Estero" hieß, detaillierte Vorschläge für die Assimilierung Südtirols, und der Trentiner Pietro Pedrotti warnte vor der Gefahr des Pangermanismus in Südtirol[106]. Als Tolomei im Juni 1921 den Gruppo Parlamentare di Vigilanza per l'Alto Adige gründete, standen diesem die Redaktionsräume der Zeitschrift Preziosis zur Verfügung[107].

Preziosi war unter dem Einfluß Pantaleonis lange vor Mussolini von einer eher sozialistischen zu einer liberalkonservativen antiparlamentarischen Position übergegangen. "La Vita Italiana" war im Weltkrieg das Organ des Fascio Parlamentare di Difesa Nazionale gewesen, den Pantaleoni nach der Niederlage von Caporetto als Sammelbecken aller

nationalen Kräfte, die für eine Fortsetzung des Krieges eintraten, gegründet hatte. Preziosi, damals noch Mitglied der ANI, war Sekretär dieses Fascio gewesen. Im Mai 1920 war er zum Faschismus übergewechselt, weil er erkannt hatte, daß der ANI der Rückhalt in der Bevölkerung fehlte. Durch Pantaleoni und Preziosi erhielt der Faschismus wirtschaftspolitisch eine neue Ausrichtung zugunsten von Privatinitiative und Freihandel, denen gegenüber die politische Autonomie einzelner Regionen geradezu als ein die wirtschaftliche Entwicklung Italiens hemmendes Überbleibsel des Feudalismus erschien. Diese Ansicht drückte in "La Vita Italiana" der spätere Parteisekretär von Bozen, Alfredo Giarratana, aus[108]. Giarratana war als Elektroingenieur bei einem Brescianer Elektrizitätswerk tätig, hatte bereits im Januar 1919 in Mussolinis "Il Popolo d'Italia" vor dem deutschen Einfluß in der italienischen Elektroindustrie gewarnt und interessierte sich für Südtirol vor allem wegen seiner Wasserkraft, die auch das Programm des faschistischen Verbandes der Venezia Tridentina vom April 1922 zugunsten der Nation zu nutzen forderte[109]. Nach dem in den Neuen Provinzen noch geltenden österreichischen Recht lag die Gesetzgebung für Wasser, Handel und teils auch Steuern bei den Landtagen und bildete bis 1922 ein starkes Hindernis für das Vordringen italienischen Kapitals, so daß in italienischen Wirtschaftskreisen die Autonomie der Neuen Provinzen als ein Boykott der italienischen Wirtschaft im eigenen Land abgelehnt wurde[110].

dd. Die Südtiroler und Trentiner

Die vier Südtiroler Abgeordneten, die im Juni 1921 ins römische Parlament einzogen, hatten keinen leichten Stand. Mussolini, dessen Vorschläge zur Südtirolpolitik im Mai 1921 zwischen Kulturautonomie, vollständiger Italianisierung und Ausweisung gewechselt hatten[111], trat im Juni dem gerade von Tolomei gegründeten Gruppo di Vigilanza

per l'Alto Adige bei und befürwortete am 21. Juni 1921 in seiner Antrittsrede im Parlament die Assimilierung Südtirols. Er begann seine Ausführungen mit einem irreführenden Vergleich zwischen Südtirol und dem Tessin als zwei gleichermaßen vom Pangermanismus bedrohten Gebieten, stellte Südtirol als gemischtsprachig dar und forderte eine Einheitsprovinz für die Venezia Tridentina und das Verbot des Deutschen Verbands. Tolomei bedankte sich brieflich bei Mussolini für diese Rede, die seinen Grundprinzipien entsprach[112]. Weit mehr als die Warnungen Mussolinis vor der pangermanistischen Gefahr mußten die Vorwürfe der Trentiner Popolari, denen man Sachkenntnis zutrauen konnte, in der italienischen Öffentlichkeit Eindruck machen. De Gasperi stellte dem Parlament die Abgeordneten von Toggenburg und von Walther als Unterdrücker der Trentiner vor und sagte, wenn Italien die Italiener und Ladiner in Südtirol wiedergewinnen wolle, dürfe es Südtirol nicht eine Form der Autonomie geben, die es ihm erlaube, sich gegen Italien hin abzuriegeln. Obwohl die Trentiner Popolari im September 1919 versprochen hatten, für Südtirol einen eigenen Landtag fordern zu wollen, befürwortete De Gasperi nun mit dem Hinweis auf den Separatismus der Südtiroler "das natürliche und friedliche Eindringen des italienischen Staates und der italienischen Nation" in Südtirol[113]. Die Rede De Gasperis war freilich aggressiver gehalten als es der tatsächlichen Haltung De Gasperis den Südtirolern gegenüber entsprach. Sie verfolgte nämlich die doppelte Absicht, einerseits das Bozner Unterland und Ladinien dem ärmeren Trentino einzuverleiben, andererseits den Gegnern jeglicher Autonomie im Parlament zu beweisen, daß die Trentiner Popolari die legislative Autonomie für die Venezia Tridentina nicht aus "austriacantismo", d.h. aus einer heimlichen Sehnsucht nach der österreichischen Monarchie, forderten[114]. Freilich waren solche Mühen zu diesem Zeitpunkt fast schon umsonst. Der neue Ministerpräsident, der Reformsozialist Bonomi (Juli 1921 - Februar 1922), sprach nur noch von der Verwaltungsautonomie der Neuen Provinzen, und selbst die Parlamentsfraktion der Popolari wagte es angesichts des politischen Chaos im Lande nur

noch, die Verwaltungsautonomie zu befürworten[115].

Die Südtiroler Abgeordneten kapselten sich in dieser Situation in einer trotzigen Opposition ab, die ihnen das Mißtrauen selbst gemäßigterer italienischer Kreise einbrachte. Sie sprachen sich im September 1921 gegen eine Zusammenarbeit mit den Trentinern zur Entwicklung eines Autonomieprogramms aus, das Trient zwar eine übergeordnete Stellung eingeräumt hätte, zum damaligen Zeitpunkt jedoch die einzige Möglichkeit darstellte. Sie erschienen nicht, als Salata, der gewiß derjenige Regierungsbeamte war, der die Südtiroler Autonomie am meisten verteidigte, Anfang September 1921 zur Darlegung seiner Autonomievorstellungen nach Trient kam[116]. Aus Protest gegen die Haltung der italienischen Regierung und der italienischen Presse gegenüber Südtirol blieben sie auch der Begrüßung des italienischen Königs fern, der im Oktober 1921 bei seiner Fahrt zum Brenner im Bozner Bahnhof anhielt[117]. Die italienische Öffentlichkeit sah in dieser Haltung einen Widerspruch zur Loyalitätserklärung, die von Walther vier Monate zuvor im Parlament - allerdings nur bedingt - abgegeben hatte[118]. Nicht weniger befremdend wirkte es, daß sich Bürgermeister Perathoner im Bozner Rathaus nicht von dem Bild Kaiser Franz Josephs trennen konnte. Hinzu kam, daß die Verbindung des Südtiroler Abgeordneten Reut-Nicolussi zum Andreas-Hofer Bund in Innsbruck, der Nachfolgeorganisation des Tiroler Volksbunds, in Italien bekannt war[119]. Um verständlich zu machen, was für die Trentiner der Tiroler Volksbund und somit auch der Andreas-Hofer Bund bedeutete, sei hier der Gründungsaufruf des Volksbunds von 1905 angeführt, den unter vielen anderen der Bozner Bürgermeister Perathoner und Willy von Walther unterschrieben hatten. Der Aufruf wies darauf hin, daß in Deutsch- und Welschtirol 416.000 Deutsche und 75.000 Ladiner lebten, und stellte hinsichtlich der rund 360.000 Trentiner fest: "Aber jene Tausende, welche im Umgange italienisch sprechen, sind nur zum kleinsten Teile Italiener im Rassensinne, d.h. Angehörige des italienischen Volkes in geschichtlicher und volkskundlicher Beziehung. Die weitaus größte Zahl derselben

ist deutscher oder rätischer Abstammung, und ihnen allen ist erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit der Gebrauch des Italienischen als Umgangssprache aufgezwungen worden"[120].

d) Die Südtirolpolitik des Generalzivilkommissars der Venezia Tridentina, Credaro

Zwischen dem Deutschen Verband, der auf einem autonomen Gebiet zwischen dem Brenner und der Salurner Klause bestand, in dem nur die deutsche Amts- und Schulsprache gelten sollte, den Trentiner Popolari die Teile von Südtirol für sich beanspruchten, und den Faschisten, die für ganz Südtirol die Zweisprachigkeit förderten, stand der Generalzivilkommissar der Venezia Tridentina, Luigi Credaro, an dem alle Parteien etwas auszusetzen hatten. Paul Herre bezeichnete ihn als einen zu Beginn seiner Amtszeit deutschfreundlichen Mann, dessen Haltung ab 1921 "überall nur Unzufriedenheit hervorrief, weil er vor lauter Ausweichen jeden festen Standpunkt verlor"[121]. In seiner Parlamentsrede vom 21. Juni 1921 hielt Mussolini den Pädagogikprofessor Credaro gerade noch für fähig, einen Kindergarten zu leiten, schob aber später die ganze Schuld an der schwächlichen Politik Credaros der der Regierung zu. Der Historiker Veneruso meint sogar, daß der Unterschied zwischen Credaro und den Faschisten in der Frage der Behandlung der Südtiroler mehr augenscheinlich gewesen sei[122].

Nach Kenntnis der Akten des Generalzivilkommissariats von Trient wird man dagegen sagen, daß Credaro zwar ein Mann mit einem starken Nationalbewußtsein[123], aber sicherlich kein Nationalist im faschistisch-imperialistischen Sinne war, wie Veneruso glaubt. Auch wechselte er nicht unter dem Druck der Nationalisten und Faschisten seinen Standpunkt, wie Herre annahm. In seinem Bericht an Nitti vom 11. Oktober 1919 stellte Credaro mit Bedauern fest, in Ladinien und im Bozner Unterland gebe es eine italieni-

sche Minderheit von 40.000 bis 60.000 Personen, die dabei sei, unter dem deutschen Einfluß ihr Nationalbewußtsein zu verlieren. Er betonte, daß er die Schaffung der Provinz Bozen nicht befürworten könne, solange die Südtiroler mit der Eindeutschung dieser Italiener nicht aufhörten. In demselben Zusammenhang legte er dar, daß er die Sprache und Kultur der deutschen Bewohner Südtirols nicht anzutasten gedenke und daß er die Südtiroler wegen ihrer psychischen und physischen Eigenschaften auch nicht für italianisierbar halte[124]. Den Vertretern des Deutschen Verbands sagte Credaro Ende 1919: "Jetzt müßt ihr uns das (nationale) Bewußtsein der Italiener und Ladiner zurückgeben; in dieser Politik werde ich immer euer Gegner sein"[125]. Die Südtiroler Politiker scheinen diese Äußerung vergessen oder nicht ernst genommen haben, sonst hätten sie 1921 - 1922 nicht geglaubt, Credaro betreibe seine nationale Politik nur aus Angst vor den Faschisten, eine Ansicht, aus der von Toggenburg und von Walther weiter folgerten, ein faschistischer Kommissar und eine faschistische Regierung seien besser als das "System Credaro"[126].

Credaro gab unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Schulen der Südtiroler Randgemeinden Truden und Altrei, die Pecori-Giraldi italianisiert hatte, die deutsche Unterrichtssprache zurück, als er sah, daß die Bevölkerung dieser Ortschaften durchweg deutscher Muttersprache war[127]. Umgekehrt italianisierte er die Schule von Laag, eines im Unterland gelegenen Ortsteils von Neumarkt, in dem nach seiner Feststellung auf 146 Kinder fünf deutschsprachige kamen. In Laag blieben daraufhin fast alle Kinder der neuen italienischen Schule fern. Credaro verhängte über die widerspenstigen Eltern Strafen, die aber vom Leiter des Ufficio Centrale per le Nuove Provincie, Salata, aufgehoben wurden. Credaro berief sich für seine Schulpolitik, die später durch die Lex Corbino vom 28. September 1921 sanktioniert werden sollte, auf das österreichische Staatsgrundgesetz, das von der Notwendigkeit sprach, jedem "Volksstamm", dessen Sprache "landesüblich" ist, "die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache" zu geben[128].

Die Bedeutung des Wortes "landesüblich" war aber schon in der österreichischen Monarchie bei den verschiedenen Volksgruppen äußerst umstritten gewesen, und Salata wehrte sich gegen eine Regelung, die in Tirol nicht gegolten hatte[129]. Credaro machte seinerseits geltend, daß ihm als Kommissar die Befugnisse des Tiroler Landesschulrats zustünden, der nach dem österreichischen Reichsvolksschulgesetz "innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Grenzen" über die Unterrichtssprache entschied[130]. Weiter wies er darauf hin, daß die italienischen Bauern von Laag nur unter dem Druck der deutschen Grundbesitzer nicht von ihrem Recht auf italienische Schulen Gebrauch machten[131]. Der Streit endete im Herbst 1920 mit einem vorläufigen Kompromiß, stand jedoch für den folgenden Herbst wieder an.

Das Verhältnis zwischen Credaro und Salata war nicht nur hinsichtlich der Schulpolitik sehr gespannt. Im Juli 1920 hob Salata ein Dekret Credaros auf, das für Bozen, Meran und einige Orte des Unterlands zweisprachige Aufschriften vorschrieb[132]. Bei dieser Gelegenheit setzte sich Salata kompromißlos durch, da in diesem Monat ein Dekret den seit Anfang in der Gesetzgebung angelegten Kompetenzenstreit zwischen dem Ufficio Centrale per le Nuove Provincie und dem Generalzivilkommissariat in Trient zugunsten des Ufficio Centrale entschied[133]. Die neue Regelung war eine Demütigung für Credaro, der seinen Amtsantritt 1919 von der Bedingung abhängig gemacht hatte, nach dem Beispiel des Generalkommissars für Elsaß-Lothringen alle Verhandlungen mit dem Ministerpräsidium direkt führen zu können[134]. Anstatt jedoch konsequenterweise zu demissionieren, blieb Credaro auf seinem Posten und wartete, bis er mit dem nationalen Aufwind ab 1921 seine von Anfang an vorhandenen Vorstellungen von der Wiedergewinnung des italienischen Elements in Südtirol verwirklichen konnte.

Welches Modell Credaros Vorstellungen zugrunde lag, zeigte sich anläßlich des Streits um die Wahlkreiseinteilung. Es sei verständlich, schrieb er im November 1920 an Giolitti, daß die Trentiner "alle Brüder der eigenen Sprache, der

eigenen Rasse und des eigenen Blutes" in einem Wahlkreis vereint sehen wollten. Diese Lösung bringe aber das Problem mit sich, daß dann die Ladiner aus Protest gegen Trient für den Deutschen Verband stimmen würden. Er empfahl deshalb als beste Lösung, nach Nationalitäten getrennte Wählerlisten, die sogenannten nationalen Kataster des Mährischen Ausgleichs von 1905, anzulegen und Ladinien in den italienischen Kataster aufzunehmen[135]. Die Regierung ging zwar auf diesen Vorschlag nicht ein, aber Credaro gelang die Übertragung mährischer Verhältnisse auf Südtirol mit der von ihm entworfenen Lex Corbino (K. Gesetzesdekret vom 28. September 1921, Nr. 1627), die die Kinder italienischer und ladinischer Muttersprache zwang, italienische Elementarschulen zu besuchen[136]. Die Lex Corbino verwirklichte einen Wunsch, den der Führer der Trentiner Katholischen Volkspartei, Enrico Conci, schon 1907 geäußert hatte, und fand die Zustimmung aller Trentiner Parteien, nachdem De Gasperi anfänglich Bedenken gegen sie gehabt hatte[137]. Salata machte zwar dagegen geltend, daß das österreichische Gesetz vom Recht, nicht aber von der Pflicht der Volksstämme spreche, ihre eigene Sprache zu pflegen, mußte aber nachgeben, als Credaro der Regierung mit seiner Demission drohte[138].

Die Lex Corbino riß seit ihrer Anwendung im Januar 1922 zwischen Südtirolern und Trentinern noch tiefere Gräben auf. Die zur italienischen Nationalität gezwungene Bevölkerung des Unterlands versuchte, mit Eingaben in Rom ihre Kinder der italienischen Schule zu entziehen. Soweit es sich bei den Betroffenen wirklich um italienische Familien handelte, gab es für sie mehrere Gründe, ihre Kinder lieber auf die deutschsprachige Elementarschule zu schicken: die Gebäude, das Material und die Lehrer der bereits in Südtirol eingerichteten italienischen Schulen waren schlecht; die italienische Schule galt als atheistisch; die italienische Schule war in Gemeinden, deren Amts- und Kirchensprache deutsch war, unpraktisch; die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung, die nach Bozen und nicht nach Trient gingen, legten eine gute Kenntnis der deutschen Sprache

nahe; die Italiener im Unterland hatten, wie auch italienische Quellen belegen, ein österreichisches Loyalitätgefühl, das in der Wendung "noi siam todesc" zum Ausdruck kam, und zugleich standen sie unter dem Druck der deutschen Grundbesitzer[139].

Credaro verteidigte seine Schulpolitik gegenüber der deutschen Öffentlichkeit mit dem Hinweis, er habe in Deutschland Pädagogik und Philosophie studiert und stehe auf dem Standpunkt, daß ein Kind nur in seiner Muttersprache wirksam unterrichtet werden könne[140]. Es störte ihn nicht, daß seine Lösung dem vermeintlichen oder tatsächlichen Paternalismus der deutschen Grundbesitzer denjenigen des italienischen Staats entgegensetzte, der nicht nur Druck, sondern Zwang ausübte. Credaro, der in den Jahren 1919 - 1920 ein Befürworter der Autonomie Südtirols gewesen war, sprach sich im Dezember 1921 vor dem Senat für eine friedliche Durchdringung Südtirols aus[141]. Die Ursache für diesen Wandel kann man in dem oben erwähnten Brief Credaros an Nitti vom Oktober 1919 finden, und man sollte sie nicht mit Veneruso in einer letztlichen Übereinstimmung der Ansichten Credaros mit denen der Faschisten sehen. Credaros Rückgewinnungspolitik gegenüber dem italienischen Element in Südtirol ging insgesamt von anderen Voraussetzungen aus als die faschistische. Das schließt nicht aus, daß sie in mancher Hinsicht eine Vorstufe der faschistischen war. Indem Credaro nämlich die österreichische Bekenntnisnationalität beseitigte und an ihre Stelle den nationalen Kataster des Mährischen Ausgleichs setzte und ihn am 9. Juni 1922 zum Zwecke der Revision der Volkszählung von 1921 durch das Kriterium der abstammungsmäßig verstandenen "razza italiana" ergänzte[142], schuf er die Grundlage für die Wiedergewinnungspolitik des im November 1922 eingesetzten Präfekten Guadagnini, der die "razza italiana" allein durch einen italienischen Nachnamen gegeben sah. Credaros Schulgesetz legte sogar den Grund für die "Rückerstattung" der Nachnamen italienischen Ursprungs, die Tolomei am 15. Juli 1923 in Bozen "in Übereinstimmung mit der Lex Corbino" forderte und die im Januar 1926 gesetzlich verordnet wurde.

Aus Staatsinteresse und teilweise mit zynischer Berufung auf ihre rätoromanische Abstammung wollte der Faschismus schließlich die gesamte Bevölkerung Südtirols zwingen, ihre italienische Nationalität wiederzufinden. Diese Politik und Anschauung ging über diejenige Credaros weit hinaus, denn für ihn gab es eine - in ihrer theoretischen Abstraktion freilich gefährliche - Grenze zwischen deutscher und italienischer Abstammung, die es zu respektieren galt[143].

e) Der Marsch auf Bozen und Trient

Nach dem Bozner Blutsonntag im April 1921 kam es bis zum Marsch auf Bozen Anfang Oktober 1922 zu keiner größeren Aktion faschistischer Squadre in Südtirol. Dagegen machte sich der faschistische Parteisekretär von Trient und Vorsitzende der Fasci der Venezia Tridentina, Starace, bei Südtirolern und Trentinern mit brutalen Äußerungen und Handgreiflichkeiten unbeliebt. Er versprach die "boches" über den Brenner zu jagen, den sie, wie er sagte, als Barbaren überschritten hätten, spuckte den Abgeordneten Reut-Nicolussi am Haupteingang des römischen Parlaments an und ohrfeigte eine Trentiner Persönlichkeit[144]. Auf dem Faschistenkongreß im November 1921 wurde er als einer der drei stellvertretenden Sekretäre des Nationalrats der faschistischen Partei gewählt und zog deshalb Anfang Dezember 1921 von Trient nach Mailand.

Während Starace den Südtirolern gegenüber eine reine Konfrontationspolitik befürwortet hatte, wollte der Bozner Parteisekretär Barbesino die Zweisprachigkeit der Südtiroler Gemeinden, die der Fascio von Trient im Mai 1921 und Giunta im Dezember 1921 im Parlament erneut gefordert hatten, möglichst ohne Gewaltanwendung erreichen[145]. Im Namen des faschistischen Zentralkomitees und des Bozner Fascio erging deshalb am 27. April 1922 die erste Aufforderung an die Gemeinde Meran, die Zweisprachigkeit bei allen Bekannt-

machungen der Gemeinde, des Kuramts und der Handelskammer und bei allen Straßenbezeichnungen im Rahmen einer "herzlichen Zusammenarbeit" zwischen Deutschen und Italienern einzuführen[146]. Da Meran auf diese Forderungen nicht einging, stellte der Fascio im August 1922 ein Ultimatum, und die Gemeinde, die als Kurort politische Aktionen besonders fürchtete, gab am 24. August 1922 dem faschistischen Druck nach. Mussolini bezeichnete im "Popolo d'Italia" die in Meran angewandte Methode als beispielhaft für ganz Südtirol. Er schrieb, Italien spiele in Südtirol nicht mehr die Rolle der eingedrungenen "Dienstmagd", es dulde nicht mehr, daß sein Vordringen in Südtirol systematisch sabotiert werde, sondern fordere sein souveränes Recht. Er fügte hinzu, nach Meran sei Bozen an der Reihe[147]. Am 2. September 1922 legte der Bozner Fascio der Gemeinde Bozen seine Forderungen vor. Wie im Falle Merans wurde die Zweisprachigkeit der Gemeindeverwaltung und der Straßenbezeichnungen verlangt. Darüberhinaus forderten die Faschisten von Bozen die Abdankung des Bürgermeisters Perathoner und die Umwandlung der Elisabethschule in eine italienische Elementarschule[148]. Die Forderung nach Zweisprachigkeit der Straßenbezeichnungen erfüllte Credaro, indem er am 4. September 1922 sein Dekret vom 22. November 1920, das seinerzeit von Salata aufgehoben worden war, durchsetzte. Nachdem die Bozner Faschisten am 14. September 1922 für die Übergabe der Schule ein Ultimatum zum 26. September gestellt hatten, bestand Credaro am 17. September bei der Regierung auf seiner schon zuvor gestellten Forderung, Bürgermeister Perathoner abzusetzen. Die Regierung entzog daraufhin mit dem K. Dekret vom 24. September 1922 Perathoner die Bestätigung als Bürgermeister[149].

Das faschistische Ultimatum an Bozen hatte, was die Absetzung Perathoners anging, die Zustimmung des größten Teils der informierten italienischen Öffentlichkeit. Perathoner, der seit 1895 ununterbrochen das Bürgermeisteramt in Bozen innehatte, war den Trentinern schon in österreichischer Zeit verhaßt gewesen. 1880 hatte er die Einführung der deutschen Staatssprache in Österreich gefordert

und sich seit 1893 immer mehr zum Führer der deutschnationalen Bewegung in Südtirol entwickelt. Er hatte wesentlich dazu beigetragen, daß das Autonomieprojekt für Welschtirol 1901 gescheitert war. Er hatte bei der Regierung in Wien erreicht, daß ab 1904 die Verhandlungen in Berufungssachen der italienischsprachigen Gerichte Ampezzo und Buchenstein, für die das Kreisgericht Bozen zuständig war, nicht mehr auf italienisch verhandelt werden durften, und hatte für die Deutschnationalen den Gründungsaufruf des Tiroler Volksbunds von 1905 unterschrieben[150]. De Gasperi hatte ihn im Jahre 1911 während der Auseinandersetzung um den Bischof von Trient, Endrici, "den absoluten und fast tyrannischen Herrn von Bozen" und "einen mit allen Wassern gewaschenen Volksbündler" genannt[151]. Perathoner verhielt sich nach 1918 so, als lebe Südtirol noch unter den Habsburgern. Zur Bozner Messe 1921 zog er die italienische Fahne nur auf ausdrücklichen Befehl Credaros auf. Obwohl er gut italienisch sprach, hielt er dem italienischen König im Oktober 1921 auf dem Bozner Bahnhof eine rein deutsche Rede. Er ließ sich auf eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister von Arezzo über die Italianität Bozens ein. Weil Tolomei auf der Liste der Organisatoren stand, fehlte Perathoner wie die Südtiroler Abgeordneten bei der Einweihung der Kunstausstellung der Venezia Tridentina, die in Anwesenheit der staatlichen Behörden am 5. August 1922 stattfand. Acht Tage vor dem Marsch auf Bozen und zwölf Tage vor dem Inkrafttreten des Dekrets über die Zweisprachigkeit der Straßennamen ließ er das von italienischen Jugendlichen entfernte Schild "Kaiser Franz Joseph Platz" erneuern[152].

Keine dieser Handlungen verstieß gegen das Gesetz, dennoch waren sie unklug, weil sie als antiitalienische Demonstration verstanden wurden und die Sympathien der italienischen Öffentlichkeit hinsichtlich Südtirol zugunsten der Faschisten förderten. Das sozialdemokratische Bozner Volksrecht bezeichnete Perathoner als einen Mann, der mit der Faust auf den Tisch schlägt, auf dessen Platte die Nägel durchschauen[153]. Credaro hatte der Regierung schon 1921 zweimal

vorgeschlagen, Perathoner wegen seiner antiitalienischen Haltung zu entfernen, und Perathoner selbst hatte aus diesem Grund dem Bozner Gemeinderat im Januar 1922 empfohlen, ihn nicht wiederzuwählen[154]. Die Schuld für sein Verbleiben im Amt lag 1922 also weniger bei Perathoner, der zu alt war, um sich der neuen Lage anzupassen, als beim Gemeinderat, der einen über siebzigjährigen Bürgermeister mit deutschnationaler Vergangenheit wiedergewählt hatte.

Neben der Person Perathoners nahmen die Italiener aller politischen Richtungen in Südtirol und im Trentino an der Zusammensetzung des Bozner Gemeinderats Anstoß. Der Gemeinderat war nämlich, dem Vorschlag der Freisinnigen folgend, am 22. Januar 1922 nach dem in den alten Provinzen Italiens geltenden Gemeindegesetz gewählt worden, das der stärksten Partei vier Fünftel der Mandate und der zweitstärksten das restliche Fünftel überließ[155]. So erhielten der Deutsche Verband 2031 Stimmen und 27 Sitze, die deutschen Sozialdemokraten 707 Stimmen und 6 Sitze. Die italienische bürgerliche Einheitsliste erhielt bei 444 Stimmen keinen Sitz, während sie bei einem Proporzwahlsystem 4 Sitze erhalten hätte[156].Zu den Kritikern der Bozner Gemeinderatswahlen gehörten auch die Popolari , auf deren Drängen hin bei den italienischen Parlamentswahlen von 1921 und bei den Gemeindewahlen von Trient und Rovereto im Jahre 1922 das Proporzwahlsystem eingeführt worden war[157].

Der Bozner Fascio übertrug am 22. September 1922 seine Vollmacht dem Zentralkomitee der Partei, um seinen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig täuschte er zu demselben Zweck einen Besuch Mussolinis in Bozen vor und ließ das Gerücht einer Aktion gegen Bozen unter Führung Giuntas und Staraces umgehen[158]. Die Gemeinde Bozen weigerte sich jedoch weiterhin, die geforderte Schule abzutreten, worauf die Faschisten ihr Ultimatum nochmals bis zum 30. September verlängerten. Die Gemeinde und die Faschisten konnten sich jedoch auch jetzt in der Schulfrage nicht einigen, da die Faschisten ihre Forderung, (die Tolomei übrigens schon 1919 ausgesprochen hatte)

überwiegend aus Gründen des nationalen Prestiges, die Gemeinde ihre Ablehnung aus sachlich-organisatorischen Gründen aufrechterhielten[159]. Dabei war es keineswegs so, als ob in Bozen kein italienischer Elementarschulunterricht stattgefunden hätte. Störend für die Faschisten war es, daß 200 italienische Elementarschulkinder in Bozen auf zwei provisorische Gebäude verteilt waren, während die deutschen Kinder wie unter Österreich, als es in Südtirol keine italienischen Schulen gab, in Gebäuden unterrichtet wurden, die für italienische Verhältnisse luxuriös waren. Die Gemeinde Bozen hatte entsprechend der Lex Corbino, die die Gemeinden verpflichtete, die Gebäude der italienischen Elementarschulen zu stellen, im Juni 1922 die Baupläne für eine italienische Schule eingereicht, und das Generalzivilkommissariat in Trient hatte seine Zustimmung gegeben. Der für denselben Monat geplante Baubeginn war jedoch verzögert worden, weil die Baugenehmigung für das an die Elementarschule anschließende italienische Gymnasium von seiten des Unterrichtsministeriums noch ausstand und außerdem das Unterrichtsministerium vergessen hatte, das Gesetz über den staatlichen Kredit für Schulgebäude auf die Neuen Provinzen auszudehnen. Die Gemeinde Bozen wollte die Elisabethschule umso weniger für die 200 italienischen Kinder zur Verfügung stellen, als dadurch 700 deutsche Schulkinder und eine Lehrerbildungsanstalt obdachlos werden mußten[160].

In dieser Situation traf am 28. September der faschistische Abgeordnete Giunta, von Mussolini in Mailand kommend, in Bozen ein. Wahrscheinlich war er vom Bozner Fascio, der mit 138 Mitgliedern keine größere Aktion gegen Bozen durchführen konnte, zu Hilfe gerufen worden. Erst in Bozen beschloß Giunta, die Aktion, die die Bozner Faschisten auf die Squadre der Venezia Tridentina beschränken wollten, zu erweitern und Squadre aus der Lombardei und dem Veneto hinzuzuziehen[161]. Mussolini war keineswegs der Organisator des Marschs auf Bozen, wie es De Stefani und Farinacci nachträglich dargestellt haben. Noch viel weniger war die Bozner Aktion eine strategische Absicherung Südtirols und des Brenners im Hinblick auf den vier Wochen später erfol-

genden Marsch auf Rom, wie dies "Il Popolo d'Italia" und später auch Mussolini gedeutet haben. Diese Version diente lediglich der Ideologie des Faschismus, der sich als der Garant der unter großen Verlusten erkämpften Neuen Provinzen darstellen und hinter der faschistischen Besetzung Bozens die Expansion des italienischen Imperiums aufscheinen lassen wollte[162]. Allein die Tatsache, daß das Oberkommando der Miliz, das beim Marsch auf Rom den Oberbefehl hatte, am Marsch auf Bozen nicht beteiligt war, spricht gegen die Generalprobeversion[163]. Mussolini hatte Giunta freie Hand gelassen, und Giunta hatte sich wohl durch die Absetzung Perathoners, die am 28. September bekannt wurde, in der Auffassung bestätigt gefühlt, daß die Regierung leicht zu weiteren Zugeständnissen zu erpressen sei[164].

Die Beteiligung Giuntas, De Stefanis und Staraces an der Besetzung Bozens am 1. und 2. Oktober 1922 hatte gute Gründe. Giunta hatte die ersten faschistischen Squadre der Geschichte aufgestellt und war bereits im Juli 1920 mit ihnen gegen die slawischen Organisationen in Triest vorgegangen. Als Anführer von 1.500 Faschisten hatte er zusammen mit dem Abgeordneten De Stefani am 3. März 1922 die Regierung des Freistaats Fiume vertrieben und eine neue eingesetzt[165]. Starace hatte die über 400 Faschisten befehligt, die am Bozner "Blutsonntag" 1921 aus Brescia und Verona nach Bozen gekommen waren und er war außerdem seit November 1921 Regionaldelegierter des faschistischen Zentralkomitees für die Venezia Tridentina und somit für die faschistischen Aktionen in Bozen zuständig. De Stefani war als Regionaldelegierter des Veneto für die Squadre aus dieser Region verantwortlich. Die Aktion gegen Bozen wurde dadurch eingeleitet, daß ein faschistischer Stoßtrupp am Sonntag, den 1. Oktober 1922, die Elisabethschule besetzte, nachdem die Faschisten noch tags zuvor ihr Ultimatum bis zum 2. Oktober verlängert hatten. Dadurch wurden die staatlichen Sicherheitskräfte möglicherweise überrascht. Es ist freilich auffällig, daß auch am 2. Oktober 700 Faschisten das von 130 Carabinieri und Grenzsoldaten gedeckte Bozner

Rathaus im Ansturm ohne Waffengewalt einnehmen konnten, obwohl in Bozen den insgesamt 1.200 Faschisten 600 Soldaten und Polizisten gegenüberstanden und die Bewachung des Rathauses von der Regierung den schriftlichen Befehl hatte, das Gebäude "um jeden Preis" zu verteidigen. Die Passivität der Sicherheitskräfte gegenüber den Faschisten war allerdings um diese Zeit kein auf Bozen beschränktes Phänomen. Der für die Verteidigung des Bozner Rathauses verantwortliche Quästor R. D'Arpe hatte sich bereits im Juni 1922 in Bologna ebenso untätig verhalten. Die für die öffentliche Ordnung verantwortlichen Kräfte des Militärs und der Polizei schritten gegen die Faschisten weder am 1. und 2. Oktober in Bozen, noch am 4. und 5. Oktober in Trient ein, entweder weil sie von der Regierung keine Rückendeckung erwarteten oder weil sie mit den Faschisten sympathisierten. In Bozen standen der Fascio und das Kommando der Carabinieri, die in demselben Gebäude untergebracht waren, in guter Beziehung zu einander. In Trient waren die Gespräche zwischen den faschistischen Belagerern und den Militärs fast "herzlich", und der mit den Faschisten sympathisierende General Ghersi versicherte, daß er mit 2.800 Soldaten und bewaffneten Polizisten zusammen den Generalzivilkommissar in Trient nicht gegen 3.000 Faschisten unter Führung des Parteihäuptlings (ras) Farinacci verteidigen könne[166].

Der Marsch auf Bozen und Trient war in faschistischer Sicht ein voller Erfolg. Er bewies die Ohnmacht der Regierung Facta und ermutigte die Faschisten zum Marsch auf Rom. Am 3. Oktober 1922 setzte Credaro den Bozner Gemeinderat ab und übergab die kommissarische Verwaltung der Gemeinde Augusto Guerriero. Guerriero bestimmte, daß die von den Faschisten besetzte Schule italienischsprachig bleiben müsse. Credaro selbst wich der faschistischen Erpressung und stellte sich am 5. Oktober der Regierung zur Verfügung. An demselben Tag trat Salata, der das Ufficio Centrale per le Nuove Provincie seit 1919 geleitet hatte, zurück, und sein Amt wurde zum 28. Oktober zusammen mit

den Generalzivilkommissariaten der Venezia Giulia und der Venezia Tridentina aufgelöst. Am 4. November 1922 traf Giuseppe Guadagnini als Präfekt der Venezia Tridentina in Trient ein.

II. Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus in Südtirol

A. Südtirol in der Phase zwischen Machtergreifung und Diktatur des Faschismus 1923 - 1924

1. Das Scheitern des 1. Bozner Burgfriedens

Mussolini, der sich bereits 1921 deutlich gegen die Autonomie der Neuen Provinzen ausgesprochen hatte, schien kurz nach der Regierungsübernahme Ende Oktober 1922 an der Autonomiefrage wieder interessiert zu sein. Obwohl die Regierung Facta mit Wirkung vom 28. Oktober 1922 die Auflösung des Ufficio Centrale per le Nuove Provincie und die Einsetzung von Präfekten anstelle der Generalzivilkommissare für die Venezia Giulia und die Venezia Tridentina verfügt hatte, regelte das K. Dekret vom 30. November 1922 die Neubildung der regionalen und zentralen Kommissionen zur Beratung der Landes- und Gemeindeautonomie[1]. In der neuen Zentralen Beratungskommission saßen Autonomieanhänger wie der Südtiroler Tinzl, die beiden Popolari De Gasperi und Conci, der Nationalist Suvich und die Faschisten Albanese, Bilucaglia, Heiland und Piccinato. Andererseits waren auch scharfe Gegner der Autonomie wie die Faschisten Giunta und Dudan vertreten. Den Vorsitz führte der faschistische Staatssekretär im Ministerpräsidium Acerbo.

Die Neubildung der Kommission war ein Manöver Mussolinis, mit dem er sich die Gunst der Popolari, die an der neuen Regierung beteiligt waren, in den ersten Monaten seiner Regierungszeit sichern wollte. In diesem Zusammenhang ist auch das Versprechen zu sehen, das Mussolini Anfang November 1922 De Gasperi gab, die Regierung werde an dem von den Popolari verfochtenen Proporzwahlsystem festhalten[2]. Tatsächlich machten sich die Trentiner Popolari bis Ende 1922 Hoffnungen, der Faschismus werde eine Art von Autonomie in den Neuen Provinzen zulassen. De Gasperi drückte dies im Parlament am 17. November 1922 anläßlich der Aussprache über Mussolinis Regierungsprogramm aus, indem er sich von den Autonomieforderungen der Südtiroler und

Slawen distanzierte, die, wie er sagte, damit lediglich separatistische Hintergedanken bemäntelten. Das Organ der Popolari in Bozen "Il Ponte" setzte seine Hoffnungen besonders auf die nationalistischen und faschistischen Mitglieder der Zentralen Beratungskommission, die sich im Dezember 1922 mehrheitlich für die Beibehaltung der von Österreich ererbten Autonomie aussprach[3].

Mussolini machte allen Spekulationen am 4. Januar 1923 ein Ende, als er in Übereinstimmung mit Acerbo dem Kabinett die völlige Gleichschaltung der Verwaltung der Neuen Provinzen vorschlug. Der entsprechende Beschluß des Ministerrats wurde hinsichtlich der Venezia Tridentina mit dem K. Dekret vom 21. Januar 1923 in Kraft gesetzt, durch das Südtirol der Provinz Trient zugewiesen wurde. Darüberhinaus wurde der Gerichtsbezirk Neumarkt und die Gemeinde Tramin vom Verwaltungsbezirk Bozen gelöst und mit dem Trentiner Verwaltungsbezirk Cavalese vereint[4]. Noch sprach sich die faschistische Zeitschrift "Gerarchia" vom Januar 1923 im Zusammenhang mit der gesamtstaatlichen Verwaltungsreform, zu deren Durchführung die Regierung vom Parlament im November 1922 ermächtigt worden war, für die Einführung legislativer Regionalautonomie auf schulischem und wirtschaftlichem Gebiet in ganz Italien aus. Am 28. Februar 1923 verwarf jedoch Mussolini endgültig für ganz Italien alle autonomistischen Reformvorschläge mit der Begründung, die politische Autonomie gefährde die Einheit des Staates und selbst die Verwaltungsautonomie trage entgegen der Absicht der Reformer nicht zu einem Abbau der Bürokratie, sondern zu ihrem Anwachsen bei[5].

Auch jetzt war die Frage, welcher Raum den Sprachen der ethnischen Minderheiten neben der Staatssprache belassen würde, noch offen. Der Bozner Fascio hatte unter dem Einfluß Tolomeis am 18. November 1922 das bis dahin schärfste Italianisierungsprogramm gebilligt. Danach durfte es im Bozner Unterland und in Ladinien keine deutschen Schulen mehr geben. Im restlichen Südtirol war die italienische Elementarschule soweit auszubauen, daß alle Eltern

ihre Kinder auf italienische Schulen schicken konnten. Ferner sollten alle Südtiroler Beamten allmählich ersetzt werden[6]. Die Aussagen, die Mussolini nach seinem Regierungsantritt gemacht hatte, schienen dagegen ermutigender. Gegenüber von Neurath hatte er am 3. November 1922 geäußert, er denke nicht daran, die Südtiroler ihres Rechts auf deutsche Schulen und den Gebrauch ihrer Sprache zu berauben, nur müßten sie sich mit den politischen Verhältnissen abfinden[7]. Vierzehn Tage später hatte er die Tatsache, daß Italien nach dem Weltkrieg seine Grenze am Brenner und am Schneeberg gezogen hatte, als eine "harte Notwendigkeit" hingestellt, gleichzeitig jedoch versichert, daß kein Anlaß bestehe, die Sprache der nichtitalienischen Bevölkerung zu unterdrücken. Er hatte sogar die Hoffnung geäußert, Slowenisch lernen zu können[8].

Als der kommissarische Bürgermeister von Bozen, Guerriero, im Hinblick auf künftige Gemeindewahlen bei Mussolini den Abschluß eines Abkommens zwischen dem Deutschen Verband und der faschistischen Partei anregte, erteilte Mussolini Anfang Januar 1923 dem Bozner Parteisekretär Barbesino den Auftrag, mit dem Deutschen Verband Verhandlungen aufzunehmen[9]. Obgleich das Südtirolprogramm des Bozner Fascio vom 18. November 1922 alles andere als deutschfreundlich gewesen war, hatte Barbesino gegenüber dem Deutschen Verband einen relativ guten Stand, weil der Parteiverband der Venezia Tridentina am 1. Dezember 1922, dem Vorschlag Barbesinos entsprechend, sich dafür ausgesprochen hatte, den Sitz der Präfektur von Trient nach Bozen zu verlegen[10]. Barbesino ging es vor allem darum, die geschäftlichen Interessen der Südtiroler zu befriedigen und dadurch ihre Italianisierung zu erleichtern. Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Verband und Barbesino wurden mit soviel Verschwiegenheit geführt, daß sogar Präfekt Guadagnini erst um den 13. Januar 1923 herum davon erfuhr und von Mussolini am 14. Januar gebeten wurde, sich aus den Verhandlungen herauszuhalten. Mussolini ließ ihn wissen, daß er eine faschistisch-deutsche Verständigung im Sinne der Assimilierung nicht ungerne sehe. Am 26. Februar 1923 unter-

zeichneten die Südtiroler Abgeordneten von Toggenburg und von Walther im Auftrag des Deutschen Verbands den Vertrag, und am 2. März sandte ihn Guadagnini zur Begutachtung durch die faschistische Partei an Mussolini[11].

Die Leitlinien, die Mussolini für die Vertragsverhandlungen gezogen hatte, waren folgende: Der Deutsche Verband gibt dem italienischen Staat gegenüber eine Loyalitätserklärung ab und erklärt öffentlich, daß er auf Irredentismus verzichten und mit der italienischen Bevölkerung zusammenarbeiten will; die faschistische Partei sichert dafür ihrerseits den Südtirolern die Beachtung ihrer sprachlichen und wirtschaftlichen Interessen zu und erwirkt bei den Behörden die beschleunigte Abfertigung der noch nicht erledigten Optionsanträge[12]. Der zwischen Barbesino und dem Deutschen Verband ausgehandelte Vertragsentwurf sah dementsprechend den Fortbestand der deutschen Elementar- und Sekundarschulen (Punkt 6) und die Anerkennung der deutschen Amtssprache vor, die allerdings neben die italienische Amtssprache gestellt wurde (Punkt 3). Der Entwurf gestattete sogar denjenigen Südtirolern Beamten, die nach einer gewissen Zeit die italienische Sprache nicht gut erlernt hätten, den Verbleib im Amt (Punkt 7). Ferner machte Barbesino dem Deutschen Verband das Zugeständnis, daß der Vertrag auch im Bozner Unterland gelten solle, das durch das K. Dekret vom 21. Januar 1923, Nr. 93 dem Trentino zugeteilt worden war, und Barbesino verpflichtete sich in Punkt 11 des Abkommens, für eine Rückkehr des Bozner Unterlands zum Verwaltungsbezirk Bozen sorgen zu wollen. Diese Erklärung war dem Deutschen Verband so wichtig, daß er die Klausel einfügte, bei Nichterfüllung werde der Deutsche Verband vom Vertrag zurücktreten und seine Handlungsfreiheit wiedergewinnen (Punkt 11)[13].

Anfang März 1923 wurde die Nachricht vom Bozner Burgfrieden in der Innsbrucker Presse bekannt und erreichte am 5. März die italienische Öffentlichkeit. Die in Trient erscheinende faschistische Zeitung "Il Popolo" schrieb, mit dem Vertrag kehrten die Zeiten Credaros zurück. Die Zeitung

führte damit ein Argument ins Feld, das für die Ablehnung von faschistischer Seite entscheidend werden sollte[14]. Ähnlich hatte sich schon Guadagnini geäußert, als er am 2. März 1923 Mussolini den Vertragsentwurf gesandt und sich dagegen verwahrt hatte, die in Punkt 11 gestellte Forderung zu erfüllen[15]. Der Versuch des Deutschen Verbands, die faschistische Regierung, die sich allenthalben auf ihre Politik der Stärke berief, zu zwingen, ein gerade erlassenes Dekret zurückzunehmen, scheint entscheidend dazu beigetragen zu haben, daß auch Mussolini den Vertragsentwurf ablehnte. Hinzu kam der in Punkt 11 gegebene Hinweis, der Deutsche Verband werde bei Nichterfüllung seiner Forderung, seine "Handlungsfreiheit" wiedergewinnen, was von Mussolini im Zusammenhang mit Punkt 2 (Verzicht auf Irredentismus) als Rückkehr zu einer irredentistischen Politik gedeutet wurde[16]. Als die Trentiner Faschisten und Starace erfuhren, daß Barbesino die Verhandlungen geführt hatte, verringerten sich die Chancen für den Burgfrieden noch weiter, weil Barbesino im Februar 1923 öffentlich gegen den Gründer des Trentiner Fascio und seine Verbindung zur Freimaurerei zu Felde gezogen war[17].

Mit Ausnahme des Buchs von Gatterer hat die bisherige deutschsprachige Südtirolliteratur Tolomei und seine Freunde in der Associazine Nazionale Italiana (ANI) für das Scheitern des Burgfriedens verantwortlich gemacht[18]. Man kam zu dieser Ansicht, weil man einen Zusammenhang zwischen der Ernennung Tolomeis zum Senator vom 3.März 1923 und der Fusion der ANI mit dem PNF vom 26. Februar 1923 vermutete und weil der Burgfriede ausgerechnet auf der Sitzung des faschistischen Großrats vom 12. März 1923 abgelehnt wurde, als zum erstenmal Vertreter der ANI, darunter Tolomeis Freund Federzoni, an einer Sitzung dieses Gremiums teilnahmen[19]. Dagegen hat Gatterer bereits darauf hingewiesen, daß von einem Sieg Tolomeis und der Nationalisten im März 1923 nicht gesprochen werden könne, da schon Mussolinis Parlamentsrede vom 21. Juni 1921 von Tolomei inspiriert gewesen sei. Außerdem sei Preziosi, der am 12. März 1923 die von Tolomei formulierte Reso-

lution vorlas, die eine Garantie für das Deutschtum in Südtirol verwarfund die Zustimmung des Großrats fand, seit 1920 Faschist gewesen[20]. Allerdings hat auch Gatterer bei der Erörterung des Scheiterns des Burgfriedens die alten Beziehungen Tolomeis zum Faschismus, die Rolle Preziosis bei der faschistischen Verwaltungsreform und das Gewicht der übrigen Faschisten noch nicht genügend erkannt.

Tolomei war nie Mitglied der ANI gewesen, weil einige Nationalisten seine Wasserscheidentheorie als zu gemäßigt ablehnten, dagegen hatte er bereits 1919 zum Direktorium des Fascio von Rom gehört[21]. Nach 1919 hatte er jedoch zur faschistischen Bewegung keine feste Verbindung, was daraus ersichtlich ist, daß er bei den Parlamentswahlen von 1921 für die Trentiner Nationalliberalen, nicht aber für die Faschisten zu kandidieren bereit war[22]. Tolomeis Einschreibung als erstes Ehrenmitglied des Bozner Fascio erfolgte nachträglich Ende September 1923[23]. Trotz dieser Distanz zum noch nicht etablierten Faschismus war Tolomeis Beziehung zu den Faschisten der Venezia Tridentina seit 1921 gut[24].

Preziosi war in der Sitzung des Großrats vom 12. März 1923 weit mehr als Tolomeis Agent. Er und Massimo Rocca waren zu dieser Sitzung eigens als Vorsitzende der Kommission für die Verwaltungsreform eingeladen worden, deren Ziel es war, durch die Zusammenlegung von Ämtern und den Abbau des Beamtenapparats,kurz durch Zentralisierung, die Vereinfachung der staatlichen Verwaltung herbeizuführen[25]. Im Zuge dieser Reform wurden in ganz Italien 1923 50 Schulämter, 57 Landgerichte und 573 Amtsgerichte aufgehoben und bis April 1924 65.000 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen[26]. Rocca und Preziosi wollten als überzeugte Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus den staatlichen Haushaltsdefizit mit privatwirtschaftlichen Methoden sanieren[27], und solchen Absichten war ein zweisprachiger Beamtenapparat in den Neuen Provinzen, der sich außerdem wegen der mangelnden Sprach-

kenntnisse italienischer Beamter auf politisch unzuverlässige Südtiroler und Slawen hätte stützen müssen, direkt entgegengesetzt. Da die Beibehaltung der nichtitalienischen Amts-, Gerichts- und Schulsprache in den Neuen Provinzen einer Verwaltungsautonomie gleichkam, mußte Preziosi den Burgfrieden ablehnen. Es bedurfte nicht eines Tolomei oder Federzoni, um den Burgfrieden scheitern zu lassen. Die faschistischen Elemente waren ausreichend, zumal in der Großratssitzung vom 12. März 1923 die Organisatoren des Marschs auf Bozen und Trient vollzählig vertreten waren. De Stefani nahm als Finanzminister teil, Starace als stellvertretender Parteisekretär und Regionaldelegierter der Parteidirektion für die Venezia Tridentina, und Giunta als Generalsekretär des Großrats. Farinacci hatte eine Sondereinladung erhalten[28].

Wann Mussolini den Burgfriedensvertrag verworfen hat, läßt sich nicht genau sagen. Möglicherweise war es schon am 3. März 1923 gewesen, als er den gerade zum Senator ernannten Tolomei empfangen und ihn gebeten hatte, konkrete Vorschläge für die Italianisierung Südtirols vorzulegen[29]. Zu diesem Zeitpunkt konnte er bereits den von Guadagnini am 2. März abgesandten Vertragstext kennen, dessen 11.Punkt der Präfekt kritisierte. Nachdem der Vertragsentwurf auch im Großrat abgelehnt worden war, wurden Tolomei und Preziosi vom Staatssekretär im Ministerpräsidium, Acerbo, am 19. März 1923 offiziell damit beauftragt, im Rahmen der Verwaltungsreform das Gutachten für Südtirol auszuarbeiten[30]. Mussolinis Ablehnung des Burgfriedensentwurfs ist erst in einem Brief an Guadagnini vom 22. März 1923 belegbar, in dem er den Entwurf als größtenteils gegen die Staatsinteressen gerichtet und Punkt 11 als besonders unerfreulich bezeichnete[31]. Von neuen Verhandlungen sprach Mussolini Guadagnini gegenüber nicht, sie wären auch angesichts der Resolution des Großrats, für das Deutschtum in Südtirol keine Garantien zu geben, für den Deutschen Verband zu diesem Zeitpunkt uninteressant gewesen. Dennoch hatte Mussolini noch am 21. März 1923 dem deutschen Botschafter gegenüber den Großratsbeschluß als kleinere Panne

darzustellen versucht, indem er äußerte, es sei sein ausgesprochener Wunsch, daß die geplante Verständigung zwischen Deutschen und Faschisten in Südtirol zustande komme. Die Sache sei nur deshalb schief gelaufen, weil der faschistische Vertreter (= Barbesino) die Gelegenheit benutzt habe, einen Wahlkompromiß zu schließen[32].

Selbst wenn Mussolini am 21. März eine Wiederaufnahme der Burgfriedensverhandlungen gewünscht hätte, dürfte man nicht annehmen, daß es ihm jemals darum gegangen wäre, das "Recht" der Südtiroler auf ihre Schule und Sprache prinzipiell zu achten, wie er es von Neurath am 3. November 1922 versprochen hatte[33]. Der Burgfriede war vom kommissarischen Bürgermeister von Bozen angesichts der für April 1923 anstehenden Gemeindewahlen vorgeschlagen worden, weil die Faschisten, wie die Gemeindewahlen im Januar 1922 in Bozen gezeigt hatten, nach dem geltenden Wahlrecht keinen Sitz im Gemeinderat erhalten konnten[34]. Mussolini war auf diesen Vorschlag eingegangen, da er zu diesem Zeitpunkt bestrebt war, den Extremismus in der eigenen Partei zu zügeln und das für die Parlamentswahlreform notwendige Vertrauen der bürgerlichen Parteien Italiens zu gewinnen[35]. In dem Vertragstext erklärte der Deutsche Verband seine Loyalität gegenüber dem italienischen Staat und erhielt dafür nicht etwa vom Staat, sondern von der faschistischen Partei Italiens für die Dauer eines Jahres die Anerkennung der deutschen Sprache in Amt und Schule. Allein hierdurch wird deutlich, was Mussolini, der die Richtlinien gab, vom Recht der Südtiroler auf ihre Sprache hielt. Worin sich Mussolini hinsichtlich Südtirol von der Mehrheit der Parteidirektion unterschied, war lediglich die Bereitschaft, mit politischen Gegnern Kompromisse zu schließen. Am 21. Juni 1921 und sogar noch am 31. August 1922 hatte er nämlich ein Verbot des Deutschen Verbands gefordert[36]. Im Januar 1923 hatte er ihm dagegen ebenso die Zusammenarbeit angeboten, wie er bis Ende Oktober 1922 den Versuch unternommen hatte, mit den Sozialisten und den Gewerkschaftlern der CGL einen Befriedungspakt zu schließen[37].

Man könnte sich fragen, ob der Burgfriede für Mussolini eine außenpolitische Funktion hatte. In dem Bericht des italienischen Delegierten bei der Interalliierten Rheinlandkommission, Tedaldi, vom 17. November 1922 über die Putschpläne der bayrischen Rechten war nämlich von einem Aufsatz des faschistischen Parteiorgans "Il Popolo d'Italia" die Rede, der sich mit der Bildung eines Tiroler Pufferstaats beschäftigt und bei einigen bayrischen Separatisten ein positives Echo gefunden hatte[38]. Es wäre denkbar, daß Mussolini die Schaffung eines süddeutschen Alpenstaats, der sich wirtschaftlich und politisch an Italien anlehnen mußte, durch eine deutschfreundliche Südtirolpolitik ermutigen wollte. Dieser Vermutung steht aber entgegen, daß Mussolini im November 1922 dem österreichischen Bundeskanzler wiederholt versichern ließ, daß er auf die Selbständigkeit und territoriale Unverletzlichkeit Österreichs größten Wert lege und daß der Aufsatz im 'Popolo d'Italia' nicht seine Meinung ausdrücke[39]. Außerdem rechnete Mussolini, der 1919 - 1920 den Anschluß Österreichs an Deutschland als auf die Dauer unvermeidlich bezeichnet hatte, Österreich im Jahre 1922 zur politischen und wirtschaftlichen Einflußsphäre Italiens und konnte folglich seine weitere Zerstückelung kaum begünstigen[40]. Daß Mussolini mit dem Burgfrieden den Anhängern eines Bayrisch-Tiroler Alpenstaats einen Gefallen erweisen wollte, ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil der österreichische Bundeskanzler den Burgfrieden befürwortete und zu seinen Gunsten auf die Nordtiroler Regierung einwirken wollte, ehe die Entscheidung des faschistischen Großrats dies überflüssig machte[41]. Mit Sicherheit läßt sich für das Jahr 1923 ein Einfluß von Hitlers Südtirolverzicht, von dem Tedaldi ebenfalls berichtete, auf die italienische Südtirolpolitik ausschließen. Einerseits war Hitler damals politisch bedeutungslos, andererseits war dieser Verzicht für italienische Ohren so unglaubwürdig, daß er selbst in den 30er Jahren in italienischen Regierungskreisen als Trick betrachtet wurde[42].

2. Die neuen Sprachgesetze und -verordnungen

a) Die Entstehung der Lex Gentile vom Oktober 1923

aa. Das Südtirolprogramm Tolomeis

Die Wiedergewinnung der "geraubten Seelen", die Credaro mit der Lex Corbino eingeleitet und mit einer ersten Revision der Volkszählung von 1921 weitergeführt hatte, fand ihre Fortsetzung in dem Präfekturdekret vom 24. Dezember 1922, dem gemäß einige Südtiroler Gemeinden südlich von Bozen ab dem 10. Januar 1923 nur noch italienische Elementarschulen haben durften, weil die Revision eine Mehrheit von Italienern in den betroffenen Gemeinden ergeben hatte. Das Dekret wurde zwar von Guadagnini erlassen, war aber noch von Credaro vorbereitet worden[43]. Während sich Credaro darauf beschränkt hatte, diejenigen Bewohner des Unterlands, die aus dem Trentino oder Altitalien zugewandert waren, einschließlich ihrer Kinder als Italiener zu zählen (auch wenn sie Deutsch als ihre Umgangssprache angaben)[44], revidierte Guadagnini die Volkszählung erneut, indem er alle Träger italienischer Nachnamen zu Italienern machte[45]. Unter Berufung auf die Volkszählung verfügte er sodann mit den Präfekturdekreten vom 8. März und 8. Mai 1923 die Italianisierung der Elementarschulen der reindeutschen Südtiroler Randgemeinden[46].

Tolomei, der im März 1923 von der Regierung mit der Ausarbeitung des Südtirolgutachtens beauftragt worden war, legte Guadagnini Mitte Mai 1923 sein Programm vor. Er und der Präfekt betrieben jetzt zusammen die Italianisierung der Südtiroler Schulen gegen den Widerstand von Unterrichtsminister Gentile, der gegen Guadagninis Revision der Volkszählung Bedenken hatte und auf eine Entscheidung der Regierung wartete[47]. Guadagnini setzte sich schließlich über die Volkszählung völlig hinweg, indem er am 28. Juni 1923 die Italianisierung weiterer Südtiroler

Schulen, von denen zwei sogar im Bezirk Meran lagen, damit begründete, daß das österreichische Staatsgrundgesetz durch das Albertinische Statut ersetzt worden sei, das ebenso wie die von ihm abgeleitete italienische Gesetzgebung nur italienische Schulen kenne[48]. Die Begründung war zwar in dieser Formulierung unhaltbar, da sich das Albertinische Statut nicht zur Schulsprache äußerte, das Bemühen Guadagninis, das Minderheitenproblem nicht auf Grund der Abstammung, sondern mit Berufung auf die italienische Gesetzgebung zu lösen, war jedoch wegweisend.

Im Gegensatz dazu ist bemerkenswert, wie relativ vorsichtig sich Tolomei hinsichtlich der deutschen Schulen äußerte. In seinem Südtirolgutachten, den "Provvedimenti" die die Regierung am 1. Juli 1923 pauschal billigte und die Tolomei am 15. Juli 1923 im Bozner Stadttheater bekanntgab, forderte er, der Südtiroler Bevölkerung, wo immer sie es wünsche, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder auf italienische Elementarschulen zu schicken. Er schlug für Südtirol, das rund 200 Gemeinden zählte, die Errichtung von rund 150 Elementarschulen vor, neben denen, wie er sagte, die bisherigen deutschen Schulen weiterbestehen könnten. Diese Forderung hatte er ähnlich bereits 1915 aufgestellt, als er sich für die Einrichtung italienischer "Parallelschulen" für diejenigen Ortschaften Südtirols ausgesprochen hätte, in denen sich auch nur eine geringe Minderheit italienischer Kinder befand[49]. Welche Ziele Tolomei im Jahre 1923 hinsichtlich der Schule in Südtirol tatsächlich verfolgte, sprach der ehemalige faschistische Verbandssekretär Barbesino in seinem Organ "Il Piccolo Posto" offen aus. Barbesino war am 21. März 1923 von der Parteispitze in Rom wegen offener Diffamierung von Parteimitgliedern und wegen Disziplinlosigkeit abgesetzt worden[50]. Da er die Burgfriedensverhandlungen nicht aus eigener Initiative, sondern, wie man inzwischen allgemein wußte, auf höhere Weisung hin geführt hatte, war das gute Verhältnis, das zwischen ihm und Tolomei 1922 bestanden hatte, spätestens im Mai 1923 wiederhergestellt[51].

Im "Piccolo Posto" vom 26. Mai 1923 schrieb er, daß in jedem Südtiroler Dorf eine italienische neben die deutsche Schule gestellt werden müsse, falls die deutsche Schule nicht ganz abgeschafft würde. Schon am 18. April 1923 hatte "Il Piccolo Posto" festgestellt, daß zur Lösung der Schulfrage die Sprachenstatistik uninteressant sei, und die Zeitung hatte im Hinblick auf die angebliche Italianität der Südtiroler hinzugefügt: "Wir sind der biblische Hirte, der dem verlorenen Schaf nachgeht. Das Schaf muß zu den anderen zurückkehren." Am 9. Juni 1923 versicherte Barbesino, entsprechend den Interessen der Bevölkerung würden alle Schulen in Südtirol früher oder später italienisch sein. Vierzehn Tage danach traten zwei Freunde und Mitarbeiter Tolomeis in die politische Redaktion des "Piccolo Posto" ein, obwohl Barbesino in diesem Monat wegen Querelen sogar aus der Partei ausgeschlossen wurde[52]. Barbesino und Tolomei hatten am Vorabend der Bekanntgabe der "Provvedimenti" eine "sehr herzliche Unterredung" und Tolomei hob tags darauf im Bozner Stadttheater Barbesinos Verdienste am Marsch auf Bozen hervor[53].

Als Botschafter von Neurath am 7. August 1923 Mussolini auf Tolomeis Vortrag vom 15. Juli ansprach, antwortete Mussolini, Tolomei habe dazu keinen behördlichen Auftrag gehabt, und er fügte hinzu, er kenne weder den Wortlaut der Rede, noch sei ihm Tolomei persönlich bekannt[54]. Obwohl Tolomei später wiederholt behauptet hat, sein Vortrag sei von der Regierung genehmigt gewesen, und obwohl sogar der Präfekt von Trient einen offiziellen Stellvertreter zu diesem Vortrag gesandt hatte, war die Bekanntgabe der "Provvedimenti" in dieser Form von der Regierung sicherlich nicht erwartet worden[55]. Jedenfalls wurde die römische Presse angewiesen, auf Tolomeis Vortrag nicht einzugehen, und aus Tolomeis Tagebuch geht hervor, daß er mit seinem Bozner Vortrag die Regierung erpressen wollte[56]. Der italienischen Öffentlichkeit war nämlich am 1. Juli 1923 lediglich mitgeteilt worden, das Ministerpräsidium habe Tolomeis Südtirol-Gutachten pauschal gebilligt und werde

die Durchführung den einzelnen Ministerien, die mit dem Präfekten von Trient zusammenarbeiten sollten, überlassen. Tolomei, der eine Verschleppung befürchtete, hatte daraufhin am 15. Juli 1923 seine nur pauschal gebilligten Vorschläge bis ins Detail als das Südtirolprogramm der Regierung vorgestellt, wobei er nur einige für das deutsche Ausland besonders anstößige Sätze weggelassen hatte. Er hatte also weder das Recht, noch den Auftrag, die "Provvedimenti" als das Südtirolprogramm der Regierung schlechthin auszugeben. Insoweit stimmte sicherlich Mussolinis Äußerung gegenüber von Neurath. Ganz anders verhielt es sich dagegen mit den übrigen Behauptungen Mussolinis. Das in Bozen vorgetragene Programm hatte der Regierung bereits am 25. Mai 1923 vorgelegen, und der ganze Vortrag Tolomeis war in der Tentiner "Libertà" vom 17. Juli 1923 nachzulesen, die ihn schon am 7. Juli angekündigt hatte. Außerdem kannte Mussolini Tolomei seit vielen Jahren.
Mussolini war im Juni 1921 Tolomeis Gruppo di vigilanza per l'Alte Adige beigetreten, hatte in seiner ersten Kammerrede Tolomeis Thesen vertreten und von Tolomei dafür eigens Dank erhalten[57]. Am 3. März 1923 hatte Mussolini bei einem Empfang dem neuen Senator Tolomei den Auftrag gegeben, Vorschläge für die Italianisierung Südtirols zu unterbreiten und am 12. oder 13. März 1923 war Tolomei persönlich bei Mussolini wegen des Burgfriedens vorstellig geworden[58].

Die Bekanntschaft Mussolinis mit Tolomei läßt sich schon für die Jahre 1910 - 1911 belegen. Mussolini faßte seine 1909 im Trentino gesammelten Eindrücke in dem 1911 veröffentlichten Aufsatz "Il Trentino veduto da un socialista" zusammen, dessen Kapitel über die alldeutschen Vereine er sich von Tolomei durchsehen ließ. In Mussolinis Aufsatz wurde nicht nur Tolomei als Vorkämpfer gegen den Tiroler Volksbund erwähnt, sondern auch die Wasserscheide zwischen Nord- und Südtirol als natürliche Grenze zwischen Lateinern und Germanen bezeichnet und

Südtirol als ein bis zum Brenner hin zweisprachiges Gebiet dargestellt. Der damalige Sozialist Mussolini sah mit klassenkämpferischer Gewißheit den Sieg des vorrückenden "aktiven" italienischen Arbeitervolks über das "passive" deutsche Element voraus[59]. Wenn man allerdings bedenkt, daß sich Mussolini im Januar 1915 hinsichtlich Südtirol noch mit der bei Klausen verlaufenden Grenze von 1810 begnügen wollte, wird man seinen Nationalismus für die Zeit vor dem 1. Weltkrieg nicht überbewerten[60].

bb. Der Imperialismus Mussolinis

Seit 1919 verkündete Mussolini, wie schon vor ihm die ANI, die Erneuerung Italiens durch den Imperialismus, worunter er zunächst den Willen zur geistigen und wirtschaftlichen Expansion verstand[61]. Er schrieb in diesem Zusammenhang der Verbreitung der italienischen Sprache im allgemeinen und ihren Trägern im Ausland, insbesondere den italienischen Auswanderern in Tunis und den Bewohnern der italienischen Irredenta in Korsika und Nizza, als Bannerträgern Italiens in später zu annektierenden Territorien, eine wichtige Rolle zu. Konkret konnten sich Mussolinis Expansionsforderungen auf die von den USA verfügten Einwanderungsbeschränkungen berufen[62]. Während 1901 - 1910 jährlich über 200.000 und allein im Jahre 1920 350.000 Italiener in die USA ausgewandert waren, nahmen die USA nach dem Quota Act von 1921 jährlich nur noch 40.000 Italiener auf[63]. Frankreich arbeitete den italienischen Expansionsabsichten in Richtung Tunis seit 1918 verschärft entgegen, indem es die italienisch-französische Konvention von 1896, die den Italienern in Tunis die italienische Staatsbürgerschaft ihrer in Tunis geborenen Kinder und die italienische Schule garantierte, kündigte und seither lediglich mit einer Frist von je 4 Monaten verlängerte[64]. Mussolinis Verärgerung über Frankreich

war groß, als Großbritannien am 24. Mai 1923 eine Sonderregelung für seine Staatsbürger in Tunis erreichte, während den Italienern Anfang Juli durch die geplante Gleichstellung des tunesischen Protektorats mit den französischen Kolonien die unmittelbare Entnationalisierung zu drohen schien[65].

In dieser Situation kam Mussolini ein Artikel des faschistischen Organs der Provinz Turin "Il Maglio" vom 16. Juni 1923 zur Kenntnis, den "L'Idea Nazionale" vom 30. Juni wiedergab. Der Artikel behauptete, das französische Außenministerium versuche, im Aostatal den Irredentismus zu wecken, und nannte die Namen zweier angeblicher Agenten. Mussolini gab daraufhin - vier Tage nachdem er Tolomeis "Provvedimenti" pauschal gebilligt hatte - die Anweisung, die französischen Aufschriften der Behörden und Ämter im Aostatal zu beseitigen[66]. Gleichzeitig forderte er Unterrichtsminister Gentile auf, die französischen Anhangstunden aus dem Stundenplan der Aostaner Elementarschulen zu streichen[67]. Im Entwurf seines Briefes an Gentile begründete er die Streichung damit, daß Frankreich seinerseits in den Elementarschulen von Korsika und Nizza keinen Italienischunterricht zulasse[68]. Die Anspielung auf Nizza und Korsika, die er in der endgültigen Fassung durch die Worte "aus einsichtigen Gründen" ersetzte, erklärt sich wohl damit, daß er sich noch zwischen Januar und April 1923 Gedanken gemacht hatte, wie man den korsischen Irredentismus unterstützen könne[69]. Der Gedanke, daß Frankreich seinerseits an einem Aostaner Irredentismus interessiert sein könne, war also für Mussolini nicht abwegig, zumal er in seinem Argwohn vom Präfekten von Turin bestärkt wurde[70]. Gentile berief sich in seiner Antwort auf die Lex Credaro von 1911, die es den Aostanern erlaube, französische Anhangsstunden abzuhalten, Mussolini wiederholte daraufhin seine Forderung mit der lapidaren Feststellung: "in Italia si parli italiano". Am 16. August antwortete ihm Gentile, er habe Vorkehrungen zur Abschaffung der Anhangstunden getroffen[71].

cc. Das Zögern Gentiles

Wie aus dem Briefwechsel zwischen Mussolini und Gentile vom Juli-August 1923 hervorgeht, mußten Tolomeis und Guadagninis Bemühungen, die Südtiroler Elementarschulen zu italianisieren, bei Mussolini auf volles Verständnis stoßen, während Gentile noch zögerte. Als in einer Denkschrift vom 16. Juli 1923 die Südtiroler Abgeordneten gegen die zum kommenden Schuljahr von Guadagnini verfügte Italianisierung mehrerer Elementarschulen protestierten, bat Gentile den Mitte Juli 1923 neu eingesetzten Schulamtsleiter von Trient, Molina, um eine Stellungnahme[72]. Molina, der sich mit den Maßnahmen des Präfekten identifizierte, berief sich in seiner Antwort an Gentile zunächst auf die hohe Zahl der in den betroffenen Ortschaften vorkommenden italienischen Nachnamen, konnte aber in seiner eigenen Statistik in nur zwei von sechs aufgeführten Ortschaften eine Mehrheit von Trägern italienischer Nachnamen nachweisen. Weiter verwies er darauf, daß es eine offensichtliche Absurdität sei, wenn Ortschaften des Unterlands, die seit Februar 1923 die italienische Amtssprache hatten einführen müssen, die deutsche Unterrichtssprache beibehielten. Er schlug deshalb vor, was Guadagnini bereits in seinem Dekret vom 28. Juni 1923 praktiziert hatte, sich nämlich in der Schulpolitik nicht länger an demographische Kriterien zu halten, sondern den Einheitscharakter des italienischen Staats und die Entwicklung der italienischen Kultur im Auge zu haben, womit er sich praktisch für die Italianisierung des gesamten Schulwesens in Südtirol aussprach. Guadagnini sandte Mussolini am 11. August 1923 eine Kopie der Antwort Molinas und wies auf die Bedeutung der von Gentile zu treffenden Entscheidung hin[73]. Wie bereits am 16. August bei der Abschaffung der französischen Anhangstunden im Aostatal, beugte sich Gentile am 21. August dem Willen der Regierung und erklärte sich damit einverstanden, die deutschen Schulen zu beseitigen.

Am 17. September 1923 billigte das Kabinett Gentiles Entwurf zur Reform der Elementarschule in Italien, die künftig nur noch die italienische Unterrichtssprache haben sollte. Die Reform, die ihren Niederschlag im K. Dekret vom 1. Oktober 1923, Nr. 2185 fand, barg einen eigenartigen Widerspruch in sich. Einerseits sah sie, wie gesagt, als alleinige Unterrichtssprache das Italienische vor, andererseits forderte sie, die Elementarschule solle das Leben auf lokaler wie auf nationaler Ebene in den Unterricht einbeziehen und folglich bei der Lektüre italienischer Texte Bezüge zum Dialekt herstellen[75]. Letztere Forderung entsprach Gentiles Philosophie des Neuidealismus, die "mechanisches" Lernen ablehnte, eine "formative" Erziehung begünstigte, bei der Spiel, Arbeit, Zeichnen und Singen eine wesentliche Rolle spielten, und die einen "sprachlichen Liberalismus" vertrat[76]. Gentile war bemüht, die gänzliche Unterdrückung des Deutschen und Slawischen in den Neuen Provinzen dadurch zu vermeiden, daß er deutschen und slawischen Sprachunterricht in Anhangstunden nach der Regelung, die die Lex Credaro für das Aostatal vorgesehen hatte, zuließ. Diesem Umstand war es zu verdanken, daß das Aostatal die bereits im August 1923 auf Mussolinis Weisung gestrichenen Anhangstunden behielt, da man die Aostaner nicht schlechter stellen konnte als die Slawen und Südtiroler[77]. Gentile identifizierte sich schnell mit der nationalistischen Schulpolitik des Faschismus. Trotz seines bis Juli 1923 zu beobachtenden Zögerns verteidigte er den slawischen Abgeordneten gegenüber im November 1923 die alleinige Geltung der italienischen Unterrichtssprache mit dem "Interesse der Nation" und behauptete in einem Brief an Mussolini vom Mai 1924, eine entschieden nationale Schulpolitik in den Grenzgebieten sei immer sein Ziel gewesen[78]. Den Sieg des Staatsinteresses über die Prinzipien des sprachlichen Liberalismus konnte er aus seiner eigenen Philosophie begründen, die besagte, daß sich die Freiheit nur im Staat entfalte, der sich wiederum in der Schule verwirkliche[79].

b) Die Begründung der Italianisierung Südtirols durch Mussolini und den Präfekten von Trient

Die Italianisierung der Neuen Provinzen beschränkte sich nicht auf die Unterrichtssprache der Elementarschulen, sondern betraf auch die Amtssprache und die öffentlichen Aufschriften. Für Südtirol führte das Präfekturdekret vom 23. Oktober 1923, Nr. 1796 Gab. die italienische Amtssprache mit Wirkung vom 1. März 1924, bzw. vom 1. Oktober 1924 ein. Den Gemeinden (mit Ausnahme des Bozner Unterlands und der Randgemeinden) war es allerdings bis zur Einführung des italienischen Gemeindesekretärs in Südtirol, die mit dem K. Dekret vom 16. April 1925, Nr. 667 erfolgte, möglich, im Verkehr mit der Bevölkerung dem italienischen Text eine deutsche Übersetzung folgen zu lassen. Die Italianisierung der Aufschriften regelte das Präfekturdekret vom 28. Oktober 1923, Nr. 14718. Danach mußten alle öffentlichen Aufschriften italienisch sein, dem italienischen Text durfte jedoch (wiederum mit Ausnahme des Unterlands und der Randgemeinden) in den meisten Gemeinden bis Ende September 1927 die deutsche Entsprechung folgen. Keines der beiden Dekrete ging auf Eigenmächtigkeiten des Präfekten zurück, vielmehr waren beide Ende September 1923 vom Staatssekretär des Innenministeriums gebilligt worden[80].

Gegen die beiden Präfekturdekrete protestierten im November 1923 die vier Südtiroler Abgeordneten bei Mussolini. Sie verwiesen darauf, daß das Gesetz über die Besteuerung nichtitalienischer Ladenaufschriften (K. Dekret vom 21. Januar 1923, Nr. 352) die Verwendung solcher Aufschriften im übrigen Italien gestatte, daß die italienische Gesetzgebung nichts über die Amtssprache aussage und daß Artikel 24 des Albertinischen Statuts die rechtliche Gleichheit aller Staatsbürger garantiere[81]. Mussolini ließ den Südtiroler Abgeordneten im Dezember 1923 durch den Präfekten Guadagnini mitteilen, die italienische Gesetzgebung lasse sich nicht zugunsten einer anderen als der italienischen Amtssprache auslegen, denn das Schweigen

der italienischen Gesetzgebung zur Sprachenfrage beruhe auf der Voraussetzung, daß das Italienische die offizielle Sprache des Königreichs sei. Der Gebrauch nichtitalienischer Ladenaufschriften sei ein "stillschweigendes Zugeständnis" des Staats, das in einer Grenzprovinz, in der die italienische Sprache von einigen Leuten aus politischen Gründen bekämpft werde, nicht gemacht werden könne. Die Berufung auf Artikel 24 der Verfassung sei unangebracht, da dieser Artikel nur hinsichtlich des privaten Sprachgebrauchs in Anspruch genommen werden könne. Im öffentlichen Leben müßten dagegen die Privatrechte dem Staatsinteresse weichen[82]. Diese Interpretation des Artikels 24 war für Mussolini allerdings ungewöhnlich. Bei zahlreichen anderen Anlässen berief er sich gerade auf die gleichen Rechte und Pflichten aller Staatsbürger, um die Italianisierung der ethnischen Minderheiten zu begründen[83].

Während Mussolini die Assimilierung Südtirols intern mit dem Staatsinteresse begründete und sich nur der Öffentlichkeit gegenüber auf die Italianität Südtirols berief[84], vertrat Präfekt Guadagnini die Ideologie von der ethnischen Italianität der Südtiroler bis in seine Korrespondenz mit der Regierung hinein. Am 14. November 1923 berichtete er Mussolini, dem Parteisekretär von Schlanders im Vinschgau (in dem bis ins 16. Jahrhundert ladinisch gesprochen worden war) sei es gelungen, viele Bewohner für den Fascio zu werben, indem er "verschüttete Erinnerungen an die alte Abstammung geweckt habe"[85]. Als Guadagnini Anfang Oktober 1924 zu einer Denkschrift, die die Südtiroler Abgeordneten Tinzl und Sternbach im Juni 1924 Mussolini übergeben hatten, Stellung nahm, schrieb er eine größere Abhandlung über die Italianität der Südtiroler. Er stellte fest, die Urbevölkerung Südtirols sei rätoromanisch, selbst der Abgeordnete Tinzl sei wahrscheinlich ladinischen Ursprungs. Die gegenwärtige Bevölkerung Südtirols sei durch und durch gemischt und bestehe aus Halb-Italienern, die man genauer einteilen könne in Deutsche, reine oder eingedeutschte Italiener und reine

oder eingedeutschte Ladiner. Nach Guadagninis Auffassung war die "Razza" der Südtiroler in ihrem "lateinischen" oder "italischen" Blut begründet, dessen "Fermente" es wiederzuerwecken galt. Er selbst sah sich den Südtirolern gegenüber in der Rolle des Vaters, der den Verlorenen Sohn aufnimmt, und zugleich in derjenigen des Guten Hirten, der dem verirrten Schaf nachgeht. Die Italianisierung der Südtiroler Schule begründete er einerseits damit, daß kein Italiener in seinem eigenen Land in die Lage kommen dürfe, eine deutsche Schule besuchen zu müssen. Zum andern argumentierte er, die Forderung, die Südtiroler Kinder in der Muttersprache zu unterrichten, sei in Italien unerfüllbar, weil die Mutter fast immer Dialekt spreche. Da man in Italien weder Trentiner, noch Grödner oder Bozner Dialekt unterrichte, müßten sich die Südtiroler wie die anderen Italiener in der Schule der italienischen Hochsprache bedienen. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Südtiroler sähen es aus wirtschaftlichen Gründen gerne, wenn ihre Kinder italienische Schulen besuchten, und er gab sich hinsichtlich der Assimilierung Südtirols zuversichtlich, da er von Süden her die "Woge" des italienischen Volkes kommen sah, die "jede Ungleichheit einebnen" würde[86].

c) Die Stellungnahme der Faschisten, Liberalen und Popolari der Provinz Trient zur Italianisierung Südtirols

Die Italianisierung der Schulen Südtirols und Tolomeis "Provvedimenti" fanden die volle Zustimmung der Faschisten der Provinz Trient. Im "Piccolo Posto" vom 16. September 1923 wies Barbesino darauf hin, daß er schon im Dezember 1922 ausschließlich die italienische Schule für Südtirol verfochten habe, und dieselbe Zeitung behauptete am 10. November 1923, die Lex Gentile komme den "unzähligen Ansuchen" der Südtiroler Bevölkerung entgegen. Das Organ des Tren-

tiner Fascio "Il Giornale di Trento" vom 8. November 1923 faßte die Gründe für die Lex Gentile folgendermaßen zusammen: 1.) Andere Staaten nehmen auf die fremdsprachige Bevölkerung innerhalb ihrer Grenzen keine Rücksicht: Österreich hat aus den Italienern zwischen Salurn und Bozen und in Gröden "Bastarde" gemacht; in Posen haben die Stammesbrüder der Tiroler die Kinder geschlagen, wenn sie polnisch beteten; Frankreich behandelt die Elsässer wie Franzosen. 2.) Die sprachliche Autonomie einer Region ist gegen die Geschichte und Verfassung Italiens. 3.) In einer Grenzregion, in der eine Handvoll Bürger gegen Italien hetzt, ist sprachliche Autonomie erst recht undenkbar. 4.) Den Italienern, dem "edelsten Volk der Erde", ist der Lohn für ihr Kriegsopfer vorenthalten worden; jetzt sind sie von ihrer kindlichen Unschuld und dem demokratischen Gerede geheilt.

Auch bei den Trentiner Liberalen stieß die Lex Gentile auf uneingeschränkte Zustimmung. Dagegen hatten sie Tolomeis "Provvedimenti" gegenüber die Befürchtung, die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Italianisierung Bozens könnten auf Kosten Trients gehen[87].

Die Popolari in Trient und Bozen waren zurückhaltender. Entsprechend ihrer seit Juni 1920 vorgebrachten Forderung nach Anschluß des Bozner Unterlands an Trient waren sie jedoch mit der Italianisierung der Schulen des Unterlands und der Südtiroler Randgemeinden völlig einverstanden. Schon als im Januar 1922 51 Salurner Kinder, die nach der Lex Corbino der italienischen Schule zugewiesen worden waren, dem italienischen Lehrer weggelaufen waren, weil angeblich die Eltern Repressalien der "anmaßenden Deutschen" fürchteten, hatte das Organ der Trentiner Popolari "Il Nuovo Trentino" geschrieben, die deutsche Bevölkerung innerhalb der Grenzen Italiens sei quantitativ so unbedeutend, daß sie ohne den hochentwickelten Gerechtigkeitssinn der Italiener schon verschwunden wäre. Das Präfekturdekret vom 28. Juni 1923 zur Italianisierung der noch verbliebenen deutschen Schulen des Unterlands,

das sich nicht einmal mehr auf die Statistik berief, bezeichnete "Il Nuovo Trentino" als gerechte Maßnahme zur Wiedergewinnung der von den Pangermanisten eingedeutschten Italiener[88]. Die Zustimmung der Popolari wurde durch die Tatsache unterstrichen, daß das Schulamt, das bis zur Ernennung des Schulamtsleiters Molina Mitte Juli 1923 dem Präfekten unterstand, von dem Trentiner Popolaren und ehemaligen Irredentisten Giuseppe Dalrì geleitet wurde[89]. Tolomeis Südtirolprogramm und die Italianisierung der Schulen im restlichen Südtirol wurde von "Il Nuovo Trentino" weder begrüßt, noch abgelehnt, obwohl die Zeitung im November-Dezember 1923 in vielen Aufsätzen gegen die "antikatholischen" Tendenzen der Reform Gentile polemisierte. Auch die Einführung der italienischen Amtssprache in Südtirol fand sie nicht kommentierenswert. Wahrscheinlich empfanden die Trentiner Popolari diese Maßnahme, die jetzt über das Unterland hinaus ganz Südtirol betrafen, als harte, aber verdiente Strafe für die Eindeutschungsabsichten des Tiroler Volksbunds gegenüber dem Trentino. Außerdem fürchteten sie wohl, ihr Eintreten für Südtirol werde ihrem Ruf als "austriacanti" bei den Nationalisten und Faschisten neue Nahrung liefern[90].

Sehr polemisch äußerte sich das Organ der Popolari in Südtirol "Il Ponte", das zwischen Mai 1922 und Juli 1923 erschien, gegenüber den Südtirolern. Die Zeitung verdankte ihre Gründung zum großen Teil De Gasperi. Offizieller Gründer und Zeitungsdirektor war jedoch der Trentiner Rechtsanwalt Luigi Piccinini, der auch Parteisekretär der Bozner Ortsgruppe der Popolari war[91]. Er vertrat mit allem Nachdruck den Anspruch der Trentiner Popolari auf das Unterland und Ladinien. Im Gegensatz zu den Faschisten und Trentiner Liberalen wünschte "Il Ponte" eine Aufteilung Südtirols in eine italienisch- und eine deutschsprachige Zone, wobei die beiden Städte Bozen und Meran als zweisprachiges Gebiet gelten sollten[92]. Da die Faschisten beim Marsch auf Bozen die Zweisprachigkeit der Stadt durchgesetzt hatten, hatte die Zeitung dementsprechend ihre Aktion

begrüßt, gleichzeitig jedoch die faschistische Demonstration gegen die Autonomie der Venezia Tridentina verurteilt[93]. Den Burgfrieden hatte "Il Ponte" hauptsächlich wohl deshalb verworfen, weil er das von den Popolari beanspruchte Unterland dem Trentino wieder entzogen hätte[94]. Am 11. März 1923 berichtete die Zeitung erfreut über die Ernennung Tolomeis zum Senator, der, wie sie schrieb, sich für die Italianität Südtirols eingesetzt habe. Am 6.Juli kündigte sie Tolomeis Bozner Rede an und kommentierte die Italianisierung aller Schulen des Unterlands mit unverhohlener Schadenfreude. Von Tolomeis Rede konnte sie nicht mehr berichten, da sie eingestellt wurde. Vielleicht ging die Annäherung an das Tolomeische Programm dem Mitbegründer der Zeitung De Gasperi zu weit[95].

3. Der Beitrag der Legione Trentina zur Italianisierung Südtirols

Die faschistische Partei in der Venezia Tridentina spielte seit der Absetzung des Verbandsekretärs Barbesino am 21. März 1923 bis Ende 1924 eine bedeutungslose Rolle. Die Aufgabe des "treuen Hüters an den Pforten Italiens" übernahm die Legione Trentina, die sich im Oktober 1923 damit rühmte, daß 30 ihrer Mitglieder die Aufgabe hätten, die Südtiroler aus der Nähe zu beobachten[96]. Die Legion war der 1917 gegründete Verband von 859 Trentiner Kriegsfreiwilligen[97]. Sie mußte mit der Trentiner Version der "vittoria mutilata", nämlich mit dem Problem fertig werden, daß der Anschluß des Trentino an Italien, für den die Legionäre gekämpft hatten, nicht den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung brachte, für dessen Fehlen man zuvor die österreichische Unterdrückung verantwortlich gemacht hatte. Die Legion glaubte, dieses Dilemma durch die Kolonisierung Südtirols lösen zu können, wobei sie zu ihrer Rechtfertigung auf die Eindeutschungsbemühungen der alldeutschen Vereine gegenüber dem Trentino verwies. Die Legion setzte

sich vor allem für das Südtirolprogramm ihres Mitglieds Tolomei ein. Im Namen der Legion drängte der Sekretär von Tolomeis Istituto di Studi per l'Alto Adige, Italo Lunelli, am 26. Juni 1923 Mussolini, Tolomeis Südtirolprogramm zu billigen[98]. Die Legion organisierte Tolomeis Bozner Vortrag vom 15. Juli 1923. Gegen den am 26.August 1923 bekannt gegebenen Plan der Regierung, aus der Provinz Trient eine eigene Provinz Bozen herauszulösen, protestierte die Legion mit besonderem Nachdruck und mit Erfolg[99].

Die Legion übte ihre Wächterfunktion in Südtirol teils in Zusammenarbeit, teils in Gegensatz zu den Faschisten aus. Nach der Absetzung Barbesinos war der Legionär Guido Larcher bis Dezember 1923 faschistischer Verbandssekretär[100]. Da die faschistische Partei in der Provinz Trient innerlich zerstritten war und von der Trentiner Bevölkerung als Importgut betrachtet wurde, bemühte sich die Parteizentrale angesichts der für April 1924 anstehenden Parlamentswahlen um die Mitarbeit der Legion[101]. Im Dezember 1923 wurden deshalb 4 Legionäre in das neunköpfige Direktorium der faschistischen Ortsgruppe Trient und 8 Legionäre in das 15köpfige Direktorium des faschistischen Parteiverbands der Provinz Trient gewählt. Die Zahl der Faschisten im Trentino und in Südtirol wurde damals in der Öffentlichkeit mit 5.000 angegeben[102]. In Wirklichkeit waren es aber nur 3.515, von denen nicht bekannt ist, wie sie sich auf die 58 Ortsgruppen verteilten[103]. Die seit Mai 1921 bestehenden Spannungen zwischen den Faschisten der alten Provinzen mit ihrer gewalttätigen Vergangenheit als Squadristi einerseits und den einheimischen Faschisten andererseits, die Gewaltanwendung als überflüssig betrachteten, da "sozialistische Exzesse" fehlten, führten bereits im März 1924 zu einem Zerwürfnis innerhalb des faschistischen Verbands und zum Rücktritt des Verbandssekretärs Barduzzi[104].

Als nach der Ermordung Matteottis der Faschismus in eine Krise geriet und aus diesem Grund keine weiteren Vorschläge aus Tolomeis Programm verwirklicht wurden, spitzte

sich der Gegensatz zwischen der Legion und dem Faschismus weiter zu. Der Vorsitzende Dr. Giuseppe Cristofolini stellte auf dem Kongress der Legion am 14. Dezember 1924 fest, die faschistische Politik in Südtirol habe "völlig versagt". Südtirol müsse durch öffentliche Arbeiten, Bodenverbesserung und Industrie, die eine massive Einwanderung ermöglichten, italianisiert werden. Außerdem müßten die Beamten in Südtirol vorzugsweise Trentiner sein[105]. Vor allem der letzte Punkt macht deutlich, wie die Legion Patriotismus und Eigennutz verband. Seit dem Sommer 1924 bemühte sie sich mit Unterstützung des Präfekten Guadagnini, bei Mussolini die Einsetzung staatlicher italienischer Gemeindesekretäre in Südtirol zu erreichen, wobei wegen ihrer Deutschkenntnisse vor allem Trentiner als Kandidaten in Betracht kommen sollten. Die Einsetzung des staatlichen Gemeindesekretärs, den das italienische Verwaltungsgesetz nicht kannte, war nach Tolomei eine der wichtigsten Maßnahmen zur Italianisierung Südtirols, denn nur der italienische Gemeindesekretär ermöglichte eine sinnvolle Durchführung des Dekrets über die italienische Amtssprache in den Gemeinden[106]. Mussolini gab jedoch seine Bedenken gegen diesen Eingriff in die italienische Verwaltungsordnung erst nach der Überwindung der Matteotti-Krise auf[107]. Mit dem K. Dekret vom 16. April 1925, Nr. 667 wurde zunächst ausschließlich in Südtirol der staatliche Gemeindesekretär eingeführt. Diesem Dekret ging im Parlament noch eine Auseinandersetzung zwischen den faschistischen Abgeordneten Lunelli und Starace voraus, die für das Verhältnis zwischen den Faschisten aus Altitalien und den Trentiner Legionären bezeichnend war. Am 15. Januar 1925 brachte Lunelli in der Kammer eine Interpellation gegen die Entsendung überwiegend süditalienischer Beamter ohne Deutschkenntnisse nach Südtirol ein. Der ehemalige Parteisekretär von Trient, der Süditaliener Starace, der im Parlament Apulien vertrat, fragte im Namen der gekränkten süditalienischen Beamtenschaft am 9. März 1925 den Innenminister, wie er die Beamten vor ungerechten Angriffen schützen werde. Tags darauf kam es zur Austragung der Differenzen. Starace sagte

die Deutschen in Südtirol sollten Italienisch lernen und nicht die italienischen Beamten Deutsch. Lunellis Antrag wurde zwar als unpatriotisch gerügt, dennoch kam die Regierung schließlich seiner Forderung entgegen und gab Italienern mit Deutschkenntnissen als Gemeindesekretären den Vorzug[108]. Die für Italien neue Einrichtung des staatlichen Gemeindesekretärs wurde durch das K. Gesetzesdekret vom 17. August 1928, Nr. 1953 auf ganz Italien ausgedehnt.

Nicht erfolgreich war dagegen die Legion, deren Kriegsfreiwillige zu 31 % Studenten und zu 10 % Angehörige der freien Berufe waren, bei dem Versuch, berufliche Konkurrenten mit patriotischen Argumenten auszuschalten[109]. Obwohl das K. Gesetzesdekret vom 8. Juni 1921, Nr. 1573 als letzten Termin für die Anerkennung im Ausland erworbener akademischer Titel den 31. Dezember 1923 festgelegt hatte, stellte die Legion in den Jahren 1923 und 1924 bei der Regierung wiederholt den Antrag, alle diese Titel in der Provinz Trient ab dem 31. Juli 1919 einer Überprüfung zu unterziehen. Der Antrag, mit dem die Legion nicht nur Südtiroler Akademiker, sondern auch österreichisch gesinnte Trentiner treffen wollte, wurde jedoch im August 1924 vom Unterrichtsministerium als gegen die Grundprinzipien der italienischen Gesetzgebung gerichtet, abgelehnt[110].

B. Südtirol in der Entstehungsphase des faschistischen Regimes bis zur Schaffung der Provinz Bozen 1925 - 1926

1. Das Scheitern des 2. Bozner Burgfriedens

Die Ermordung Matteottis im Juni 1924 führte zu einer Distanzierung der konservativen Sympathisanten vom Faschismus. Die von den bürgerlichen Parteien der Rechten bisher gewonnenen Mitglieder des PNF blieben weg und

forderten eine Rückkehr zur Legalität[111]. Mussolinis Position als Regierungschef war zwar wesentlich sicherer als es diplomatischen Beobachtern schien; denn weder der neue Innenminister, der ehemalige Nationalist Federzoni, noch der König oder das Heer trafen Anstalten, Mussolini zu entmachten[112]. Mussolinis politisches Programm war jedoch ungewiß. In dieser Situation empfahl Präfekt Guadagnini am 1. Oktober 1924 Mussolini, in Bozen Gemeindewahlen unter der Bedingung zuzulassen, daß sich der Deutsche Verband auf Wirtschafts- und Verwaltungsfragen beschränke[113]. Schon im Mai 1923 hatte sich Guadagnini über die gemäßigte Haltung der Südtiroler Volkspartei lobend geäußert und im Dezember 1923 eine Auflösung des Deutschen Verbands als unnötig bezeichnet, da keine gefährliche Aktivität festzustellen sei[114].

Begünstigt vom Präfekten, bildete sich Anfang Oktober 1924 in Gries bei Bozen die Unione Economica[115]. Ihre Initiatoren waren der Direktor der Wiener Kreditbank in Bozen, Ugo Pellegrini aus Treviso, der süditalienische Marinearzt, Salvatore Melardi, und der stellvertretende Kommissar der Bozner Handelskammer, der Dalmatiner Spiro Nachich. Sie riefen alle Italiener des Oberetsch mit Ausnahme der Kommunisten und Maximalisten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Südtirolern auf, in deren Rahmen auch eine Absprache für die bevorstehenden Gemeinde- und Provinzialwahlen vorgesehen war[116]. Der Deutsche Verband gab seine Zustimmung[117], und auch den Bozner Faschisten war angesichts legaler Gemeindewahlen, genau wie Anfang 1923, eine Wahlabsprache wohl oder übel recht, zumal jetzt dem faschistischen Parteiverband die führende Rolle zugesagt wurde. Nach Schätzungen des Präfekten konnten nämlich die Faschisten bei Bozner Gemeindewahlen von den maximal 6.000 Wählerstimmen nur 100 für sich erhoffen[118]. Die Initiatoren der Unione Economica, die inzwischen über 150 Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Industrielle hatten sammeln können, wurden zum Zeichen der Anerkennung am 19. Dezember 1924 von Mussolini empfangen, der sich angesichts der Regierungskrise am 30. November 1924 veranlaßt gesehen hatte, von der Partei eine versöhnliche Haltung gegenüber den Koalitionspartnern der Regierung zu fordern[119].

Als Mussolini am 3. Januar 1925 die Krise überwand, indem er die moralische Verantwortung für die Ermordung Matteottis übernahm und der politischen Opposition versprach, sie innerhalb von 48 Stunden mit Gewalt auszulöschen[119a], lehnten sich die Syndikalisten des Bozner Fascio gegen die Zusammenarbeit mit der Unione Economica auf. Faschistische Gewerkschaftsgruppen waren bereits um die Jahreswende 1920/21 unter dem Schutz des Squadrismo und in enger Verbindung mit den örtlichen Fasci entstanden. Anfang 1922 schlossen sie sich zur Confederazione Nazionale delle Corporazioni Sindicali zusammen, von der jedoch weder die Unternehmer, noch die überwiegend sozialistisch beeinflußten Industriearbeiter etwas wissen wollten. Der faschistische Syndikalismus verkündete nämlich einerseits die Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, andererseits aber hielt er auch an den herkömmlichen Methoden des Arbeitskampfes fest.[119b]. Die Haltung der Bozner Syndikalisten im Januar 1925 war symptomatisch für die Auflehnung der faschistischen Extremisten und ihrer syndikalistischen Verbündeten in ganz Italien, die seit der Distanzierung der "fiancheggiatori" vom Faschismus unter den verbleibenden Parteimitgliedern wieder mehr Einfluß erhalten hatten. Mussolinis Staatsstreich vom 3. Januar 1925 war zwar kein Sieg der Extremisten über Mussolini, aber innerparteiliche Zugeständnisse wie die Ernennung Farinaccis zum Parteigeneralsekretär im Februar 1925 mußte er machen[120]. Zu diesen Zugeständnissen gehörte es auch, daß Mussolini die Unione Economica fallen ließ, wie es Francesco Ciarlantini als faschistischer Parlamentsabgeordneter und Mitglied des nationalen Parteidirektoriums im Auftrag der syndikalistischen Mehrheit im Bozner Direktorium forderte[121]. Die Bozner Syndikalisten konnten zwar nicht verhindern, daß Mussolini am 27. Januar 1925 eine Delegation aus Bozen, die aus dem faschistischen Abgeordneten Barduzzi, dem kommissarischen Bürgermeister Mossino, dem Kommissar der Bozner Handelskammer Kerschbaumer und den Südtiroler

Abgeordneten von Walther und Tinzl bestand, empfing und mit ihr rein wirtschaftliche Probleme besprach[122]. Die Syndikalisten erreichten jedoch, daß die ebenfalls nach Rom eingeladenen Vertreter der Unione Economica von der Audienz ausgeschlossen wurden, obwohl sich Präfekt Guadagnini und der Bozner Unterpräfekt noch kurz zuvor zu ihren Gunsten ausgesprochen hatten[123].

Hauptstörenfried einer Verständigung zwischen Südtirolern und Italienern im Sinne der Unione Economica war Vito Radina, faschistischer Gewerkschaftssekretär und stellvertretender Parteisekretär im Bozner Fascio. Über seinen Werdegang wissen wir recht gut Bescheid. Er stammte aus der Auswandererprovinz Udine, hatte als junger Mann in Deutschland als Maurer gearbeitet und der sozialistischen Partei angehört.

Im Weltkrieg hatte er sich als Frontkämpfer ausgezeichnet und hatte danach als Mitglied eines Kommandos zur Bergung von Sprengkörpern eine Hand verloren. Im Bozner Fascio war er seit seiner Gründung Vorstandsmitglied und vertrat die syndikalistische Richtung[124]. Zum Groll der kleinbürgerlichen faschistischen Extremisten, die sich im Januar 1925 in ganz Italien gegen das Großbürgertum auflehnten, von dem sie sich sozial nicht anerkannt fühlten, kam bei Radina die Abneigung gegen das Südtiroler Bürgertum, das im Begriff war, auf Kosten der Faschisten gemeinsame Sache mit dem italienischen Bürgertum zu machen[125]. Außerdem gab es eine alte Feindschaft zwischen Radina und Pellegrini. Dieser war nämlich Vorsitzender der im Dezember 1922 gegründeten Associazione Commercianti ed Industriali Italiani dell'Alto Adige gewesen, die bereits die Zusammenarbeit mit Südtiroler Wirtschaftskreisen angestrebt hatte. Da die Syndikalisten im Bozner Fascio diese Zusammenarbeit abgelehnt hatten, war Pellegrini im September 1923 zurückgetreten, und die Associazione war im Sinne des intregralen Syndikalismus, der eine faschistische Kontrolle der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände anstrebte, in demselben Monat dem faschistischen Syndikat angeschlossen worden[126]. Das Wiederauftauchen eines eigenständigen Wirtschaftsverbands unter Leitung Pellegrinis, der zudem Leiter einer ausländischen Bankfiliale in Südtirol war, bedeutete für die Syndikalisten folglich eine starke Herausforderung.

Welche Rolle Barbesino in diesem Zusammenhang spielte ist unbekannt. Er war am 31. Januar 1925 in den Bozner Parteivorstand gewählt worden, nachdem er einige Monate zuvor wieder zum Fascio zugelassen worden war. Er wird aber die Unione Economica, deren Stern schon gesunken war, ebenso abgelehnt haben wie Tolomei[127].

Obwohl die Mehrheit der Italiener in Bozen und viele Faschisten die Politik Radinas offen bedauerten, scheiterte die von Guadagnini und dem kommissarischen Bürgermeister von Bozen weiterhin befürwortete Politik der Verständigung[128].

Mossino wurde am 9. Mai 1925 durch den Trentiner Rechtsanwalt De Stefanini abgelöst. Daran änderte auch eine Unterschriftenaktion nichts, an der sich italienische Beamte und Militärs in Bozen beteiligten[129].

Mussolini beugte sich den Extremisten in der Partei, obwohl er diesmal ohne sprachliche Zugeständnisse die Mitarbeit des Deutschen Verbands hätte haben können. Freilich war auch der Anlaß, aus dem heraus Mussolini die Verständigungspolitik begrüßt hatte, seit dem Staatsstreich vom 3. Januar 1925 nicht mehr gegeben. Die Wende zum "Regime" war eingeleitet, die Gemeinden konnten weiterhin von einem Kommissar und seit dem K. Dekret vom 4. Februar 1926, Nr. 237 von einem Amtsbürgermeister verwaltet werden.

2. Die faschistische Reaktion auf den Locarno-Vertrag

a) Das Verbot des muttersprachlichen Elementarschul- und Privatunterrichts

Mussolini unterzeichnete am 16. Oktober 1925 den Locarno-Vertrag. Hätte er sich nicht verpflichtet gefühlt, durch seine persönliche Anwesenheit Italiens Großmachtstellung zu demonstrieren, wäre er der Unterzeichnung ferngeblieben; denn im Vertrag von Locarno gab Deutschland über den Versailler Vertrag hinaus eine Garantie für die deutsch-französische Grenze ab, während es sich geweigert hatte, der Forderung Mussolinis nachzukommen und auch die Brennergrenze zu garantieren. Damit war die Brennergrenze als "Grenze zweiter Klasse" definiert, wie es Stresemann im Dezember 1925 ausdrückte[130]. In Italien war man außerdem durch das Erstarken des deutschen Nationalismus beunruhigt, der sich im April 1925 in der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, im Mai in Stresemanns zweimaliger Erinnerung

an die außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Volksgenossen, Anfang Juni in der Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland und der Südmark in Kufstein, und in demselben Monat in der Gründung des Deutsch-Österreichischen Volksbunds unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe geäußert hatte. Dazu kam, daß im Sommer 1925 der Südtiroler Abgeordnete Tinzl den Herausgeber der in Innsbruck erscheinenden Zeitung "Südtirol" auf einer Propagandareise durch die USA begleitet hatte[131].

Mussolinis Stimmung nach Unterzeichnung des Locarno-Vertrags fand ihren Niederschlag in einem Rundschreiben, das er anläßlich des siebten Jahrestags des italienischen Sieges über Österreich-Ungarn an alle Minister sandte. Er verwies auf den Fehler, den die liberalen Regierungen vor ihm dadurch begangen hätten, daß sie die Annexion der Neuen Provinzen lediglich mit strategischen Argumenten begründet hätten, denn damit sei der Eindruck erweckt worden, als ob sich Italien entgegen der Tradition seiner Befreiungskriege nicht-italienisches Gebiet angeeignet habe. Im Gegensatz dazu, schrieb Mussolini, betone die faschistische Regierung die geographische und geschichtliche Italianität der Neuen Provinzen, die durch die Gewaltpolitik fremder Regierungen ihren nationalen Charakter verloren hätten. In den Neuen Provinzen, fuhr er fort, setze die Bevölkerung, angestachelt von mächtigen irredentistischen Vereinen, die möglicherweise von den Regierungen Österreichs, Deutschlands und Jugoslawiens finanziell unterstützt würden, der "Wiedereingliederung" einen hartnäckigen Widerstand entgegen. Daran seien teilweise auch die widersprüchlichen Maßnahmen der Ministerien und Behörden schuld[132].

Als eine dieser widersprüchlichen Regelungen erschien Unterrichtsminister Fedele die Finanzierung der sogenannten Anhangsstunden durch einen Staat, der bestrebt war, die fremdsprachige Bevölkerung zu italianisieren. Fedele schlug deshalb dem Kabinett die Streichung dieses Unterrichts vor. Er argumentierte, eine geographisch und ethnisch einheitliche Nation von 40 Millionen Einwohnern

dürfe "ein paar hunderttausend" fremdsprachigen Bürgern keinen staatlich finanzierten Unterricht bieten, aus dem sie das Recht, die Kultur des Vaterlands zu bekämpfen, ableiten könnten. Von Berufshetzern würden nämlich mit der moralischen und finanziellen Hilfe des Auslands immer größere Zugeständnisse auf sprachlichem Gebiet verlangt, so daß selbst in den Tälern von Aosta, Susa und Pinerolo, an deren italienischem Patriotismus nicht zu zweifeln sei seit einiger Zeit willkürliche Forderungen laut geworden seien. Fedele verwies auf Frankreich, das den italienischen, spanischen und deutschen Volksgruppen keine Privilegien einräume, und er schloß mit der Bemerkung, die Abschaffung der Anhangsstunden werde die Zustimmung der Italiener im Ausland finden, deren Sprache im staatlichen Unterricht des Gastlandes nicht berücksichtigt werde und die für die Erhaltung ihrer italienischen Staatsbürgerschaft schwer kämpfen müßten[133]. Der Gesetzentwurf des Unterrichtsministers wurde am 14. November 1925 im Kabinett gebilligt und am 21. Dezember 1925 im Amtsblatt als K. Gesetzesdekret vom 22. November 1925, Nr. 2191 veröffentlicht. Mit der Streichung der Anhangsstunden [illegible] ein Wunsch Mussolinis in Erfüllung, den er [illegible] der Französischsprachigen Täler Piemonts schon im Juli 1923 hatte durchsetzen wollen[134].

Fedeles Hinweis auf das Beispiel Frankreichs lag ein Erlaß des französischen Unterrichtsministers vom 14. August 1925 zugrunde, der mit Berufung auf Colbert, die Jakobiner, Kant und Musset die Bitte der südfranzösischen Schulamtsleiter, das Studium der provenzalischen Mundarten in den Elementarschulunterricht einbeziehen zu dürfen, abgelehnt hatte. Der französische Erlaß fand in der faschistischen Presse ein begeistertes Echo. Die "Rivista Pedagogica" vom 15. Oktober 1925 [illegible] Fedele bereits aufgefordert, es seinem französischen Kollegen gleichzutun. In ihr stand zu lesen: "Der Dialekt verkörpert die Vergangenheit und die Zwietracht, die unsere große Nation zu schaffen gemacht haben; die nationale Sprache verkörpert die Zukunft und ist das wirksamste

Mittel, Kultur und Gemüt von Trient bis Trapani, von Triest bis Cagliari zu einen." Auch "L'Idea Nazionale" vom 27.Dezember 1925 und das Organ der Trentiner Legion, "Trentino", vom April 1926 bezeichneten den französischen Erlaß als vorbildlich[135]. Betrachtet man den Erlaß allerdings genauer, muß man feststellen, daß seine faschistische Interpretation irreführend war, denn sie tat so, als beziehe er sich nicht nur auf die provenzalischen Mundarten, sondern auf den Deutschunterricht im Elsaß. Dies war aber nicht der Fall, vielmehr wurde in den elsässischen Elementarschulen Deutsch nach wie vor als Unterrichtsfach erteilt[136]. Ein Vorbild für die Beseitigung der Anhangstunden in Italien, in denen Hochsprachen und keine Dialekte, die einer einheitlichen Schriftsprache entbehrten, gelehrt wurden, konnte der französische Erlaß folglich überhaupt nicht sein.

Beachtung verdient die abschließende Begründung, mit der Fedele seinen Gesetzesentwurf erläuterte, denn hier zeigte sich eine der Funktionen, die der Faschismus seiner Unterdrückungspolitik gegenüber den ethnischen Minderheiten zuwies: Da es Italien an außenpolitischem Gewicht fehlte, die Nationalität seiner Auswanderer hinreichend zu schützen, sollten sie sich wenigstens daran freuen, daß es den über die natürlichen Grenzen Italiens eingewanderten Franzosen, Deutschen und Slawen nicht besser ergehe als ihnen[136a].

Wie Fedele zur Abschaffung der Anhangstunden bemerkte, waren sie Anlaß zur Auflehnung gegen die Staatsautorität gewesen. Was er damit meinte, wird aus der Entstehungsgeschichte der Südtiroler Notschule deutlich. Die Anhangsstunden in Südtirol hatten im Schuljahr 1923/24 so gut wie nicht funktioniert, da das Unterrichtsministerium ihre Zahl erst im März 1924 auf vier festgelegt hatte. Auch im Schuljahr 1924/25 waren sie in Südtirol größtenteils nicht abgehalten worden[137]. Da außerdem gemäß einem Präfekturdekret ab Oktober 1924 in den Südtiroler Kindergärten nur noch italienisch gesprochen werden durfte, war von Südtiroler Seite beim Schulamt in Trient der Antrag

gestellt worden, als Ersatz für die Anhangstunden private deutsche Sprachkurse zuzulassen, für die im Februar 1925 36 Doppelzentner deutsche Lehrbücher bereitgelegen hatten. Präfekt Guadagnini betrachtete jedoch außerschulische Deutschkurse als Verstoß gegen den Geist der Lex Gentile, und hatte die Anträge abgelehnt[138]. Noch schlechter war die Lage im Bozner Unterland und in den Südtiroler Randgemeinden, die die Trentiner zu ihrem Gebiet rechneten. Hier hatte es nie Anhangstunden gegeben, weil die Italianisierung der Schulen schon vor der Lex Gentile verordnet worden war. Selbst häuslicher deutscher Privatunterricht, für den das Schulgesetz - im Gegensatz zu privaten Sprachkursen - keine behördliche Erlaubnis vorschrieb, war hier seit dem Schuljahr 1923/24 verboten und seit dem Frühjahr 1925 mit Geldstrafen belegt worden[139]. In dieser Lage vereinbarten Kanonikus Gamper, der ehemalige Abgeordnete Reut-Nicolussi, der Abgeordnete Tinzl und Rechtsanwalt Noldin aus Salurn, den deutschen Hausunterricht zu organisieren. Im Juli-August 1925 hielten sie in Bozen einen geheimen Ausbildungskurs für Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren aus dem Unterland ab. Kaum hatten diese Mädchen im Oktober 1925 ihre Tätigkeit aufgenommen, als ihr Hausunterricht, an dem mehrere Schüler zugleich teilnahmen, als nicht genehmigte "deutsche Privatschule" verboten wurde[140]. Im November 1925 schlug dann Unterrichtsminister Fedele, wie wir gesehen haben, dem Kabinett die Abschaffung der Anhangstunden vor.

Der eigentliche Angriff gegen den deutschen Hausunterricht erfolgte, unmittelbar nachdem Fedeles Gesetzentwurf im Kabinett gebilligt worden war. Am 17. November 1925 meldete die in Trient erscheinende faschistische Zeitung "Il Brennero", die Lehrerinnen der soeben entdeckten "Geheimschulen" seien in einem sechswöchigen Kurs in Bozen ausgebildet worden. Zehn Tage danach benachrichtigte Präfekt Guadagnini alle Unterpräfekten von der Aufdeckung einer "regelrechten Widerstandsorganisation", die besonders zwischen Bozen und Salurn deutsche Geheimschulen eingerichtet habe[141]. Damit war der deutsche Hausunter-

richt nicht nur als Verstoß gegen das Schulgesetz, sondern als Angriff auf die staatliche Sicherheit charakterisiert[142]. Guadagnini befahl, gegen die Lehrer mit gerichtlichen Anzeigen, protokollarischen Verwarnungen und Absetzbefehlen vorzugehen. Er konnte sich dabei auf den Paragraphen 1 des Gesetzes über die Gemeinde- und Provinzialbeamten stützen, der dem Präfekten die Befugnis erteilte, im Dringlichkeitsfall Vorkehrungen zu treffen, die er in einzelnen Dienstzweigen für unerläßlich hielt[143].

Für das Jahr 1926 trat hinsichtlich des deutschen Hausunterrichts wieder eine Erleichterung ein. Rechtsanwalt Noldin, der das bei zwei "Geheimschullehrerinnen" in Salurn beschlagnahmte Unterrichtsmaterial als seinen Besitz zurückgefordert hatte, wurde zwar am 23. Dezember 1925 als Organisator von "Geheimschulen" verhaftet[144]. Das Landgericht Trient sprach ihn jedoch am 12. Januar 1926 frei, und der Staatsanwalt legte fest, daß Unterricht, an dem nicht mehr als drei Schüler zugleich teilnahmen, als nicht genehmigungspflichtiger Privatunterricht anzusehen sei. Das Schulamt von Trient übernahm dieses Urteil in einem Rundschreiben vom 22. April 1926, und die Regelung wurde bis zur Einführung des neuen Polizeigesetzes vom 6. November 1926, Nr. 1843 von den Behörden beachtet[145].

Zur faschistischen Schulpolitik und insbesondere zur Abschaffung der Anhangstunden konnten sich am 13. und 14. Mai 1926 im Parlament der slawische Abgeordnete Besednjak und der Südtiroler Abgeordnete Tinzl äußern. Mussolini, der am 17. November 1922 dem Abgeordneten Wilfan gegenüber die Hoffnung ausgesprochen hatte, selbst Slowenisch lernen zu können, und ihm am 7. Juni 1924 versprochen hatte, sich der sprachlichen Probleme der slawischen Bevölkerung in Italien anzunehmen, legte nun allen falschen Schein ab[146]. Die Feststellung Besednjaks, die slawische Bevölkerung, vor allem die Kinder, könnten kein Italienisch verstehen, unterbrach Mussolini mit der ironischen Bemerkung, der Abgeordnete spreche jedenfalls gut italienisch und Kinder hätten es beim Erlernen einer

Sprache außerordentlich leicht. Zur Abschaffung der Anhangstunden erklärte Unterrichtsminister Fedele, die alte Regelung sei "Schwindel" ("una lustra") gewesen, und er habe sie aus Ehrlichkeit abgeschafft. Darüberhinaus wurde Besednjak von Giunta, Dudan und anderen zugerufen: "Wir sind in Italien"; "Geht über die Grenze, dort gibt es viel Platz"; "Das öffentliche Leben in Italien kennt nur den italienischen Staatsbürger"; "Wir sind Herr im Haus" und "Ihr seid ein geschlagenes Volk"[147].

Als Tinzl in seiner Parlamentsrede am folgenden Tag gegen die Italianisierung der deutschen und slawischen Schulen protestierte, belehrte ihn Fedele, der Sieg der italienischen Schule rühre von ihrer Überlegenheit und vom Wert ihrer Lehrer her. Die Verfolgung des Privatunterrichts als "Geheimschule" deutete Fedele als Antwort auf die Eindeutschungsabsichten im Sterzinger Programm des Tiroler Volksbunds gegenüber dem Trentino. Während seiner Rede wurde Tinzl mehrmals von faschistischen Abgeordneten das Konzept entrissen. Da er es jedoch jedesmal durch einen Durchschlag ersetzen konnte, erntete er wenigstens hierfür den Beifall der Kammer[148].

Angesichts der innenpolitischen Lage im Mai 1926 war es erstaunlich, daß Tinzl und Besednjak im Parlament überhaupt noch sprechen konnten. Seit dem Gesetz vom 24. Dezember 1925 über die Vorrechte des Regierungschefs bestimmte nämlich Mussolini über die Tagesordnung in der Kammer, und die "Aventinianer", die Abgeordneten der Opposition, die nach der Ermordung Matteottis aus der Abgeordnetenkammer ausgezogen waren, konnten seit Mitte Januar 1926 die Kammer nicht mehr betreten[149]. Besednjak und Tinzl hatten allerdings dem Aventin nicht angehört, und vielleicht empfand die Regierung das Bedürfnis, die Redefreiheit für die beiden als ein Beispiel für die häufig zitierte gerechte Behandlung der italienischen Staatsbürger in Südtirol und in der Venezia Giulia auszugeben.

b) Die Auseinandersetzung zwischen Mussolini und Stresemann über Südtirol

Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrags begann sich die deutsche Öffentlichkeit verstärkt mit Südtirol zu beschäftigen. Während bisher hauptsächlich die Innsbrucker Presse gegen die Italianisierung Südtirols protestiert hatte, ließ sich jetzt die Presse im Reich nicht länger zurückhalten. Die antiitalienische Kampagne wurde dadurch angeheizt, daß über die gerade eröffnete "Arbeitsstelle für Südtirol" in Innsbruck, die mit der finanziellen Unterstützung der Deutschtumsvereine die Propagandaarbeit für Südtirol koordinieren sollte, im Dezember 1925 mehrere Falschmeldungen in die deutsche Presse gelangten[150]. Obwohl Stresemann Mussolini den Rat gab, zur Beilegung der deutschen Pressekampagne vexatorische Maßnahmen in Südtirol zu verhindern, ließ sich Mussolini davon nicht mehr abhalten, als Anfang Januar 1926 in München ein Komitee zum Boykott italienischer Waren gegründet und in verschiedenen deutschen Städten zum Reiseboykott gegenüber Italien aufgerufen wurde[151].

Zu dem K. Gesetzesdekret vom 22. November 1925, Nr.2191 über die Beseitigung der Anhangstunden, dessen Durchführungsbestimmungen im Januar 1926, d.h. mitten im Schuljahr, erlassen wurden, kamen zwei weitere Gesetzesdekrete, deren Verwirklichung Tolomei bereits 1923 in seinen "Provvedimenti" gefordert hatte: 1.) das K. Gesetzesdekret vom 10. Januar 1926, Nr. 16 über die Aberkennung der italienischen Staatsbürgerschaft von Fremdstämmigen, die auf Grund der Option italienische Staatsbürger geworden waren und sich als politisch unwürdig erwiesen hatten; 2.) das K. Gesetzesdekret vom 10. Januar 1926, Nr. 17 über die Wiederherstellung der Nachnamen italienischen oder italienischen Ursprungs. Während das erste Dekret für Südtirol und die Venezia Giulia bestimmt war, betraf das zweite vorläufig nur die Provinz Trient. Die Überstürzung mit der beide Dekrete erlassen wurden, ist daran erkennbar, daß die Ausführungsbestimmungen für das Ge-

setzesdekret Nr. 17 erst am 5. August 1926 erlassen wurden und das Gesetzesdekret in Südtirol erst 1928 für kurze Zeit Anwendung fand, während das Gesetzesdekret Nr. 16 überhaupt nicht zur Ausführung kam. Die Regierung Österreichs und Jugoslawiens protestierten nämlich dagegen, und eine italienische interministerielle Kommission stellte fest, daß es nicht nur eine Verletzung der Pariser Friedensverträge darstellte, sondern auch Repressalien Jugoslawiens gegen die Italiener in Dalmatien nach sich ziehen mußte[152].

Der Versuch Tolomeis, im Januar 1926 mit Hilfe von Justizminister Rocco auch die Entfernung des Bozner Denkmals für Walther von der Vogelweise und seine Ersetzung durch eine Drusus-Statue zu erreichen, stieß dagegen bei Mussolini von vornherein auf Ablehnung. Mussolini erklärte, ein solches Vorgehen würde weltweite Erregung hervorrufen, und außerdem sei Walther kein Beamter der Habsburger gewesen, sondern ein hochmittelalterlicher Dichter, auch wenn er Dante gegenüber in einem Verhältnis stehe wie der Pincio zum Himalaja[153]. Obwohl also Mussolini nicht alle vexatorischen Maßnahmen ergriff, die ihm Tolomei vorschlug, waren die Gesetzesdekrete vom 10. Januar 1926 ausreichend, um die antiitalienische Stimmung in Deutschland und Österreich weiter zu schüren. In Wien schlossen sich 160 Vereine zu einem Boykottkomitee zusammen, und in allen größeren italienischen Städten kam es Ende Januar zu antideutschen Demonstrationen[154]. Mussolini wartete auf eine günstige Gelegenheit, um eine öffentliche Abrechnung für den Locarno-Vertrag und die antiitalienische Kampagne vorzulegen; denn, wie die faschistische Zeitschrift "Gerarchia" im Januar 1926 schrieb, war der Geist von Locarno "im Verdunsten" und "das napoleonische Jahr der faschistischen Revolution" stand bevor[155].

Am 5. Februar 1926 hielt der Bayrische Ministerpräsident Held, der auch Außenminister seines Landes war, vor dem Landtag eine Rede, in der er gegen die "brutale Vergewaltigung des Deutschtums" in Südtirol protestierte und

versprach, die "Südtiroler Brüder" "wieder auf den Weg der Freiheit" führen zu wollen[156]. Mussolini, der sich, wie er selbst sagte, seit zwei Monaten auf diesen Augenblick vorbereitet hatte, antwortete Held bereits am folgenden Tag in der Abgeordnetenkammer[157]. Er gab den Worten Helds eine eindeutig irredentistische Bedeutung, verwies auf die von der "unfehlbaren Hand Gottes" gezogene Brenner-Grenze und stellte fest, daß in Südtirol 180.000 "tedeschi" wohnten, die keine "Minderheit", sondern ein "ethnisches Relikt" darstellten. 80.000 davon seien eingedeutschte Italiener, die die Regierung "erlösen" werde, indem sie ihnen ihre alten italienischen Namen wiedergebe. Die übrigen 100.000 seien der Rest barbarischer Invasionen. Neben dieses Relikt stellte Mussolini die 42 Millionen Einwohner Italiens und weitere 10 Millionen Italiener im Ausland. Zur Rechtfertigung seiner Südtirolpolitik sagte er, Italien wende nur sein Gesetz an, um keinen Staat im Staat zu haben, und er verwies auf die Tschechoslowakei und das Programm des Tiroler Volksbunds von 1918 als Vorbilder einer Assimilierungspolitik. Angesichts der deutschen Boykottdrohung betonte er die Stärke der italienischen Wirtschaft und versicherte, Italien brauche die deutschen Touristen nicht, die primitiv wie Dienstpersonal gekleidet über die Marmorböden seiner prachtvollen Bauwerke liefen[158]. Kennt man die alte Klage der italienischen Nationalisten, Italien werde als das "Zimmermädchen" Europas betrachtet, kann man verstehen, welche Genugtuung es den Zuhörern gewesen sein muß, wenn Mussolini die Rollen vertauschte und die Touristen als das Dienstpersonal auftreten ließ[159]. Mussolini unterstrich darüber hinaus die Unkultur der Deutschen, indem er den bereits im Januar formulierten Vergleich zwischen Dante und Walther von der Vogelweide als dem Himalaja und dem Pincio öffentlich aussprach. Gleichzeitig verkündete er, das Walther-Denkmal werde zwar, entgegen den Gerüchten der deutschen Presse, nicht entfernt, das italienische Volk werde aber auf den Fundamenten des deutschen Siegesdenkmals in Bozen Cesare Battisti ein Denkmal errichten.

Obwohl das Auswärtige Amt in Berlin bereits im Januar 1926 offiziell darauf hingewiesen hatte, daß es die antiitalienische Boykottbewegung in Deutschland mißbillige[160], forderte Mussolini in seiner Rede eine weitere Distanzierung der deutschen Regierung und schloß mit der rhetorischen Drohung[161], notfalls über den Brenner zu marschieren.

Stresemann bat von Neurath am 6. Februar 1926 telegraphisch, Mussolini klar zu machen, daß niemand in Deutschland eine Loslösung Südtirols von Italien anstrebe und daß die Presse angewiesen sei, in gemäßigtem Ton über Italien zu berichten. Die deutsche Presse reagierte auf Mussolinis Rede auch entsprechend ruhig, und Stresemann selbst vermied in seiner Antwort vor dem Reichstag am 9. Februar 1926 jede Polemik[162]. Er betonte, daß die italienische Souveränität über Südtirol "außer Zweifel" stehe und daß Italien zwar keine juristische Verpflichtung zum Schutz der Minderheiten übernommen habe, wohl aber in wiederholten Erklärungen eine moralische. Weiter distanzierte er sich von der deutschen Boykottbewegung gegenüber Italien und sagte, seine Regierung habe die Presse angewiesen, Einzeldarstellungen über Südtirol nicht kritiklos zu übernehmen. Die Minderheitenpolitik Italiens diagnostizierte er als Zeichen der Schwäche, die gar nicht zum "Italien des faschistischen Stolzes" passe. Mit einem abschließenden Blick auf die repressive Politik gegenüber der polnischen und dänischen Minderheit in Preußen stellte Stresemann fest, Deutschland könne mit gutem Gewissen für die Deutschen im Ausland nur das fordern, was es den Minderheiten im eigenen Land zugestehe[163].

Mussolini antwortete auch Stresemann bereits am folgenden Tag. Vor dem Senat legte er dar, die Politik der Langmut der liberalen Regierungen Italiens sei von den Südtirolern als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden, die faschistische Regierung betreibe deshalb die Politik der "romana equità"; er nehme das Versprechen Stresemanns hinsichtlich einer neuen Minderheitenpolitik zur Kenntnis,

die gegenwärtige Minderheitenpolitik Deutschlands zeige freilich, welche Sprachpolitik die Deutsch-Österreicher als Sieger des Krieges im Trentino gemacht hätten. Ganz gegen die Wahrheit bestritt Mussolini, im Zusammenhang mit dem Locarno-Vertrag jemals eine Garantie der Brenner-Grenze gefordert zu haben, zeigte sich aber im Vergleich zum 6. Februar wesentlich gemäßigter[164]. Da weder Deutschland noch Italien ein Interesse daran hatten, den Konflikt weiter auszutragen, bildete Mussolinis Senatsrede den Abschluß des deutsch-italienischen Wortgefechts. Die deutsche Regierung beschränkte sich nicht zuletzt unter dem Druck der deutschen Wirtschaftsverbände auf die offiziöse Richtigstellung einer Reihe von Punkten[165].

Von Innenminister Federzoni erhielt Mussolini am 7. Februar 1926 die Versicherung, die Rede gegen Held sei der "Anfang der Revolution" der italienischen Außenpolitik gewesen[166]. Dies war sicherlich unzutreffend, denn die öffentliche Auseinandersetzung Mussolinis mit Held und Stresemann brachte keine Änderung des deutsch-italienischen Verhältnisses mit sich. Mussolini ging es auch vielmehr darum, die italienische Öffentlichkeit - nach dem Eklat der auch von ihm bewußt hoch gereizten Spannung - mit einem deutsch-italienischen Wortgefecht zu beeindrucken. Das Jahr 1926, das sogenannte "napoleonische Jahr" Mussolinis, sollte nämlich die innenpolitische Wende, die Ausschaltung der Opposition in Italien, bringen, und Mussolini versuchte zu diesem Zweck, die Aufmerksamkeit von den Vorgängen im eigenen Lande nach draußen zu lenken[167]. Da er die häufig erwähnte italienische Expansion zu diesem Zeitpunkt noch nicht verwirklichen konnte, half er sich mit theatralischen Gesten, die die künftige Expansion symbolisieren und den "imperialismo spirituale", den Willen zur Expansion, fördern sollten[168]. Vom 7. bis 13. April 1926 unternahm er eine Reise nach Tripolis, um Roms "Rückkehr" nach Afrika zu demonstrieren. Anschließend flog der Staatssekretär des Luftfahrtministeriums, Balbo, nach Tunis, um Italiens Kolonialforderungen zu unterstreichen, und am 21. April 1926, dem

Geburtstag Roms, wurde zum 1. Mal der "Tag der Kolonien" gefeiert[169].

In dieser Phase des "geistigen Imperialismus" hatte das Grenzgebiet Südtirol, das zwar politisch zu Italien gehörte, dessen Bevölkerung Italien jedoch feindlich gegenüber stand und dessen Irredentismus vom Ausland unterstützt wurde, gewissermaßen als Ausland im Inland die Funktion eines Vorfelds der italienischen Expansion in der Welt. Hier demonstrierte der Faschismus mit der Errichtung des von faschistischer Symbolik strotzenden Siegesdenkmals, das an die Stelle des am 6. Februar 1926 angekündigten Battisti-Denkmals trat, die faschistische Bewältigung des "verstümmelten Sieges". Von hier aus drohte Mussolini, notfalls die Expansion über den Brenner vorzutragen, und in einem Interview mit dem "Petit Parisien" vom Februar 1926 verkündete er sogar die Kolonisierung und Industrialisierung Südtirols[170]. Das entstehende Regime brauchte aus innenpolitischen Gründen die Geste der Großmacht, und das erklärt auch, weshalb es in den 20er Jahren Südtirol gegenüber mehr Maßnahmen androhte, als es durchführte.

c) Die Errichtung des Siegesdenkmals in Bozen

Mussolini gab in seiner gegen den bayrischen Ministerpräsidenten Held gerichteten Parlamentsrede vom 6. Februar 1926 den Entschluß bekannt, mit den Spenden des italienischen Volkes für den Trentiner Freiheitskämpfer Cesare Battisti und die anderen Trentiner "Märtyrer", die mit ihrem Blut die endgültige Zugehörigkeit Südtirols zu Italien besiegelt hätten, ein Denkmal zu errichten[171]. Spätestens Mitte März änderte Mussolini jedoch seine Absicht und widmete das Denkmal nicht mehr Battisti, sondern dem italienischen Sieg über Österreich[172]. Ausschlaggebend für diese Änderung war wohl

nicht, wie von deutscher Seite angenommen wurde, der Einspruch der Familie Battisti[173], sondern der Protest des Trentiner Senators Vittorio Zippel, der darauf verweisen konnte, daß das Gesetz vom 2. April 1922 Nr. 49[1] die Errichtung eines Battisti-Denkmals bereits der Gemeinde Trient zugesagt hatte[174]. Der Haltung Cesare Battistis gegenüber Südtirol wäre es sicherlich auch nicht angemessen gewesen, wenn man ihm in Bozen ein faschistisches Denkmal errichtet hätte. Er hatte zwar am 13. Januar 1915, als er in Mailand für den Eintritt Italiens in den Krieg gegen Österreich warb, den Brenner als die strategisch sicherste Grenze gefordert und im Laufe des Jahres 1915 die künftige Assimilierung Südtirols im Rahmen einer einzigen Provinz zusammen mit dem Trentino befürwortet. Die Anwendung von Gewalt zur sprachlichen Angleichung Südtirols hatte er jedoch ausdrücklich verworfen und konnte folglich für die faschistische Assimilierungspolitik nicht in Anspruch genommen werden[175].

Auf Vorschlag Unterrichtsminister Fedeles, des Vorsitzenden der Denkmalskommission, wurde der Architekt Marcello Piacentini damit beauftragt, das Siegesdenkmal zu entwerfen. Piacentini versicherte Mussolini "ein dolomitisches Denkmal zu schaffen, das die ganze Welt ewig an die Macht Roms erinnern soll, die durch das wunderbare Werk des Faschismus und seines Duce wiedererstanden ist"[176]. Am 12. Juli 1926, dem 10. Todestag Cesare Battistis, wurde der Grundstein gelegt. Bis zum Abschluß der Bauarbeiten im Mai 1928 waren in ganz Italien 5 Millionen Lire für das Denkmal gesammelt worden, unter denen sich auch 100.000 Lire befanden, die der kommissarische Bürgermeister von Bozen gegen den schriftlichen Protest von 350 Bozner Bürgern überwiesen hatte[177]. Neu in der Baugeschichte waren die Säulen und Pilaster des Siegesdenkmals in Form von Rutenbündeln, die als Anfang der neuen faschistischen Architektur und als neue "littorische" Säulenordnung gefeiert wurden[178]. Die Inschrift "Hic patriae fines. Siste signa. Hinc ceteros excoluimus lingua legibus artibus", in der sich das neue Rom

die kulturelle Überlegenheit des alten über den barbarischen Norden zu eigen machte, stammte von Unterrichtsminister Fedele. Wie es ein Kommentar von 1932 ausdrückte, bewies auch hier die "italische Höflichkeit" ihre Überlegenheit, indem sie anstelle des ursprünglichen "barbaros" schlicht "ceteros" gesetzt hatte[179]. Verschiedene Skulpturen des Siegesdenkmals stellten die Verbindung der christlichen Religion mit der des Vaterlands dar. So symbolisierte das Altarbild mit dem auferstandenen Erlöser, der einem Werk Piero della Francescas[180] nachgebildet und von drei Trentiner "Märtyrern" umgeben war, das Risorgimento und die erlösten Provinzen ("terre redente"). Noch deutlicher unterstrichen die anläßlich der Grundsteinlegung gehaltenen Reden den Zusammenhang von Nation und Religion. Der Vorsitzende der italienischen Kriegsinvaliden, der Schwerkriegsversehrte ("supermutilato") Del Croix verglich fünf von Österreich hingerichtete Märtyrer mit den Wunden Christi. Als Kriegsblinder mit dem Ehrentitel "der große Seher" weissagte der "Apostel des Worts" Del Croix, der Geist Roms werde nicht sterben, bevor nicht der letzte Säulenschaft des Siegesdenkmals in Trümmern liege[181]. Staatssekretär Suardo, der die Regierung vertrat, trieb alle Metaphern auf die Spitze, indem er den Soldatenhelm mit dem Heiligenschein, das Bajonett mit dem Kreuz, das Kommißbrot mit der Hostie und die Kriegsversehrten mit Priestern verglich, unter die er auch Mussolini einreihte[182].

Die Errichtung des Siegesdenkmals war eine öffentliche Abrechnung des gedemütigten Italiens mit der Vergangenheit. Sie war der Sieg des neuen Roms über die Barbaren, auch wenn die Inschrift des Denkmals nur von "ceteros" sprach; sie war der Sieg Dantes über den "kleinen" Walther von der Vogelweide, wie der kommissarische Bürgermeister von Bozen, De Steffanini, der den Italienern einen "Thron" über allen andern Völkern zuwies, dem Duce nachredete[183]; sie war die Nachfeier der Annexion Südtirols, an der sich die Südtiroler 1921 geweigert hatten, teilzunehmen; sie war der erste Einzug des italienischen

Königs in Bozen, der im Oktober 1921 aus Furcht vor einem unfreundlichen Empfang in der Stadt nur im Bozner Bahnhof angehalten hatte, wo Bürgermeister Perathoner eine deutsche Rede gehalten hatte, die der König nicht verstand.

Die Errichtung des Siegesdenkmals sollte aber nicht nur Wiedergutmachung der Vergangenheit, sondern auch Zeichen der zukünftigen Expansion Italiens sein. Am 20. August 1926, zwei Tage nach seinem in Pesaro verkündeten Entschluß, die Lira "bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen", sandte Mussolini dem Mailänder Textilgroßindustriellen und Chef des Kaufhauskonzerns "Rinascente", Senator Borletti, einen Brief, in dem er ihm nahelegte, aus nationalem Interesse in Bozen, wo es kein italienisches Kaufhaus gebe, eine Filiale der "Rinascente" zu eröffnen, die die Ausbreitung des italienischen Handels in Südtirol einleiten solle. Die Filiale solle geschmackvoll und großartig zugleich ("con senso di decoro e grandiosità") im Stadtzentrum errichtet und möglichst zur Einweihung des Siegesdenkmals eröffnet werden[184]. Wie zu erwarten, stimmte Borletti, der bereits in den Jahren 1919 - 1920 D'Annunzio bei der Besetzung Fiumes und bei seinen weiteren Expansionsplänen auf dem Balkan unterstützt hatte, zu[185].

Auffällig war das Bedürfnis Mussolinis, die Öffentlichkeit mit zwei grandiosen Bauten zu beeindrucken, die nicht in einer Großstadt, sondern in dem rund 35.000 Einwohner zählenden Bozen errichtet wurden. Das Minderwertigkeitsgefühl, das sich dabei offenbarte, kam auch in dem Brief Mussolinis vom 15. Januar 1927 an den neuen Präfekten von Bozen zum Ausdruck, in dem er ihn aufforderte, den Bau des Siegesdenkmals zügig voranzutreiben, um den Deutschen keinen Anlaß zu zynischen Bemerkungen über die italienische Langsamkeit zu geben[186].

3. Die Ausschaltung der wirtschaftlichen Organisation Südtirols

a) Die Regelung der österreichischen Kriegsanleihebelehnungsschulden

Nach dem Sieg über die Unione Economica entfalteten die Faschisten der Venezia Tridentina eine rege Aktivität zur Lösung wirtschaftlicher Fragen in Südtirol und im Trentino. Am 22. Februar 1925 wurde im Beisein des Abgeordneten Ciarlantini, der das nationale Parteidirektorium vertrat, der faschistische Gemeindeverband der Provinz Trient gegründet. Der Verband beschloß am 21. April 1925, beim Präfekten Schritte zur Lösung des Problems der Kriegsanleihebelehnungsschulden zu unternehmen[187]. Südtirol hatte sich im Weltkrieg mit rund 360 Millionen Kronen an der Zahlung der österreichischen Kriegsanleihen beteiligt. Etwa 300 Millionen davon waren in bar gezahlt, die restlichen 60 Millionen von den Zeichnern auf Kredit erworben worden. Der Vertrag von St. Germain hatte es den Nachfolgestaaten Österreichs freigestellt, die von ihren neuen Staatsangehörigen gezeichneten Kriegsanleihen einzulösen, und das liberale Italien hatte nicht daran gedacht, die Schulden zu übernehmen, obwohl nicht nur die Südtiroler, sondern auch die Trentiner und die Italiener und Slawen der Venezia Giulia betroffen waren. Als in den Jahren 1921 - 1922 die Südtiroler Banken, die den Kredit gewährt hatten, die geschuldeten Zinsen mit gerichtlichen Klagen eintreiben wollten, hatte die Regierung ein Moratorium erlassen, demzufolge die gerichtliche Eintreibung für unzulässig erklärt worden war. Trotz des Moratoriums waren der Klein- und Mittelbesitz in Südtirol weiterhin schwer betroffen, da die Banken, wenn schon nicht die Zinsen, die Zahlung der Kredite, die sie zum Zweck der Kriegsanleihezeichnung gewährt hatten, entsprechend der gesetzlichen Aufwertung von 40 % forderten[188].

In dieser Lage erklärte sich die Standesorganisation der Südtiroler Bauern, der Bauernbund, der bisher keine eigene

Politik betrieben hatte, im Mai 1925 bereit, mit dem faschistischen Gemeindeverband zur Lösung der Kriegsanleihefrage zusammenzuarbeiten. Die gemeinsame Versammlung von Gemeindeverband und Bauernbund beschloß am 2. August 1925 in Trient in Anwesenheit des Vorsitzenden des Bauernbunds, Oberhammer, des Sekretärs des Bauernbunds, Steger, aller im Jahre 1924 im Trentino gewählten faschistischen Abgeordneten (Barduzzi, Ciarlantini, Gianferrari, Lunelli und Rosboch) und des Triumvirats des Bozner Fascio (Altenburger, Barbesino und Umech) die Gründung des Syndikats der Belehnungsschuldner. Das Statut, das als Mitgliedsbeitrag drei Prozent der den Banken zu vergütenden Summe festlegte, wurde einstimmig gebilligt und Oberhammer wurde in den Vorstand gewählt[189]. Als jedoch im Amtsblatt vom 12. August 1925 der Text des K. Gesetzesdekrets vom 29. Juli 1925, Nr. 1327 zur Regelung der Kriegsanleihebelehnungsschulden veröffentlicht wurde, aus dem hervorging, daß eine behördliche Schiedskommission über die Rückzahlung für jede geschuldete Krone zwischen 5 bis 30 Centesimi gemäß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners zu bestimmen habe[190], erschien es der Mehrheit der Mitglieder des Bauernbunds überflüssig, dem Schuldnersyndikat beizutreten und diesem eine Spesenvergütung zu zahlen. Oberhammer zog sich daraufhin, wohl auch unter dem Druck des ehemaligen Vorsitzenden der Tiroler Volkspartei, Reut-Nicolussi, der den Bauernbund als politische Organisation neben dem Deutschen Verband für schädlich hielt, von der Zusammenarbeit mit dem Syndikat zurück. Dagegen bestand Steger, der die Zusammenarbeit mit dem Syndikat mit besonderem Nachdruck betrieben hatte, auch nach dem Rückzug Oberhammers darauf, die Allianz mit den Faschisten fortzuführen. Er wurde deshalb Ende 1925 als Sekretär des Bauernbunds abgesetzt[191].

Die Gründung des Belehnungsschuldnersyndikats war nicht der einzige Versuch, den die Faschisten 1925 unternahmen, um in die Südtiroler landwirtschaftliche Organisation mit friedlichen Mitteln einzudringen. Gleichzeitig mit

dem Gesetzesdekret über die Belehnungsschulden verabschiedete nämlich die Regierung das K. Gesetzesdekret vom 29. Juli 1925, Nr. 1423 zur Gründung einer Filiale der halbstaatlichen "Kreditverbandsanstalt für den Aufschwung der drei Venetien" in Trient, die ausschließlich Agrarkredite vergeben sollte[192]. Ende 1925 bot die Kreditanstalt der Bozner Landwirtschaftlichen Zentralkasse einen größeren Kredit an. Die Zentralkasse ging auf das Angebot ein, zog sich aber, wie wir noch sehen werden, anschließend wieder zurück[193]. Die Zentralkasse und der Bauernbund konnten ihre Unabhängigkeit noch einmal kurzfristig retten, denn über den Versuch der Unterwanderung der Südtiroler wirtschaftlichen Organisation durch finanzielle Lockmittel gingen die Faschisten 1925 nicht hinaus.

Vergleicht man mit diesen faschistischen Versuchen die Anstrengungen, die Tolomei bei der Regierung vergeblich unternahm, um die Südtiroler von ihrem Besitz zu verdrängen, sieht man, wie wenig die Behauptung zutrifft, Tolomei und seine nationalistischen Freunde hätten ab 1923 in Südtirol freie Hand gehabt[194]. Da die Südtiroler nach dem 1. Weltkrieg nicht ausgesiedelt worden waren, wie es Tolomei 1915 gewünscht hatte, hatte er seit 1918 gefordert, möglichst viele Südtiroler von ihrem Besitz zu verdrängen. 1922 hatte er sich bei Wiederholung seiner Forderung auf Machiavelli berufen, und im folgenden Jahr hatte er die Einwanderung italienischer Bauern in Libyen als Vorbild für Südtirol hingestellt[195]. In seinen "Provvedimenti" hatte er verlangt, die Regierung solle die österreichische Kriegsanleihe nicht übernehmen, vielmehr solle ein Bodenkreditinstitut, dem er den Namen Credito Atesino gab, italienischen Siedlern helfen, Südtiroler Boden zu erwerben. Wie er später erläuterte, sollte der Credito Atesino alle zur Versteigerung kommenden Südtiroler Bauernhöfe aufkaufen und sie an italienische Interessenten vermitteln[196]. In seiner Senatsrede vom 4. Februar 1925 war er wiederum auf den Credito Atesino zu sprechen gekommen, den er neben der Einsetzung

italienischer Gemeindesekretäre in Südtirol als eine Hauptforderung ansah[197]. Die Ernennung der Gemeindesekretäre hatte er erreichen können, in der Bodenpolitik ging die Regierung, wie die beiden Gesetzesdekrete vom 29. Juli 1925 zeigen, jedoch andere Wege, obwohl er von Januar bis Juni 1925 nicht müde geworden war, mit Innenminister Federzoni und Finanzminister De Stefani zu verhandeln[198]. Den Mißerfolg seiner Bemühungen schrieb er einerseits dem "Trentinismus" zu, d.h. dem Eigennutz der Trentiner, denen die Kreditanstalt in Trient wichtiger war als der Credito Atesino in Bozen, andererseits der giolittianischen Prägung des Präfekten Guadagnini, der nicht die Enteignung der Südtiroler, sondern ihre wirtschaftliche Mitarbeit suchte[199].

b) Die Faschistisierung des Bauernbunds

Die Faschistisierung des Bauernbunds, die 1925 nicht, wie geplant, über das Syndikat der Belehnungsschuldner gelungen war, erfolgte 1926 im Zusammenhang mit der in ganz Italien durchgeführten Faschistisierung der Berufsverbände. Dabei kam den Behörden der ehemalige Sekretär des Bauernbunds Steger zu Hilfe, dem die Faschisten die Leitung des Bauernboten übertrugen, der als Beilage der faschistischen "Alpenzeitung" seit März 1926 erschien und als Konkurrenz zum "Volksboten" gedacht war[200]. Die Faschistisierung der Berufsverbände in Italien wurde durch das K. Dekret vom 3. April 1926, Nr. 563 geregelt. Danach war ein faschistisches Syndikat allein gesetzlich anerkannter Tarifpartner, wenn in einem Bezirk ein Zehntel aller Arbeitgeber, bzw. Arbeitnehmer einer bestimmten Berufssparte Mitglieder dieses Syndikats waren[201]. Da die in der Südtiroler Landwirtschaft tätige Bevölkerung im Gegensatz zum übrigen Italien mehrheitlich aus selbständigen Bauern bestand, die auch ohne Standesvertretung auskamen, und außerdem der Bauernbund die Zusam-

menarbeit mit den Faschisten inzwischen ablehnte, war es unmöglich, die zehn Prozent Mitglieder zu werben, die nach dem Gesetz nötig waren, um ein landwirtschaftliches Syndikat aufzubauen.

Zur Lösung des Problems bedienten sich die Behörden des Dringlichkeitsartikels des Gemeinde- und Provinzialgesetzes, mit dessen Hilfe der Unterpräfekt von Bozen am 26. Mai 1926 die Absetzung des Vorstands des Bauernbunds und die Einsetzung einer Kommission zum Zwecke der Umwandlung des Bauernbunds in eine syndikalistische Vereinigung verfügte[202]. Diese Kommission beschloß unter Führung Stegers am 6. Juli 1926 dem "Nationalfaschistischen Syndikat der Landwirte" beizutreten, und die sogenannte Generalversammlung des Bauernbunds vom 3. Oktober 1926 billigte diesen Beschluß. Im Deutschen Verband sah man die Auflösung des Bauernbunds, dessen praktische Bedeutung bis Mai 1925 in der Vermittlung landwirtschaftlicher Informationen an die Mitglieder bestanden hatte, insgeheim gern, da man die Angst vor einer Teilung des Südtiroler Lagers losgeworden war[203].

c) Die Umwandlung der Bozner Handelskammer

Nachdem der Faschismus die Kontrolle über die bäuerliche Standesorganisation übernommen hatte, kam auch die seit 1909 von Kerschbaumer geleitete Bozner Handelskammer in faschistische Hand. Das Gesetz vom 18.April 1926, Nr. 731 schrieb die allmähliche Umwandlung der Handelskammern Italiens in Provinzwirtschaftsräte im Rahmen der neuen korporativen Wirtschaftsordnung vor. An die Stelle selbständiger Vertretungen der wirtschaftlichen Interessen der Provinzen sollten ausführende Organe des Wirtschaftsministeriums unter Aufsicht der Präfekten treten[204]. Im Juni 1926 wurde der im Trentino gewählte faschistische Abgeordnete Barduzzi zum außerordentlichen Kommissar des

zu errichtenden Provinzwirtschaftsrats eingesetzt[205]. Die Tatsache, daß die Regierung den Empfehlungen der Legione Trentina nicht nachkam, sich in der Provinz Trient mit der Handelskammer in Rovereto zu begnügen, war übrigens ein Indiz dafür, daß man in Rom für die nahe Zukunft an die Schaffung einer eigenen Provinz Bozen dachte[206].

Im Archiv der Handelskammer glaubte Barduzzi, eine Entdeckung zu machen, die Mussolini in seiner "Rede am Himmelfahrtstag", dem 26. Mai 1927, reichlich ausschlachten sollte. Inspiriert von Barduzzi folgerte er nämlich aus der Tatsache, daß die Sprache des Bozner Merkantilmagistrats bis ins 19. Jahrhundert hinein italienisch gewesen war, daß Bozen um 1850 eingedeutscht worden sei, und gab vor, einen weiteren Grund gefunden zu haben, Bozen wieder italienisch zu machen[207]. Die Südtiroler Abgeordneten Tinzl und Sternbach überreichten daraufhin Mussolini Ende Juli 1927 eine Denkschrift, in der sie drei zum Teil über 20 Jahre alte Veröffentlichungen zitierten, die sich mit dem Archiv des Merkantilmagistrats beschäftigten. Sie wiesen darauf hin, daß aus der Geschäftssprache des Magistrats, der für Kaufleute zuständig war, die aus Italien nach Bozen kamen, keine Rückschlüsse auf den nationalen Charakter Bozens gezogen werden könnten, "das niemals eine italienische, sondern stets eine deutsche Stadt war"[208]. Das hinderte Barduzzi jedoch nicht, seine Entdeckung auch in der "Gerarchia" vom August 1927 vorzustellen[209].

Als die Regierung nach Gründung der Provinz Bozen vorübergehend eine versöhnliche Südtirolpolitik betrieb, wurde im März 1927 nochmals der ehemalige Handelskammerpräsident Kerschbaumer eingesetzt. Am 1. Dezember 1927 wurden jedoch die Handelskammern in ganz Italien endgültig in Provinzwirtschaftsräte umgewandelt, und bei der feierlichen Einsetzung des Provinzwirtschaftsrats von

Bozen am 17. Juni 1928 waren Südtiroler nur noch in untergeordneten Positionen vertreten. Die Behandlung der Fragen des Südtiroler Exports nach Österreich und Deutschland lag damit in italienischen Händen[210].

d) Der Angriff auf die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Bozen

Die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Bozen war der Spitzenverband der 135 Raiffeisenkassen in Südtirol. In einem Gutachten der Banca d'Italia von 1924 wurde die Zentralkasse als Hauptstütze des Deutschen Verbands und des Südtiroler Irredentismus bezeichnet und eine italienische Einflußnahme empfohlen[211]. Während die Banca d'Italia vorschlug, die Zentralkasse durch Gewährung von Krediten unter italienische Kontrolle zu bekommen, forderte die Generalversammlung der faschistischen Parteisekretäre der Provinz Trient im Februar und die Legione Trentina im März 1926, die Leitung der Zentralkasse müsse von italienisch gesinnten Personen übernommen werden[212].

Am 3. Oktober 1926 verabschiedete die sogenannte Generalversammlung des Bauernbunds, der soeben offiziell dem "Faschistischen Syndikat der Landwirte" beigetreten war, in Anwesenheit der faschistischen Abgeordneten Ciarlantini und Gianferrari und des Präsidenten der national-faschistischen Landwirtevereinigung in Rom, Cacciari, eine Resolution, in der die Leitung der Zentralkasse und des Revisionsverbands aufgefordert wurde, zurückzutreten[213]. Die Entschließung sah für die Neubesetzung unter anderen zwei Vertreter der Trentiner Filiale der Kreditverbandsanstalt, nämlich den Präsidenten Gianferrari und de Steffanini vor[214]. Letzterer war auch kommissarischer Bürgermeister von Bozen. Im Anschluß an die Generalversammlung des Bauernbunds wurde die in demselben Saal

stattfindende Generalversammlung der Zentralkasse durch unberechtigt im Saal verbliebene Personen, denen 30 Schwarzhemden aus Trient zu Hilfe kamen, gesprengt. Der Präfekt setzte daraufhin am 4. Oktober 1926 de Steffanini zum Aufsichtsorgan der Zentralkasse mit beratender Stimme und als Kommissar des Revisionsverbands ein[215].

Die Tatsache, daß die Zentralkasse im Dezember 1926 infolge massiver Abhebungen in große Schwierigkeiten geriet, daß de Steffanini am 4. Januar 1927, einen Monat nach Bekanntgabe der bevorstehenden Erhebung Bozens zur Provinzhauptstadt, von Bozen abberufen wurde und daß der neue Präfekt von Bozen im Februar 1927 die Leitung der Zentralkasse wieder in Südtiroler Hände gab, hat zu der Annahme geführt, die Schaffung einer eigenen Provinz Bozen sei eine Reaktion Roms auf die eigenmächtige Aktion der Trentiner Faschisten zur Angliederung der Zentralkasse an die Trentiner Filiale der Kreditverbandsanstalt gewesen[216]. Diese Ansicht wurde durch negative Äußerungen Mussolinis über den "Trentinismus" bestärkt, die dem Südtiroler Cliché vom "macht- und geschäftslüsternen Trientner Klüngel"entsprachen.Sie wurde weiter gestützt durch den Protest Barduzzis und Barbesinos gegen die Sprengung der Generalversammlung der Zentralkasse[217]. Daß der vermutete Zusammenhang nicht bestand, geht jedoch aus einem Telegramm des Präfekten Guadagnini vom 5. Dezember 1926 an Mussolini hervor. Hierin meldete Guadagnini, entsprechend der in einem früheren Telegramm geäußerten Erwartung, sei de Steffanini zum Vorsitzenden der Zentralkasse gewählt worden. Damit sei der faschistische Einfluß auf die Südtiroler Raiffeisenkassen gesichert. Der Präfekt fuhr fort, er habe bei einer Besprechung zwischen Vertretern der Kreditverbandsanstalt, der Sparkasse Trient, des faschistischen Sparkassenverbands, der Banca Cooperativa und der Banca Cattolica den Vorsitz geführt. Man sei übereingekommen, daß die Banca Cooperativa und die Banca Cattolica zusammengehen und alle zuvor genannten Banken und Anstalten eine Sparkassenzentrale als Ausgleichs- und Kontrollorgan der Raiffeisen-

kassen der Venezia Tridentina bilden sollten. Der Präfekt schloß mit dem sehr wichtigen Satz: "Damit wird das von Eurer Exzellenz vorgezeichnete finanzwirtschaftliche Programm schnell und genauestens verwirklicht"[218].

Wenn also, wie aus diesem Telegramm klar hervorgeht, die Faschistisierung und Angliederung der Zentralkasse an die Kreditverbandsanstalt im Sinne des Regierungsprogramms war, konnte die einen Tag nach diesem Telegramm bekanntgegebene Erhebung Bozens zur Provinzhauptstadt keine Reaktion auf diese Angliederung sein. Daß Mussolini den Gewaltstreich der 30 Schwarzhemden mißbilligt hat, ist höchst wahrscheinlich, da er zur Durchsetzung des Regierungsprogramms überflüssig war. Unklar bleibt die Ursache für Barbesinos erneuten Ausschluß aus der Partei, der bereits am 27. September 1926, also vor der Aktion gegen die Zentralkasse, erfolgt war und vielleicht mit der Konkurrenz seiner Zeitung "Il Piccolo Posto" mit der seit März 1926 als offizielles faschistisches Organ erscheinenden "Alpenzeitung" zu tun hatte[219].

Die Zentralkasse mußte am 31. Mai 1927 ihre Schalter wegen Zahlungsunfähigkeit schließen. Die Schließung wurde durch mehrere Faktoren verursacht: Die Zentralkasse hatte gegenüber der Wiener "Baukredit Bank" und dem "Tiroler Genossenschaftsverband" Forderungen in Höhe von über 5 Millionen Lire, die angesichts der Schwierigkeiten der Wiener Bank und des Tiroler Verbands nicht eingelöst werden konnten[220]; die als Lira-Schlacht bekannte, drückende Geldaufwertung seit September 1926, die daraus folgende Geldknappheit und das Gerücht staatlicher Zwangsanleihen führten in ganz Italien zu einem Run auf die Bankeinlagen[221]; in Südtirol wurde diese Erscheinung durch die Mißernte des Jahres 1926 und die Panik, die der Überfall auf die Generalversammlung der Zentralkasse ausgelöst hatte, verstärkt, so daß die Abhebungen zwischen Anfang Oktober 1926 und Ende Mai 1927 9 Millionen Lire betrugen[222]; möglicherweise kam es auch zu Unregelmäßigkeiten

in der Verwaltung der Zentralkasse, die zu Verlusten führten[223]. Eine genaue Abwägung der einzelnen Ursachen ist bisher unmöglich, immerhin spricht jedoch für die in der deutschsprachigen Literatur über Südtirol vertretene Meinung, die Sprengung der Generalversammlung der Zentralkasse sei die Hauptursache für den Zusammenbruch der Kasse gewesen, ein Memorandum, das der Präsident des italienischen Bauernsparkassenverbands und spätere Landwirtschaftsminister, Giacomo Acerbo, Mussolini im Mai 1927 vorlegte. Darin hieß es, die eigentliche Krise der Zentralkasse sei erst durch die Vorfälle am 3. Oktober 1926 entstanden[224].

Trotz der sehr ausführlichen Untersuchung Steurers über das Ende der Bozner Zentralkasse ist immer noch unklar, unter welchen Bedingungen die Zentralkasse Ende 1925 einen Kredit der Kreditverbandsanstalt erhielt. Nach Steurer nahm die Zentralkasse einen von der Kreditverbandsanstalt angebotenen "längerfristigen" Kredit an und versprach, sich "zu einem späteren Zeitpunkt" der Agrarsektion der Kreditanstalt anzuschließen. Im Februar 1926 stellte jedoch die Kreditverbandsanstalt "unter Bruch der bestehenden Vertragsbedingungen" die Zentralkasse vor die Alternative, den Kredit bis Juni 1926 zurückzuzahlen oder sich freiwillig der Kreditverbandsanstalt einzugliedern. Die Zentralkasse konnte sich diesem Ultimatum nur durch einen Kredit von 671.000 RM entziehen, der ihr getarnt von der OSSA, der zentralen Finanzierungsstelle für das Auslandsdeutschtum im Auswärtigen Amt in Berlin, ausbezahlt worden war. Es ist auffällig, daß die Zentralkasse Ende 1925 bereit war, sich zu einem späteren Zeitpunkt der Kreditverbandsanstalt anzuschließen, während sie im Mai 1927 die Schließung ihrer Schalter einer erneut angebotenen Angliederung vorzog[225]. Nach Tolomeis Darstellung soll die Zentralkasse den Kredit der Kreditverbandsanstalt erst nach Unterzeichnung einer "Erklärung politischen Charakters" erhalten haben. Angeblich fand die Kreditverbandsanstalt jedoch heraus, daß die Leitung der Zentralkasse ein "Doppelspiel" betrieb, und ließ deshalb die Zentralkasse fallen. Genauer drückt sich

der als historische Quelle nicht gerade zuverlässige Tolomei nicht aus[226]. Da jedoch in den deutschen Akten wie bei Tolomei von einem Versprechen die Rede ist, könnte man annehmen, daß die Zentralkasse, ähnlich wie der Bauernbund im Jahre 1925, zunächst eine Zusammenarbeit mit den Faschisten angestrebt und anschließend unter dem Druck unnachgiebigerer Politiker wie Reut-Nicolussi einen Rückzieher gemacht hätte.

Die Auswirkung der Schließung der Zentralkasse für die Südtiroler Wirtschaft läßt sich nicht mit Zahlen belegen. Sie als "verheerend" zu bezeichnen, scheint jedoch übertrieben. Die Einleger und Gläubiger wurden 1931 aus der Liquidationsmasse mit mehr als 60 % befriedigt. Der Zivilprozeß der Liquidatoren gegen die ehemalige Geschäftsleitung der Zentralkasse endete im März 1931 mit einem Vergleich, nachdem es gelungen war, aus Wien einen namhaften Betrag für die Liquidationsmasse nach Südtirol zu bringen[227]. Die 135 Raiffeisenkassen Südtirols wurden durch die Schließung der Zentralkasse nicht unmittelbar gefährdet, wobei einer Gefährdung auch die Entscheidung der Regierung vom Februar 1928 entgegenwirkte, den Raiffeisenkassen in Südtirol und den Bauernsparkassen im Trentino, die einen Teil ihres Vermögens in nicht umgewandelten österreichischen Kriegsanleihen angelegt hatten, für den daraus erwachsenen Defizit ein in 25 Jahren rückzahlbares Darlehen zu einem Zinsfuß von 1,5 % zu gewähren. Mit dem Darlehen erfüllte der italienische Staat endlich die im K. Gesetzesdekret vom 9. Dezember 1920, Nr. 1883 niedergelegte Verpflichtung der sogenannten Staatsgarantie[228].

Nach Schließung der Zentralkasse mußten die Südtiroler Bauern größere Kredite bei der Kreditverbandsanstalt und der Banca del Trentino e dell'Alto Adige aufnehmen. Glaubt man Tolomeis Vorwürfen gegen diese Institute, so vergaben sie Kredite nicht nach politischen, sondern nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten und [illegible] [illegible] [illegible][229]. [illegible]

der Weltwirtschaftskrise gingen mehrere Südtiroler Raiffeisenkassen in Liquidation. 1934 schloß die erste, bis Ende 1935 folgten 20 weitere[230].

4. Die Industrie- und Siedlungspolitik

In dem bereits erwähnten Interview, das Mussolini am 27. Februar 1926 dem "Petit Parisien" gab, sagte er, die Regierung werde überall in Südtirol italienische Familien ansiedeln: 1000 Frontkämpferfamilien würden das Land kolonisieren, bei Meran sei eine Kunstdüngerfabrik, die 400 italienische Familien ernähre, und in der Nähe einer Zinkmine würden noch "Hunderte" anderer italienischer Familien wohnen[231]. Bedenkt man, daß Mussolini von insgesamt ca. 8.000 Personen sprach, die keineswegs überall in Südtirol, sondern als Arbeiter um die Montecatini AG. in Sinich bei Meran und um die Zinkmine am Schneeberg im Ridnauntal bei Sterzing oder als Bauern an einigen Punkten des Etschtals angesiedelt werden konnten, dann war klar, daß Mussolini bluffte. Mit 8.000 Italienern, die in geschlossenen Siedlungen wohnten, konnte man rund 200.000 Südtiroler nicht überfremden. Ein starker Zuzug von Italienern stand also für die nahe Zukunft nicht bevor, denn ohne massive staatliche Subventionen ließen sich die Industriebetriebe in Südtirol nicht vermehren, und eine Subvention für neue Industriezweige, die nicht wenigstens auf vorhandene Bodenschätze zurückgreifen konnten, gab es im faschistischen Italien der 20er Jahre nicht. Mit Finanzminister De Stefani (Oktober 1922 - Juli 1925) hatte der Rückzug des Staats aus der Wirtschaft begonnen, und angesichts des Lira-Verfalls von 1925 - 1926 betrieb die Regierung eine scharfe Deflationspolitik, die die Industrie zur Konzentration und Rationalisierung zwang[232].

Die 1926 bei Meran errichtete Kunstdüngerfabrik entstand im Rahmen der von der Montecatini in verschiedenen Teilen

Italiens durchgeführten Neugründungen. Das Werk wurde nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten errichtet, denn Energie und Rohstoff, Wasserkraft und Kalk, waren an Ort und Stelle vorhanden, und es bestanden lokale Absatzmöglichkeiten. Bis 1934 beschränkten sich die italienischen Industriegründungen in Südtirol auf diesen einen Großbetrieb[233]. Dagegen wurde der Bau von Elektrizitätswerken bereits in den 20er Jahren vorangetrieben. Die Voraussetzung dafür hatte das K. Dekret vom 25. März 1923, Nr. 913 geschaffen, durch das das italienische Wasserrecht und die Enteignungsgesetze von 1865 und 1885 in Südtirol eingeführt worden waren[234]. Das erste italienische Wasserkraftwerk in Südtirol wurde im Frühjahr 1924 in Marling begonnen. Im Herbst 1925 war es betriebsfertig und lieferte dem 1927 fertiggestellten Kunstdüngerwerk den Strom. Im Frühjahr 1925 begann die Società Idroelettrica dell'Isarco (SIDI) den Bau des Großkraftwerks bei Kardaun[235]. Nach der günstigen Regelung der italienischen Kriegsschuldenfrage mit den USA und Großbritannien im November 1925, bzw. Januar 1926, nahm die SIDI einen amerikanischen Kredit von 5 Millionen Dollar auf, und das Werk in Kardaun konnte als das damals größte Kraftwerk Europas 1929 fertiggestellt werden[236]. Zwei weitere Kraftwerke bei Brixen, bzw. Waidbruck wurden erst ab 1934 im Zusammenhang mit dem Bau der Bozner Industriezone errichtet, der durch das K. Dekret vom 28. September 1934, Nr. 1621 verfügt wurde. Die Nominalleistung der Kraftwerke in Südtirol, die 1914 30.000 kw bei einer Jahreserzeugung von ca. 20 Millionen kwh betragen hatte, stieg durch den Bau der vier Kraftwerke bis 1945 auf eine Nominalleistung von 510.000 kw, die erzeugte Jahresenergie auf ca. 2 Milliarden kwh[237].

Mit der Gründung italienischer landwirtschaftlicher Siedlungen begann man in Südtirol erst 1927. Den ersten Versuch, Südtiroler Güter in größerem Maße an italienische Interessenten zu vermitteln, hatte Franco Dioslantini Ende März 1919 mit der Gründung des Athesinums unternommen[238]. Auf Empfehlung des Gouverneurs der

Venezia Tridentina hatte das Athesinum im November 1919 2.000 Lire staatliche Unterstützung erhalten, war jedoch in keiner Hinsicht aktiv geworden, so daß der Zivilkommissar von Bozen es im November 1921 als ein Parasitennest und Ciarlantini als einen intelligenten Schwätzer beschrieben hatte[239].

Tolomei, der, wie wir sahen, am liebsten alle Südtiroler ausgesiedelt hätte, hatte im Januar 1925 seinen Freund Paolo Drigo den "Grenzlandaktionsbund" ("Lega d'Azione per il confine") zur "Eroberung" des Südtiroler Ackerbodens gründen lassen[240]. Zwar hatte die Regierung Tolomeis Plan einer großangelegten Verdrängungspolitik vereitelt, indem sie im Juli 1925 die Frage der Kriegsanleihebelehnungsschulden geregelt und anstelle des Credito Atesino in Trient eine Filiale der Kreditverbandsanstalt eingerichtet hatte, dennoch war es dem Grenzlandaktionsbund gelungen, den Vorsitzenden des italienischen Frontkämpferbunds (Opera Nazionale Combattenti = ONC) zwischen Juni und Dezember 1925 für die Errichtung landwirtschaftlicher Kolonien auf Südtiroler Ödland zu gewinnen[241]. Anfang 1926 richtete der Frontkämpferbund in Bozen ein technisches Büro ein, und am 27. Februar 1926 gab Mussolini dem Petit Parisien bekannt, in Südtirol würden 1.000 Frontkämpferfamilien angesiedelt. Das K. Dekret vom 6. November 1926, Nr. 1870 übertrug der ONC die Etschregulierung und die Errichtung von Siedlungen, die auch außerhalb des Bodenverbesserungsgebiets auf enteignetem Land angelegt werden konnten, wenn sie vom Ministerium für öffentliche Arbeiten genehmigt wurden. Im Dezember 1926 beschloß die ONC zwischen 1927 und 1930 am Sinichbach, bei Terlan und bei Sigmundskron drei Dörfer zu errichten und den Boden um diese Siedlungen zu entsumpfen. Für dieses Projekt wurden ihr zwischen 3.000 bis 4.000 ha für 500 bis 600 Familien zugesprochen[242]. Das Projekt wurde mit dem Bau der Siedlung am Sinichbach begonnen, das teils auf ehemals reichsdeutschem Besitz, teils auf 100 ha von Südtirolern enteignetem Land entstand, und am 12. Juli 1928 zusammen mit dem Bozner Siegesdenkmal als Borgata Vittoria ("Siegesdorf") eingeweiht wurde.

B. Südtirol in der Entstehungsphase des faschistischen Regimes seit der Schaffung der Provinz Bozen 1927 - 192

1. Die Schaffung der Provinz Bozen

Am 1. Dezember 1926 gab Mussolini die bevorstehende Schaffung einer vom Trentino unabhängigen Provinz Bozen bekannt. Die Provinz Bozen war eine von insgesamt 19 neuen Provinzen, von denen sechs, nämlich Aosta, Bozen, Görz, Vercelli, Varese und Savona, Grenzprovinzen waren. Drei dieser Grenzprovinzen, Aosta, Bozen und Görz hatten eine fremdsprachige Bevölkerung. Die Erhebung Bozens zur Provinzhauptstadt erfolgte somit im Rahmen einer allgemeinen Gebietsreform, hatte aber auch einen besonderen Grund. Mussolini glaubte nämlich, die Südtiroler würden sich leichter assimilieren lassen, wenn sie sich nicht mehr von Trient abhängig fühlten[243]. Den Trentinern kam er dadurch entgegen, daß er das Bozner Unterland bei der jetzt verkleinerten Provinz Trient beließ. Damit rief er freilich den Protest Tolomeis hervor, der von der Schaffung der Provinz Bozen überrascht wurde und es Mussolini vor allem verübelte, daß er der Provinz Bozen eine "unnatürliche" Südgrenze gegeben hatte, durch die Tolomeis "Oberetscher" Anwesen in Glen nicht in der Provinz lag, die den größten Teil des "Oberetsch" umfaßte[244]. Mussolini, der die Schaffung der Provinz Bozen in dieser Form schon lange geplant hatte, ließ Tolomeis Protest ungerührt. Noch Ende August 1923 hatte er einen Gesetzentwurf zur Trennung Bozens von Trient auf den Protest aller Trentiner Parteien und der LegioneTrentina hin zurückgestellt, weil er angesichts der für das folgende Frühjahr anstehenden Parlamentswahlen auf die Gunst der Trentiner angewiesen gewesen war[245]. Ende 1926 waren solche Rücksichten jedoch nicht mehr nötig, denn die Legione Trentina war seit Mai 1926 gleichgeschaltet und die Oppositionsparteien in Italien waren seit Anfang November 1926 verboten[246].

Die Schaffung einer eigenen Provinz Bozen war inzwischen besonders dringlich geworden. Bis 1926 hatten die Südtiroler eigene Berufsverbände und eine eigene Handelskammer gehabt. Die bereits vollzogene oder geplante Umwandlung der Berufsorganisationen und Handelskammern in syndikalistische Verbände und Wirtschaftsräte, die in ganz Italien auf Provinzebene zu organisieren und in der Provinzhauptstadt (im Falle Südtirols also in Trient) zusammenzufassen waren, mußte den alten Gegensatz zwischen Trient und Bozen verschärfen. Dazu kam, daß Mussolini den Präfekten Ende 1926 eine neue Stellung zudachte. Sie sollten nämlich künftig nicht nur die syndikalistischen Verbände und den Wirtschaftsrat kontrollieren, sondern die Podestà, die seit dem K. Gesetzesdekret vom 3. Dezember 1926, Nr. 1910 die letzten gewählten Bürgermeister in ganz Italien abgelöst hatten, überwachen. Weiter sollten sie in der Konfinierungskommission den Vorsitz führen und vor allem als höchste Vertreter des faschistischen Regimes über dem Provinzverband der Partei stehen. Dieser neuen Machtstellung der Präfekten entsprach die Degradierung der faschistischen Partei zu einem bewußten Instrument des Staatswillens, eine Unterordnung, die erst unter Generalsekretär Turati möglich geworden war[247]. Da der Präfekt von Trient in Anbetracht des Argwohns zwischen Trentinern und Südtirolern einerseits und im Hinblick auf die Streitereien zwischen den Faschisten in Bozen und in Trient andererseits, seiner neuen Rolle nicht gerecht werden konnte, mußte die Regierung Südtirol und das Trentino in zwei Präfekturen teilen.

Mussolini nahm die Schaffung der Provinz Bozen zum Anlaß, auf den guten Eindruck zu spekulieren, den die Trennung Bozens von Trient in Deutschland hervorrief. Botschafter von Neurath gegenüber stellte er Anfang Januar 1927 die ganze bisherige Südtirolpolitik als ein Werk der "chauvinistischen" Trentiner hin und versprach, nach und nach Milderungen eintreten zu lassen. Auch nahm er in diesem Zusammenhang eine Wunschliste des Bot-

schafters entgegen[248]. Dem neuen Bozner Präfekten Ricci legte er Mitte Januar 1927 nahe, drei Wünschen von Neuraths eine gewisse Beachtung zu schenken. Er empfahl, mit der **Italianisierung** der Nachnamen lateinischen Ursprungs abzuwarten und gegen den Privatunterricht mit Maß vorzugehen. Bei guter Führung der Südtiroler, schrieb er, sei nach frühestens einem Jahr eine Lösung der Frage des Privatunterrichts möglich. Wirklich großzügig zeigte er sich nur hinsichtlich der Südtiroler Zeitungen. Der "Volksbote" und die "Dolomiten" waren, nachdem die noch vorhandene Oppositionspresse in ganz Italien Anfang November 1926 unterdrückt worden war, bereits Ende Dezember 1926 auf Vermittlung des Vatikans als einmal, bzw. dreimal wöchentlich erscheinende Zeitungen wieder zugelassen worden[249]. Mussolini war nun bereit, diese Blätter sogar als Tageszeitungen erscheinen zu lassen, weil er der Überzeugung war, in Italien gedruckte und kontrollierte deutschsprachige Zeitungen seien besser als reichsdeutsche oder österreichische. Neben diesen Erleichterungen betonte Mussolini, das Ziel seiner Politik sei die beschleunigte Italianisierung Südtirols, und er beabsichtige innerhalb von zehn Jahren, so viele Italiener nach Südtirol einwandern zu lassen, daß sie die Mehrheit oder eine starke Minderheit bildeten[250]. Dieser Äußerung war freilich kaum mehr Ernst beizumessen, als der oben erwähnten Aussage gegenüber dem "Petit Parisien" vom Februar 1926; denn Mussolini fügte den damals aufgezählten, und, wie wir sehen, völlig unzureichenden Maßnahmen lediglich den Bau von Häusern für italienische Beamtenfamilien, den Erwerb von Hotels aus deutschen Händen und die Errichtung einer Kaufhausfiliale hinzu.

Trotz großer Worte ging es Mussolini also im Grunde nur um eine zeitungslosere Fortsetzung der Assimilierung der Südtiroler mit gesetzlichen Maßnahmen. Die in Mussolinis Brief auffällige Unstimmigkeit zwischen beschleunigter Italianisierung und gleichzeitiger Erleichterung erklärt sich daraus, daß er einerseits in Italien den Eindruck vermeiden mußte, die Provinz Bozen sei ein Geschenk an

die Südtiroler, und daß er andererseits in Deutschland gerade diesen Eindruck erwecken wollte. Angelpunkt der außenpolitischen Spekulation Mussolinis war der deutsch-italienische Schiedsvertrag, der am 29.Dezember 1926 unterzeichnet worden war, und zu dem die Initiative von Außenminister Stresemann ausgegangen war. Stresemann und Mussolini betrachteten den Vertrag in erster Linie als ein Mittel, um sich Frankreich gegenüber einen Vorteil zu verschaffen. Stresemann wollte mit Hilfe Italiens auf Frankreich Druck ausüben, um die Abschaffung der militärischen Kontrollkommission in Deutschland zu erreichen. Mussolini dagegen beabsichtigte, die durch den Locarno-Vertrag besiegelte deutsch-französische Verständigung zu stören. Da jedoch Stresemann zugleich Frankreich gegenüber seine Loyalität beweisen wollte, indem er Italien wiederholt die Initiative zu dem Schiedsvertrag zuschob, reagierte Mussolini schließlich scharf antideutsch und nannte Stresemann Ende Mai 1927 einen "korrupten Freimaurer" und "dem Parlament hörigen Dilettanten". Hinzu kam noch die Verärgerung Mussolinis über die deutsche Presse, die sich in dem italienisch-französischen Konflikt, der dem italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrag vom April 1927 gefolgt war, gegen Italien gestellt hatte[251].

Das erste Anzeichen einer schärferen Südtirol-Politik war die Entsendung des Abgeordneten Giarratana als außerordentlicher Kommissar des faschistischen Parteiverbands der Provinz Bozen am 18. Mai 1927. Am 26. Mai 1927 verkündete Mussolini in aller Öffentlichkeit, was er ähnlich bereits dem Präfekten Ricci am 15. Januar 1927 geschrieben hatte, daß nämlich die Einrichtung der Provinz Bozen kein Geschenk an das "deutsche Element", sondern ein Mittel zur schnelleren Italianisierung Südtirols sei. Er scheute sich nicht, die bereits erwähnte "Entdeckung" des Kommissars der Bozner Handelskammer, Barduzzi, über die Italianität Bozens bekanntzumachen und zu behaupten, in Südtirol lebe eine Minderheit von Italienern, die seit einem halben Jahrhundert einen deutschen Dialekt spreche.

Im übrigen, fuhr er fort, sei das Problem der fremdstämmigen Minderheiten unlösbar, auch wenn man es auf den Kopf stelle[252]. Dieser Hinweis sollte besagen, das Minderheitenproblem lasse nur eine Alternative offen: entweder man assimilierte die Minderheit durch die Mehrheit oder man schikanierte die Mehrheit durch die Minderheit[253]. Während Mussolini im eigenen Land seit 1923 die erste Methode anwandte, begünstigte er in der Außenpolitik seit April 1927 eindeutig die zweite, um Italiens Einfluß auf den Donauraum, den Balkan und den Vorderen Orient auszudehnen. Das eindrucksvollste Beispiel hierfür war der italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag, durch den Mussolini den Revisionismus eines Landes stützte, von dessen Bevölkerung über eine halbe Million in Jugoslawien wohnte [254].Daneben interessierte ihn im März 1977 das Elsaß als potentieller Störfaktor der deutsch-französischen Verständigung. Seit April 1927 förderte er den kroatischen Irredentismus, seit Mai 1927 den makedonischen,. Gleichzeitig hoffte er, der Vatikan werde nach Korsika italienische Priester senden, um die Italianität der Insel zu verteidigen[255]. Im Juni 1927 äußerte er schließlich seine Sympathien für den Zionismus, mit dem er England in Palästina Schwierigkeiten bereiten konnte[256]. Da Mussolini so viele irredentische Bewegungen im Ausland begünstigte, mußte er ihnen gegenüber in Italien umso mißtrauischer sein und konnte in der Assimilierungspolitik nur begrenzte Zugeständnisse machen. Deshalb ordnete er auch am 14. Juni 1927 eine verstärkte Assimilierung Südtirols an, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sich das deutsch-französische Verhältnis durch eine gemäßigtere Südtirolpolitik nicht verschlechtern ließ[257].

2. Der Konflikt zwischen dem Präfekten und dem Parteiverbandssekretär

Die von Mussolini in der Provinz Bozen zunächst gewünschte gemäßigtere und anschließend wieder schärfere Italianisierungspolitik wurde durch den Präfekten Ricci einerseits und den außerordentlichen Kommissar des faschistischen Parteiverbands, Giarratana, andererseits verkörpert. Die Charaktere der beiden entsprachen so sehr den bei Mussolini zur Zeit ihrer Ernennung vorherrschenden Intentionen, daß das Verhältnis zwischen Ricci und Giarratana immer gespannt blieb .

Der im Januar 1927 eingesetzte Parteiverbandssekretär Levoni mußte Südtirol bereits am 11. Mai 1927 wieder verlassen, weil sein Entgegenkommen gegenüber den Südtirolern nicht mehr der Absicht Mussolinis entsprach und weil er mit den Streitereien im Oberetscher Faschismus nicht fertig wurde[258]. Sein Nachfolger, Giarratana, der hinkte und deshalb nie Militärdienst geleistet hatte, begab sich bei seiner Ankunft in Südtirol am 13. Mai zuerst zum Brenner, um, wie er sagte, die Atmosphäre des Sieges zu erleben. Seine Ernennung verdankte er seiner Freundschaft zu Parteigeneralsekretär Turati und seinem Erfolg als Herausgeber von "Il Popolo di Brescia", der faschistischen Provinzzeitung mit der stärksten Auflage[259]. Wie zu erwarten, richtete er sein Hauptaugenmerk auf die beiden in Bozen erscheinenden faschistischen Zeitungen, "La Provincia di Bolzano" und "Alpenzeitung", die trotz einer staatlichen Subvention von 205.000 Lire im ersten Halbjahr 1927 mit einem Defizit von 70.000 Lire abschlossen[260]. Bereits Ende Juli 1927 erreichte Giarratana die Entfernung des Direktors der beiden Zeitungen Negrelli und des Verwalters Leonardi. Giarratana konnte ihnen Korruption nachweisen. Sogar in Südtiroler Kreisen war aufgefallen, daß beide ungewöhnlich viel Geld verdienten. Sie hatten sich von der Druckereigesellschaft, in die sie mit staatlichen Mitteln eingetreten waren, monatlich je 1.000 Lire auszahlen lassen[261].

Am 1. August 1927 übernahm Giarratana die Leitung der beiden Zeitungen. "La Provincia di Bolzano", die am 21. April 1927 erstmals erschienen war und vor Giarratana eine Auflage von 800 - 1.000 Exemplaren gehabt hatte, kam Ende 1927 auf eine Auflage von 1.850 Exemplaren, gleichzeitig fiel allerdings die Auflage der "Alpenzeitung" etwas zurück. Unter Giarratana waren im Jahre 1928 die Herstellungskosten für beide Zeitungen zusammengenommen geringer als diejenigen für die "Alpenzeitung" allein im Jahre 1926. Allerdings waren die Subventionen auch jetzt noch hoch und blieben es bis in den 2. Weltkrieg hinein[262].

Der Ton des neuen Zeitungsdirektors war ungewöhnlich rüde. Die Südtiroler Abgeordneten Tinzl und Sternbach, die, wie wir sahen, Ende Juli 1927 Mussolini eine Denkschrift überreicht hatten, in der sie seine Äußerungen über die Italianität Bozens zurückwiesen, bezeichnete Giarratana in "La Provincia di Bolzano" vom 2. August 1927 als "zwei unverschämte Narren"[263]. Neun Tage später nannte er sie in derselben Zeitung "Pestkranke" und ihr Angebot, zum Zeichen ihres guten Willens auf die Teilnahme an zwei Auslandstagungen verzichten zu wollen, kommentierte er am 26. August 1927 mit dem Hinweis, in den alten Provinzen wären sie schon längst "aus dem Verkehr gezogen worden". Den "Dolomiten" und dem "Volksboten" warf er vor, sich kaum mit politischen Vorgängen in Italien zu beschäftigen, und er forderte den Boykott derjenigen Firmen, die in diesen Zeitungen inserierten[264]. Die moralische Grundlage für die Italianisierungspolitik in Südtirol, für die er in Anlehnung an Mussolinis "Getreide-" und "Liraschlacht" den Ausdruck "Sprachschlacht" prägte, war für Giarratana das Recht des Siegers und das englische und deutsche Vorbild in Irland und Polen. In Südtirol sah er eine systematisch betriebene, raffinierte Opposition am Werk, die in der Diffamierung aller Italiener bestand und die seiner Meinung nach von italienischer Seite törrichtigerweise durch die Forderung

unterstützt wurde, nach Südtirol nur ehrliche und unbestechliche Italiener zu schicken[265]. Selbstverständlich setzte sich Giarratana auch mit dem Hauptproblem der Südtirolpolitik in den Jahren 1927 - 1928, der Opposition des Südtiroler Klerus, auseinander. Er forderte, den widerborstigen Klerus zu entfernen, und empfahl, den Religionsunterricht in italienischer Sprache mit Hilfe der Partei zu organisieren[266]. Sogar in der Diskussion um die Neubesetzung des Brixener Bischofsstuhls schaltete er sich ein, indem er dem Apostolischen Administrator Waitz in Vorarlberg, der sich gegen den Wunsch des Vatikans und der italiensichen Regierung gern als Bischof von Brixen gesehen hätte, am 13. September 1928 einen Besuch abstattete, der allerdings ohne Folgen blieb[267].

Die Politik des Präfekten Ricci, die sich vor allem zwischen Januar und Juni 1927 hinsichtlich des deutschen Privatunterrichts von der des Trentiner Präfekten Vaccari auffalend positiv unterschied[268], wurde entsprechend den neuen Direktiven Mussolinis ab Herbst 1927, wenn auch nicht im Ton, so doch in der Sache, immer schärfer. Am 19. Oktober 1927 ließ Ricci die Kanzlei der Südtiroler Abgeordneten in Bozen schließen, wodurch die Abgeordneten,dem Wunsch Giarratanas entsprechend, von der Bevölkerung isoliert wurden. Am 16. November 1927 leitete er aus dem gesetzlichen Wegfall doppelsprachiger Aufschriften in allen Orten Südtirols (mit Ausnahme von sechs größerer Gemeinden, die noch drei gewerbliche Oberklassen hatten) die Anordnung ab, daß rückwirkend vom 1. Oktober 1927 alle neu anzubringenden Grabinschriften (außer in den sechs größeren Gemeinden) ausschließlich italienisch zu schreiben seien. Mit Wirkung vom 1. Januar 1928 mußten in öffentlichen Lokalen mindestens ebensoviele italienisch verfaßte wie fremdsprachige Druckschriften aufliegen, und die Bibliotheken wurden verpflichtet, zwischen Januar und Juni 1928 ebensoviele italienische Werke einzustellen, wie sie deutsche besaßen[269]. Auch die "Rückerstattung" der Nachnamen gemäß dem K.Gesetzesdekret vom 10. Januar 1926, Nr.17 machte 1928 kleinere Fortschritte[270].

Nach den wenigen Hinweisen, die wir haben, war die Verschärfung der Südtirolpolitik nicht im Sinne des Präfekten[271]. Ein Brief des Generalsekretärs Molino vom 24. Juni 1927, der die Abberufung nach Italien auf die Periode der von Mussolini Mitte Januar 1927 verordneten Mäßigung bezog, klagte nicht nur über die Großzügigkeit Riccis hinsichtlich des Privatunterrichts, sondern auch darüber, daß sich Ricci dafür einsetze, Südtiroler Lehrern die Italienischprüfung zu erleichtern, und daß er zum Vorsitzenden des Mütterhilfswerks (den im Zusammenhang mit der Unione Economica bekannten) General Melardi gewählt habe, der die These vertrete, nicht die Südtiroler müßten italienisch, sondern die Italiener in Südtirol müßten deutsch lernen[272]. Ein Bericht der Carabinieri in Bozen vom 22. September 1927 meldete, Ricci mißbillige das herausfordernde Auftreten Giarratanas gegenüber den Südtirolern und vertrage sich nicht mit ihm[273]. Daß Riccis innere Haltung den ab Herbst 1927 durchgeführten Maßnahmen kaum entsprach, geht auch aus einem Brief Giarratanas an den Staatssekretär im Ministerpräsidium, Giunta, vom 30. Dezember 1927 hervor, in dem er Riccis Haltung gegenüber den Südtirolern als ängstlich bezeichnete und berichtete, der Präfekt lasse seine Post kontrollieren. Giarratana bot Giunta an, ihm dasselbe den Präfekten belastende Material zu senden, das er bereits Parteigeneralsekretär Turati habe zukommen lassen, d.h. er betrieb eindeutig die Abberufung Riccis[274].

Dank seiner Beziehungen zur Parteispitze gelang es Giarratana, am 7. Februar 1928 ordentlicher Verbandssekretär der Provinz Bozen zu werden, obwohl seine Ernennung die Durchsetzung der Direktive Mussolinis vom 5. Januar 1927 von der Überordnung des Präfekten über den Parteiverband in Frage stellte. Erst als Ricci im September 1928 durch Marziali einerseits und Giarratana durch Caretto andererseits abgelöst wurden, war das Spannungsverhältnis zwischen Präfektur und Parteiverband

in der Provinz Bozen beendet . Giarratanas Ablösung war die ehrenvollere, denn sie erfolgte erst nach derjenigen Riccis, und Giarratana verließ seinen Posten als neuernannter Vorsitzender der AGIP, während Ricci zum kommissarischen Verwalter von Turin bestellt wurde[275].

3. Die "Rückerstattung" der Nachnamen und die Regelung des deutschen Privatunterrichts

Nach dem K. Gesetzesdekret vom 10. Januar 1926, Nr. 17, das mit dem K. Dekret vom 8. April 1927, Nr. 494 über die Provinz Trient hinaus auf die Venezia Giulia und mit dem K. Dekret vom 31. Mai 1928, Nr. 1369 auf Fiume ausgedehnt wurde, mußten Nachnamen italienischen oder lateinischen Ursprungs, die entfremdet worden waren, ihre ursprüngliche Form wieder annehmen. Außerdem erhielten die Träger von Nachnamen nichtlateinischen oder -italienischen Ursprungs das Recht, einen Antrag auf Italianisierung ihres Nachnamens zu stellen. Nach den Ausführungsbestimmungen vom 5. August 1926 stellte der Präfekt eine Liste der in Frage kommenden Nachnamen auf, konnte sich bei der "Rückübersetzung" des Rats von Fachleuten bedienen und verfügte anschließend im Amtsblatt die "Rückgabe" des Nachnamens an die entsprechenden Familien oder Einzelpersonen. Die Maßnahme, die Tolomei bereits 1915 vorgeschlagen hatte[276], war, wie wir sahen, anläßlich der deutsch-italienischen Spannungen im Januar 1926 im Kabinett gebilligt worden, und Mussolini hatte in seiner Kammerrede vom 6. Februar 1926 versprochen, 80.000 germanisierte Italiener in Südtirol würden ihre alten Nachnamen wiedererhalten[277]. In der Praxis waren die Behörden allerdings wesentlich gemäßigter vorgegangen. Ende September 1926 hatte der Präfekt von Trient die Unterpräfekten veranlaßt, Familien mit Nachnamen italienischen oder lateinischen Ursprungs aufzufordern, von sich aus um eine Namensänderung nachzusuchen[278].

Gleichzeitig hatte der Schulamtsleiter alle Lehrer und Schulbeamten nach dem Ursprung ihres Namens fragen lassen, wobei ihm das Gesetz vom 24. Dezember 1925, Nr.2300, das die Entlassung von politisch unzuverlässigen Beamten und staatlichen Angestellten bis zum 31. Dezember 1926 androhte, als Druckmittel diente[279]. Die Aktion schlief fast ein, als Mussolini der Bitte des deutschen Botschafters entsprach, aus der Namensfrage keine Frage der Loyalität gegenüber dem italienischen Staat zu machen, und den Bozner Präfekten anwies, Zwangsmaßnahmen nur bei einfachen, orthographischen Änderungen anzuwenden und sich ansonsten mit der direkten oder indirekten Überredung zu begnügen[280]. Zu einem neuen Ansatz kam es erst im Zusammenhang mit der italienisch-österreichischen Auseinandersetzung über Südtirol vom März 1928. Mussolini verschärfte seine Drohung vom Februar 1926, als er am 3. März 1928 verkündete, in einigen Jahren werde man die "restlichen Elemente deutscher Abstammung" nur noch an den Endungen ihrer Namen erkennen, wenn sie sie behalten hätten[281]. Im April folgte die Veröffentlichung der Fünfjahresbilanz Tolomeis, die darauf hinwies, daß das Problem des Nachnamen nicht gelöst sei[282]. Während bisher rund 80 Personen, deren wirtschaftliche Existenz direkt vom Staat abhing, ihre Namen hatten ändern müssen, wurde im September 1928 zum ersten Mal mit der systematischen Italianisierung der Nachnamen begonnen. Aber auch jetzt kam es lediglich zur Veröffentlichung einer Liste von 40 Namen mit den Anfangsbuchstaben A und B[283].

Wie es scheint, wandte Mussolini das Gesetzesdekret Nr. 17 vom 10. Januar 1926 in Südtirol in den 20er Jahren nur als außenpolitisches Druckmittel gegenüber Deutschland und Österreich an. Erst im Zusammenhang mit der Abwehr nationalsozialistischer Einflüsse in Südtirol in den 30er Jahren gewann es auch innenpolitische Bedeutung und es wurden Südtiroler Nachnamen in größerem Umfang italianisiert[284].

Der von Südtiroler Seite organisierte deutsche Privatunterricht wurde in der Provinz Bozen von 1927 bis 1931 zwar behindert und verboten, aber anscheinend nicht bestraft[285]. Entsprechend der Weisung Mussolinis an Ricci vom 15. Januar 1927, hinsichtlich des Privatunterrichts keine Neuerungen einzuführen, wurde er unter Ricci sogar geduldet, wenn er gleichzeitig nur drei Kindern erteilt wurde[286]. Dagegen wurde er im Bozner Unterland, das bei der Provinz Trient verblieben war, unter Berufung auf das Polizeigesetz vom 6. November 1926, Nr. 1843 allgemein verfolgt. Die beiden Organisatoren des Privatunterrichts im Unterland, Rechtsanwalt Noldin aus Salurn und der ehemalige Lehrer Riedl aus Tramin, wurden im Januar bzw. Februar 1927 zu je fünf Jahren Verbannung verurteilt. Riedl wurde auf ein Gnadengesuch seiner vier unmündigen Kinder bereits Anfang Mai 1927 von Mussolini begnadigt, mußte aber wegen Arbeitslosigkeit auswandern. Noldin dagegen weigerte sich, das Gnadengesuch zu schreiben, das Mussolini von ihm persönlich erwartete, und durfte deshalb erst im Dezember 1928 zurückkehren[287]. Er brachte von der Insel Lipari eine typhöse Krankheit mit und starb im Dezember des folgenden Jahres an einem Magensarkom, das sich allerdings medizinisch nicht als direkte Folge der Verbannung erweisen läßt[288].

Nach einem Dekret des Trentiner Schulamts vom 27. Februar 1929 war der deutsche Privatunterricht nur noch dann genehmigungsfrei, wenn er einem einzelnen Schüler erteilt wurde. Er konnte aber auch in diesem Fall wegen Überbürdung oder politisch negativer Beeinflussung des Schülers verboten werden[289].

4. Der Kampf um die Sprache im Religionsunterricht

Nachdem die politische und wirtschaftliche Verwaltung Südtirols Ende 1926 unter faschistischer Kontrolle war, blieb als Verkörperung des Südtiroler Widerstands der Klerus übrig. Der Südtiroler Klerus war von den italienischen Behörden und der nationalistischen und faschistischen Presse bereits früher als das antiitalienischste Element in Südtirol dargestellt worden. Zusammen mit der häufig zitierten "tiefen" Religiosität der Bevölkerung war er dem liberalen, wie dem faschistischen Italien unbequem[290]. Der Reformsozialist Bissolati hatte beispielsweise im Januar 1919 die Annexion Südtirols unter anderem mit der Begründung abgelehnt, daß der Kontakt mit einer Vendée wie Südtirol dem liberalen und demokratischen Italien schaden könne[291].

Im April 1927 rief ein Aufsatz in der von Gentile herausgegebenen Zeitschrift "Educazione Fascista" zu einer Säuberungsaktion gegen den Südtiroler Klerus auf, der, wie es hieß, ein Sprachrohr des im November 1926 verbotenen Deutschen Verbands sei[292]. Mussolini machte, kurz nachdem er am 14. Juni 1927 im Ministerrat zur verstärkten Italianisierung Südtirols aufgerufen hatte, Justizminister Rocco auf diesen Aufsatz aufmerksam. Rocco schrieb Mussolini am 20. Juni, ein massives Vorgehen gegen den Südtiroler Klerus werde durch die Rücksicht, die man auf den Vatikan nehmen müsse, behindert, man werde aber im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorgehen. Er habe bereits den Finanzminister gebeten, italienischen Priesteramtskandidaten, die sich für den Einsatz in den Neuen Provinzen die Kenntnis der deutschen oder slawischen Sprache aneigaen wollten, Stipendien zu gewähren[293]. Gleichzeitig gab Rocco den Präfekten der Neuen Provinzen die Anweisung, mit italienischen und österreichischen Gesetzen aus der Kulturkampfzeit und dem faschistischen Staatssicherheitsgesetz vom November 1926 gegen mißliebige Geistliche italienischer und ausländischer Staatsbürgerschaft vorzugehen[294].

Dem Kampf gegen den Südtiroler Klerus schloß sich im November 1927 Unterrichtsminister Fedele an. Auch für ihn waren die Südtiroler Geistlichen "wohl ausnahmslos die hartnäckigsten Feinde" der Assimilierung, und er schlug Mussolini deshalb die vollständige Beseitigung des deutschsprachigen Religionsunterrichts innerhalb von zwei bis drei Jahren und die schrittweise Ersetzung derjenigen Geistlichen vor, die nicht italienisch lernen wollten oder konnten. Auch schien er mit dem Vorschlag des Bozner faschistischen Parteiverbands, in Südtirol Schulvereine zu gründen, die italienische Geistliche aus den alten Provinzen mit dem Religionsunterricht in Südtirol beauftragen sollten, zu liebäugeln, obwohl ihn, wie er schrieb, Pater Tacchi-Venturi, der Mittelsmann zwischen Regierung und Vatikan, vor den "schrecklichen Folgen" eines solchen Schritts gewarnt habe[295]. Mussolini billigte Fedeles Vorschlag, lehnte aber denjenigen der Bozner Faschisten ab[296]. Am 29. Dezember 1927 teilte das Trienter Schulamt dem Ordinariat von Trient und Brixen mit, ab dem Schuljahr 1928/29 dürfe der Religionsunterricht in den Orten, die seit mindestens zwei Jahren italienische Kindergärten hätten, nur noch in Italienisch erfolgen. Für alle anderen Orte gelte diese Regelung spätestens ab dem Schuljahr 1930/31[297]. Das Organ der Trentiner Legion, "Trentino", vom Februar 1928 unterstützte die Schulbehörde mit dem Kommentar, in Italien gebe es neben der römisch-katholischen Familie keinen Raum für eine deutsch-katholische; denn das neue Naturgesetz Italiens heiße "nationale Expansion"[298].

Der Südtiroler Klerus ließ sich nicht einschüchtern. Das Ordinariat von Brixen und der deutschsprachige Klerus der Diözese Trient ließen im Februar - März 1928 das Schulamt wissen, daß sie die neue Regelung ablehnten[299]. Bestärkt von Mussolini, stellte sich deshalb Fedele darauf ein, vom kommenden Schuljahr an den gesamten Religionsunterricht in Südtirol den Elementarschullehrern zu übertragen[300]. Damit schien die Regierung endlich zu erreichen, was sie seit Herbst 1923 angestrebt hatte.

Wir müssen an dieser Stelle auf die Entwicklung der Frage des Religionsunterrichts in Südtirol seit 1918 eingehen. Der unter Österreich allgemein verbindliche Religionsunterricht in Elementar- und Mittelschule blieb in Südtirol und im Trentino auch nach 1918 bestehen[301]. In Alt-Italien gab es dagegen zwischen 1877 und 1929 keinen obligatorischen Religionsunterricht in der Mittelschule, und bei den Elementarschulen lag es zwischen 1877 und 1923 im Ermessen der einzelnen Gemeinden, den Religionsunterricht als verbindlich zu erklären[302]. Erst die Lex Gentile vom 1. Oktober 1923, Nr. 2185 führte den allgemein verbindlichen Religionsunterricht in den Elementarschulen Alt-Italiens wieder ein, war aber auch die Grundlage für die progressive Italianisierung des Religionsunterrichts in den Neuen Provinzen, da sie die von Jahr zu Jahr um eine Schulklasse voranschreitende Italianisierung der Unterrichtssprache in den Elementarschulen der Neuen Provinzen verordnete. Im Bozner Unterland und in den Südtiroler Randgemeinden, wo die Italianisierung aller Elementarschulklassen schon vor der Lex Gentile durch Präfekturdekrete verordnet worden war, galt hinsichtlich der Sprache des Religionsunterrichts eine andere, aber zugleich uneinheitlichere Regelung als im restlichen Südtirol. Für diejenigen Elementarschulen südlich von Bozen, die bereits mit den Präfekturdekreten vom 24. Dezember 1922 und 8. März 1923 italianisiert worden waren, gab es in allen Klassen ab dem 11. Januar bzw. 1. Dezember 1923 nur noch italienischsprachigen Religionsunterricht, ohne daß spätere Konzessionen gemacht worden wären. Im übrigen Südtirol zeigte sich die Regierung dagegen bis zum Beginn des Schuljahres 1926/27 nachgiebiger. Die Anordnung des Unterrichtsministeriums, bereits im November 1923 parallel zur Einführung der italienischen Unterrichtssprache in der 1. Klasse italienischsprachigen Religionsunterricht einzuführen, wurde auf Einspruch der Bischöfe von Brixen und Trient und des Vatikans bereits einen Monat später zurückgenommen[303]. Eine Verfügung des Unterrichtsministeriums vom 10. Januar 1924 gestattete, den Religionsunterricht in den

"anderssprachigen Gebieten", also im Aostatal, in Südtirol und in der Venezia Giulia, in den ersten drei Elementarschulklassen in der ortsüblichen Sprache zu halten[304]. Die Regelung war lediglich ein Aufschub, und die Beschränkung des muttersprachlichen Religionsunterrichts auf die ersten drei Klassen bedeutete, daß der Religionsunterricht ab der 4. Klasse italienisch sein würde, sobald die italienische Unterrichtssprache entsprechend der Lex Gentile ab dem Schuljahr 1926/27 eingeführt war.

Im Bozner Unterland und in den Randgemeinden versuchte die Schulbehörde bereits nach einer anderthalbjährigen Pause zu Beginn des Schuljahrs 1925/26 die Italianisierung des Religionsunterrichts voranzutreiben[305]. Der Vatikan reagierte diesmal sehr scharf. Pater Tacchi-Venturi erinnerte Mussolini daran, daß von der neuesten Verordnung 2.500 Kinder betroffen seien, die kaum italienisch verstünden. Er betonte, die Päpste hätten sich "immer" für den muttersprachlichen Katechismusunterricht eingesetzt, und Pius XI. werde es nicht zulassen, daß die Weltöffentlichkeit sein Schweigen als übermäßige Zuneigung zu seinem Vaterland Italien auslege. Er fügte hinzu, der Papst hoffe, daß er nicht gezwungen sein werde, öffentlich für das Naturrecht der fremdstämmigen Bevölkerung Italiens die Stimme zu erheben[306]. Mussolini wies daraufhin Unterrichtsminister Fedele an, den "deutschen Kindern" den Katechismusunterricht "in ihrer Sprache" zuzugestehen, und Fedele antwortete, er habe Anordnungen gegeben, die den Hl. Stuhl sicher zufriedenstellen würden[307]. Pater Tacchi-Venturi übermittelte den Dank des Papstes gegenüber dem Regierungschef, der mit seinem Gefühl für Gerechtigkeit und seinem "politischen Scharfsinn" ein Problem gelöst habe, das den Hl. Stuhl seit zwei Jahren bekümmert habe[308]. Fedele dachte allerdings nicht an eine Lösung des Problems im Sinne des muttersprachlichen Religionsunterrichts, sondern lediglich an eine "ganz ausnahmsweise" gewährte Aufschiebung, wie er dem Schulamts-

leiter Molina am 22. Dezember 1925 mitteilte. Er gab Molina die Weisung, alle Südtiroler Geistlichen, die antinationale Propaganda betrieben, sofort von ihrem schulischen Lehrauftrag zu entbinden[309]. Bereits ein Schuljahr danach bestand das Unterrichtsministerium auf der Einführung des italienischsprachigen Religionsunterrichts in allen Schulklassen des Unterlands und der Randgemeinden. Das Schulamt Trient versuchte diese Anordnung zunächst sogar - möglicherweise ohne Anordnung des Unterrichtsministeriums - in ganz Südtirol durchzusetzen[310].

Ganz im Gegensatz zu den Drohungen des Vorjahres hielt sich der Vatikan jetzt zurück. Zwar legte Pater Tacchi-Venturi im September 1926 dem Unterrichtsminister eine an den Hl. Stuhl gerichtete Bittschrift vor, die vom deutschen Klerus der Diözese Trient und von Bischof Endrici unterzeichnet war[311], aber Endrici konnte anschließend bei Fedele lediglich eine Einschränkung der Maßnahme in dem Sinne erreichen, daß die italienische Sprache außerhalb des Unterlands nicht in allen 4. Klassen, sondern nur in denjenigen der städtischen Zentren eingeführt wurde[312]. Das Trienter Schulamt forderte dementsprechend am 25. September 1926 das Ordinariat von Trient und Brixen auf, für diese Klassen geistliche Katecheten zu bestimmen[313]. Der deutsche Klerus der Diözese Trient erklärte daraufhin dem Schulamt seine prinzipielle Weigerung, den Religionsunterricht in einer anderen als der Muttersprache zu erteilen[314]. Während sich das Brixner Ordinariat hinter den Klerus seiner Diözese stellte[315], fühlte sich Endrici an die mit Fedele getroffene Abmachung gebunden, die ganz im Gegensatz zu seiner früheren Haltung stand, und forderte den deutschen Klerus seiner Diözese auf, das an das Schulamt gerichtete Schreiben zurückzunehmen. Der Klerusverband kam dieser Forderung nicht nach[316]. Als jedoch der Präfekt den Geistlichen mit dem Strafgesetz drohte, kam es Ende Oktober zu förmlichen Entschuldigungen einzelner Geistlicher, von denen aber auch jetzt keiner den von der Behörde gewünschten Unterricht gab[317].

Sehr viele Eltern unterstützten den Klerus, indem sie der Schulbehörde schriftlich erklärten, von der gesetzlichen Möglichkeit, selbst für den Religionsunterricht ihrer Kinder zu sorgen, Gebrauch machen zu wollen. Schulamtsleiter Molina, der hinter der Aktion der Eltern die Hand des Kanonikus Gamper vermutete, war entschlossen, den Kampf fortzusetzen, und lehnte die Bitte des Brixner und Trienter Ordinariats ab, anstelle des italienischsprachigen Religionsunterrichts in der 4. Klasse deutschen Pfarrschulunterricht, d.h. Unterricht in der Kirche oder im Pfarrhaus zu erlauben[318]. Inzwischen war es auch den italienischen Klassenlehrern in Bozen gelungen, auf die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler einen solchen Druck auszuüben, daß viele Eltern ihren Widerstand bis Ende Januar 1927 aufgaben. Dagegen wurde nun die Lage in Kaltern, wo die Behörden dem Südtiroler Katecheten den schulischen Lehrauftrag entzogen hatten, gespannt; denn auch der von Bischof Endrici mit dem Religionsunterricht betraute Guardian der Franziskaner gab nach drei Wochen seinen Unterricht auf, weil die Bevölkerung seinem Kloster den Boykott angedroht hatte. Als anschließend der italienische Klassenlehrer den Religionsunterricht übernahm, wurden 40 Kinder abgemeldet[319]. Sieger blieb allerdings die Behörde, weil der Schuldirektor die als Einschreiben zugesandten Abmeldungen ungeöffnet zurückgehen ließ und die Eltern wegen des Fehlens ihrer Kinder zu Geldstrafen verurteilt wurden[320].

Bis Ende 1926 waren 36 Südtiroler Priester, teils wegen der Weigerung, deutschsprachige Kinder italienisch zu unterrichten, teils wegen Erteilung von Notschulunterricht, als Schulkatecheten ausgeschlossen[321]. Die Lage verschlechterte sich, als ab dem Schuljahr 1927/28 der italienischsprachige Religionsunterricht gemäß dem Dekret des Trienter Schulamts vom 25. September 1926 in den städtischen Elementarschulen um eine Klasse vorrückte, so daß jetzt die 4. und 5. Klasse betroffen waren. Da die Weigerung des Klerus fortbestand, wurde der Religions-

unterricht in diesen Klassen von den Klassenlehrern auf Italienisch erteilt. Der Bitte des Klerus, Pfarrunterricht halten zu dürfen, wurde weiterhin nicht stattgegeben, vielmehr betrieb jetzt die Regierung, wie schon beschrieben, die vollständige Beseitigung des deutschsprachigen Religionsunterrichts.

Die vorsichtige Haltung des Vatikans, die den deutschen Botschafter beim Hl. Stuhl schon im Herbst 1926 verwundert hatte[322], änderte sich erst im Frühjahr 1928. Am 20. März 1928 sagte Pius XI. dem Wiener Kardinal Piffl in einer Audienz, er sei von dem Vorwurf der deutschen und österreichischen Katholiken betroffen, in der Frage des muttersprachlichen Religionsunterrichts untätig gewesen zu sein. Er versicherte, daß er sein Möglichstes getan habe und es tun werde, und bat den Kardinal, seinen Gläubigen zu sagen, daß er nicht frei sei, da sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Italien seit September 1870 nicht geändert hätten. Der Papst fuhr fort, er bete, aber es sei zu befürchten, daß neue Bemühungen die Lage nur erschwerten.

Salvemini hat diese Worte Pius XI. mit scharfer Ironie kommentiert und das Gebet des Papstes mit dem Händewaschen des Pilatus verglichen. Den Vergleich zwischen der Situation von 1870 und 1928 hielt Salvemini für absurd, da nach seiner Meinung das Verhältnis zwischen Pius XI. und Mussolini bereits so "herzlich" war, daß Mussolini ruhig zum Angriff gegen den deutschen und slawischen Klerus vorgehen konnte[323]. Dazu ist zu sagen, daß die Beziehungen zumindest hinsichtlich der ethnischen Minderheiten von der Aufnahme der Konkordatsverhandlungen im August 1926 bis zu ihrem Abschluß im Februar 1929 nicht herzlich waren. Der Konkordatsentwurf des Hl. Stuhls vom 22. Februar 1927 sah in Artikel 39 vor, daß der Religionsunterricht in den Neuen Provinzen in der Muttersprache erteilt wird, und daß die bischöflichen Ordinariate ermächtigt sind, Priester aus dem Ausland kommen zu lassen, falls die Einheimischen nicht ausreichen. Leider läßt sich die

Diskussion über den Gebrauch der Muttersprache im Religionsunterricht, die bereits im November 1926 zwischen den Unterhändlern des Vatikans und der Regierung angeschnitten worden sein muß, in den vorhandenen Quellen nicht verfolgen[324]. Einen Einblick ermöglicht lediglich die Diskussion über die Kriterien, nach denen die Geistlichen in den nichtitalienischsprachigen Gebieten Italiens auszuwählen waren. Während die Regierung seit spätestens Februar - März 1927 auf Diözesanbischöfen und Pfarrern italienischer Muttersprache bestand und notfalls Koadjutoren zulassen wollte, die die lokale Umgangssprache verstehen, aber nicht sprechen mußten, setzte sich der Vatikan für Diözesanbischöfe und Pfarrer ein, die zwar Italienisch sprechen, nicht aber als Muttersprache haben mußten. Ferner mußten nach den Vorstellungen des Vatikans die Koadjutoren die Lokalsprache nicht nur verstehen, wie es die Regierung wollte, sondern auch sprechen[325]. Erst am 15. Januar 1929, d.h. einen Monat vor der Ratifizierung des Konkordats gestand Mussolini persönlich die Forderung des Vatikans zu, setzte aber noch am 22. Januar 1929 durch, daß die Koadjutoren auch italienisch sprechen mußten[326].

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß der Vatikan so lange nicht auf das Zugeständnis muttersprachlichen Religionsunterrichts in den Minderheitengebieten hoffen konnte, als die Regierung darauf beharrte, daß die Pfarrer in diesen Gebieten italienischer Muttersprache sein mußten. Ferner muß man berücksichtigen, daß die Frage des Religionsunterrichts mit der Frage der Jugenderziehung allgemein zusammenhing, in der die faschistische Regierung den Vatikan in den Jahren 1926 - 1928 mit Druck und Entgegenkommen zugleich behandelte. Einerseits setzte die Regierung mit dem Verbot der katholischen Pfadfinder im Januar 1927 und April 1928 ihr Erziehungsmonopol zugunsten der Opera Nazionale Balilla durch[327], zum andern führte sie im November 1926 in den Mittelschulen den fakultativen Religionsunterricht als Vorzeichen für den obligatorischen Religionsunterricht an

allen Mittelschulen ein, den das Konkordat bringen sollte[328]. Die auffällige Zurückhaltung, die der Vatikan hinsichtlich des muttersprachlichen Religionsunterrichts zwischen September 1926 und März 1928 zeigte, erklärt sich möglicherweise aus dem Dilemma, daß der Südtiroler Klerus die Einrichtung des Pfarrunterrichts, d.h. den Rückzug des Religionsunterrichts aus der Schule forderte, als der Vatikan die Rückkehr dieses Unterrichts in die Mittelschule erwartete.

Im März 1928, als die Unnachgiebigkeit der faschistischen Regierung und des Südtiroler Klerus in der Frage des Religionsunterrichts für das kommende Schuljahr einen schweren Konflikt ankündigte, mußte der Vatikan öffentlich Stellung beziehen. Dazu zwang ihn nun auch die Frage, welcher Nationalität der Nachfolger des im Juli 1927 gestorbenen Brixner Bischofs Raffl sein sollte. Nach dem Stand der Konkordatsverhandlungen wollte die Regierung keinen Diözesanbischof deutscher Muttersprache zulassen, und Pius XI., der den in Nordtirol geborenen Geisler als Kandidaten für Brixen im Sinn hatte, verglich deshalb seine Situation im Dezember 1927 gegenüber dem österreichischen Gesandten beim Hl. Stuhl mit derjenigen Pius' IX. im September 1870[329]. Als die Ernennung Geislers erwartungsgemäß am 10. März 1928 von der Regierung abgelehnt wurde, bezeichnete sich Pius XI. zehn Tage später zum zweiten Mal als Gefangenen des Vatikan[330]. Die für die deutschsprachige Öffentlichkeit bestimmte Äußerung erschien vorsichtshalber nicht im "Osservatore Romano", aber der Papst ließ dem Ordinariat Brixen am 27. März 1928 mitteilen, er stehe ganz zur Einrichtung des Pfarrunterrichts[331]. Das Schulamt Trient forderte zwar am 23. Mai 1928 erneut das Ordinariat von Brixen und Trient auf, Geistliche für den italienischsprachigen Religionsunterricht in der Schule zu bestimmen, empfahl aber jetzt zum ersten Mal die zusätzliche Einrichtung des Pfarrunterrichts[332].

Ab dem Schuljahr 1928/29 wurde der deutschsprachige Pfarrunterricht in Pfarr- und Mietshäusern in ganz Südtirol einschließlich des Unterlands eingerichtet, während der italienischsprachige Religionsunterricht in der Schule ganz den Lehrern überlassen blieb[333]. Der Vatikan erklärte seine Zustimmung zu diesem Kompromiß inoffiziell damit, daß er die Regierung nicht zwingen könne, in den von ihr bezahlten Schulen Religionsunterricht in einer fremden Sprache zu erteilen[334]. Die Einführung des Pfarrunterrichts war der Erhaltung der deutschen Sprache in Südtirol sehr förderlich. Der geplanten Säuberungsaktion gegen die Geistlichen, die sich geweigert hatten, Religionsunterricht in Italienisch zu erteilen, war die Grundlage entzogen, und für das Unterland, wo zum Teil schon seit 1923 der Religionsunterricht ganz auf Italienisch gehalten und deutscher Privatunterricht besonders hart verfolgt worden war, gab es nach fünf Jahren wieder die Möglichkeit, ohne staatliche Aufsicht als Voraussetzung für den Gebrauch des deutschen Katechismus deutschen Lese- und Schreibunterricht zu erteilen. Die Südtiroler Kinder erhielten künftig während der Schulzeit über acht Jahre hinweg durchschnittlich zwei Stunden Pfarrunterricht pro Woche[335]. Wie nützlich dieser Unterricht für die deutsche Sprache war, zeigen unter anderem die Klagen der Behörden über ihn[336].

D. Südtirol unter dem faschistischen Regime ab 1929

1. Die neue Status quo Politik

Mit dem Jahre 1929 endete der erste Abschnitt der faschistischen Italianisierungspolitik in Südtirol. Die Assimilierungspolitik der Jahre 1923 - 1929 gründete sich vorwiegend auf legislative Maßnahmen auf dem Gebiet der Sprache, der Schule, des Rechts und der Verwaltung. Nachdem bereits die Verwaltungsangleichung und die Ausdehnung des gesamten öffentlichen Rechts erfolgt war, wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1929 das gesamte italienische Recht eingeführt, womit auch das in Italien unbekannte Tiroler Höferecht wegfiel[337]. Entsprechend der Lex Gentile von 1923 hätten die letzten bisher noch deutsch geführten Elementarschulklassen die italienische Unterrichtssprache erst im Herbst 1930 erhalten müssen. Auf Grund einer in ganz Italien durchgeführten Schulreform wurden die drei obersten Elementarschulklasen jedoch im Herbst 1929 in eine Fortbildungsschule umgewandelt, und damit gesetzlich zusammenhängend, verschwanden die letzten zweisprachigen Aufschriften[338]. Die Tatsache, daß die 1924 gewählten Südtiroler Parlamentsabgeordneten Tinzl und Sternbach nach dem K. Dekret vom 2. September 1928, Nr. 1993, das die Auswahl der Kandidaten den Syndikaten und dem Großrat überließ, zur Wahl der faschistischen Ständekammer im März 1929 nicht mehr kandidieren konnten, hatte nur symbolische Bedeutung[339]. Sie hatten sich zum letzten Mal im Mai 1926 im Parlament äußern können und dienten der Regierung seit Ausschaltung der parlamentarischen Opposition lediglich als Aushängeschild faschistischer Großzügigkeit.

Das Jahr 1929 unterschied sich von den vorangegangenen Jahren faschistischer Assimilierungspolitik dadurch positiv, daß es auf eine Status quo Politik der Regierung in Südtirol hoffen ließ. Im Rahmen des Konkordats vom Februar 1929 ergaben sich nämlich Möglichkeiten für

ein Weiterleben der deutschen Sprache in der Kirche und der katholischen Presse Südtirols. Die vom Südtiroler Klerus herausgegebenen "Dolomiten" forderten dementsprechend am 23. März 1929 die Bevölkerung auf, als Dank für das Konkordat bei den bevorstehenden Wahlen zur Ständekammer den Kandidaten der Regierung die Zustimmung zu geben. Diese Aufforderung trug zusammen mit den faschistischen Einschüchterungsmethoden dazu bei, daß in der Provinz Bozen von 52.078 Wahlberechtigten 41.139 zu den Wahlen gingen, und 38.243 mit ja stimmten[340]. Mussolini nahm dieses Ergebnis zum Anlaß, der Bitte des neuen faschistischen Abgeordneten für Südtirol, Radio de Radiis, nachzukommen und im Juni 1929 die Gründung weiterer Siedlungen des italienischen Frontkämpferbunds, die einen neuen Abschnitt der Italianisierung Südtirols anzukündigen schienen, zu untersagen. Die geplante Enteignung von 450 ha zur Errichtung von Siedlungen bei Tramin und Sigmundskron wurde ganz fallengelassen, außerdem ließ Mussolini die Fläche, die zum Bau der Borgata Vittoria enteignet werden sollte, von 180 auf 106 ha herabsetzen, unter denen wiederum nur 24 ha bebautes Land waren[341]. Im Zuge des italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrags vom Februar 1930 folgte eine Reihe von entgegenkommenden Maßnahmen. Die Regierung stimmte im März 1930 der Ernennung von Johannes Geisler zum Bischof von Brixen zu, und obwohl im übrigen Italien der Eintritt in die Partei zwischen November 1926 und Oktober 1932 nur durch die "leva fascista", die Rekrutierung aus der faschistischen Jugendorganisation möglich war, gestattete der faschistische Großrat im März 1930 den Südtirolern, sich in die Partei einzuschreiben, um ihnen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu erleichtern[342]. Außerdem wurde ein Verbannungsurteil aufgehoben, die Grenzüberschreitung nach Österreich erleichtert und in Meran ein Trachtenfest mit Tiroler Fahnen und Gastspielgruppen aus Österreich und Bayern gefeiert[343].

Die Jahre 1930 - 1931, die in die Ära des Präfekten Marziali fielen, waren eine relativ ruhige Zeit, in der

keine neuen Maßnahmen zur Italianisierung Südtirols eingeführt wurden. Der Übergang zur Durchdringungspolitik, d.h. der Italianisierung Südtirols mittels einer massiven Einwanderung von Italienern, die mit der Einsetzung des Präfekten Mastromattei Ende August 1933 begann, entsprach zwar der faschistischen Ideologie des Imperialismus allgemein, war aber, was den konkreten Zeitpunkt betrifft, durch die in Südtirol und Österreich spürbare Agitation des Nationalsozialismus ausgelöst[344].

2. Die Bedeutung des Konkordats für Südtirol

a) Das Konkordat und die ethnischen Minderheiten

Das am 11. Februar 1929 unterzeichnete italienische Konkordat wurde in der katholischen "Augsburger Post" vom 30. April 1929 als ein Sieg der Kirche zugunsten der Minderheiten gefeiert, von dem Historiker Salvemini dagegen als Verrat des Vatikans an den Minderheiten gebrandmarkt[345]. Eine ausgewogene Beurteilung der Bedeutung des Konkordats für die Minderheiten ist nach der derzeitigen Quellenlage nicht möglich, man kann nur sagen, daß der Vertragsabschluß insofern ein Erfolg für die Minderheiten war, als die Regierung, wie wir sahen, in den Jahren 1927 - 1928 die Zustimmung des Vatikans zur allgemeinen Verdrängung des nichtitalienischen Klerus in den Minderheitengebieten zu erreichen suchte und ihr dies nicht gelang[346]. Andererseits kamen in dem Vertragstext die Wörter "minoranza", "allogeni" ("Fremdstämmige") und "alloglotti" ("Fremdsprachige") nicht vor, und Mussolini setzte noch am 16. Januar 1929 die Streichung der Worte "paesi a popolazione mista" ("Gebiete mit gemischter Bevölkerung") durch, die bis dahin in dem am 8. März 1927 zwischen den Vertretern des Vatikans und der Regierung vereinbarten Konkordatsentwurf gestanden hatten[347]. Der

einzige Hinweis auf die Sprache der Minderheiten war der Ausdruck "lingua localmente in uso" ("ortsübliche Sprache") in Artikel 22, in dem von der Bestellung der Koadjutoren die Rede war.

Das Konkordat enthielt also lediglich einen potentiellen Minderheitenschutz, der von außerhalb des Konkordats liegenden Faktoren abhing. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Person des Bischofs, der nach Artikel 22 die örtliche Umgangssprache nicht kennen mußte und dessen Ernennung nach Artikel 19 von der Regierung abgelehnt werden konnte. Hinsichtlich des Pfarrklerus bestanden nach Artikel 21 und 22 die gleichen sprachlichen Bedingungen und die gleichen Einspruchsrechte des Staats wie für die Ernennung des Bischofs. Weitere vier Artikel waren für die Minderheiten von Belang: Artikel 2 gestattete den Bischöfen die Veröffentlichung zweisprachiger Schriften; Artikel 16 sah vor, daß die Diözesangrenzen möglichst mit denjenigen der Provinz übereinstimmten; Artikel 39 garantierte den kirchlichen Seminarien die Unabhängigkeit von den Schulbehörden und Artikel 43 anerkannte die von der Katholischen Aktion abhängigen Organisationen, soweit sie keine Parteipolitik betrieben.

b) Der Klerus

Der Plan der Regierung, die rund 300 männlichen und weiblichen Ordensleute in Südtirol, die die italienische Staatsbürgerschaft durch Option erworben hatten[348], zusammen mit anderen politisch unliebsamen Personen in den Neuen Provinzen durch eine Revision der Option loszuwerden, war, wie wir sahen, daran gescheitert, daß diese Maßnahme im Widerspruch zu den Pariser Friedensverträgen stand[349]. Somit waren zur Ausweisung nur die in Südtirol lebenden Ordensangehörigen fremder Staatsbürgerschaft übriggeblieben, deren Zahl trotz anderslautender Be-

hauptungen von faschistischer Seite jedoch gering war[350]. Artikel 22 des Konkordats vereitelte nun auch die weitere Absicht der Regierung, den mißliebigen Pfarrklerus allein durch das Kriterium der Muttersprache auszuschalten. Sie konnte jedoch nach wie vor mit den von Justizminister Rocco im Juni 1927 den Präfekten empfohlenen Kulturkampf- und Staatssicherheitsgesetzen vorgehen[351] oder von Artikel 21 des Konkordats Gebrauch machen, der dem Staat ein Einspruchrecht bei Ernennung der Pfarrer einräumte[352].

Leider geben die bisher zugänglichen Quellen in die zwischen Regierung und Behörden seit 1928 geführte Diskussion über die Behandlung des Südtiroler Klerus wenig Einblick. Wir wissen aber, daß Präfekt Ricci im April 1928 die Empfehlungen Roccos ablehnte und stattdessen eine Gehaltserhöhung für den Klerus forderte, weil er glaubte, der Widerstand der Geistlichen gehe teilweise auf ihre im Verhältnis zu Österreich schlechte materielle Lage zurück. Mussolini ließ daraufhin im Haushaltsjahr 1927/1928 für die 400 Südtiroler Pfarrgeistlichen eine Zulage von 200.000 Lire bereitstellen, von denen wegen der schlechten Haushaltslage allerdings nur 100.000 Lire zur Auszahlung kamen[353]. Der Nachfolger Riccis, Präfekt Marziali, stellte dagegen lange Listen von solchen Südtiroler Geistlichen auf, die er für die Staatssicherheit als gefährlich ansah. 1930 meldete er der Regierung 280 Geistliche, von denen allerdings nur sechs einer gerichtlichen Untersuchung durch den Oberstaatsanwalt des Appellationsgerichtshofs von Venedig unterworfen wurden[354]. Zu einer größeren Säuberungsaktion gegen den Klerus kam es in Südtirol, ganz im Gegensatz zur Venezia Giulia, auch in den 30er Jahren nicht[355].

c) Die Bischofsfrage

Da Artikel 22 des Konkordats die frühere Forderung der Regierung nach Diözesanbischöfen mit italienischer Mutter-

sprache durch die weniger rigorose Forderung nach Diözesanbischöfen mit italienischen Sprachkenntnissen ersetzt hatte, war die Ernennung eines deutschsprachigen Bischofs von Brixen wieder möglich geworden. Es bedeutete jedoch ein besonderes Entgegenkommen der Regierung, daß sie zur Ernennung Johannes Geislers, die sie am 10. März 1928 kategorisch abgelehnt hatte, im März 1930 ihre Zustimmung gab[356]. Die Regierung hatte am 12. März 1928 dem Kandidaten des Vatikans den Rektor des päpstlichen Kollegs für die italienische Auswandererseelsorge, Mons. Rocco Beltrami, entgegengestellt[357]. Diesem gegenüber hatte wiederum der Vatikan im Juni 1928 den Ladiner Felix Roilo bevorzugt, den aber die Regierung wegen seiner deutschen Ausbildung und wegen mangelndem Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Klerus nicht akzeptiert hatte[358]. Diese erneute Ablehnung hatte der Vatikan schließlich im Oktober 1928 damit beantwortet, daß er den Kapitelvikar von Brixen, Mutschlechner, zum Apostolischen Administrator ernannte. Mutschlechner, der den Kampf gegen die Italianisierung des Religionsunterrichts in Südtirol geführt hatte, galt den Behörden als "einer der schlimmsten Feinde der Italianität" und wurde von Justizminister Rocco als "völlig unerwünscht" bezeichnet[359]. Schließlich nahm die Regierung den Abschluß des italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrags vom 6. Februar 1930 zum Anlaß, um in der Bischofsfrage einzulenken[360]. Sie bevorzugte jetzt Geisler, dessen Ablehnung sie im März 1928 unter anderem damit begründet hatte, daß Geislers Herkunft aus Nordtirol bei der Südtiroler Bevölkerung falsche Hoffnungen wecken müsse[361]. Geisler wurde am 2. April 1930 zum Bischof ernannt und gab anläßlich seiner Inthronisation am 3. Juni 1930 eine Loyalitätserklärung gegenüber der Regierung ab, in der er Mussolini als einen Mann aus Marmor und Eisen bezeichnete, in dessen edlem Herzen auch die "jüngsten Bürger Italiens", d.h. die Südtiroler, Platz fänden[362].

Die Ernennung eines einheimischen Bischofs in einem Minderheitengebiet war im Italien der 30er Jahre eine

große Ausnahme. In der Venezia Giulia war angesichts der nationalen Gemischtheit der Diözesen die Bischofsfrage von vornherein viel komplizierter als in Südtirol. Während die Bischöfe von Görz und Triest-Capodistria, der Slowene Sedej und der Italiener Fogar, eine national ausgeglichene Kirchenpolitik betrieben, arbeiteten die Bischöfe von Fiume und Pola-Parenzo, die Italiener Santin und Pederzolli, der Italianisierungspolitik schon in den 20er Jahren in die Hände. In den 30er Jahren gab der Vatikan dem faschistischen Druck nach, indem er 1931 Sedej und 1936 Fogar veranlaßte zu demissionieren und 1938 den nationalistischen Santin zum Bischof von Triest ernannte[363]. Auch im Aostatal kam der Vatikan der Regierung in der Bischofsfrage entgegen. Mit der Ernennung Imbertis im Jahre 1932 erreichte Rocco, daß zum ersten Mal ein nichtfranzösischsprachiger Bischof in Aosta eingesetzt wurde[364].

d) Die Bistumsgrenze

Artikel 16 des Konkordats schrieb vor, daß die Diözesangrenzen möglichst mit den Provinzgrenzen übereinstimmen sollten. Das "possibilmente" war erst am 31. Januar 1929 in den Konkordatstext eingesetzt worden, nachdem sich Regierung und Vatikan am 8. März 1927 darauf geeinigt hatten, daß die Frist für die Anpassung der Grenzen auf sechs Monate nach Inkrafttreten des Konkordats begrenzt sein solle[365]. Die Streichung der ursprünglich vereinbarten Frist war sehr wahrscheinlich von der Diskussion um die Bistumsgrenzen der Venezia Tridentina beeinflußt, zu deren Lösung es die unterschiedlichsten Ansichten gab[366].

Schon vor der Machtergreifung des Faschismus und somit auch vor der Schaffung der Provinzen von Trient und Bozen war die Abgrenzung der Diözesen von Trient und

Brixen umstritten gewesen. Der Vatikan war spätestens seit der Bestellung des Weihbischofs Waitz zum Apostolischen Administrator des bei Österreich verbliebenen Teils der Diözese Brixen am 9. April 1921 bereit gewesen, der de facto verkleinerten Diözese Brixen die 10 Südtiroler Dekanate, die zur Diözese Trient gehörten, zu unterstellen[367]. Die Dekanate von Bozen, Kaltern, Kastelruth, Klausen, Neumarkt, Lana, Meran, Passeier, Sarnthein und Schlanders waren bis auf diejenigen von Klausen, Kastelruth und Bozen, die einen ladinischen Anteil, bzw. eine italienische Minderheit hatten, rein deutschsprachig. Es lag also nahe, daß die Diözese Trient von ihren 580.000 Einwohnern an die Diözese Brixen, deren in Italien liegender Anteil nur 90.000 Seelen zählte, 170.000 abgab[368], zumal der in Südtirol zu Unrecht als "italianissimo" verschrieene Bischof Endrici von Trient sich schon Ende 1918 bereit erklärt hatte, dem Wunsch des Brixner Domkapitels entsprechend die Südtiroler Dekanate abzutreten[369]. Seit Juni 1920 hatten jedoch alle Trentiner Parteien, einschließlich der Popolari , Ansprüche auf Südtiroler Gebiet erhoben, und sie protestierten, auf nationaler Ebene von den Faschisten und Nationalisten unterstützt, als der Vatikan am 5. August 1922 den Bischof von Brixen zum Apostolischen Administrator der zehn umstrittenen Dekanate ernannte[370]. Der Vatikan sah sich auf die Intervention der Regierung Facta hin genötigt, am 16. August 1922 das Dekret vom 5. des Monats zu suspendieren[371].

Unter dem Faschismus ging die Diskussion um die Diözesangrenzen weiter. Tolomei wiederholte in seiner Fünfjahresbilanz vom April 1928 die Forderung, die Diözese Brixen möglichst gemischtsprachig zu machen, ihr deshalb die teils ladinischen Dekanate Klausen und Kastelruth zuzuteilen und gleichzeitig den deutschsprachigen Obervintschgau abzunehmen. Daneben schien ihm aber auch die völlige Einverleibung der Diözese Brixen in die Diözese Trient annehmbar[372]. Dagegen wünschte der Bozner Präfekt Marziali im Januar 1930 die Angleichung der Provinzgrenzen

an die Diözesangrenzen, während sich die Präfektur Trient im Juli 1929 für eine Beibehaltung der alten Bistumsgrenzen ausgesprochen hatte, damit man den Südtiroler Klerus der zu Trient gehörigen Dekanate "mit italienischen Methoden, die von der Bibelexegese und der lateinischen Aussprache bis zur Freizeitgestaltung und den Eßgewohnheiten reichen", erziehen könne[373].

Angesichts dieser Vielzahl von Ansichten entschied sich die Regierung für die Beibehaltung des Status quo. Diese Regelung war auch dem Brixner Ordinariat gelegen, da die Anwendung von Artikel 16 des Konkordats das Bozner Unterland allein bei der Diözese Trient belassen und es verstärkter Italianisierung ausgesetzt hätte. Außerdem hätte Brixen die ladinischen Dekanate Ampezzo und Buchenstein, die in der Provinz Belluno lagen und die der Diözese Brixen deutschfreundliche Priester mit guten Italienischkenntnissen lieferten, verloren[374].

e) Die katholischen Schulen

Von den elf Mittelschulen, die vor 1918 in Südtirol bestanden, wurden sechs von Geistlichen oder Ordensschwestern geleitet[375]. Von diesen sechs wurden durch die Reform Gentile von 1923 zwei Mädchenlyzeen abgeschafft, da sie im italienischen Schulsystem keine Entsprechung hatten[376]. Die restlichen vier katholischen Gymnasien wurden von der faschistischen Regierung nie verboten, ihre Existenz wurde jedoch sehr erschwert. Ab dem Schuljahr 1924/1925 wurde ihnen die staatliche Anerkennung entzogen, und mit Ausnahme des für den Priesternachwuchs bestimmten Knabenseminars Vinzentinum in Brixen mußten sie, im Oktober 1926, mit der 1. Klasse beginnend, ab Oktober 1928 in allen Klassenstufen die italienische Unterrichtssprache gebrauchen[377]. Neben ihnen richtete der Staat in Bozen, Bruneck und Meran zwischen Septem-

ber 1923 und August 1926 staatliche Gymnasien ein, die ab dem Schuljahr 1924/1925 für Südtiroler Schüler gebührenfrei waren[378]. Solchen Maßnahmen gegenüber konnten sich nur die für den Priesternachwuchs bestimmten Knabenseminare ganz behaupten. Das Gymnasium der Augustiner in Brixen schloß Ende des Schuljahrs 1926/1927, das der Benediktiner in Meran Ende 1927/1928[379]. Die Franziskaner in Bozen gaben ab 1927/1928 die drei Oberklassen (liceo) auf, führten aber die fünf Unterklassen (ginnasio) durch die faschistische Zeit hindurch fort. Da die Franziskaner in Bozen keine Oberstufe mehr hatten, wurde das zu ihrer Schule gehörende Konvikt Johanneum unter demselben Namen ab dem Schuljahr 1928/1929 in Meran als bischöfliches Knabenseminar des Südtiroler Anteils der Diözese Trient eröffnet[380]. Neben ihm bestand in Brixen das Vinzentinum als Knabenseminar der Diözese Brixen fort, und die Augustiner führten außerdem ein kleines Knabenseminar mit drei Oberklassen in Brixen[381].

Artikel 39 des Konkordats, der die Unabhängigkeit aller Knaben- und Klerikerseminare in Italien von staatlicher Einmischung bestätigte, war eine der Voraussetzungen dafür, daß die drei Südtiroler Knabenseminare in Brixen und Meran immer die deutsche Unterrichtssprache beibehalten konnten und somit die Erziehungsstätten eines Großteils derjenigen Südtiroler waren, die nach dem 2. Weltkrieg die Führungsschicht bilden sollten. Nimmt man zu den Knabenseminaren noch die nach dem 1. Weltkrieg von deutschen Ordensfrauen gegründeten Mädchenmittelschulen, die unter dem Faschismus allerdings die italienische Unterrichtssprache annehmen mußten, dann wurden in der Provinz Bozen (im Schuljahr 1934/1935) immerhin 924 Jungen und Mädchen in Mittelschulen unter deutscher Leitung erzogen, während 2.234 an staatlichen italienischen Mittelschulen unterrichtet wurden[382].

f) Die katholische Presse

Nach der Unterdrückung der gesamten Oppositionspresse in Italien im November 1926 hatte die katholische Südtiroler Presse auf die Intervention des Vatikans bei der Regierung hin bereits Ende 1926 wieder erscheinen können, nachdem der Herausgeber, der Vogelweider Verlag, versprochen hatte, die Zeitungen "dem Parteiwesen fern" zu halten und die journalistische Tätigkeit im Einklang mit den katholischen Grundsätzen und im Zusammenwirken mit den Staatsbehörden auszuüben. Der Fortbestand dieser Presse, die sich im allgemeinen ganz der politischen Linie des Faschismus anpaßte, wurde im Februar 1930 gesichert, indem sie offiziell unter die Blätter der Katholischen Aktion eingereiht wurde (Artikel 43 des Konkordats)[383].

Vor dieser Anerkennung bemühten sich die Partei und die Präfektur in Bozen im November - Dezember 1929, die Südtiroler Presse einzustellen oder zumindestens unter die Kontrolle der faschistischen Alpenzeitung zu bekommen[384]. Der Grund dafür war, daß Mussolini seit Erscheinen von "La Provincia di Bolzano" im April 1927 die Einstellung der faschistischen deutschsprachigen "Alpenzeitung" gewünscht hatte, die er als contradictio in se betrachtete, während er gegenüber kontrollierten Südtiroler Zeitungen großzügig war, weil sie den Einfluß der Presse von jenseits des Brenners dämpften[385]. Außerdem war die "Alpenzeitung", deren Auflage zwischen 1927 - 1931 bei rund 4.600 Exemplaren stagnierte, während die Südtiroler Wochenzeitungen "Dolomiten" und "Volksbote" eine Auflage von 12.000 bzw. 25.000 Exemplaren hatten[386], der Regierung zu teuer. Die "Alpenzeitung" und "La Provincia di Bolzano" bedurften 1929 zusammen einer Subvention von 300.000 Lire bei einer Anzeigenvergabe von 420.000 Lire durch die Unione Pubblicità Italiana. Auch stiegen die monatlichen Herstellungskosten für beide Zeitungen, die Giarratana von 96.371 Lire im Jahre 1927 auf 79.166 Lire im Jahre 1928 gesenkt hatte, im Jahre 1929 auf 87.801 Lire[387].

Schließlich lenkte Mussolini ein und gestattete das Weitererscheinen der "Alpenzeitung", worauf sich auch die Bozner Faschisten mit dem Fortbestand der Südtiroler Presse abfanden.

Die Politik gegenüber der katholischen Presse in Südtirol war keineswegs repräsentativ für die faschistische Pressepolitik in den Minderheitengebieten. In der Venezia Giulia gab es seit Ende 1930 keine in Italien gedruckten slawischsprachigen Zeitungen mehr. 1935 wurde es sogar unmöglich, in Italien kroatisch- oder slowenischsprachige Bücher zu drucken[388]. Im Aostatal war hingegen "La Revue Diocésaine" bis 1937 überwiegend französischsprachig, und erst die im Jahre 1939 "La Revue Diocésaine" ablösende Zeitung des bischöflichen Ordinariats war fast ausschließlich italienisch[389].

In Südtirol waren es erst die Nationalsozialisten, die gegen die katholische Presse vorgingen. Der "Volksbote" wurde 1941 auf Drängen der deutschen Dienststellen in Bozen von den italienischen Behörden und die "Dolomiten" wurden 1943 direkt von den deutschen Behörden verboten. Der verantwortliche Leiter und ein Redaktionsmitglied der "Dolomiten" wurden nach Dachau gebracht[390].

III. Die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus im Aostatal

A. Das Aostatal nach der Machtergreifung des Faschismus bis zur Schaffung der Provinz Aosta 1923 - 1926

1. Der Faschismus und die Ligue Valdôtaine

Der Vorsitzende der Ligue Valdôtaine, Anselme Réan, war der Überzeugung, der Faschismus werde die Aostaner als loyale Staatsbürger Italiens anders behandeln als die irredentistischen Slawen und Südtiroler. Er ging sogar soweit, sich von Mussolini Maßnahmen zum Schutz der französischen Sprache im Aostatal zu versprechen. Nachdem er bereits im November 1922 in der Generalversammlung der Ligue von Mussolini als "l'homme providentiel" gesprochen hatte, glaubte er im Juli 1923, der Aufsatz von "Il Maglio" vom 16. Juni 1923 - der in Wirklichkeit Mussolini veranlaßt hatte, die Italianisierung des Aostatals zu beschleunigen - habe nichts zu tun "avec la grandeur du Fascisme tel que l'entend Mussolini"[1]. Man muß allerdings Réan zugute halten, daß Mussolini im Gegensatz zu seinen Äußerungen über die "wilden" und "primitiven" Slawen der Venezia Giulia und die pangermanistischen Deutschen in Südtirol nie öffentlich gegen die Aostaner und ihre Sprache polemisiert hatte[2]. Auch die faschistische Bewegung im Aostatal, die im Herbst 1920 im Zusammenhang mit der Besetzung der Fabriken durch die Metallarbeiter, also mit einer antisozialistischen Tendenz entstanden war[3], hatte bis 1923 jede Stellungnahme gegen die fremdsprachige Bevölkerung vermieden.

Die ersten faschistischen Propagandisten im Aostatal waren die beiden Handwerker und Kriegsheimkehrer Arturo Givone und Arturo Inglesi und der Student der Universität Turin Alberto Pellegrini, der in der Stadt Aosta ansässig war[4]. Das Material über die ersten Faschisten des Aostatals ist bescheiden, man kann aber sagen, daß der frühe Faschismus nicht nur Sache von Zugewanderten war wie in Südtirol und daß die "operai",

worunter man Industriearbeiter wie auch Handwerksgesellen verstehen konnte, einen guten Teil der Mitglieder ausmachten[5]. Der Fascio der Stadt Aosta, der bis Juli 1921 der einzige im Aostatal war, zählte bei seiner Gründung 20 Mitglieder[6]. Zwischen Anfang Januar und Ende Mai 1921 wuchs er schnell von ca. 40 auf 418 Mitglieder, so daß er damals nach demjenigen der Stadt Turin der stärkste in der Provinz Turin war[7]. Die Aktionen der Faschisten waren die üblichen: Zusammenstöße mit sozialistischen und kommunistischen Arbeitern, die Schließung der Arbeitskammer (November 1922), Angriffe auf katholische Organisationen, den Bürgermeister (Dezember 1922) und den mehrheitlich aus Popolari bestehenden Gemeinderat (Januar - März 1923)[8].

Im November 1923 wurde Mussolini eine Petition der Ligue zugunsten der französischen Sprache überreicht, der 8.000 Unterschriften von Aostaner Familienvätern beigefügt waren. Für den heutigen Betrachter fällt auf, daß die Ligue in dieser Petition das Recht auf Sprache mit der Abstammung begründete, die Aostaner wurden nämlich als "populations d'indiscutible race française" bezeichnet. Die Ligue muß sich damals von Mussolini viel erwartet haben, denn die Petition an Orlando von 1919 mit ihrer Forderung nach Kultur- und Verwaltungsautonomie bildete die Einleitung der Petition an Mussolini[9]. Noch einmal griff 'Il Maglio' am 15. Dezember 1923 das Aostanertum an und rief zum Kampf "contro il Partito Popolare e contro lo straniero" auf. Diesmal blieb jedoch der Erfolg aus. Für das kommende Frühjahr standen nämlich Parlamentswahlen bevor, deren Ausgang keineswegs sicher war. So kam es, daß Mussolini am 19. Dezember 1923 gegenüber einer von Réan geführten Aostaner Delegation äußerte, er werde von den Gemeinden im Aostatal nicht wie in den Neuen Provinzen die Zweisprachigkeit der Amtsführung fordern[10]. Dankbar gründete Réan im März 1924 die Zeitung "La Patrie Valdôtaine" und forderte darin in polemischer Distanzierung von den Popolari zur Stimmabgabe für die Nationale Liste auf[11]. Die Ligue büßte

damit ihren überparteilichen Charakter ein, und es kam zu inneren Zerwürfnissen[11a]. "Il Maglio" paßte sich der neuen Linie Mussolinis an. Im Februar 1924 berichtete die Zeitung, der Parteisekretär der Provinz Turin habe die Tradition der französischen Sprache im Aostatal anerkannt und betont, daß ihre Kenntnis für die Aostaner Emigranten notwendig sei. Im April pries "Il Maglio" die Tapferkeit der Aostaner Soldaten teilweise sogar in französischen Worten[12].

Die Kammerwahlen vom 6. April 1924 brachten der Nationalen Liste im Aostatal 53 % der abgegebenen Stimmen ein, ein Prozentsatz, der etwas über demjenigen von Piemont, der Lombardei und Venetien zusammen lag, wo die Nationale Liste unter 50 % blieb[13]. Die Regierung war zynisch genug, gleich nach der Wahl den Kurs ein wenig zu ändern. Am 15. April 1924 verfügte Unterrichtsminister Gentile, daß ab dem folgenden Schuljahr der französische Sprachunterricht am ginnasio von Aosta durch den deutschen ersetzt werde. Eingaben der Ligue und der Turiner Mittelschullehrer führten allerdings am 23. Mai 1924 zu einer Rücknahme des Dekrets[14].

2. Die Abschaffung der "écoles de village"

Ein besonderes Anliegen der Ligue war die Rettung der "écoles de village". Seit dem Decreto luogotenenziale vom 6. Juli 1919, Nr. 1230 wurden nämlich in ganz Italien die Elementarschullehrer mit staatlicher Prüfung, die in einem abgelegenen Ortsteil eine geringe Zahl von Schülern unterrichteten, ebenso gut bezahlt wie alle übrigen Elementarschullehrer. Lehrer aus allen möglichen Regionen Italiens bewarben sich seither um eine Stelle an einer "école de village", und da Aostaner Lehrer mit staatlicher Prüfung fehlten, wies die Provinzialschulbehörde in Turin, der seit der Lex Credaro von 1911 die Lehrerernennung zustand, auch solchen Lehrern eine Stelle zu, die kein Fran-

zösisch konnten[14a]. Gleichzeitig wurden die rund 350 "écoles de village", die bis 1919 überwiegend von Aostaner pädagogischen Hilfskräften geführt worden waren, die eine geringe Entschädigung erhalten hatten, eine schwere finanzielle Belastung für den Staat[14b]. Die Schulbehörde begann sie abzubauen. Die Kinder in den Bergdörfern hatten somit ab 1920 teilweise Lehrer, die sie nicht verstanden, oder keine Lehrer, weil Nichtaostaner das Leben in einem Bergdorf nicht aushielten, oder keine Schule, weil der Staat sie aufhob.

Diesem Mißstand sollte bereits 1921 ein nach den Vorschlägen der Ligue Valdôtaine von Unterrichtsminister Benedetto Croce vorbereiteter Gesetzentwurf abhelfen. Der Gesetzentwurf war nicht allein dem Einfluß der Popolari, zu denen damals auch Réan zählte, zu verdanken, er entsprach auch Croces eigener Überzeugung[14c]. Croce vertrat nämlich als Anhänger der neuidealistischen Philosophie die Auffassung, jeder einzelne Mensch spreche seine eigene Sprache, die man nicht durch Normen einengen dürfe. Bereits 1912 hatte er sich für die Erhaltung des Französischen im Aostatal ausgesprochen[14d]. Sein Gesetzentwurf sah vor, daß an allen Aostaner Elementarschulen nur staatlich geprüfte Lehrer mit guten Französischkenntnissen oder notfalls einheimische Hilfskräfte ohne staatliche Prüfung mit geringerer Bezahlung angestellt werden können[14e]. Croces Gesetzentwurf wurde zwar am 11. März 1921 im Kabinett gebilligt, kam jedoch nicht mehr zur Abstimmung in der Kammer, weil Ministerpräsident Giolitti im April 1921 die Kammer auflöste, für Mai Neuwahlen ansetzte und Anfang Juli zurücktrag. Unter den folgenden Regierungen wurde die Diskussion um den Gesetzentwurf verschleppt[14f].

Unmittelbar vor den Parlamentswahlen, im Februar 1924, versicherte das Unterrichtsministerium plötzlich, man werde die Frage des französischen Sprachunterrichts im Aostatal mit dem größten Wohlwollen prüfen[15]. Im Laufe des Jahres stellte sich jedoch heraus, daß es nur bei den "Anhangstunden" blieb, die man auch den Neuen Provinzen zubilligte, und daß außerdem die von Gentile im Oktober-November 1923 geschaffenen "scuole sussidiate", die an die Stelle der "écoles de village" getreten waren, bei dem geringen Zuschuß, den der Staat den Gemeinden dafür ge-

währte, nicht zu bezahlen waren[16]. Somit wurden durch die Reform Gentile im Jahre 1924 von 348 "écoles de village" 244 vorläufig ersatzlos beseitigt[17], wobei es freilich wenig wahrscheinlich ist, daß der Unterrichtsminister dieses Ergebnis beabsichtigt hatte. Indem Gentile nämlich gestattete, daß die Lehrer der "scuole sussidiate" ohne Examen unterrichteten, also auf jeden Fall Aostaner sein konnten, war er einer alten Forderung der Ligue, auf die auch der Gesetzentwurf von Unterrichtsminister Croce vom März 1921 eingegangen war, entgegengekommen. Man muß berücksichtigen, daß Gentile mit 1.400 Schulen mit kleiner Schülerzahl in ganz Italien fertigwerden mußte, deren Lehrer nach dem bereits erwähnten Decreto Luogotenenziale vom 6. Juli 1919 wie alle anderen Elementarlehrer zu bezahlen waren, was für den Staatshaushalt eine schwere Belastung bedeutete[18]. Alles deutet darauf hin, daß das Nichtfunktionieren der "scuole sussidiate" 1924 - 1925 auf die liberale Finanzpolitik De Stefanis zurückging, die darauf abzielte, die staatliche Hilfe zugunsten privater Initiative abzubauen[19]. Ausgerechnet Unterrichtsminister Fedele, der die Sprachen der Minderheiten mit Nachdruck bekämpfte, war es ja, der durch Dekrete vom September und November 1925 die Geldmittel für die "scuole sussidiate" beträchtlich erhöhte. Dadurch gab es Anfang 1927 im Aostatal 132 "scuole sussidiate" mehr als 1924. Zwar waren es immer noch 112 Schulen weniger als 1911, aber auch die Schülerzahl war inzwischen um 4.707 zurückgegangen[20].

3. La Jeune Vallée d'Aoste

Von Réans Paktieren mit dem Faschismus distanzierten sich 1924 mehrere Mitglieder der Ligue. Der Schulexperte der Ligue, Abbé Joseph Trèves, tadelte im Mai Réan offen in der Presse[21]. Der Gründer und Exponent des Aostaner Partito Popolare, Kanonikus Jean Stévenin, der Anfang Dezember 1923 von der faschistischen Presse als anti-

faschistischer Intrigant gebrandmarkt worden war, gab im Mai 1924 seinen Posten im Vorstand der Ligue auf[22], und der Jurastudent Emile Chanoux erklärte im Oktober 1924 seinen Austritt[23]. Die Dekretierung des Deutschunterrichts am Gymnasium und die Beseitigung der "écoles de village", die man im Aostatal als gezielte Maßnahmen gegen das Aostanertum ansah, waren den Kritikern Réans Beweis genug für den Mißerfolg seiner profaschistischen Politik.

Knapp zwei Monate nach Mussolinis Rede vom 3. Januar 1925, mit der er die seit Juni 1924 dauernde Matteotti-Krise überwand und die Wende zum faschistischen Regime ankündigte, beschlossen der Pfarrer Joseph Trèves, der Arzt Joseph Alliod, der Lehrer Samuel Gerbaz, der Gemeindeschreiber Rodolphe Coquillard und der Student Emile Chanoux die Gründung von La Jeune Vallée d'Aoste. Sie wollten der Ligue als einer Vereinigung kompromittierter Notabeln unter der Leitung des 70-jährigen Réan eine junge authentische regionale Vereinigung entgegenstellen[24]. La Jeune Vallée d'Aoste war ein eingetragener Verein, der ein Jahr nach der Gründung weniger als 30 und in den besten Zeiten vielleicht 80 Mitglieder hatte, unter denen viele Schüler und Studenten waren[25]. Ihr politischer Kopf war Emile Chanoux, der vom Mai 1943 bis zum Mai 1944 den bewaffneten Aostaner Widerstand organisieren und führen sollte[26]. Er wollte als alleiniges Kriterium der Nationalität weder die Abstammung, noch die Geographie, sondern nur das nationale Bewußtsein gelten lassen. Als überzeugter Föderalist lehnte er den Faschismus grundsätzlich ab. Aus der Abwehr des staatlichen Zentralismus erklärt sich auch Chanoux' Industriefeindlichkeit. Er glaubte, nur der bodenverbundene Aostaner könne seine Identität bewahren, und vertrat damit eine Meinung, die von den Aostaner Liberalen dem Klerus zum Vorwurf gemacht worden war, weil damit die Rückständigkeit des Aostatals gefördert wurde[27]. Eine eindeutig katholische, aber nicht klerikale Richtung brachte Abbé Joseph Trèves in die Jeune Vallée. Trotz einer alten Abneigung gegen Réan trat er,im Unterschied zu Chanoux, nicht aus der Ligue aus[28].

Die neugegründete Jeune Vallée knüpfte an die Arbeit der Ligue an, indem sie deren Unterschriftensammlung zugunsten der französischen Sprache, die im November 1923 Mussolini überreicht worden war, durch eine bisher ausstehende Unterschriftensammlung der Stadt Aosta fortführte, die dem König übergeben werden sollte. Die Beteiligung blieb jedoch gering, die bischöfliche Kurie distanzierte sich ausdrücklich[29-30], und außerdem scheint die Aktion im Unterrichtsministerium Anstoß erregt zu haben.

4. Die Gesetze über den muttersprachlichen Elementarschulunterricht und die Gerichtssprache

Weder der Generalsekretär des italienischen Industrieverbands, Gino Olivetti, der gerade Parteimitglied geworden war und bei Fedele vorsprach, noch Anselme Réan, der im Februar 1926 Mussolini ein Telegramm sandte, konnten verhindern, daß die Anhangstunden im Aostatal abgeschafft wurden[31]. Auf die Frage Mussolinis, wer Anselme Réan sei und wie die Abschaffung der Anhangstunden von der Bevöl-

kerung aufgenommen worden sei, antwortete der Unterpräfekt von Aosta, Réans Einsatz für die französische Sprache verfolge vor allem das Ziel, das Aostatal zugunsten seines Sohnes Lorenzo (des Inhabers der Banque Réan) politisch zu beeinflussen. Die Beseitigung der Anhangstunden, bei der die Schulbehörde "mit viel Takt" vorgegangen sei, habe bei der Bevölkerung keine besondere Reaktion hervorgerufen. Letzteres versicherte auch der Präfekt von Turin[32].

Für den naiven Betrachter gab es auch jetzt noch die Möglichkeit zu glauben, die Aostaner würden auf Grund ihrer Loyalität gegenüber dem italienischen Staat grundsätzlich anders als die irredentistischen Slawen und Deutschen Italiens behandelt werden. Die faschistische Partei behielt nämlich eine scheinbar verständnisvolle Haltung gegenüber dem Französischen im Aostatal bei . Der faschistische Vertrauensmann für das Aostatal protestierte zusammen mit den Aostaner Vereinigungen gegen das K. Gesetzesdekret vom 15. Oktober 1925, Nr. 1796, das die Geltung des Italienischen als alleiniger Gerichtssprache in ganz Italien verfügte, worauf Justizminister Rocco am 12. April 1926 das Zugeständnis machte, daß die Akten der Beweisaufnahme auch künftig nur französisch geschrieben werden durften[33]. Auch fand das K. Gesetzesdekret vom 10. Januar 1926, Nr. 17 über die "Rückübersetzung" von Nachnamen italienischen oder lateinischen Ursprungs, das zunächst nur die Provinz Trient betraf, durch das K. Dekret vom 8. April 1927, Nr. 494 aber auch auf die Venezia Giulia ausgedehnt wurde, im Aostatal keine Anwendung[34].

8. Das Aostatal seit der Schaffung der Provinz Aosta 1927 - 1939

1. Die Auswirkung des "fuoruscitismo" auf das Aostatal

Anfang Dezember 1926 hatte Mussolini, wie wir sahen, seinen Entschluß bekanntgegeben, die Provinz Aosta zusammen mit 18 anderen neuen Provinzen zu schaffen. Obwohl er von Februar bis Mai 1927 verkündete, das stolze Aosta dürfe wegen seines italienischen Patriotismus nicht wie Südtirol behandelt werden[35], befand sich die Aostaner Minderheit durch die Neuregelung in einer bedrängteren Lage als die Südtiroler. Während nämlich in der Provinz Bozen den rund 195.000 Südtirolern und 10.000 Ladinern lediglich 20.000 Italiener gegenüberstanden, machten in der Provinz Aosta, zu der auch der Bezirk Ivrea der ehemaligen Provinz Turin zählte, die Französischsprachigen nur 70.000 von 250.000 Einwohnern aus[36]. Da die Faschisten der Provinz Aosta glaubten, der neuen Situation Rechnung tragen zu müssen, forderte im Dezember 1926 der "Corriere Canavesano": "Die Italiener müssen die Sprache Dantes sprechen"[37], und der neue Podestà von Aosta beschloß, den Empfehlungen einer Kommission entsprechend, die Straßennamen der Stadt Aosta zu italianisieren[38]. Noch einmal war es der Duce, der sich im Februar 1927 wie im Dezember 1923 auf die Bitte Réans hin scheinbar schützend vor die Aostaner stellte und die Aktion verbot[39]. Im Mai 1927 verfügte er jedoch,entgegen seinem 1923 gegebenen Versprechen, daß die Amtssprache der Aostaner Gemeinden künftig italienisch sein müsse, wobei dem italienischen Text eine Übersetzung beigegeben werden konnte[40].

Im Unterschied zu Südtirol und der Venezia Giulia, wo der Faschismus pangermanistische und panslawische Einflüsse fürchtete, ging es im Aostatal vor allem darum, eine Einflußnahme der antifaschistischen Opposition aus dem Ausland abzuwehren. Die aus Italien verdrängte politische Opposition war nämlich aus sprachlichen, geo-

graphischen und ideologischen Gründen vorwiegend nach Frankreich ausgewichen und hatte sich seit Ende 1926 dort zu organisieren begonnen. Im April 1927 wurde die Concentrazione di azione antifascista in Paris gegründet, die ab Mai 1927 die Wochenzeitung "La Libertà" herausgab[41]. Das besondere Mißtrauen des italienischen Geheimdiensts erregte in diesem Zusammenhang der Aostaner Abbé Petigat, der in Paris die Aostaner Emigranten betreute, eine Zeitung herausgab und auf die Pariser Filiale des Crédit Valdôtain Einfluß hatte[42]. Er wurde als Agent der Concentrazione und der "Weißen Internationale" zugleich verdächtigt, obwohl jede und erst recht diese doppelte Agentschaft sehr unwahrscheinlich war. Die sogenannte "Weiße Internationale", das im Dezember 1925 von Don Sturzo in London gegründete "Segretario internazionale dei partiti democratici di ispirazione cristiana" hatte nämlich mit der Concentrazione keine Verbindung, da letztere aus Antiklerikalismus die Zusammenarbeit mit den Popolari ablehnte[43]. Über den Abbé Petigat ist allerdings so wenig bekannt, daß man die Anschuldigungen des Geheimdiensts nicht überprüfen kann.

Der Möglichkeit einer französischen Einflußnahme auf das Aostatal setzte Mussolini seine "imperialistische" Bevölkerungspolitik entgegen, die er am 26. Mai 1927 ankündigte und die von der Behauptung ausging, Italien habe für seine bevorstehende koloniale Expansion zu wenig Einwohner[44]. Die Auswanderung der Aostaner nach Frankreich wurde daraufhin im Rahmen einer allgemeinen Kontrolle der italienischen Auswanderung eingeschränkt, und zugleich kam es 1927 in der Stadt Aosta zur stärksten Zuwanderung zwischen den beiden Weltkriegen aus anderen Provinzen Italiens[45]. Die Zuwanderung stand im Zusammenhang mit dem Abschluß des nach Plänen des Wirtschaftsministers Belluzzo vorangetriebenen Ausbaus der Stahlfabrik Cogne[46]. Inwieweit diese Zuwanderung durch eine öfters vermutete Abneigung der Aostaner gegen die Industriearbeit oder durch eine bewußte Förderung über den industriellen Bedarf hinaus be-

gründet war, läßt sich bisher nicht sagen[47]. Kennzeichnend für die antifranzösische Politik des Jahres 1927 ist es jedenfalls, daß infolge einer Studie des italienischen Generalstabs vom November 1926 das französische Kapital aus der für die Rüstungsindustrie wichtigen Ansaldo-Cogne ausgeschieden wurde[48].

Die faschistische Regierung versuchte, der politischen Opposition im Exil einerseits durch Druck auf die französische Regierung zu begegnen, andererseits war es die Aufgabe der Fasci italiani all'estero und der italienischen diplomatischen Vertretungen in Frankreich, möglichst viele der 760.000 in Frankreich lebenden Italiener, von denen die meisten Fremdarbeiter waren, für den Faschismus zu gewinnen[49]. Parteigeneralsekretär Turati bezeichnete im Sinne dieser Werbung und in Verkehrung aller Befürchtungen, die der Faschismus gegenüber den Aostanern in Frankreich als potentiellen Irredentisten und Antifaschisten hegte, in einer Grußadresse, die er zur Einweihung der Pariser Filiale des Crédit Valdôtain im Jahre 1927 sandte, die Filiale als Vorhut der imperialistischen Eroberung Italiens in Frankreich[50]. Im Zuge eines französisch-italienischen Annäherungsversuchs, der von Frankreich ausging, kam es Ende 1927 sogar zu einschränkenden Maßnahmen der französischen Regierung gegen die Italiener im Exil. Die Annäherung war jedoch bereits Anfang 1928 beendet, als sich herausstellte, daß Frankreich die Wünsche Mussolinis nur hinsichtlich Tanger zu berücksichtigen gewillt war, auf dem Balkan jedoch, wo Mussolini mit dem Pakt von Tirana vom November 1926 die Expansion Italiens vorbereitet hatte, keine Zugeständnisse machte[51].

Frankreichs fortgesetzte Nachsicht mit den "fuorusciti" veranlaßte Mussolini im Dezember 1928, seine antifranzösische Stimmung am Aostatal abzureagieren. Ende November 1928 war nämlich der Italiener Di Modugno, der im September 1927 den italienischen Vizekonsul in Paris ermordet hatte, von einem französischen Gericht zu einer nur leichten Gefängnisstrafe verurteilt worden. In Italien

war es daraufhin zu öffentlichen Protestkundgebungen gekommen, und 'Il Popolo d'Italia' vom 1. Dezember hatte Frankreich die "Stunde der Rache" angekündigt[52]. In dieser Stimmung sprach sich Mussolini am 4. Dezember 1928 gegen das Gutachten des Unterrichtsministers Belluzzo, der Turiner Sopraintendenza all'arte medioevale e moderna und der Deputazione di Storia Patria per le Antiche Provincie e la Lombardia, dafür aus, aus nationalen Erfordernissen möglichst alle Ortsnamen des Aostatals zu italianisieren. Seiner Forderung fügte er noch den Gedanken hinzu: "Wir wollen versuchen, die italienische Sprache bis zum Alpenkamm und womöglich darüber hinaus vorzuschieben"[53]. Da es sich bei dieser Äußerung mehr um einen momentanen Affekt als um eine grundsätzliche Frankophobie handelte[54], ließ sich Mussolini von einer radikalen Durchführung seiner Forderung anschließend wieder abbringen. Möglicherweise betrachtete er die Italianisierung der Ortsnamen auch als ein außenpolitisches Druckmittel, dessen er sich Frankreich gegenüber bei anderer Gelegenheit nochmals zu bedienen gedachte.

2. Die Verfolgung des französischen Privatunterrichts und die Italianisierung des Religionsunterrichts

In der Schulpolitik war der Faschismus den Aostanern gegenüber ebenso unnachgiebig wie gegenüber den Südtirolern. Der Versuch der Ligue, mit Hilfe von Gemeindegeldern im Januar 1926 einen privaten Ersatzunterricht für die Anhangstunden zu schaffen, wurde schon im Februar 1926 von den Behörden vereitelt[55]. Ebenso wurde ein Gesuch, das Abbé Trèves über den Klerusverband im Januar 1927 an Unterrichtsminister Fedele mit der Bitte richtete, wenigstens die Benützung der Elementarschulen für den privaten Französischunterricht zu gestatten, im darauffolgenden März, also noch zur Zeit der Lobreden des Duce auf das patriotische Aosta, abgelehnt[56]. Bischof Calabrese

wurde im Oktober 1927 vom Innenministerium nahegelegt, die Tätigkeit des Abbé Trèves für den französischen Unterricht zu überprüfen[57].

Die Situation des privaten Sprachunterrichts im Aostatal kann man nur annähernd mit derjenigen in Südtirol vergleichen. In Südtirol war seit dem Sommer 1925 systematisch eine "Notschule" aufgebaut worden, die seit Oktober 1925 polizeilich verfolgt worden war[58]. Auch im Aostatal versuchten mehrere Pfarrer, solche Schulen einzurichten, indem sie die Erteilung des französischsprachigen Katechismusunterrichts und des damit notwendigerweise verbundenen Sprachunterrichts Laien übertrugen, deren Tätigkeit 1927 - 1928 unter dem Vorwand verboten wurde, sie betrieben eine "scuola abusiva"[59]. Für die umfassende Organisation einer Notschule fehlten im Aostatal jedoch die Voraussetzungen. Es gab keine irredentistische Bewegung, die aus dem Ausland Geld zur Bezahlung der Lehrer geschickt hätte, noch wurde von vielen Aostanern die faschistische Sprachpolitik als besonders drückend empfunden, da der Italianisierungsprozeß im Aostatal seit dem 19. Jahrhundert dauerte. Abbé Trèves klagte im November 1926 darüber, daß es die Eltern nicht bekümmere, daß ihre Kinder kein Französisch mehr lernten[60]. Die beklagte Gleichgültigkeit hatte einen besonderen Grund. Trèves schrieb im Oktober 1927: "Nos pauvres petits ne comprennent plus mot de français"[61]., d.h. die in italienischen Schulen erzogenen Kinder verstanden soviel besser das Italienische als das Schriftfranzösische[62], daß 1929 nur noch 26 von 86 Pfarrern den Katechismus in der Kirche auf Französisch unterrichteten, obwohl der damalige Bischof von Aosta in sprachlicher Hinsicht französisch gesinnt war, und durch das Konkordat von 1929 die Entscheidung über die in der Kirche zu gebrauchende Sprache dem direkten staatlichen Eingriff entzogen war[63].

Einen Kampf zwischen dem Klerus und der Schulbehörde um die Sprache des schulischen Religionsunterrichts, wie er in Südtirol zwischen 1925 - 1928 mit aller Heftigkeit ausgetragen wurde, konnte es im Aostatal nicht geben[64]. Hier wurde nämlich im Gegensatz zu den Neuen Provinzen, die darin dem österreichischen Vorbild folgten, der Religionsunterricht in der Schule nicht vom Klerus, sondern von den Elementarschullehrern erteilt. Obwohl der Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 10. Januar 1924 ausnahmsweise gestattete, den Religionsunterricht "in fremdsprachigen Gebieten" in den Klassen 1 - 3 der Elementarschule in der ortsüblichen Sprache zu erteilen, und diese Ausnahme durch den Schulinspektor von Aosta noch im Februar 1926 bestätigt wurde, als in allen fremdsprachigen Gebieten die Anhangstunden gestrichen wurden[65], erteilten die Lehrer im Aostatal verschiedentlich schon 1924 und 1925 den Religionsunterricht in allen Klassen auf Italienisch[66]. Als ab dem Schuljahr 1928/29 der Religionsunterricht in den Elementarschulen der Neuen Provinzen nur noch auf Italienisch gehalten werden durfte, war auch im Aostatal der französischsprachige Religionsunterricht aus der Schule verschwunden.

3. Der Zusammenbruch des Crédit Valdôtain

Die katholischen Banken in Italien, die hauptsächlich das Geld der ländlichen Bevölkerung aufnahmen, waren Ende des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der deutschen Raiffeisenkassen entstanden. In den Jahren unmittelbar vor und nach dem 1. Weltkrieg waren sie mächtig aufgeblüht. Die Inflation der Jahre 1925 - 1926 und Mangel an Erfahrung waren die Ursache dafür, daß die katholischen Banken große Beträge fest anlegten und sich an größeren Spekulationen außerhalb eines überschaubaren Umkreises beteiligten. Als Mussolinis drastische Deflationspolitik seit dem Herbst 1926 zu einem Preisabbau für landwirtschaftliche Produkte und Geldknappheit führte, kam es zu einem immer stärkeren Rückzug der

Spareinlagen, dem die Banken nicht mehr nachzukommen imstande waren, da sie ihr Geld für Werte angelegt hatten, deren Kurs durch die Deflation stark gefallen war[67]. Im November 1927 kam es in unmittelbarer Nähe des Aostatals zum Zusammenbruch des katholischen Credito Biellese, der wiederum im Mai 1928, einen Monat nach dem Tod des Gründers der Ligue, den Bankrott der Banque Réan nach sich zog. Die Brüder Réan, deren Privatbank den größten Teil der Aostaner Einlagen besaß, wurden unter dem Vorwurf des betrügerischen Bankrotts verhaftet (und 1930 verurteilt). Die Aostaner Faschisten nützten die Situation für sich und brachten die Tätigkeit der Familie Réan für die Ligue und den Bankrott, an dem übertriebene Spekulationen sicher nicht unbeteiligt waren, auf die einfache Formel: Regionalismus und Verteidigung der französischen Sprache sind Schwindel[68].

Die einzige überlebende Lokalbank, der vom Klerus kontrollierte Crédit Valdôtain, geriet trotz der Hilfe der Banca d'Italia im Mai 1928 in große Schwierigkeiten[69]. Die Aostaner Kolonie in Frankreich und das faschistische Banksyndikat der Provinz Aosta baten Mussolini um Hilfe[70]. Finanzminister Volpi lehnte jedoch im Juni 1928 eine staatliche Hilfe für den Crédit mit der Begründung ab, sie sei für den Staatshaushalt absolut untragbar und außerdem müßten die Banken lernen, daß der Staat ihre verlustreichen Spekulationen nicht mit dem Geld der Steuerzahler begleiche. Mussolini schloß sich Anfang Juli dieser Auffassung an[71]. Das faschistische Banksyndikat der Provinz Aosta, dessen Verbandssekretär selbst Angestellter des Crédit war, der Parteisekretär und der Präfekt von Aosta waren sich darin einig, daß die Bank im Interesse der Wirtschaft des Aostatals am Leben erhalten werden müsse. Sie wollten durch eine faschistische Rettungsaktion die Elemente der Volkspartei und des Klerus, die nach ihrer Meinung das Aostatal immer noch geistig und politisch beherrschten, aus der Leitung der Bank verdrängen. Da sich jedoch alle ihre Bemühungen bis September 1928 als erfolglos erwiesen, begünstigten sie, ohne allerdings

einen maßgeblichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu haben, den Zusammenbruch der Bank, den sie gegen den Klerus politisch ausschlachten konnten[72]. Der Crédit hoffte, noch einmal dem Zusammenbruch zu entgehen, als im Dezember 1928 der katholische Bankenverband, Istituto Centrale di Credito, zur Rettung verschuldeter katholischer Banken gegründet wurde. Der Bankverband wurde jedoch wegen der langen Uneinigkeit zwischen Regierung und Vatikan über die Modalitäten der gegenseitigen finanziellen Beteiligung erst arbeitsfähig, als der Konkurs des Crédit, der am 28. Mai 1930 erklärt werden mußte, nicht mehr aufzuhalten war.

Die Ursache für den Konkurs der Bank ist demnach nicht in der Abneigung des Regimes gegen das Aostanertum, sondern zunächst in der allgemeinen finanziellen Situation der katholischen Banken, dann aber in der allgemeinen faschistischen Politik gegenüber den katholischen Provinzbanken in ganz Italien zu sehen. Zwischen 1926 - 1929 gingen 74 katholische Banken mit 1.021 Filialen zugrunde. Die Regierung half nur in Fällen von hohem politischem Interesse[73].

4. Die Aktion gegen La Jeune Vallée d'Aoste

Im Dezember 1932 fiel den Behörden im Aostatal ein Lied mit dem Titel "La clicca dzeusta" in die Hände, das sich gegen die italienische Überfremdung des Aostatals wandte und die Zuwanderer als Parasiten bezeichnete. Das Lied war in den Reihen der Jeune Vallée d'Aoste entstanden und von Abbé Petigat in Paris in einer Sammlung von Aostaner Liedern veröffentlicht worden[74]. La Jeune Vallée war nicht, wie viele ähnliche Vereine in Italien, auf Grund des K. Dekrets vom 6. November 1926, Nr. 1848 über die öffentliche Sicherheit verboten worden, aber sie hatte ab 1928 keine öffentlichen Erklärungen mehr abgegeben[75],

so daß die Behörden der Meinung waren, La Jeune Vallée habe sich aufgelöst. In Wirklichkeit zählte der Verein jedoch Anfang der 30er Jahre rund 40 Mitglieder, von denen die Mehrheit Schüler und Studenten waren. Man versammelte sich im Stillen mit dem zwiespältigen Gefühl, teils die Schar der letzten Aufrechten, teils die Vorhut des neuen Aosta zu sein, nicht um Gewaltaktionen zu planen, sondern um die Aostaner Kultur lebendig zu erhalten[76]. Da dem Präfekten der wiederentdeckte Verein so harmlos erschien, daß er sich im Gegensatz zur faschistischen Miliz weigerte, ihn als Geheimbund zu bezeichnen, konzentrierte sich die Aktion der Präfektur und der Partei auf den Geschäftsmann Dr. Jean Jans, der fälschlicherweise als der Chef der Jeune Vallée d'Aoste und als Autor von "La clicca dzeusta" bezeichnet wurde[77]. Jans war den Faschisten als ehemaliger Direktor des Organs des Partito Popolare, "Le Pays d'Aoste", und wegen ungesühnter angeblicher Mitschuld am Bankrott des Crédit Valdôtain ein Dorn im Auge. Im April 1933 erhielt er zusammen mit dem Aufsichtsratsmitglied des Crédit Valdôtain, Dr. Alfonse Chatrian, eine Polizeistrafe[78]. Der Vorwurf des Irredentismus wurde Jans nicht gemacht, wohl aber der des doppelten Antifaschismus. Dieser ergab sich einmal aus der Tatsache, daß nach der faschistischen Ideologie die italienische Nation und der Faschismus identisch waren und folglich die offene Verteidigung des Aostanertums gegen die italienische Überfremdung als antifaschistisch galt[79]. Andererseits zeigte sich der bewußt politische Antifaschismus des Dr. Jans in seiner Beziehung zu Abbé Petigat in Paris, der "La Clicca dzeusta" gedruckt hatte und der von den Behörden als Agent der Concentrazione antifascista in Frankreich und der christdemokratischen Internationale zugleich betrachtet wurde[80].

Obwohl der Präfekt von Aosta dem Innenministerium im Dezember 1932 dargelegt hatte, daß es im Aostatal keinen Irredentismus gebe, daß sich das Festhalten an der französischen Sprache außer bei einigen wenigen Antifaschisten

aus der Tradition erkläre und diese mit dem unausweichlichen Vordringen der italienischen Sprache verschwinden werde[81], fuhr die italienische Sicherheitspolizei fort, die Existenz eines französischen Irredentismus im Aostatal zu behaupten. In ihren Akten befindet sich eine Mappe mit der Aufschrift "Aosta: irredentismo francese", die lediglich die Ablichtung eines Briefs enthält, den Herzog Beauffremont am 8. Juni 1933 aus Paris an Abbé Trèves sandte[82]. Der Herzog stammte aus einem Aostaner Geschlecht, war an der Sprache und Kultur des Aostatals interessiert und Mitglied der Ligue Valdôtaine und der Jeune Vallée d'Aoste. Schon der weiter oben zitierte Aufsatz von "Il Maglio" vom Juni 1923 hatte den Herzog irredentistischer Tätigkeit beschuldigt, die jedoch der italienische Botschafter in Paris in Abrede gestellt hatte[83]. Der Inhalt des Briefs an Trèves vom Juni 1933 war so harmlos, daß auch die Sicherheitspolizei es zugeben mußte. Ihr Mißtrauen war aber gleichzeitig so groß, daß sie ihn als "scheinbar harmlos" bezeichnete und die weitere Überwachung der "französischen Bewegung" im Aostatal versprach.

Nach dieser Zeit bis zum Tod des Gründers Abbé Trèves im Jahre 1941 sind keine weiteren Nachrichten über La Jeune Vallée oder eine ähnliche regionale Vereinigung im Aostatal bekannt[84].

5. Die Sprachpolitik Bischof Imbertis

Als im Mai 1932 Bischof Calabrese von Aosta, der in Frankreich geboren war und fließend französisch gesprochen hatte, starb, gab Justizminister Rocco im darauffolgenden Juni dem Vatikan zu verstehen, daß sich die Geistlichen der Diözese Aosta zuviel mit Dingen außerhalb ihres Amtes beschäftigten und daß die Regierung

deshalb als Nachfolger Calabreses einen Mann aus einer anderen Gegend sehen wolle, der auf den Klerus einen patriotischen Einfluß ausüben könne[85]. Der Vatikan ernannte daraufhin im Juli mit Francesco Imberti zum ersten Mal einen nichtfranzösischsprachigen Bischof für die Diözese Aosta. Durch Imberti wurde die schon 1923 von Abbé Trèves erwähnte Spaltung des Klerus in eine italienische und eine französische Richtung immer mehr zugunsten der ersteren entschieden[86]. Freilich ist zu bedenken, daß die starke italienische Zuwanderung und auch die verbreitete Indifferenz der einheimischen Bevölkerung diese Entwicklung mitbeeinflußten[87]. Im Dom von Aosta wurde ab Dezember 1932 nur noch italienisch gepredigt[88]; die Hirtenbriefe, mit Ausnahme der Fastenbriefe, waren nur noch italienisch verfaßt; das Diözesanblatt wurde 1934 stark italianisiert[89]; auf Weisung des bischöflichen Ordinariats mußten ab Januar 1935 alle Pfarrblätter und Pfarrregister italienisch geschrieben werden, und der Katechismusunterricht in der Kirche, den bereits 1929 zwei Drittel der Aostaner Pfarrer auf italienisch erteilt hatten, durfte nur noch italienisch sein, wenn auch einzelne Pfarrer in abgelegenen Tälern diese Vorschriften nicht beachtet haben[90]. Eine Ausnahme in dieser Reihe von Italianisierungsmaßnahmen bildete auch die katholische Wochenzeitung "La Revue Diocésaine", die bis zu ihrem Ende in der heftigen antifranzösischen Kampagne vom November 1938, als Mussolini sich mit der Absicht trug, Korsika zu annektieren, überwiegend französisch geschrieben war[91]. Das Ende der französischsprachigen Presse im Aostatal geht auf eine Verfügung der Regierung zurück. Gleichzeitig wurde in den Waldensertälern südlich von Aosta, die bis dahin mit einer großzügigeren Behandlung rechnen konnten, die französische Sprache in Religionsunterricht, Gottesdienst, Sprachkursen und Presse verboten[92].

Im September 1940 ließ das Innenministerium Bischof Imberti mitteilen, daß künftig im Aostatal nur noch auf

Italienisch gepredigt werden dürfe. Die Apostolische Nuntiatur legte daraufhin am 8. Oktober dem Innenministerium dar, daß Bischof Imberti in den vergangenen acht Jahren seit seinem Amtsantritt "sehr viel getan habe, um allmählich und ohne Schaden für die geistlichen Interessen der Gläubigen" das Italienische statt des Französischen in der Seelsorge einzuführen. Nach Auskunft der Nuntiatur war im Jahre 1932 in nur zwei der 86 Aostaner Pfarreien italienisch gepredigt worden, während jetzt die Predigt nur noch in ca. 30 Gemeinden französisch gehalten wurde, in denen die Pfarrer meist über 70 Jahre alt waren oder die alten Leute nicht genügend Italienisch verstanden. In absehbarer Zeit, fuhr die Nuntiatur fort, könne man das Französische in der Seelsorge ganz abschaffen. Die von der Regierung gewünschte sofortige Beseitigung sei jedoch zum Schaden der Gläubigen, deren Bedürfnisse Artikel 22 des Konkordats schütze[93].

Das Schreiben der Apostolischen Nuntiatur bestätigt den allgemeinen Eindruck, daß der Vatikan hinsichtlich des Aostatals seit 1932 die Assimilierungspolitik der Regierung begünstigte und lediglich darauf Wert legte, daß die katholische Lehre der Bevölkerung auf verständliche Weise nahegebracht wurde.

6. Die Italianisierung der Aostaner Ortsbezeichnungen

Vegezzi-Ruscalla hatte bereits 1861 eine Liste italianisierter Aostaner Ortsnamen angeboten[94]. Dagegen war Ettore Tolomei, trotz seiner meist künstlichen Umformungen deutscher Ortsnamen in Südtirol, gegenüber den Aostaner Ortsnamen tollerant[95]. Er fand sie im Gegen-

satz zu dem "esotismo barbaro" der Südtiroler Ortsnamen nicht störend, weil, wie er schrieb, im Aostatal der italienische Dialekt ins Französische übergehe, deren beider Wurzel das Latein sei[96].

Als sich im Jahre 1927 der in Aosta tätige Gymnasiallehrer Pio Luigi Marini mit der Italianisierung der Gemeindenamen zu beschäftigen begann, waren lediglich die Ortsnamen der provenzalischsprachigen Gemeinden südlich des Aostatals im Rahmen des massiven Zuzugs von Piemontesen im Laufe des 19. Jahrhunderts italianisiert worden[97]. Ungeachtet der frankophilen Haltung Tolomeis, setzte sich Marini bei den Behörden für eine Italianisierung der Aostaner Ortsnamen nach dem Vorbild des Oberetscher Prontuario ein, wobei er den Grundsatz vertrat, das Italienische, nicht das Französische, sei Erbe der Sprache Roms[98]. Im September 1928 forderte der Präfekt von Aosta auf Drängen der Faschisten der Provinz von der Sovrintendenza all'Arte Medioevale e Moderna in Turin eine Liste der Aostaner Ortsnamen in italienischer Form[99]. Die Sovrintendenza verhielt sich dieser Forderung gegenüber jedoch ebenso ablehnend wie Unterrichtsminister Belluzzo. Dagegen war, wie wir bereits gesehen haben, Mussolini in einem Moment der Verärgerung über Frankreich begeistert und sprach die Hoffnung aus, die italienische Sprache über den Alpenkamm vorschieben zu können[100]. Damit näherte er sich der vor allem von dem Geologen und Exponenten der Dante Gesellschaft, Paolo Vinassa, vertretenen These, daß die natürliche Nordgrenze Italiens die Alpenmittelkette sei[101]. Allerdings waren die Anweisungen, die der Privatsekretär Mussolinis, Gerbore, der selbst Aostaner war, am 4. Dezember 1928 dem Präfekten von Aosta gab, wesentlich gemäßigter. Er schlug vor, dem Duce von Zeit zu Zeit einzelne gezielte Vorschläge zu machen[102]. Der Touring Club Italiano sprach sich 1930 in seinem Band über Piemont offen gegen die Italianisierung der Aostaner Ortsnamen aus, da sie mit dem Gebiet und seiner Geschichte zu eng verbunden seien[103].

Auch die Turiner Sovrintendenza verweigerte zusammen mit dem Unterrichtsminister 1937 noch einmal die Zustimmung, als die Behörden im Aostatal die Idee der Italianisierung der Ortsnamen wiederaufnahmen[104]. So ist es zu erklären, daß, angefangen von der Italianisierung von "Villeneuve" zu "Villanova Baltea" im Oktober 1928, bis zum Jahre 1938 nur sieben Gemeindenamen italianisiert wurden[105].

Erst infolge der antifranzösischen Kampagne vom November 1938 gab das Innenministerium im Januar 1939 dem Präfekten von Aosta den Auftrag, eine Kommission mit der Italianisierung der Aostaner Gemeindenamen zu beauftragen[106]. Im Mai 1939 erfolgte die Umwandlung von "Aymaville" zu "Aimavilla", und das K. Dekret vom 22. Juli 1939, Nr. 1442 verfügte die Abänderung von 32 weiteren Gemeindenamen. Das Unterrichtsministerium, das bereits im März 1939 die Italianisierung der Straßennamen der Stadt Aosta gebilligt hatte, die Mussolini selbst, wie wir sahen, im Jahre 1927 aufgeschoben hatte, leistete jetzt keinen Widerstand mehr[107].

Immerhin fand es die faschistische Presse auch jetzt noch notwendig, auf die rücksichtsvolle Art, mit der bei der Italianisierung der Ortsnamen vorgegangen werde, zu verweisen, eine Haltung, die für die gesamte Italianisierungspolitik des Faschismus im Aostatal charakteristisch war[108]. Schon im Februar 1926 hatte der Unterpräfekt von Aosta Mussolini mitgeteilt, die Anhangstunden seien "con molto tatto" abgeschafft worden, und im Dezember 1932 hatte der Präfekt von Aosta dem Innenministerium empfohlen, die französische Sprache im Aostatal "con particolare tatto" zu behandeln[109]. Die Rücksichtnahme auf die Gefühle der Aostaner nahm manchmal geradezu groteske Formen an, so z.B., wenn zu einer Zeit, als der faschistische Parteiverband und Mussolini die Gemeindenamen italianisieren wollten, der Bürgermeister von Villeneuve alle diejenigen für verrückt erklärte, die an eine solche Absicht glaubten[110]; oder wenn die faschistische Presse seit Dezember 1937 den immer noch nicht ausgerotteten Französischkenntnissen der

Aostaner den neuen Sinn gab: "Il faut toujours connaître la langue de l'ennemi"[111].

Die "Rückführung" der Nachnamen italienischen oder lateinischen Ursprungs, von der unter dem Faschismus ca. 13.000 Südtiroler und ca. 45.000 Slawen betroffen waren, wurde im Aostatal nicht durchgeführt[112]. Sie wurde zwar in "La Provincia d'Aosta" vom 3. Oktober 1940 auch für das Aostatal empfohlen, es ist aber nicht bekannt, wie die Regierung zu dieser Empfehlung stand[113].

Exkurs

1. Die Bedeutung des Wortes "razza" bei Mussolini und Tolomei im Zusammenhang mit der Minderheitenpolitik des Faschismus

Tolomei verfocht seit 1890 nicht nur die geographische Italianität Südtirols, sondern auch die ethnische Italianität der Südtiroler, indem er das gesamte "Alto Adige" als italienisch-deutsches Mischgebiet darstellte[1]. Zur Betonung der Gemischtheit der Bevölkerung sprach er im Jahre 1906 von 150.000 "Fremden" neben 40.000 italienischen und ladinischen "Atesini" und im Jahre 1922 von 120.000 wirklichen Deutschen neben 80.000 Italienern, wobei die verschiedenen Angaben nicht das Ergebnis einer tatsächlichen Bevölkerungsverschiebung, sondern dasjenige der willkürlichen Einschätzung Tolomeis waren[2]. Die österreichische Volkszählung von 1910 nannte nämlich für Südtirol (einschließlich Ampezzo) 224.387 Deutschsprachige (darunter 4.314 Reichsdeutsche), und selbst die offizielle italienische Volkszählung von 1921, die erst 1925 revidiert veröffentlicht wurde, gab (einschließlich Ampezzo) 193.362 deutschsprachige italienische Staatsbürger und 24.519 deutschsprachige Staatsfremde an[3]. Während sich Tolomei 1890 für die "natürliche Absorbierung" der Südtiroler aussprach, hoffte er 1915, sie könnten nach dem Krieg ausgesiedelt werden. 1917 wünschte er, daß wenigstens die deutsche Auswanderung und die italienische Einwanderung in Südtirol so groß sein würden, daß man von einer Erneuerung der Bevölkerung sprechen könne[4]. Als durch den Friedensvertrag von St. Germain seine Aussiedlungswünsche zunichte gemacht wurden, mußte er vorläufig zu seiner älteren Forderung nach Assimilierung der Südtiroler zurückkehren. Dennoch setzte er seine Aussiedlungsbemühungen 1923 fort, indem er die Einrichtung einer Auswanderungsstelle für die "arbeitslose oder ersetzte deutsche Landbevölkerung" forderte, deren Verdrängung er durch den Aufkauf ihrer Güter seitens einer staatlichen Bodenkreditanstalt, des Credito Atesino, gefördert sehen wollte[5]. Im Jahre 1936 empfahl er, aus jedem

Südtiroler Dorf rund 20 Familien, also aus Südtirol insgesamt rund 12.000 Deutsche, auszuweisen und in Abessinien anzusiedeln, damit in Südtirol Platz für italienische Bauern entstehe[6].

Tolomei zog die Aussiedlung der Assimilierung vor, weil er an einen starken rassisch-biologischen Unterschied zwischen Südtirolern und Italienern glaubte. Gestützt auf die deutschsprachige antibayrische Literatur bezeichnete er 1915 die Südtiroler als "mindere Rasse" ("razza inferiore") und als die "gröbste, rückständigste, unverfälscht barbarischste deutsche Abart", die den Italienern aus dem hochbegabten Stamm der Veneter weit unterlegen sei[7]. Dieses Urteil war nicht ein zufälliger Ableger der innerdeutschen Nord-Süd-Polemik, vielmehr blieb die Südtiroler Bevölkerung, auch als die offizielle Literatur des Faschismus fast nur noch auf ihre guten Eigenschaften hinwies, für Tolomei "materialistisch" und "primitiv". Hierbei war allerdings offen, welchen Teil der Bevölkerung diese Geringschätzung im einzelnen traf, da Tolomei gleichzeitig die Italianität aller Südtiroler, die sich aus der Italianität des Oberetscher Bodens ergab, betonte. Aus ihr leitete er sogar das Italienische als die Mutter-Boden-Sprache der Südtiroler ab[9], um eine ideologische Grundlage für ihre Assimilierung zu haben, solange sie Italien nicht um- oder aussiedeln konnte.

Mussolini übernahm, wie wir sahen, schon 1911 Tolomeis Behauptung von der Gemischtsprachigkeit Südtirols bis zum Brenner, wollte sich aber noch im Januar 1915 mit der sogenannten napoleonischen Grenze zwischen Bozen und Brixen zufrieden geben[10]. Nach dem ersten Weltkrieg bezeichnete er immer wieder die Brennergrenze als rein strategische Notwendigkeit und empfahl für die nach seinen Angaben 150.000 - 160.000 Deutschen in Südtirol eine Kultur- und Verwaltungsautonomie[11], während er bereits wie die Nationalistenpartei mit Verachtung von der "wilden", "primitiven", "barbarischen" und "minderen Rasse" der Slawen sprach, die er zu assimilieren, bzw. mit Feuer und Schwert auszurotten

forderte[12]. Erst nach dem Bozner Blutsonntag im April 1921 betonte er die geographische, historische und ethnische Italianität Südtirols[13]. Dieser Wandel entsprach einer allgemeinen Zunahme nationalistischen Gedankenguts in seinen Äußerungen. Schon im November 1920 hatte er die Italiener Dalmatiens dafür gelobt, daß sie der "razza" wie einer Religion anhingen und dem Ruf der ewigen und nicht zu unterdrückenden Stimme der "stirpe" folgten[14]. Anfang April 1921 sprach er von den "vincoli di razza" und dem "orgoglio di razza", die alle Italiener in der Welt, auch diejenigen, die keine Italiener mehr sein wollten, einten[15], während er es noch im März 1919 den Tessinern und Korsen freigestellt hatte, sich zu Italien zu bekennen oder nicht[16].

In seiner Antrittsrede im Parlament im Juni 1921 und als Regierungschef trieb Mussolini die Betonung der ethnischen Italianität der Südtiroler noch weiter als im April 1921. In der Auseinandersetzung mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Held am 6. Februar 1926 reduzierte er die Südtiroler auf ein "ethnisches Relikt" von 100.000 deutschstämmigen Personen, und in einem Augenblick besonderer Verärgerung über Stresemann sprach er am 26. Mai 1927 von den Südtirolern als von einer Minderheit von Italienern, die seit einem halben Jahrhundert einen deutschen Dialekt als Umgangssprache sprächen[17]. Auffällig hierbei ist, daß derselbe Mussolini, der den Rassenstolz und die Rassenbande der Italiener pries und gelegentlich die deutsche Barbarei brandmarkte[18], keine Schwierigkeit hatte, immer mehr Südtiroler zu ursprünglichen Italienern zu erklären, je länger er die Südtirolfrage in der Öffentlichkeit diskutierte. Dieser Widerspruch erinnert an den bei Tolomei gefundenen, erklärt sich aber ganz anders.

Wenn Mussolini die deutsche Barbarei angriff, meinte er damit eine geistige und sittliche Unkultur, zu der er insbesondere die deutsche Einbildung auf die eigene "Kultur" rechnete, dachte aber nicht an ein biologisches Rassemerkmal. Ebenso sah er den "blocco latino", die Allianz der

romanischen Völker gegen die germanische Barbarei nicht in einer Bluts-, sondern in einer Kulturgemeinschaft begründet[19]. Was er über den "blocco latino" sagte, galt ähnlich hinsichtlich der italienischen Rasse, durch die, wie er sich ausdrückte, wie durch ein Destilliergerät alle Rassen hindurchgegangen seien. Bis zur Einführung der antisemitischen Rassengesetze im Zuge der deutsch-italienischen Annäherung im Jahre 1937 hatte für Mussolini das Wort "razza" keine biologische Bedeutung, sondern bezeichnete ein Bewußtseinsphänomen[20]. Das im Jahre 1929 vom Istituto nazionale fascista di Cultura in Rom veröffentlichte Werk von Luca dei Sabelli "Nazioni e minoranze etniche" stellte fest, Rassemischung sei die Bedingung zur Entstehung von Nationen und die Grundlage zur Erneuerung der Welt, deshalb sei die Assimilierung und Absorbierung von Minderheiten in großen Nationen "natürlich"[21].

Die Rasse im biologischen Sinne interessierte Mussolini nicht. In dem bereits erwähnten Schreiben vom 1. November 1925 an alle Staatssekretäre sagte er offen, daß die Behauptung, die Südtiroler seien ethnisch betrachtet Italiener, rein ideologischen Zwecken diene, und er gebrauchte ungeniert die Bezeichnungen "gruppi allogeni", "popolazioni allogene" und "zone allogene"[22], obwohl in der Gerarchia vom September 1925 der Hinweis gestanden hatte, man solle in Italien nicht von "popolazioni allogene", sondern höchstens von "popolazioni alloglotte" sprechen[23]. Ebenso schrieb Mussolini in seinem Brief vom 15. Januar 1927 an den Präfekten von Bozen "tedeschi" und "allogeni" und empfahl "gli attuali tedeschi" nicht zu Italienern machen zu wollen, sondern der neuen Generation "una impronta italiana", ein italienisches Gepräge durch die Schule zu geben[24]. In der Wortwahl für den internen Gebrauch zeigte sich also, daß Mussolini die Nationalität nicht als Ergebnis der Abstammung, sondern der Erziehung ansah und daß die ethnische Italianität der Südtiroler nur als Ideologie für die breite Masse gedacht war.

Zusammenfassend kann man sagen, daß "razza" für Tolomei einen schwer überbrückbaren biologischen Unterschied zwischen den Völkern bedeutete, dem man am besten dadurch Rechnung trug, daß man diese Völker von einander getrennt hielt. Für Mussolini dagegen war "razza" ein Kultur- und Bewußtseinsphänomen, das man durch Erziehung schaffen konnte. Während die Assimilierungspolitik des Faschismus dem Razzabegriff Mussolinis kongenial war, war sie für Tolomei nur eine Notlösung, solange eine rassische Trennung durch Aussiedlung nicht möglich war.

2. Die Darstellung der ethnischen Minderheiten im faschistischen Italien

Das liberale Italien sah in der strengen Erziehung, Disziplin und Religiosität der Südtiroler eine Übertreibung, die es mit geistiger Beschränktheit gleichsetzte[25]. Auch Mussolini stellte in diesem Sinne in "Il Popolo d'Italia" vom 30. April 1921 fest, die Südtiroler verständen weder Bitten, noch Ermahnungen, sondern nur Befehle und deuteten die "lateinische Höflichkeit" als Schwäche. Diese Ansicht wurde beinahe bestätigt durch die Äußerung, die der Südtiroler Abgeordnete von Toggenburg einer italienischen Zeitung gegenüber im Januar 1922 machte, ein faschistischer oder nationalistischer Gouverneur wäre ihm lieber als Generalzivilkommissar Credaro[26].

Die unitalienische Eigenschaften der Südtiroler bekamen eine positive Interpretation, sobald sich der Faschismus anschickte, die Macht in Italien zu übernehmen. Deutsche Verhaltensweisen, auch wenn sie der lateinischen Höflichkeit widerstrebten, hatte schon der italienische Nationalist Scipio Sighele seinen Landsleuten empfohlen. Er schrieb im Jahre 1909 im Vorwort zu Federzonis "Per l'italianità del 'Gardasee'", die Hartnäckigkeit, mit der die deutschen Touristen in Italien ihre Tracht trügen und ihre

ungefällige Sprache gebrauchten, sei lächerlich und unsympathisch, aber mutatis mutandis nachahmenswert[27]. Die Turiner "Gazzetta del Popolo" vom 17. Oktober 1922 schrieb im Hinblick auf den Marsch auf Bozen, die Faschisten seien im Begriff, mit den deutschen Tugenden der Disziplin und Ordnung ein neues Italien zu schaffen. Die "Gerarchia" vom September 1925 und die "Educazione Fascista" vom April 1927 beschrieben die Südtiroler als eine körperlich, geistig und moralisch gesunde Bevölkerung, die ehrlich, arbeitsam, diszipliniert, sauber und tief religiös sei, und weder fluche, spucke noch zotige Reden führe[28]. Neben diesen mustergültigen Südtirolern schnitten die aus Alt-Italien eingewanderten Italiener nach dem Urteil ihrer eigenen Landsleute schlecht ab. Ciarlantinis "Athesinum" galt der italienischen Behörde als "Parasitennest"[29], und Ciarlantini selbst beschimpfte seine Landsleute in Südtirol als "Abenteurer"[30]. Der Bozner Parteisekretär Barbesino sprach in "Il Piccolo Posto" vom 9. Dezember 1922 von seinen Landsleuten in Südtirol als einem "starken Prozentsatz des Auswurfs aus allen Gebieten Italiens", und der Präfekt Guadagnini stellte Anfang November 1924 fest, daß der Faschismus in der Venezia Tridentina von recht zweifelhaften Elementen importiert worden sei[31]. Mussolini, Tolomei und der Trentiner faschistische Abgeordnete Lunelli forderten zu verschiedenen Anlässen, nach Südtirol nur tadellose Italiener zu senden, bis der kommissarische Parteisekretär Giarratana es sich verbat, mit solchen Forderungen weiterhin die "Diffamierung" der Italiener in Südtirol zu unterstützen. Daß es sich dabei keineswegs um reine Diffamierung handelte, wußte auch Giarratana, der erst ein halbes Jahr zuvor den Direktor der faschistischen Zeitung in Bozen, Negrelli, der Korruption überführt hatte[32].

Beinahe könnte man sagen, die Südtiroler erschienen in den faschistischen Zeitschriften als Prototypen des neuen faschistischen Menschen, den Mussolini als nicht geschwätzig, mutig, arbeitsam und äußerst diszipliniert kennzeichnete[33]. Allerdings hatten die Südtiroler den Fehler, daß sie als

oberste Autorität nicht die faschistische Regierung, sondern die eigene politische Führung und den einheimischen Klerus anerkannten. Die Regierung und die Behörden versuchten dies dadurch zu vertuschen, daß sie einen Trennungsstrich zwischen dem guten Südtiroler Volk, das angeblich mit den Maßnahmen der Regierung zufrieden war, und den pangermanistischen Hetzern der bürgerlichen Intelligenz zogen[34]. Wie künstlich diese Trennung war, wußten die Behörden freilich sehr wohl. Guadagnini schrieb im Oktober 1924, in einer eigenen Provinz Bozen werde die Mehrheit der Bevölkerung Italien immer feindlich gegenüberstehen, und Mussolini ließ im November 1925 die Staatssekretäre wissen, die Bevölkerung der Neuen Provinzen leiste der Assimilierungspolitik zähen Widerstand[35]. Giarratana sagte im Januar 1928, eine offene Rebellion der Südtiroler Bevölkerung gebe es nicht, wohl aber einen allgemeinen, raffiniert geführten Widerstand gegen alles Italienische[36]. Der Vorsitzende der Legione Trentina, Cristofolini, wagte es sogar im August 1928 offen im "Trentino" zu schreiben, die Mehrheit der Südtiroler seien Separatisten[37].

Über die Darstellung der Slawen und Aostaner in der faschistischen Presse können wir nur einige kurze Bemerkungen machen. Während es üblich war, den italienischen Patriotismus der Aostaner hervorzuheben[38], den sie in besonderer Weise als Alpenjäger im Weltkrieg gezeigt hatten, gingen die abwertenden Aussagen über die Südslawen, die bei Mussolini bereits Anfang 1919 laut geworden waren, unter dem Faschismus weiter[39]. Die Hauptursache hierfür war wohl der Widerstand gegen die faschistische Assimilierungspolitik, den die slawische, im Gegensatz zur Südtiroler Minderheit, teils mit terroristischen Methoden führte. Die "Gerarchia" vom September 1925, die die Südtiroler den Italienern als mustergültig vorhielt, bezeichnete die Slawen der Venezia Giulia als "exotische Rassen niederer Kultur". Im September 1927 bestritt dieselbe Zeitschrift den Südslawen das Recht auf staatliche Unabhängigkeit, da sie bis 1918 eine habsburgertreue ländliche Bevölkerung ohne nationales Bewußtsein gewesen seien[40]. Angesichts des Triestiner Terroristen-

prozesses, der am 6. September 1930 mit vier Hinrichtungen endete, schrieb "Il Popolo d'Italia" vom 7. September 1930: "Haben denn Wanzen, die in eine Wohnung eindringen, vielleicht ein Volkstum? Das ist die historische und moralische Stellung, welche die innerhalb unserer Grenzen wohnenden Slowenen einnehmen"[41].

Zusammenfassung

Der Faschismus rechtfertigte seine Minderheitenpolitik in Südtirol mit dem Hinweis auf (1.) die Tradition und Verfassung Italiens, (2.) das Vorbild anderer Länder, (3.) die ethnische Italianität und (4.) den Irredentismus der Südtiroler. Diese Hinweise waren nur teilweise oder garnicht zutreffend.

(ad 1.) Das liberale Italien hatte zwar seit 1861 die Italianisierung der Aostaner betrieben, ihnen jedoch bis zur völligen Beseitigung der französischen Unterrichtssprache 50 Jahre Zeit gelassen und das Französische als Sprache der Gemeindeverwaltung und Notariate nie abgeschafft. Das Albertinische Statut, die italienische Verfassung, machte zwar über die Amts- und Schulsprache keine Aussage, war aber schon im Königreich Sardinien-Piemont in Geltung, als die Behörden in Turin und Savoyen miteinander französisch korrespondierten und die französischsprachigen Gebiete die französische Unterrichtssprache hatten. Das Schweigen der Verfassung konnte also schwerlich allein zugunsten des Italienischen ausgelegt werden, wie es der Faschismus tat.

(ad 2.) Die Berufung auf die Assimilierungspolitik anderer Länder war willkürlich, da für die Behandlung der von der Habsburger Monarchie übernommenen Neuen Provinzen nicht das französische oder preußische, sondern das österreichische Vorbild naheliegend war.

(ad 3.) Das fadenscheinigste aller Argumente, die ethnische Italianität der Südtiroler diente dem Faschismus dazu, die italienische Öffentlichkeit glauben zu machen, die Regierung stelle lediglich einen alten Zustand wieder her. Selbstverständlich glaubten weder Mussolini, noch Tolomei an diese Italianität der Südtiroler. Tolomei betrachtete die Südtiroler als mindere Rasse und bemühte sich, sie aus Südtirol zu verdrängen. Mussolini dagegen betrachtete die "razza italiana" als das Ergebnis eines Erziehungsprozesses, dem

der Faschismus alle Italiener unterziehen mußte und bei dem die Südtiroler Tugenden: Disziplin, Fleiß, Sauberkeit und Religiosität der italienischen Nation sogar als Vorbilder dienen konnten.

(ad 4.) Das schwerwiegendste aller Argumente, die dem Faschismus zur Rechtfertigung seiner Assimilierungspolitik dienten, war die Gefahr des Irredentismus in den Neuen Provinzen. Niemand wird bestreiten, daß die Mehrzahl der 220.000 Deutschen und über 400.000 Slawen in Südtirol und der Venezia Giulia der Annexion durch Italien ablehnend gegenüberstanden und Italien dementsprechend um die dauerhafte Sicherung seines neuen Besitzes besorgt sein konnte. Da jedoch auch die 70.000 Personen zählende Aostaner Minderheit, trotz ihres von faschistischen Quellen mehrfach bestätigten italienischen Patriotismus, in sprachlicher Hinsicht nicht wesentlich besser behandelt wurde als die Südtiroler und Slawen, erweist sich auch dieses Argument als wenig überzeugend.

Um die Überstürzung, Pedanterie und Härte der faschistischen Minderheitenpolitik in den Neuen Provinzen zu erklären, sind die von faschistischer Seite gegebenen Hinweise auf die Tradition und Verfassung Italiens, das Vorbild anderer Länder, den Irredentismus oder gar die ethnische Italianität der Minderheiten nicht ausreichend, vielmehr muß man die Ursachen der faschistischen Minderheitenpolitik in der Entstehung des Faschismus und seiner allgemeinen Innen- und Außenpolitik suchen.

Der Faschismus gab von seinen Anfängen an vor, innenpolitische Konflikte und Probleme durch die Außenpolitik lösen zu können. Das Ziel der faschistischen Politik, die Entwicklung Italiens, wurde rein machtpolitisch betont: Italien sollte durch wirtschaftliche und territoriale Expansion Großmacht werden. Durch diesen außenpolitischen Zweck rechtfertigte der Faschismus die innenpolitischen Mittel, nämlich Produktion und Disziplin, die wiederum nur durch die Einheit der Nation zu erreichen waren. Nach national-

faschistischer Darstellung kämpfte Italien an zwei Fronten, nach außen gegen die reichen Großmächte, die ihm den gebührenden Platz in der Welt vorenthielten, und nach innen gegen die Subversion der Sozialisten und Kommunisten, die die Einheiten der Nation und damit ebenfalls ihre Expansion gefährdeten. Bezeichnenderweise traten die ersten Squadre in der Geschichte des Faschismus, geführt von Rechtsanwalt Francesco Giunta, in Triest in Aktion, wo im slawischen Sozialismus feindliches Ausland und Subversion sich die Hände reichten. In Triest fühlte sich das italienische Bürgertum, das nicht nur seine führende soziale Stellung behaupten wollte, sondern auch einen Anspruch auf weite Gebiete des Balkans zu haben glaubte, vom "Jugobolschewismus" bedroht.

Anders war die Lage in Bozen, wo auf Grund der fehlenden Industrie und wegen des geringen Anteils der Italiener an der Bevölkerung die ethnisch-soziale Polarisation fehlte. Hier konnte der Faschismus nicht als Vorkämpfer gegen den Sozialismus, sondern nur als "Vorhut der echten Italianität" auftreten. Im Februar 1921 gründeten 120 Italiener, von denen fast alle Kaufleute aus den Alten Provinzen waren, den Bozner Fascio als Interessenverband gegen die deutsche Konkurrenz, die sie auf Grund der noch geltenden österreichischen Gewerbeordnung und der ausschließlich deutschen Amtsführung als einseitig begünstigt empfanden. Die erste faschistische Besetzung Bozens durch 400 Faschisten leitete der in Trient als Holzhändler tätige Süditaliener Achille Starace im April 1921. Sie erfolgte anläßlich der Bozner Mustermesse, auf der nach Aussage der faschistischen Presse italienische Firmen von der Messeleitung boykottiert worden waren. Die faschistische Aktion sollte außerdem eine angeblich irredentistische Südtiroler Demonstration verhindern. Die nächste Besetzung zur Durchsetzung der Rechte Italiens in Südtirol, den Marsch auf Bozen, führte Anfang Oktober 1922 mit 1.200 Squadristi der Vorkämpfer gegen die Subversion der ethnischen Minderheiten, Francesco Giunta, durch, der sieben Monate zuvor in Fiume eine neue Regierung eingesetzt hatte.

Mussolini machte sich vor seiner Machtergreifung ein paar allgemeine Gedanken über die Behandlung der Minderheiten. Schon Ende 1918 forderte er, die "wilden" und "primitiven" Slawen zu assimilieren, während er den Südtirolern bis April 1921 Kultur- und Verwaltungsautonomie zugestehen wollte, um das Aufkommen eines deutschen Irredentismus zu verhindern. Im übrigen folgte er dem Gang der Ereignisse. Nach Giuntas Angriff auf das Hauptquartier der slowenischen Organisationen in Triest im Juli 1920 forderte er, die Slawen mit Feuer und Schwert zu behandeln; nach Staraces Aktion gegen Bozen im April 1921 ließ er das Zugeständnis der Autonomie fallen und forderte, dem Programm der Faschisten der Venezia Tridentina und Tolomeis entsprechend, die Durchsetzung der Zweisprachigkeit in Südtirol. Eine Initiative bei den faschistischen Aktionen in Südtirol und in der Venezia Giulia ergriff Mussolini nicht.

Zu Beginn seiner Amtszeit als Ministerpräsident versprach Mussolini den Südtirolern und Slawen, ihre "Rechte" und Interessen berücksichtigen zu wollen. Auch der sogenannte Bozner Burgfriede, den der faschistische Parteisekretär von Bozen und der Deutsche Verband im Januar - Februar 1923 angesichts bevorstehender Gemeindewahlen miteinander aushandelten, der aber noch der Zustimmung des faschistischen Großrats bedurfte, gehört in diesen Zusammenhang. Seit Paul Herre (1927) wurden die Burgfriedensverhandlungen meist als Ausdruck der grundsätzlich Südtirol-freundlichen Haltung Mussolinis gedeutet, die jedoch am Widerstand der italienischen Nationalisten gescheitert sei. An dieser Darstellung war richtig, daß Mussolini zu den Verhandlungen seine Zustimmung gegeben und die Leitlinien skizziert hatte, nicht zutreffend dagegen war die für das Scheitern angenommene Ursache. Der Burgfriede kam schon deshalb nicht zustande, weil der Deutsche Verband die Bedingung gestellt hatte, eine im Januar 1923 erfolgte Verwaltungsregelung, die die unmittelbare Italianisierung des Bozner Unterlands bedeutete, rückgängig zu machen; er wurde von Preziosi, der als Vorsitzender der Kommission für die Verwaltungsreform besonderes Gewicht hatte, abgelehnt und von der Mehrheit der

Parteiführung als eine Rückkehr zur Politik der Schwäche Italiens verworfen. Selbst wenn Mussolini in der Großratssitzung vom 12. März 1923 am Brugfrieden noch festgehalten hatte, was wir leider nicht wissen, wäre die Entscheidung des Großrats kein Sieg eines nationalistischen Flügels über einen minderheitenfreundlichen gewesen; denn Mussolini hatte das "Recht" der Südtiroler auf ihre Sprache zum Gegenstand eines auf ein Jahr befristeten Wahlabkommens gemacht, sah es also von vornherein als beschränkt an.

Verantwortlich für die Auffassung, Mussolini sei grundsätzlich für eine großzügige Behandlung der Südtiroler eingetreten, war Mussolini selbst, der dem deutschen Botschafter von Neurath gegenüber zwischen 1923 und 1927 mehrfach zu verstehen gab, wie sehr seine Haltung der des Großrats, der "Trentiner Chauvinisten" und Tolomeis widerspreche. Die deutsche Geschichtsschreibung war umso geneigter, an Mussolinis gute Absichten zu glauben, da er bis April 1921 für Südtirol eine Kultur- und Verwaltungsautonomie vertreten hatte. Nicht berücksichtigt hat sie jedoch, daß er als Sozialist schon 1911 in seinem Bericht über das Trentino, den er sich teilweise von Tolomei hatte durchsehen lassen, von der Wasserscheide der Alpen als der natürlichen Grenze zwischen Lateinern und Germanen gesprochen, Südtirol als ein bis zum Brenner zweisprachiges Gebiet dargestellt und mit klassenkämpferischer Gewißheit den Sieg des vorrückenden "aktiven" italienischen Arbeitervolks über das "passive" deutsche Element vorhergesagt hatte.

Neben diesen frühen nationalistischen Äußerungen ist zu beachten, welche Bedeutung Mussolini seit 1919 der Erneuerung Italiens durch den Imperialismus beimaß und welches Gewicht er in diesem Zusammenhang auf die Förderung der italienischen Sprache in der italienischen Irredenta und auf ihre Verbreitung im Ausland legte. Es war vorauszusehen, daß, wenn die Expansion der italienischen Sprache im Verhältnis zur allgemeinen Expansion der italienischen Nation stehen sollte, wie Mussolini im Mai 1922 schrieb, bald kein Platz mehr für die Sprache der Minderheiten in Italien

übrigbleiben konnte. So ist auch zu verstehen, welche Bedeutung die italienische Durchdringung der fremdsprachigen Gebiete der Neuen Provinzen in der Phase des "geistigen Imperialismus" hatte, d.h. in der Zeit, als der Faschismus die territoriale Expansion Italiens noch nicht verwirklichen konnte: Die deutsch- und slawischbesiedelten Gebiete, die zwar politisch zu Italien gehörten, deren Bevölkerung Italien jedoch ablehnend gegenüberstand und deren Irredentismus vom Ausland unterstützt wurde, übernahmen gewissermassen als Ausland im Inland die Funktion eines Vorfeldes der italienischen Expansion in der Welt.

Die ersten sechs Jahre faschistischer Politik in Südtirol lassen sich in drei Phasen von jeweils zwei Jahren einteilen. In der ersten Phase 1923 - 1924 wurde die italienische Provinzial- und Gemeindeordnung eingeführt und die gesetzliche Grundlage für die Italianisierung der Ortsbezeichnungen und Aufschriften, der Verwaltung und der Schule geschaffen. Nur im kirchlichen Bereich, mit Ausnahme des schulischen Religionsunterrichts, und im Privatverkehr blieb der Gebrauch der deutschen Sprache unbestritten. Das Vorgehen des Faschismus wurde durch die Haltung der Trentiner erleichtert, die, obwohl sie unter Österreich die volle Sprachautonomie genossen hatten, die Italianisierung Südtirols teils offen befürworteten, teils mit Zurückhaltung beobachteten. Im Trentino gab es angesichts der Assimilierung Südtirols bis hin zu den Popolaren eine gewisse Schadenfreude, die auf Ressentiments über die frühere politische Bevormundung durch die Tiroler und die Eindeutschungsabsichten bestimmter Tiroler Kreise gegenüber dem Trentino beruhte. Eine der Ursachen für die Animosität der Trentiner war auch der Streit um die Nationalitätenpolitik im Bozner Unterland, der vor dem 1. Weltkrieg entstanden, in den Jahren 1921 - 1922 unter Anteilnahme weiter Kreise der italienischen Öffentlichkeit ausgetragen worden war.

In der halblegalitären Phase der Jahre 1923 - 1924 war der Faschismus angesichts von Parlaments- und Gemeindewahlen

verschiedentlich gezwungen, den bürgerlichen Parteien entgegenzukommen. Deshalb gab Mussolini auf den Protest aller Trentiner Parteien hin Ende August 1923 den Plan auf, eine vom Trentino gelöste Provinz Bozen zu schaffen, und begrüßte angesichts der Matteotti-Krise im Oktober 1924 den erneuten Versuch, in Bozen einen Burgfrieden zu schließen, der allerdings den Südtirolern nur politische und wirtschaftliche, aber keine sprachlichen Zugeständnisse wie der 1. Burgfriede gebracht hätte.

Mit Mussolinis Staatsstreich vom Januar 1925 begann die 2. Phase faschistischer Südtirolpolitik. Der 2. Bozner Burgfriede wurde das Opfer der Syndikalisten und Extremisten in der faschistischen Partei, denen Mussolini nach Überwindung der Matteotti-Krise Zugeständnisse machen mußte. Er konnte freilich auch auf diesen Burgfrieden verzichten, da der Anlaß, die zum zweiten Mal anstehenden Bozner Gemeindewahlen, nach dem Übergang zur Diktatur nicht mehr gegeben war. Im Jahre 1925 vervollständigte der Faschismus die gesetzlichen Maßnahmen zur Italianisierung der Gerichts- und Verwaltungssprache, die in der Matteotti-Krise trotz des Protests der Legione Trentina hatten zurückgestellt werden müssen. Die Abschaffung der sogenannten Anhangstunden durch das K. Gesetzesdekret vom 22. November 1925, Nr. 2191 erfolgte nicht, weil der in Südtirol kaum erteilte muttersprachliche Unterricht den ethnischen Minderheiten von besonderem praktischen Nutzen gewesen wäre, sondern weil die Minderheiten in Italien das Gesetz über die Anhangstunden als eine staatliche Anerkennung ihres Rechts auf muttersprachlichen Unterricht auslegen und eventuell einen Ersatzunterricht fordern konnten. Da von Südtiroler Seite bereits im Sommer 1925 der deutsche Privatunterricht organisiert worden war, empfahl es sich für die Regierung, die selbst von Unterrichtsminister Fedele als "Schwindel" bezeichneten Anhangstunden abzuschaffen, bevor die Polizei im November 1925 die Verfolgung des Privatunterrichts als einer sogenannten "Geheimschule" aufnahm. Die Beseitigung der Anhangstunden war allerdings nicht nur eine Antwort auf die Südtiroler "Geheimschule", sondern - neben den

K. Gesetzesdekreten vom 10. Januar 1926, Nr. 16 und Nr. 17 über die Überprüfung der durch Option erlangten italienischen Staatsbürgerschaft, bzw. über die "Rückerstattung" der Familiennamen - eine derjenigen gesetzlichen Maßnahmen, die die faschistische Regierung als Antwort auf den Locarno-Vertrag, d.h. als außenpolitisches Pressionsmittel ergriff.

Im Jahre 1926, als sich der Faschismus anschickte, die verbliebene politische Opposition auszuschalten, und der Locarno-Vertrag und die antiitalienische Kampagne in Deutschland das außenpolitische Prestige des Faschismus belasteten, beschloß Mussolini, in der Kleinstadt Bozen ein von faschistischer Symbolik strotzendes Siegesdenkmal und ein Kaufhaus "con senso di decoro e grandiosità" bauen zu lassen. Er bluffte mit der Kolonisierung und Industrialisierung Südtirols und deutete die Möglichkeit an, sogar über den Brenner zu marschieren ("L'Italia può, se sarà necessario, portare oltre il suo tricolore"). Solche Gesten dienten nicht nur als Ersatz für echte Außenpolitik in einer schwierigen innenpolitischen Phase, sondern auch der Abwehr nationaler Minderwertigkeitsgefühle. Der Nationalismus, der das eigene Land als "Zimmermädchen", "Proletarierin" und "Märtyrerin" empfand, suchte nach einem Beweis der neuen Stärke Italiens, und Mussolini verglich dementsprechend im Februar 1926 das Verhältnis zwischen Dante und Walther von der Vogelweide (dem man 1889 in Bozen zum Zeichen des deutschen Charakters der Stadt ein Denkmal errichtet hatte) mit demjenigen zwischen dem Himalaya und dem Pincio. Unterrichtsminister Fedele begründete einige Monate später vor dem Parlament die Unterdrückung der deutschen und slawischen Schulen mit der "Überlegenheit" der italienischen und ersann die Inschrift für das Bozner Siegesdenkmal, die an Rom als die Lehrmeisterin der Barbaren erinnerte.

Das Jahr 1926 brachte die Faschistisierung der wirtschaftlichen Organisation Südtirols und die Ausschaltung des Deutschen Verbands und seiner Presse. Obwohl damit weitere wichtige Forderungen aus Tolomeis "Provvedimenti" erfüllt wurden, war der Angriff auf die wirtschaftliche und politi-

sche Organisationen Südtirols kein Zugeständnis an Tolomei, sondern Bestandteil der allgemeinen faschistischen Innenpolitik. Das zeigt sich auch daran, daß die Regierung in der Bankpolitik von Tolomeis Vorschlägen gänzlich abwich. Sie hatte bereits im Juli 1925 die Rückzahlung der österreichischen Kriegsanleihebelehnungsschulden zugunsten der Schuldner geregelt und arbeitete jetzt darauf hin, die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Bozen, die in italienischen Bankkreisen als der lange Arm des Deutschen Verbands galt, zusammen mit den Banken der Trentiner Popolari und Liberalen einem faschistisch kontrollierten Sparkassenverband der Venezia Tridentina anzuschließen, während sich Tolomei unentwegt für Maßnahmen einsetzte, die auf die Verschuldung und Verdrängung der Südtiroler Bauern hinausliefen.

Einen eigenen Beitrag, der zusammen mit anderen Umständen dafür verantwortlich war, daß die Landwirtschaftliche Zentralkasse im Mai 1927 Konkurs machte, lieferten Anfang Oktober 1926 dreißig aus Trient gekommene Faschisten, die die Generalversammlung der Zentralkasse in Bozen sprengten. Der Gewaltstreich war ein Symptom der in der Provinz Trient zwischen den Faschisten von Trient und Bozen herrschenden Spannungen, war aber keineswegs der Anlaß dafür, daß Mussolini Anfang Dezember 1926 die Schaffung der Provinz Bozen bekannt gab, wie seit Paul Herre vielfach angenommen wurde. Die Provinz Bozen wurde nämlich nicht für sich allein, sondern gleichzeitig mit 18 anderen neuen Provinzen und außerdem zu einem Zeitpunkt geschaffen, als Mussolini sich nach der Degradierung der eigenen Partei zu einem bewußten Instrument des Staatswillens und nach der Ausschaltung der noch vorhandenen Oppositionsparteien unabhängig genug fühlte, die Provinzverwaltung Italiens neu zu ordnen. Nach Mussolinis Willen sollte der Präfekt in der faschistischen Provinz künftig Kontrollorgan der syndikalistischen Verbände, des Wirtschaftsrats, der Podestà und des faschistischen Parteiverbands sein, und der Präfekt konnte diese neue Funktion nur dann sinnvoll ausüben, wenn regionale Rivalitäten innerhalb der Provinz nicht zu stark waren.

Mussolini nahm die im Januar 1927 erfolgte Erhebung Bozens zur Provinzhauptstadt, mit der die 3. Phase der faschistischen Politik in Südtirol begann, zum Anlaß, um in Südtirol einen gemäßigteren Kurs zu steuern. Daß es ihm hierbei nicht um Südtirol selbst, sondern nur um eine außenpolitische Spekulation ging, die darin bestand, das deutsch-italienische Verhältnis auf Kosten der deutsch-französischen Verständigung zu fördern, zeigte sich daran, daß er eine Verschärfung der Italianisierung Südtirols anordnete, sobald er feststellte, daß das Reich nicht bereit war, seine Politik Frankreich gegenüber zu ändern. Als Verkörperung einer radikaleren und einer gemäßigteren Südtirolpolitik standen sich in den Jahren 1927 - 1928, die hauptsächlich mit dem Kampf um die Sprache der Kirche in Südtirol ausgefüllt waren, in der Provinz Bozen der Parteiverbandssekretär und der Präfekt gegenüber, deren Rivalität Mussolini wohl bewußt als die beiden Möglichkeiten faschistischer Südtirolpolitik bestehen ließ, obwohl sie seiner Direktive von der Überordnung des Präfekten über den Parteiverband widersprach.

Es gab also einen durch außenpolitische Rücksichten gesetzten Spielraum faschistischer Minderheitenpolitik, der jedoch, was die Sprachpolitik betraf, begrenzt war; denn selbst wenn im Zusammenhang mit dem Ausbau des Faschismus zum Regime die alten Motive für die Unterdrückung der Minderheiten (Ersatz für Außenpolitik, Abwehr von Minderwertigkeitsgefühlen, Schaffung von Sündenböcken, Demonstration der Einheit der Nation) etwas an Bedeutung verloren, mußte doch Mussolinis Mißtrauen gegen die Minderheiten im eigenen Land schon deshalb bestehen bleiben, weil er selbst zur Förderung der Expansion Italiens auf die Mithilfe irredentistischer Bewegungen im Ausland setzte. Bereits im Januar - April 1923 hatte er sich Gedanken gemacht, wie Italien den korsischen Irredentismus fördern könne, und ab April 1927 arbeitete er aktiv hin auf die Auflösung Jugoslawiens durch den Freundschaftspakt mit Ungarn (von dessen Bevölkerung eine halbe Million in Jugoslawien wohnte) und

durch die Unterstützung des kroatischen und mazedonischen Irredentismus. Daneben interessierten ihn das Elsaß als deutsch-französischer Störfaktor und der Zionismus als ein Mittel, mit dem man England Schwierigkeiten in Palästina bereiten konnte. Das Minderheitenproblem ließ nach Mussolini nur eine Alternative offen: entweder man assimilierte die Minderheit durch die Mehrheit oder man stellte, wie er am Himmelfahrtstag 1927 sagte, das Problem auf den Kopf ("lo si capovolge"), d.h. man schikanierte die Mehrheit durch die Minderheit.

Mit dem Jahre 1929 endete der erste, in drei Phasen gegliederte Abschnitt der faschistischen Italianisierungspolitik in Südtirol, die sich bis dahin hauptsächlich auf die Durchsetzung legislativer Maßnahmen auf dem Gebiet der Sprache, der Schule, des Rechts und der Verwaltung beschränkte. Mussolini machte 1929 - 1930 deutlich, daß er bereit war, in Südtirol künftig eine Status quo Politik zu betreiben. Im Juli 1929 nahm er die Zustimmung, die ihm die Südtiroler im März 1929 unter dem Eindruck des gerade geschlossenen Konkordats (und infolge faschistischer Einschüchterung) bei den Wahlen zur Ständekammer gegeben hatten, zum Anlaß, den weiteren Ausbau italienischer Frontkämpfersiedlungen in Südtirol zu unterbinden. Im März 1930 kam er den Wünschen des Vatikans und Österreichs, mit dem er gerade einen Freundschaftsvertrag geschlossen hatte, entgegen und stimmte der Ernennung eines Tirolers, den er seit 1928 als Kandidaten abgelehnt hatte, zum Bischof von Brixen zu. Kleinere Zugeständnisse folgten. Hier war wiederum außenpolitisches Kalkül ausschlaggebend, denn Mussolini wollte Österreich, das er zur Einflußsphäre Italiens rechnete, und dem Vatikan, der sich für die Südtiroler Minderheit außergewöhnlich stark einsetzte, weil er unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland und Österreich stand, entgegenkommen. Die innenpolitische Folge war, daß sich Mussolini jetzt mit dem Südtiroler Klerus zu arrangieren suchte, den er noch in den Jahren 1927 - 1928 als Zentrum des deutschen Wider-

stands hatte verdrängen wollen. Mit der Ernennung eines einheimischen Bischofs, die für die faschistische Minderheitenpolitik der 30er Jahre einmalig war, wurde die Grundvoraussetzung für die Ausschöpfung der im Konkordat angelegten Möglichkeiten zum Schutz der Minderheiten geschaffen, so daß in Südtirol die Sprache in Kirche, Pfarrschule, Seminarien und Presse immer deutsch blieb.

Die Jahre 1930 - 1931, die in die Ära des Präfekten Marziali fielen, waren eine relativ ruhige Zeit, in der keine neuen Maßnahmen zur Italianisierung Südtirols eingeführt wurden. Der Übergang zur Durchdringungspolitik, d.h. der Italianisierung Südtirols mittels der massiven Einwanderung von Italienern, die mit der Einsetzung des Präfekten Mastromattei Ende August 1933 begann, war, was den Zeitpunkt betrifft, das Ergebnis der in Südtirol und Österreich spürbaren Agitation des Nationalsozialismus.

Das in vieler Hinsicht lückenhafte Material über die faschistische Politik im Aostatal, erlaubt es, in der Zeit zwischen 1923 und 1939 lediglich zwei klare Einschnitte wahrzunehmen. Der erste wird durch die Schaffung der Provinz Aosta im Jahre 1927, der zweite durch die Ernennung von Bischof Imberti im Jahre 1932 gebildet.

Bis Ende 1922 konzentrierten sich die Faschisten in Aosta, wo es eine bedeutende Stahlindustrie gab, auf die Bekämpfung der Sozialisten und Kommunisten. Sie enthielten sich in dieser Zeit negativer Äußerungen über den französischen Charakter des Aostatals, da etliche von ihnen selbst Aostaner waren, und die Zugewanderten auf keine nennenswerten Verständigungsschwierigkeiten stießen. Auch von Mussolini sind vor 1923 keine Äußerungen gegen den Ge-

brauch des Französischen im Aostatal bekannt. Umso unvermittelter erscheint deshalb die Art und Weise, wie Mussolini im Juli 1923 auf die französische Tunispolitik und das Gerücht von der Tätigkeit französischer Agenten im Aostatal reagierte, die aber letzten Endes nur die bereits gewonnene Einsicht bestätigt, daß Mussolini allen ethnischen Minderheiten in sprachlicher Hinsicht von einer nationalistischen Grundhaltung her begegnete, selbst wenn ihre Loyalität Italien gegenüber nicht ernsthaft zu bezweifeln war.

Eine interessante Parallele zum ersten Bozner Burgfrieden bildeten die freundlichen Versicherungen, die Mussolini, das Unterrichtsministerium und der Parteiverbandssekretär von Turin vor den Parlamentswahlen vom April 1924 hinsichtlich der französischen Sprache im Aostatal abgaben und die sich in der Folge als leere Versprechungen erwiesen. Die kleinen Zugeständnisse, die der Faschismus den Aostanern bis zur Schaffung der Provinz Aosta hinsichtlich der Gerichtssprache, der Amtsführung der Gemeinden, des französischen Privatunterrichts und der Ortsbezeichnungen machte, verfolgten vor allem den Zweck, die Minderheiten der Neuen Provinzen und vielleicht auch das Ausland glauben zu machen, daß es den Aostanern ihrer italienischen Gesinnung wegen wesentlich besser gehe.

Seit Ende 1926 verlor das Aostatal den geringen Vorzug, den es in den Augen des Faschismus dem irredentistischen Südtirol gegenüber tatsächlich noch haben mochte; denn jetzt begann die in Italien ausgeschaltete politische Opposition, sich in Frankreich zu organisieren, und der Faschismus fürchtete eine Einflußnahme des "fuoruscitismo" auf das Aostatal, die vor allem über die Aostaner Kolonie in Paris und ihren Betreuer, Abbé Petigat, denkbar war. Zwar verkündete Mussolini von Februar bis Mai 1927 "Aosta italianissima, fierissima di patriottismo" dürfe nicht wie Südtirol behandelt werden, in Wahrheit setzte im Aostatal jedoch seit der Schaffung der neuen Provinz eine Durch-

dringungspolitik ein, wie sie Südtirol, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Schwerindustrie fehlten, aus ganz anderen Gründen erst ab 1934 kennenlernen sollte. Die Grenzen der Provinz Aosta wurden so gezogen, daß die französischsprachige Bevölkerung weniger als ein Drittel ausmachte, außerdem kam es 1927 in der Stadt Aosta im Zusammenhang mit dem Ausbau der Stahlfabrik Cogne zur stärksten italienischen Zuwanderung zwischen den beiden Weltkriegen. Ab Mai 1927 mußten sich alle Aostaner Gemeinden, entgegen dem Versprechen, das Mussolini im Dezember 1923 gegeben hatte, der italienischen Amtssprache bedienen, und privat organisierter französischer Sprachunterricht wurde 1927 - 1928 als "Geheimschule" verfolgt. Der schulische Religionsunterricht konnte im Aostatal in dieser Zeit leicht italianisiert werden, weil er hier im Unterschied zu den Neuen Provinzen auch zuvor von den Elementarschullehrern gehalten worden war.

Im Gegensatz zu den Südtirolern begegnete ein Teil der Aostaner der faschistischen Assimilierungspolitik mit Indifferenz, da ihr Widerstand durch die seit 1861 dauernde Italianisierung geschwächt war. Nur das Bürgertum und der Klerus beherrschten wirklich das Schriftfranzösische, während sich die breite Masse der Bevölkerung seit jeher des frankoprovenzalischen Patois bediente, das von der Hochsprache stark abweicht. Die Indifferenz wurde noch durch den Prestigeverlust verstärkt, den die Aostaner Führungsschicht Ende der 20er Jahre erlitt. Im Jahre 1928 machte nämlich die Banque Réan, die einem Sohn des Vorsitzenden der Ligue Valdôtaine gehörte, Bankrott, und gleichzeitig geriet die Bank des Klerus, der Crédit Valdôtain, in Zahlungsschwierigkeiten, die im Jahre 1930 zum Konkurs führten. Das Ende beider Banken wurde von den Faschisten als der Bankrott des Aostanertums reichlich ausgeschlachtet. Trotzdem sollte man die Konkurse nicht als das Ergebnis faschistischer Minderheitenpolitik im Aostatal betrachten. Die Banque Réan war wohl hauptsächlich das Opfer der eigenen weitreichenden Spekulationen, während das Ende des Crédit Valdôtain im Zusammenhang mit der Politik des Faschismus gegenüber den katholischen Banken in ganz Italien gesehen werden muß.

Den letzten Schritt zur Italianisierung des Aostatals tat der Vatikan, als er im Jahre 1932, dem Wunsch der Regierung entsprechend, in Aosta zum ersten Mal einen nichtfranzösischsprachigen Bischof einsetzte, durch den derjenige Teil des Klerus, der noch an der französischen Sprache festhielt, zurückgedrängt wurde.

Die bis 1939 größtenteils erhaltenen Aostaner Ortsbezeichnungen waren eine bloße Fassade, zu der auch der "particolare tatto" gehörte, dessen sich die Behörden im Aostatal rühmten. Bereits in der antifranzösischen Kampagne vom November - Dezember 1928 hatte Mussolini die vollständige Italianisierung der Aostaner Ortsnamen gefordert und - zumindest im Sinne des "geistigen Imperialismus" - die Hoffnung ausgedrückt, Italien möge seine Sprachgrenze über den Alpenkamm vorschieben. Wenn schließlich die Italianisierung der Ortsnamen bis zur antifranzösischen Kampagne Ende 1938 nicht richtig vorankam und somit erst 16 Jahre nach der gesetzlich eingeführten Italianisierung der deutschen und slawischen Ortsnamen in den Neuen Provinzen erfolgte, war dies einerseits auf den Widerstand des Unterrichtsministeriums und einiger kultureller Institutionen in Italien zurückzuführen. Andererseits ist es denkbar, daß die Aostaner Ortsnamen für Mussolini ein außenpolitisches Druckmittel waren, das er Frankreich gegenüber wie die "Rückführung" der Südtiroler Familiennamen Deutschland und Österreich gegenüber einsetzte.

Was Südtirol betrifft, scheint der Einfluß der örtlichen Faschisten auf die Minderheitenpolitik relativ bedeutungslos gewesen zu sein. Ihre Tätigkeit erschöpfte sich zwischen 1923 - 1926 hauptsächlich in der Austragung persönlicher Streitereien. In den Jahren 1927 - 1928 rivalisierte der Verbandssekretär mit dem Präfekten, wobei es möglich ist, daß Mussolini diese Spannung bewußt bestehen ließ. Als eine Störung des Regierungsprogramms ist wohl nur die Auflehnung der Bozner Syndikalisten gegen die Unione Economica vom Anfang 1925 und der Angriff der 30 Trentiner Schwarzhemden auf die Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Zentralkasse vom Oktober 1926 anzusehen.

Die Präfekturen in Trient und Bozen und das Schulamt in Trient gingen im allgemeinen nicht so eigenmächtig vor, wie in der Südtirol-Literatur häufig angenommen wird, sondern gaben ihre Erlasse in Übereinstimmung mit der Regierung heraus. Eine Ausnahme bildete die Italianisierung der Schulen des Unterlands bis Juni 1923, die vom Präfekten teils in Zusammenarbeit mit Tolomei zumindestens gegen starke Bedenken des Unterrichtsministeriums verfügt wurde, und wahrscheinlich der Versuch des Trienter Schulamts vom Sommer 1926, den gesamten Religionsunterricht in Südtirol auf einen Schlag zu italianisieren. Hier wäre ein Einblick in die bisher unzugänglichen Akten des Unterrichtsministeriums nötig, der auch noch besser klären könnte, welchen Anteil dieses Ministerium an der faschistischen Minderheitenpolitik hatte.

AA	=	Auswärtiges Amt
AAA	=	Archivio per l'Alto Adige
AAB	=	Aosta, Aziende Bancarie
ACS	=	Archivio Centrale dello Stato, Rom
ADAP	=	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AHR	=	Archives Historiques Régionales, Aosta
AJV	=	Aosta, La Jeune Vallée d'Aoste
ANI	=	Associazione Nazionale Italiana
Atti Parl., Camera, Disc.	=	Atti Parlamentari della Camera dei Deputati, Discussioni
Atti Parl., Senato, Disc.	=	Atti Parlamentari della Camera dei Senatori, Discussioni
Bollettino Legione	=	Bollettino della Legione Trentina
Brennero	=	Il Brennero
Bull.	=	Bulletin de la Ligue Valdôtaine
f.	=	fascicolo
Idea Naz.	=	L'Idea Nazionale
K.	=	Königlich
Libertà	=	La Libertà, Trient
Min. Int., Culto	=	Ministero dell'Interno, Direzione Generale Affari di Culto
Min. Int. P. S.	=	Ministero dell'Interno, Direzione Generale di Pubblica Sicurezza, Divisione Affari Generali e Riservati
Nuovo Trentino	=	Il Nuovo Trentino
Opera	=	Opera Omnia
ONC	=	Opera Nazionale dei Combattenti
PA	=	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
Picc. Posto	=	Il Piccolo Posto
Ponte	=	Il Ponte, Bozen
Pop. It.	=	Il Popolo d'Italia
PNF	=	Partito Nazionale Fascista
Pres. Cons.	=	Presidenza del Consiglio dei Ministri, Gabinetto (falls der Abkürzung "Pres. Cons." kein anderer Zusatz folgt)
Provincia d'Aosta	=	La Provincia d'Aosta
Provincia di Bolzano	=	La Provincia di Bolzano
Ufficio Centrale	=	Ufficio Centrale per le Nuove Provincie
VfZG	=	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Vita Italiana	=	La Vita Italiana

Anmerkungen

1 K.H. Ritschel, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966, S.109-111; B. Schloh, Italiens Politik in Südtirol 1919-1945, in: Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens (Hg. F. Huter), Wien 1965, S. 306-313; A. Gruber, Südtirol unter dem Faschismus, Bozen 1974, S.23,26,29,52,63,69,89.

2 G. Salvemini, Mussolini diplomatico 1922-1932, Bari 1952, S.439; V. Stadlmayer, Die italienischen Argumente für die Brennergrenze, in: Südtirol (Hg. Huter), S. 258; Ritschel, Diplomatie, S. 61,64; Schloh, Italiens Politik, S. 304; Gruber, Südtirol S. 11,17,19,51,52.

3 P. Herre, Die Südtiroler Frage, München 1927, S. 274; Schloh, Italiens Politik, S. 302; Gruber, Südtirol, S. 18; W. Freiberg (Pseud.), Südtirol und der italienische Nationalismus, (als Manuskript vervielfältigt in Innsbruck), 1950, Heft 10, S. 4; E.G. Fenz, South Tyrol 1919-1939, Diss., Colorado 1967, S. 259.

4 Herre, Südtiroler Frage, S. 392; Schloh, Italiens Politik, S. 304; Ritschel, Diplomatie, S. 109; Gruber, Südtirol, S. 8,57,72,75; B. Wurzer, Die deutschen Sprachinseln in Oberitalien, Bozen 1973, S. 160.

5 S.o., Anm. 2.

6 C. Gatterer, Im Kampf gegen Rom, Wien, Frankfurt, Zürich 1968, S. 399,430-431.

7 Ebd., S. 433,439,474,672.

8 Ebd., S. 439.

9 L. Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Diss., Wien 1975, S.99-135,251-268,283-287.

10 M. Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige, Bari 1967, S. 93-112.

11 A. Ara, L'Alto Adige come problema della politica interna ed estera fascista, Clio 11 (1973) S. 343-354; ders., Spirito pubblico e politica italiana in Alto Adige dal plebiscito della Saar all'Anschluss, Parma 1974.

12 S. Benvenuti, Il fascismo nella Venezia Tridentina 1919-1924, Trient 1976.

13 M. Lengereau, La Vallée d'Aoste, Grenoble 1968, S. 41; E. Riccarand, T. Omezzoli, Sur l'émigration valdôtaine, Aoste 1975, S. 187-188.

14 Lengereau, Vallée, S. 35,45; A. Zanotto, Histoire de la Vallée d'Aoste, Aoste 1968, S. 238-239; D. Boettcher, Die autonome Region Aostatal, Diss., Erlangen 1969, S. 42-43; M. Straka (Hg.), Handbuch der europäischen Volksgruppen, Wien, Stuttgart 1970, S. 158; E. Weibel, La création des régions autonomes à statut special en Italie, Genf 1971, S. 105-106; T. Omezzoli, Conflitti di lingua e di cultura in Valle d'Aosta, tesi di laurea, Turin 1965-1966; ders., Problemi di sociolinguistica regionale, Aosta 1972.

15 Gatterer, Kampf, S. 483, Gatterer glaubt z.B. die Aostaner Zeitungen seien in Patois geschrieben gewesen.

16 Ebd., S. 484; Lengereau, Vallée S. 34; Straka (Hg.), Handbuch, S. 158; Weibel, Création, S. 106.

17 Zanotto, Histoire, S. 238-239; J.-C. Perrin, La Jeune Vallée d'Aoste, Aosta 1973, S. 35,67.

18 E. Passerin d'Entrèves, La lotta per l'autonomia e la difesa del francese in Valle d'Aosta, in: Il fascismo e le autonomie locali (Hg. S. Fontana), Bologna 1973, S. 233-252; J.-C. Perrin, La "Ligue Valdôtaine", Aosta 1974.

19 T. Omezzoli, Lingua e politica nella provincia fascista, Aosta 1974; E. Riccarand, Fascismo e Resistenza in Valle d'Aosta (1919-1932), Aosta 1974 (hektographiert), S. 39.

20 Zanotto, Histoire, S.248; J.-P. Viallet, Les Vaudois d'Italie de Giolitti à Mussolini (1911-1945), Diss., Aix-Marseille 1970, S. 443,451.

21 Riccarand, Omezzoli, Emigration, passim.

22 L. Cermelj, Sloveni e Croati in Italia fra le due guerre, Triest 1974; E. Apih, Italia. Fascismo e antifascisme nella Venezia Giulia (1918-1943), Bari 1966; D.J. Rusinow, Italy's Austrian Heritage 1919-1946, Oxford 1969; C. Gatterer, Im Kampf gegen Rom, Wien, Frankfurt, Zürich 1968.

1 Kurzer chronologischer Hinweis:

574 Die Langobarden müssen die Täler von Susa und Aosta an den Merowinger Gontrand von Burgund abtreten; damit beginnt die sprachlich-kulturelle Absonderung dieses Gebiets gegenüber Piemont.

Seit 1032 gehört das Aostatal zu Savojen.

Im 13. Jahrhundert kommt Piemont endgültig zu Savojen.

1388 Nizza fällt an Savojen-Piemont.

1720-1861 Königreich Sardinien-Piemont.

Juli 1859 - Januar 1860 Kabinett La Marmora: Urbano Rattazzi ist Innenminister, seit Oktober auch Justizminister.

23. Oktober 1859 Lex Rattazzi zur Neuregelung der Verwaltung.

10. November 1859 Im Frieden von Zürich tritt Österreich die Lombardei an Napoleon III. ab, der sie dem Königreich Sardinien übergibt.

13. November 1859 Lex Casati zur Neuregelung des Erziehungswesens.

Januar 1860 - Juni 1861 Kabinett Camillo Cavour; Rattazzi scheidet als Rivale Cavours aus der Regierung aus.

24. März 1860 Sardinien-Piemont tritt im Vertrag von Turin Nizza und Savojen als Preis für die Annexion Mittelitaliens an Napoleon III. ab.

14. März 1861 Viktor Emanuel II. von Sardinien-Piemont König von Italien.

1865 Die Hauptstadt Italiens wird von Turin nach Florenz verlegt.

Für die politische und sprachliche Geschichte des Aostatals vgl.: H.E. K e l l e r , Etudes linguistiques sur les parlers valdôtains, Bern, 1958, S.22-25, und J. H e n r i , Histoire populaire, religieuse et civile de la Vallée d'Aoste, 2 Bände, Aosta 1929.

Zur Ligue Valdôtaine siehe vor allem J.C. P e r r i n , La "Ligue Valdôtaine", Aosta 1974, und das "Bulletin de la Ligue Valdôtaine", das in unregelmäßigen Abständen zwischen November 1912 und April 1926 erschienen ist und 1974 in Aosta nachgedruckt wurde; die Ligue war der bedeutendste Verein zum Schutz der Sprache und Kultur des Aostatals in den ersten drei Jahrzehnten des 20.Jahrhunderts.

2 T. O m e z z o l i , Conflitti di lingua e di cultura in Valle d'Aosta, tesi di laurea, Turin 1965-1966, S.212-217, 375; Bulletin de la Ligue Valdôtaine, April 1920, S.2.

3 Archivio per L'Alto Adige 10 (1915) S.99.

4 K.von Beyme, Das politische System Italiens, Stuttgart 1970, S.12; T. De Mauro, Storia linguistica dell'Italia unita, Bari 1972, S. 287.

5 G. Vegezzi - Ruscalla, Diritto e necessità di abrogare il francese come lingua ufficiale in alcune valli della provincia di Torino, Turin 1861, S.6, 40, 42.

6 ACS, Ministero della Pubblica Istruzione, 1860-1896, Istruzione Media, b.126, Beschluß des Gemeinderats von Aosta vom 31. Mai 1860; ebd., Bericht des Direktors des Ginnasio von Aosta vom 14. August 1861 an das Unterrichtsministerium; A. Colliard, Il giornalismo valdostano dal 1859 al 1864, tesi di laurea, Turin 1966-1967, S.137-143; das Beispiel Frankreichs, das in Nizza gleich nach der Annexion die italienische Amtssprache abgeschafft hatte, mag die Maßnahmen der Turiner Regierung im Aostatal beeinflußt haben, vgl.: G. Vegezzi - Ruscalla, Diritto, S.40-43, 57.

7 Omezzoli, Conflitti, S. VI.

8 G. Candeloro, Storia dell'Italia moderna 5, Mailand 1972, S.109; Feuille d'Aoste, 24. November 1859.

9 Candeloro, Storia, Band 4, S.303, 364-365, 413.

10 Omezzoli, Conflitti, S. VI-XVIII; J. Brocherel, Le patois et la langue française en Vallée d'Aoste, Neuchâtel 1952, S. 162-173.

11 C. Ghisalberti, Storia costituzionale d'Italia 1849/1948, Bari 1974, S.37,174-175; A. Réan, La phase initiale de la guerre contre la Langue Française dans la Vallée d'Aoste, Ivrea 1923, S.5-16; Omezzoli, Conflitti, P. XVII.

12 Ghisalberti, Storia, p.299; D. Bertoni Jovine, La scuola italiana dal 1870 al giorni nostri, Rom 1972, S.179.

13 Bulletin de la Ligue Valdôtaine, Dezember 1918, S. 2; ebd., April 1920, S. 1-2.

14 Th. Veiter, Südtirol, das Selbstbestimmungsrecht und der europäische Föderalismus, in: Beiträge zu einem System des Selbstbestimmungsrechts (Hg. H. Kloss), Wien-Stuttgart 1970, S.85; B. Janin, Une région alpine originale. Le Val d'Aoste, Grenoble 1968, S.196-200.

15 L. Ronco, Il movimento cattolico nella Valle d'Aosta dal 1895 al 1913, tesi di laurea, Univ. Cattolica Mailand 1972-1973, S.110-112; Riccarand, Fascismo, S.126; Ch. Seton - Watson, Italy from Liberalism to Fascism, London 1967, S. 370; Bull., August 1914, S. 1-2; ebd., September-Oktober 1914, S.1-4.

16 Ebd., Dezember 1918, S.2; ebd., März-Mai 1915, S.3; ebd., April 1919, S.1-7, Petition der Ligue an Ministerpräsident Orlando.

17 Bull., Februar 1923, S.2; s.u., S.143.

18 J. M u h r , Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges (1914-1922), Göttingen 1977, S.24, 29, 37.

19 Ebd., S. 30.

20 Ebd., S .30, 33; V. S t a d l m a y e r , Die italienischen Argumente für die Brennergrenze, in: Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens (Hg.F. Huter), München 1965, S. 261-262.

21 O. M a l a g o d i , Conversazioni della guerra 1914-1919, Neapel-Mailand 1960, S.52; M u h r , Beziehungen, S.33; Salandra hatte sich bereits Anfang März 1915 für den Krieg gegen die Mittelmächte entschieden und wollte im April durch die Verhandlungen mit Wien nur Zeit gewinnen. Dieser Umstand ändert nichts daran, daß er weiterhin versuchen mußte, Österreich gegenüber als glaubwürdiger Verhandlungspartner zu erscheinen.

22 W. F r e i b e r g (Pseudonym), Südtirol und der italienische Nationalismus (als Manuskript vervielfältigt in Innsbruck) 1950, Heft 1, S.51,75,85-92,94-95,99,101,104-105.

23 Ebd., Heft 3, S.8: Freiberg gibt kein genaues Datum für Tolomeis Memorandum an. Im übrigen entnimmt er Tolomeis Tagebuch, daß sich dieser bis zum Dezember 1914 "konkret" nur mit der "napoleonischen" Grenze befaßte. Im AAA 10 (1915) S.138 bezeichnete Tolomei diese Grenze vom militärischen Standpunkt aus sogar als annehmbar.

24 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 1, S.44,48,66-67; ebd., Heft 2, S.23; S t a d l m a y e r , Argumente,S.255.

25 N. J. G. P o u n d s , The Origin of the Idea of Natural Frontiers in France, Annals of the Association of American Geographers 61 (1951) S. 154-156; ders., France and "Les Limites Naturelles" from the Seventeenth to the Twentieth Centuries, Annals of the Association of American Geographers 64 (1954) S.51-55; G. D e c k e r , Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Göttingen 1955, S.79.

26 O. S t o l z , Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden 1, München-Berlin 1927, S.212.

27 Ebd., S. 211-214; V. A d a m i , Storia documentata dei confini del Regno d'Italia 1, Rom 1919, S.42; J.W. H o u s e, The Franco-Italian Boundary in the Alpes Maritimes, Transactions and Papers, The Institute of British Geographers Publication 26 (1959) S.114,118; M. S c h w i n d , Allgemeine Staatengeographie (Lehrbuch der allgemeinen Geographie, Bd. 8), Berlin-New York 1972, S.111: Wasserscheide und Alpenkamm stimmen in der allgemeinen Geographie nicht notwendigerweise überein, im Falle Südtirols decken sie sich jedoch; das Prinzip der natürlichen Grenze an sich fand auch bei deutschen Geographen und Nationalisten Anerkennung, nur daß sie die natürliche Grenze Italiens in

die Talschluchten am Südrand der Alpen legten, dazu: O. Stolz, Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden, Bd. 1, München-Berlin 1927, S.223 und K.H. Ritschel, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966, S. 56; W. Rohmeder, Das Deutschtum in Südtirol, Berlin 1919, S.6: "Naturgrenzen kann es innerhalb des Naturgebiets der Alpen überhaupt nicht geben".

28 G. Vegezzi - Ruscalla, Diritto passim.

29 Ders., Ethnocrazia ed autonomia, Palermo 1869, S.6; ders., Le lingue e le nazionalità, sine loco 1873, S.13-14; Vegezzi-Ruscallas Italianisierungsprogramm fand bei seinen Zeitgenossen in Italien wenig Anklang. Es wurde von dem Dichter G. Carducci begrüßt, von der Mehrheit der italienischen Presse jedoch abgelehnt, dazu: De Mauro, Storia, S. 287 und Colliard, Giornalismo, S. 113-115.

30 Muhr, Beziehungen, S. 22.

31 O. Gschliesser, Der italienische Nationalismus, in: Südtirol (Hg. F. Huter), S. 166-182.

32 R. Monteleone, La politica dei fuorusciti irredenti durante la prima guerra mondiale, Udine 1972, S. 68-69; ebd., passim und E. Tolomei, Memorie di vita, Rom 1948, S. 54, 318-319: über Tolomeis Tätigkeit während des 1. Weltkriegs; für die Nationalitätenpolitik anderer europäischer Länder im 19. Jahrhundert vgl.: H.U. Wehler, Die Polenpolitik im deutschen Kaiserreich 1871-1918, in: Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung, Festschrift für Theodor Schieder (Hg. K. Kluxen und W.J. Mommsen), München 1968, S.297-316, R.W. Seton - Watson, Racial Problems in Hungary, London 1908, und J. Rossé, M. Stürmel u.a. (Hg.), Das Elsaß 1870-1932, 4 Bände, Colmar 1936-1938.

33 AAA 13 (1918) S.402; ebd., 23 (1928) S.545; ebd., 26 (1931) S.533; ebd., 32 (1937) S.234; hinsichtlich der "natürlichen Grenze" des Rheins als französischem Kriegsziel 1914-1918: G. Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979, S.77 ff.

34 Muhr, Beziehungen, S.69,73; Freiberg, Südtirol, Heft 1, S.67: Im Vertrag von St.Germain wurde die italienische Grenze bei Toblach und Tarvis über die (Tal-) Wasserscheide hinausgezogen und somit die "Tolomei-Theorie" durch die Praxis widerlegt; D.J. Rusinow, Italy's Austrian Heritage 1919-1946, Oxford 1969, S.43,46-49: Die zu Ungarn gehörende Hafenstadt Fiume, deren Bevölkerung ungefähr zur Hälfte aus Italienern bestand, war 1915 im Londoner Vertrag nicht erwähnt worden. Kurz vor Kriegsende erklärten die Italiener von Fiume die Annexion an Italien und im Februar 1919 übernahm die italienische Delegation in Paris offiziell diese Forderung.

35 Muhr, Beziehungen, S.69,72.

36 M. T o s c a n o , Le minoranze di razza, di lingua, di religione nel diritto internazionale, Turin 1931, S.46-47; J. R o b i n s o n , International Protection of Minorities, Israel Yearbook on Human Rights 1 (1971) S.63-64: Als Siegermacht unterzeichnete Italien auch keine Minderheitenschutzklauseln, wie sie in den Friedensverträgen der "alliierten und assoziierten Hauptmächte" mit Österreich, Bulgarien, Ungarn und der Türkei enthalten sind.

37 E. K e l m e s , Der Europäische Nationalitätenkongreß (1925-1938), Diss., Köln 1958, S.30-31.

38 H. K r a u s , Das Recht der Minderheiten, Berlin 1927, S.43-44.

39 Th. S c h i e d e r , Nationalstaat und Nationalitätenproblem, Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952) S.162-164; U. S c h e u n e r , Nationalstaatsprinzip und Staatenordnung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip (Hg. Th. Schieder), München-Wien 1974, S.27; K e l m e s , Nationalitätenkongreß, S.18-20; H. K l o s s , Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert, Wien-Stuttgart 1969, S.310-312.

40 Th. V e i t e r , The Term "National Minority" and the Definition of "Ethnic Group", in: Sprachen und Staaten. Festschrift für Heinz Kloss (Hg. H.Haarmann), Hamburg 1976 Teil 2, S.258; ders., Südtirol, das Selbstbestimmungsrecht und der europäische Föderalismus, in: Beiträge zu einem System des Selbstbestimmungsrechtes (Hg. H.Kloss), Wien-Stuttgart 1970, S.85: über die Begriffe "formelle" und "substantielle" Gleichheit in der Demokratie; K e l m e s , Nationalitätenkongreß, S.25; Staatslexikon. Recht,Wirtschaft, Gesellschaft, Band 5, Freiburg Br. 1960, S.721-722: Auch die UN-Charta gibt keine Definition der "Volksgruppe" oder "Minderheit". Nur der von der Kommission für Menschenrechte der UN eingesetzte Unterausschuß zur Vorbeugung von Diskriminierung und zum Schutz von Minderheiten verabschiedete 1950 folgende Definition: "Der Ausdruck M.erfaßt 1) nur jene nicht herrschenden Gruppen einer Bevölkerung, die stabile ethnische, religiöse oder sprachliche Traditionen oder Merkmale aufweisen und zu erhalten wünschen, welche sich von denen der übrigen Bevölkerung deutlich unterscheiden; 2) solche M.en sollen eine Zahl von Personen umfassen, die genügend groß ist, um die Entwicklung solcher Merkmale zu ermöglichen; 3) Angehörige solcher M.en müssen dem Staat gegenüber, dessen Bürger sie sind, loyal sein."

41 K e l m e s , Nationalitätenkongreß, S.27-28.

42 E. V i e f h a u s , Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, Würzburg 1960, S.46.

43 K e l m e s , Nationalitätenkongreß, S.29;
A. P i z z o r u s s o , Le minoranze nel diritto pubblico interno, Mailand 1967, Band 1, S.296-297.

44 Hinsichtlich des Problems, einen Staat wegen seiner Minderheitenpolitik vor dem Völkerbund zur Rechenschaft zu ziehen, siehe: P. H e r r e , Die Südtiroler Frage, München 1927, S.414-416, D e c k e r , Selbstbestimmungsrecht,S.147-148 und K l o s s , Grundfragen, S.334-335;

L. Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Diss., Wien 1975, S.206: Österreich und Deutschland haben die Südtirolfrage im Völkerbund wegen der "Nutzlosigkeit" und um der außenpolitischen Beziehungen willen nie zur Sprache gebracht.

45 P. Fiorelli, Il diritti linguistici delle minoranze, AAA 42 (1948) S. 348-350; Athanasius (Pseudonym für Michael Gamper), Die Seelennot eines bedrängten Volkes, Innsbruck 1927, S. 39-40; Gatterer, Kampf S. 316. In den alten Provinzen Italiens wurden 1921 80.282 Albaner, 19.672 Griechen und 12.236 Katalanen gezählt.

46 ACS, Credaro b. 30, Relazione sull'attività svolta dal Governatorato di Trento dal 20 dicembre al 10 febbraio 1919, Trient, 3. März 1919, S. 21; ebd., Relazione Governatorato 1° maggio-31 luglio 1919, Trient, 25. Aug. 1919, S. 125,170.

47 U. Corsini, Giolitti, Credaro e la prima pubblicazione a cura della "Società per gli Studi Trentini", Studi Trentini 50 (1971) S. 216; ACS, Credaro, b. 32, Pecori-G. an das Comando 1a Armata, Trient, 15. Nov. 1918; ebd. Pecori-G. an Tolomei, Trient, 28. Nov. 1918.

48 ACS, Credaro, b.30, Relazione Governatorato 1° maggio-31 luglio 1919, Trient, 25. Aug. 1919, S. 122-123; G. Ferretti, La scuola nelle terre redente, Florenz 1923, S. 90,106.

49 Rusinow, Heritage, S. 62,65.

50 Ebd., S. 62; G. Adami, Un po' di storia dei primi quattro anni 1919-1922, Trient 1966, S. 20-27.

51 Für die Geschichte des Minderheitenschutzes vgl. Fiorelli, AAA 42 (1948) S. 304-305 und H. Kloss, Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert, Wien-Stuttgart 1969, S. 309. Daß der Völkerbund kaum etwas für die ethnischen Minderheiten in Italien tun konnte, ist dargestellt bei Decker, Selbstbestimmungsrecht, S. 147-148 und E. Viefhaus, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, Würzburg 1960, S. 189, außerdem bei Steurer, Südtirol, S. 203a-209.

52 Corsini, Giolitti, S. 238; Gruber, Südtirol, S. 12; L. Cermlj, Sloveni e Croati in Italia fra le due guerre, Triest 1974, S.21.

53 Rusinow, Heritage, S. 66; E. Reut-Nicolussi, Tirol unterm Beil, München 1928, S. 44; G.A. Borgese, L'Alto Adige contro l'Italia, Milano 1921, S. 57-75.

54 Nuovo Trentino, 12. Juni 1920; Corsini, Giolitti, S. 237-239; Rusinow, Heritage, S. 68.

55-58 U. C o r s i n i (Hg.), Trentino e Alto Adige. Dall'Austria all 'Italia, Bozen 1969, S. 187; ders., Giolitti, S. 238; R u s i n o w , Heritage, S. 110; R. R u f f i l l i , La questione regionale 1862-1942, Mailand 1971, S. 290; vgl. Bonomis Rede in: Atti Parl., Senato, Disc., 10.Dez.1921, S.1223.

59 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 44; G. R u m i , Alle origini della politica estera fascista 1918-1923, Bari 1968, S. 137-141; B. M u s s o l i n i , Opera 16, S. 306.

60 ACS, Credaro, b.33, Zivilkommissar Postinger an Credaro, Bozen, 23. Nov. 1921; F. C i a r l a n t i n i , Problemi dell'Alto Adige, Florenz 1919, S. 7,113-114,126,143.

61 ACS, Credaro, b.33, Denkschrift des Athesinums vom 13. Mai 1919.

62 Aufsätze Ciarlantinis in Pop. It., 18. und 24. Juni 1920; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 71; R. D e F e l i c e , Mussolini il rivoluzionario, Turin 1965, S. 642,760, Ciarlantini wiederholte die Behauptung, Südtirol sei ein Waffenlager, in einer Denkschrift, die Mussolini im Okt. 1920 an D'Annunzio weitergab.

63 Mussolini befürwortete die Kultur- und Verwaltungsautonomie für SÜdtirol in Pop. It., 9. März 1919, 31. Mai 1919, 11. Sept. 1919, 26. Febr. 1920, 6. Mai 1921; er sprach sich für den Anschluß Österreichs an das Reich aus in Pop. It., 9. Febr. und 27. April 1919.

64 Pop. It., 5. Aug., 12. Sept. und 3. Nov. 1920. In Pop.It., 11. Febr.1921 empfahl Mussolini mit dem Anschluß vorläufig zu warten; H e r r e , Südtiroler Frage, S. 179

65 G a t t e r e r , Kampf, S. 320,323-324,334.

66 Pop. It., 25. Dez. 1918, 8. Jan. und 9. März 1919.

67 Pop. It., 29. April 1921; F e d e r a z i o n e Provinciale F a s c i s t a di Bolzano (Hg.), L'Azione del Fascismo in Alto Adige dopo la costituzione della Provincia, Bozen 1928, S. 7-8.

68 R e u t - N i c o l u s s i , Tirol, S. 95; Giunta bekannte sich zu dieser Behauptung auch im Parlament: Atti Parlamentari, Camera Deputati, Discussioni, 20. März 1922, S. 3334. Corriere della Sera, 11. Mai 1921.

68a Atti Parl., Camera, Disc., 10. Dezember 1921.

69 H e r r e , Südtiroler Frage, S.167.

70 S t o l z , Ausbreitung 1, S.121,219; B o r g e s e , Alto Adige, S.22, Borgeses Buch ist eine Sammlung von Aufsätzen, die im Corriere della Sera 1920 erschienen; Barzini gebraucht die Bezeichnung "anime rubate a noi" im Corriere della Sera, 29. April 1922.

71 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 79. Für den in Trient von Juli bis Dez. 1919 bestehenden Fascio d'Azione siehe ebd., S. 34-50.

72 ACS, Min.Int. P.S., 1925, b.98, Credaro an das Ufficio Centrale per le Nuove Provincie, Trient, 21. Febr. 1921; ebd., Credaro an das Innenministerium, Trient, 15. März 1921 .

73 Ebd., Credaro an das Innenministerium, Trient, 23.März 1921.

74 Vgl. W. S c h i e d e r , Der Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsbildung, in: Faschismus als soziale Bewegung (Hg. ders.), Hamburg 1976, S. 75.

75 F e d e r a z i o n e Bolzano (Hg.), Azione, S. 5-6,8.

76 Ebd., S. 9; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 121; Gazzetta del Popolo, Turin, 11. Okt. 1922 (nach AAA 17 (1922) S. 322).

77 F e d e r a z i o n e Bolzano (Hg.), Azione, S. 19, Mitte Sept. 1922 hatte der Fascio von Bozen 138 Mitglieder.

78 ACS, Min.Int. P.S., 1924, b.98, Guadagnini an das Innenministerium, Trient, 3. Nov. 1924; R. D e F e l i c e , Mussolini il fascista 1, Torino 1966, S. 11; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 7

79 Audacia, Verona, 19. Febr. 1921.

80 Das Programm der Faschisten der Venezia Tridentina vom Mai 1921 findet sich in Picc. Posto, 21. Okt. 1922.

81 A. C h i e r z i , Contributo alla storia delle origini del fascismo trentino attraverso la stampa locale 1919-1922, tesi di laurea, Turin 1968-1969, S. 101; M u s s o l i n i , Opera 16, S. 158.

82 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 186-187; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 86; Pop. It., 26. April 1921; Audacia, 10. Mai 1921.

83 ACS, Min. Int. P.S., 1921, b.86, Credaro an Giolitti, Trient, 22. April 1921; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 87.

84 Pop. It., 30. April 1921; Il Gagliardetto Fascista, 8. Mai 1921.

85 Volksbote, 19. Mai 1921, in Ampezzo gab es 800 Stimmberechtigte. Von den 651 abgegebenen Stimmen gingen nur 188 an den Deutschen Verband.

86 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 95.

87 A p i h , Italia, S. 162; R u s i n o w , Heritage, S. 108-110.

88 AAA 16 (1921) S.319-320; Ponte, 24. Dezember 1922.

89 G. Sotgiu, Movimento operaio e autonomismo, Bari 1977, S.33-34,45-46.

90 Ruffilli, Questione, S. 259,277-278,346.

91 Ebd., S. 296-303,345.

92 ACS, Credaro, b.30, Credaro an Nitti, Trient, 11.Okt.1919.

93 Vgl. die Rede des Trentiner Delegierten auf dem Kongreß der Liberalen in Bologna in Libertà, 10. Oktober 1922.

94 Libertà, 10. Okt.1922; N. Valeri, Da Giolitti a Mussolini, Florenz 1956, S.117-122.

95 G. De Frenzi (Pseudonym für L. Federzoni), Per l'italianità del "Gardasee", Neapel 1909, S.43.

95a R. Molinelli, I Nazionalisti italiani e l'intervento, Urbino 1973, S.12,14; F. Manzotti, Partiti e gruppi politici dal risorgimento al fascismo, Florenz 1973, S. 61-63; A.J. De Grand, The Italian Nationalist Association in the Period of Italian Neutrality, August 1914 - May 1915, Journal of Modern History 43 (1971) S.395-397.

96 Ebd., S.399; W. Alff, Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910, in: Schriftenreihe des Internationalen Schulbuchinstituts, Band 8: Faschismus-Nationalsozialismus, Braunschweig 1964, S.12-16; B. Vigezzi, L'Italia di fronte alla prima guerra mondiale, vol.1, L'Italia neutrale, Mailand-Neapel 1966, S.189: für die vorsichtige Position Federzonis und Forges-Davanzatis gegenüber Österreich im Juli 1914; J. Muhr, Beziehungen, S.26; A. Lyttelton, La conquista del potere. Il fascismo dal 1919 al 1929, Bari 1974, S.27.

96a W. Schieder, Aspekte des italienischen Imperialismus vor 1914, in: W.J. Mommsen (Hg.), Der moderne Imperialismus, Stuttgart 1971, S.157,158,170.

96b F. Gaeta (Hg.), La stampa nazionalista, Bologna 1965, S.55-108; Muhr, Beziehungen, S.27; Molinelli, Nazionalisti, S.95,101; Journal of Modern History 43 (1971) S.401.

97 Monteleone, Politica, S.18,26-28,91; Tolomei, Memorie, S. 371.

97a Journal of Modern History 43 (1971) S.409; R. De Felice, Mussolini il rivoluzionario, Turin 1965, S.371-372.

97b Ebd., S.400,402; L. V a l i a n i , La dissoluzione dell'Austria-Ungheria, Mailand 1966, S.383,394-395; G. C a n d e l o r o , Storia dell'Italia moderna, Band 8, Mailand 1978, S.206,207.

98 R u f f i l i , Questione, S.283,292; F. P e r f e t t i (Hg.), Il nazionalismo italiano, Mailand 1969, S.124.

99 Politica 1 (1919) S.124-129; AAA 14 (1919) S.311.

100 Pop. It., 12. Aug. 1920; Idea Naz., 22. Sept. 1920.

101 Politica 3 (1921), S. 172.

102 Idea Naz., 27. April, 18. Mai und 29. Dez. 1921, 22. Sept. und 4. Okt. 1922.

103 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 1, S.75-76; M o n t e l e o n e , Politica, S.49,54-55; vgl. Atti della Società Nazionale Dante Alighieri 25-33 (1915-1923) passim; Picc.Posto, 14. Okt. 1922 und Libertà 28. Okt. 1922, die Dante-Komitees von Trient und Bozen sprachen dem PNF ihren Dank für den Marsch auf Bozen aus; F r e i b e r g , Südtirol, Heft 2, S.80,83: Die Dante Alighieri Gesellschaft hatte 1906 rund 30.000 Mitglieder; die Geographische Gesellschaft hatte dagegen einen wissenschaftlichen Charakter und zählte noch 1936 nur ca. 2.000 Mitglieder.

104 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 1, S.83a; E. D e A g o s t i n o , La Reale Società geografica italiana, Rom 1937, S.22-23,29-30; Bollettino Geografico Italiano 51 (1917) S.393,547; ebd. 52 (1918) S.116,168; ebd. 53 (1919) S.119-120.

105 R. De Felice, Giovanni Preziosi e le origini del fascismo (1917-1931), Rivista Storica del Socialismo 5 (1962), S. 493-555; H. Kohn, Die Idee des Nationalismus, Heidelberg 1950, S. 401, über den Zusammenhang zwischen Nationalismus und "Fremdheitserlebnis".

106 Vita Italiana 7 (1919), S. 1-17; ebd. 8 (1920), S. 54-62.

107 AAA 17 (1922) S. 236.

108 Vita Italiana 10 (1922) S. 383-392,418-427.

109 S. Giuliani, Le 19 provincie create dal duce, Mailand 1928, S. 95; AAA 17 (1922) S. 287-289, Programm des am 6. April 1922 gegründeten faschistischen Parteiverbands der Venezia Tridentina; vgl. das Programm der Fasci di Combattimento vom 6. Juni 1919 in De Felice, Mussolini rivoluzionario, S. 743.

110 Herre, Südtiroler Frage, S. 193; Freiberg, Südtirol, Heft 11, S. 44; AAA 17 (1922) S. 252-253; Klagen über den Boykott italienischer Firmen in Südtirol in Pop. It., 26. April 1921 und Audacia, 10. Mai 1921; vgl. Atti Parl., Senato, Disc., 10. Dez. 1921, S.1226, Min.präsident Bonomi sagte, in Südtirol müßten die Gesetze der freien Marktwirtschaft gelten.

111 Mussolini, Opera 16, S. 301,306,335,346.

112 Ebd., S. 432-435; AAA 16 (1921) S. 318,323.

113 Atti Parl., Camera, Disc., 24. Juni 1921, S. 206-209; Herre, Südtiroler Frage, S. 136.

114 S. Furlani, Il modello storico dell'Autonomia della regione Trentino-Alto Adige, Storia e Politica 13 (1974) S. 313; vgl. die Vorwürfe Mussolinis gegen die Trentiner Klerikalen als "austriacanti" in Opera 33, S. 183 und den Vorwurf von Pop. It., 27. Juli 1922 gegen De Gasperi.

115 Ruffili, Questione, S. 312,338,344.

116 Herre, Südtiroler Frage, S. 201-204; vgl. als Beispiel für Salatas Haltung ACS, Pres.Cons, 1a Guerra Mondiale, f. 19-15-6, Pubblica Istruzione - Nuove Provincie, Salata an Justizminister L. Rossi, Rom, 26. April 1922: "abbiamo interesse di esagerare in prudenza (...) non vogliamo abusare per violentare tedeschi a frequentare scuole italiane".

117 Herre, Südtiroler Frage, S. 210-211; K. Trafoier, Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918-1925, Diss., Wien 1971, S. 254-255; Benvenuti, Fascismo, S. 110-112.

118 Atti Parl., Camera, Disc., 21. Juni 1921, S. 111.

119 Über die Verbindung zwischen Andreas-Hofer Bund und Deutschem Verband vgl. ACS, Pres.Cons., Ufficio Centrale, cat. 8/4, b. 45, f.2, Credaro an Giolitti, Trient, 24. Nov. 1920; ebd., Credaro, b.34, Credaro an Unterrichtsmin. Anile, Trient 20. April 1922 und Benvenuti, Fascismo, S. 111; über den Andreas-Hofer Bund als Nachfolgeorganisation des Tiroler Volksbunds vgl. A. T h a l e r , Der Tiroler Volksbund, Diss., Innsbruck 1962, S. 401-402.

120 S t o l z , Ausbreitung 3,1, S. 312.

121 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 159.

122 D. V e n e r u s o , La vigilia del fascismo, Bologna 1968, S. 380-381.

123 Zu dem Unterschied zwischen "national" und "nationalistisch" vgl. H. K l o s s , Grundfragen, S. 48.

124 ACS, Credaro, b.30, Credaro an Nitti, Trient, 11. Okt. 1919.

125 Atti Parl., Senato, Disc., 9. Dez. 1921, S. 1198.

126 Il Resto del Carlino, 8. Jan. 1922; Südtiroler Landeszeitung, referiert in Bozner Nachrichten, 6. Nov. 1922.

127 ACS, Credaro, b.31, Credaro an Filippo Turati, Trient 22. Okt. 1920.

128 ACS, Pres.Cons., Ufficio Centrale, classe 14, cat.11/14, f.30, Korrespondenz zwischen Credaro und Ufficio Centrale, bzw. Unterrichtsministerium von März 1920 bis Juli 1921; F e r r e t t i , Scuola, S. 108-109.

129 K.G. H u g e l m a n n (Hg.), Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, Wien 1934, S. 81-82,94,314-318; ACS, s.o., Anm. 128, Salata an Unterrichtsmin. Croce, Rom, 22. Okt. 1920.

130 Ebd., Credaro an das Ufficio Centrale, Trient, 17. Sept. 1920; H u g e l m a n n , Nationalitätenrecht, S. 133.

131 ACS, s.o. Anm. 128, Credaro an das Ufficio Centrale, Trient 17. Sept. 1920.

132 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 157-158.

133 ACS, Credaro, b.34, Credaro an das Ufficio Centrale, Trient, 22. Mai 1920; ebd., Salata an Credaro, Rom, 15. Juli 1920.

134 F e r r e t t i , Scuola, S. 63-65; F. S a l a t a , Per le nuove provincie e per l'Italia, Rom 1922, S. 62-65.

135 ACS, Pres.Cons., Ufficio Centrale, cat. 8/4, b.45, f.2, Credaro an Giolitti, Trient, 24. Nov. 1920.

136 Rivista Pedagogica 16 (1923), S. 50-69; ACS, Pres.Cons., 1a Guerra Mondiale, f.19-15-6, Credaro an Unterrichtsmin. Corbino, Trient, 13. Juli 1921.

137 F e r r e t t i , Scuola, S. 19; Il Trentino, Trient, 31. Okt. 1907; ACS, Pres.Cons., 1a Guerra Mondiale, 19-15-6, De Gasperi an Bonomi, Trient, 22. Aug. 1921; ebd., Credaro an Bonomi, Trient, 10. Sept. 1921.

138 ACS, Pres. Cons., 1a Guerra Mondiale, f.19-15-6, Salata an Corbino, Rom, 24. Juli 1921; Rivista Pedagogica 16 (1923) S. 65.

139 Ebd., S. 53-54; Libertà, 22. Jan. 1922, "I woas nit italienisch" und ebd., 10. Okt. 1922, Rede des Trentiner Delegierten auf dem Kongreß der Liberalen in Bologna.

140 Grazer Mittags-Zeitung, 3. Nov. 1920.

141 ACS, Pres.Cons., 1a Guerra Mondiale, f.19-15-12, Promulgazione della legge 26 settembre 1920 n. 288, Aufruf Credaros vom 10. Okt. 1920; Atti Parl., Senato, Disc., 9. Dez. 1921, S. 1203.

142 ACS, Pres.Cons., Ufficio Centrale, cat. 8/4, b.46, Beschluß der Giunta Provinciale di Statistica, Trient, 9. Juni 1922; ebd., Credaro an das Arbeitsministerium, Trient 18. August 1922; vgl. ebd., cat. 13/b, f.3, Credaro an das Ufficio Centrale, Trient 18. April 1921.

143 S.o., Teil I, Anm. 124; Atti Parl., Senato, Disc., 9. Dez. 1921, S. 1202, Credaro sagte,in Südtirol begegneten sich "due immense ondate di popolo, due razze profondamente diverse".

144 Pop. It., 20. Sept. 1921; R e u t - N i c o l u s s i , Tirol, S. 92; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 99.

145 Atti Parl., Camera, Disc., 10. Dez. 1921, S.2323-2324.

146 Picc. Posto, 3. Juli 1922.

147 Pop. It., 31. Aug. 1922.

148 Picc. Posto, 31. März 1923.

149 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 139.

150 Stolz, Ausbreitung 3,1, S. 229,237,307,315,346; B. Zallinger - Thurn, Die Grundlagen der Südtiroler Politik, Bozen 1949, S. 35,37.

151 G. De Rosa (Hg.), Alcide De Gasperi, I cattolici trentini sotto l'Austria 2, Rom 1964, S.287.

152 Benvenuti, Fascismo, S. 112; Corriere della Sera, 1. Aug. 1922; Picc. Posto, 9. und 18. Aug. 1922; AAA 17 (1922) S. 304-305.

153 Ponte, 1. Okt. 1922.

154 La Tribuna, Rom, 8. Okt. 1922; Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstituts 8, Bozen 1973, S. 74-77.

155 Der Burggräfler, Meran, 16. Jan. 1922; Volksrecht, 22. Jan. 1922; Nuovo Trentino, 30. Jan. 1922; Herre, Südtiroler Frage, S. 230.

156 Der Burggräfler, 23. Jan. 1922.

157 Ponte, 8. Okt. 1922.

158 Herre, Südtiroler Frage, S. 246; Picc. Posto, 31. März 1923.

159 ACS, Credaro, b.32, Tolomei an Credaro, Bozen, 20. Aug. 1919, "Scuole italiane a Bolzano"; AAA 17 (1922) S. 294.

160 Der Tiroler, Bozen, 2. und 21. Okt. 1922; Benvenuti, Fascismo, S. 144; ACS, Credaro, b.34, undatierte Denkschrift des Generalzivilkommissariats Trient über die Bozner Schulfrage, zwischen Juni und Okt. 1922 entstanden; ebd., Pres.Cons., Ufficio Centrale, classe 14, cat. 11/11, f.1: Dal Rì an das Unterrichtsmin., Trient 25. Juli 1922; ebd., Salata an das Unterrichtsmin., Rom, 9. Okt. 1922.

161 Picc. Posto, 31. März 1923.

162 Benvenuti, Fascismo, S. 141; Fenz, South Tyrol, S. 239; Mussolini, Opera 18, S. 433-440, Mussolini sagte am 4. Okt. 1922 in Mailand, Abba Garima (Ort einer italienischen Niederlage in Abessinien) sei vorbei.

163 Gatterer, Kampf, S. 417,421; De Felice, Mussolini fascista 1, S. 319.

164 Ritschel, Diplomatie, S. 106-107.

165 Rusinow, Heritage, S. 158-159.

166 Benvenuti, Fascismo, S. 142-144,152-153, 254-269.

1 Herre, Südtiroler Frage, S. 267; Ferretti, Scuola, S. 65-66; Rusinow, Heritage, S. 110-112.

2 De Felice, Mussolini fascista 1, S. 379; A. Aquarone, L'Organizzazione dello Stato totalitario, Turin 1965, S. 15.

3 Atti Parl., Camera, Disc., 17. Nov. 1922, S. 8445; Ponte, 24. Dez. 1922.

4 Mussolini, Opera 19, S. 88-91; Herre, Südtiroler Frage, S. 267.

5 Gerarchia 2 (1923), S. 698; Ruffilli, Questione, S. 389.

6 Libertà, 19. Nov. 1922; AAA 17 (1922) S. 335-336; vgl. Tolomeis Provvedimenti hinsichtlich der Schulen: ACS, Pres. Cons., 1924, f.1-1-11-423.

7 PA, Pol. Abt.II, Pol 6A Italien, Bd.3, von Neurath an das AA, Rom, 3. Nov. 1922.

8 Mussolini, Opera 19, S. 28.

9 Benvenuti, Fascismo, S. 174.

10 Libertà, 2. Dez. 1922; Picc. Posto, 9. Dez. 1922.

11 Benvenuti, Fascismo, S. 175-176.

12 Il Popolo di Brescia, 6. März 1923.

13 Benvenuti, Fascismo, S. 271-272.

14 Il Popolo, Trient, 5. März 1923.

15 ACS, Pres.Cons., 1923, 1-1-6-885, Guadagnini an Mussolini, Trient, 2. März 1923.

16 Ebd., Mussolini an Guadagnini, Rom, 22. März 1923; ähnlich argumentierte Starace in Il Giornale d'Italia, 27. März 1923.

17 Benvenuti, Fascismo, S. 181-183,189; Il Popolo, Trient, 5.,6., 8. und 9. März 1923.

18 S.o., S.1-2.

19 Vgl. dazu auch Fenz, South Tyrol, S.259; W. Schieder, Strukturwandel, S.81-82: hinsichtlich des zahlenmäßigen Gewichts des ANI bei Fusion mit dem PNF.

20 Gatterer, Kampf, S. 433-434.

21 Pop. It., 2.Okt.1923; Tolomei schrieb in seinen Memorie, S.433 irrtümlich, er habe schon 1918 in Rom zum Fascio gehört; zu Tolomeis Verhältnis zur ANI vgl. AAA 14 (1919) S.331; Tolomei, Memorie, S.298,493.

22 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 3, S. 7.

23 Pop. It., 2. Okt. 1923; Picc. Posto, 3. Okt. 1923.

24 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 80: Schon die Gründungsversammlung des Trentiner Fascio vom 11. Jan. 1921 beschloß, Tolomei ein Grußtelegramm zu senden.

25 Il Giornale d'Italia, 14. März 1923; D e F e l i c e , G. Preziosi, S. 519-520.

26 A q u a r o n e , Organizzazione, S.6-11; ders., Aspirazioni tecnocratiche del primo fascismo, Nord e Sud, 11 N.S. (April 1964), S.109-128.

27 D e F e l i c e , Mussolini fascista 1, S. 331; s.o. S. 57-58.

28 Il Giornale d'Italia, 11. und 27. März 1923. Außer bei Starace und Tolomei können wir die Ablehnung des Burgfriedens im Großrat im einzelnen nicht belegen. Nach Il Giornale di Trento, 14. März 1923, wurde der Burgfriede von fast allen Mitgliedern des Parteidirektorium abgelehnt.

29 F r e i b e r g , Südtirol, Anhang (=deutsche Übersetzung von Tolomeis "Provvedimenti").

30 Loc. cit.

31 S.o., Teil II, Anm. 16.

32 PA, Pol Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 3, von Neurath an das AA, Rom, 22. März 1923.

33 S.o., Teil II, Anm. 7. G r u b e r , Südtirol, S.18, schreibt, daß der Burgfriede "den Südtirolern die Bewahrung ihrer nationalen Eigenart auch für die Zukunft garantieren sollte".

34 S.o., S. 45.

35 A q u a r o n e , Organizzazione, S. 36.

36 M u s s o l i n i , Opera 16, S. 435; ebd. 18, S.384.

37 D e F e l i c e , Mussolini fascista 1, S. 269-270, 380-386,399; vgl. G a t t e r e r , Kampf, S. 406, 443,531, der auch kurz auf das Verhältnis zwischen Faschismus und dem autonomistischen Partito Sardo d'Azione eingeht.

38 R. D e F e l i c e , Mussolini e Hitler, Florenz 1975, S. 58-66.

39 E. R o s e n , Mussolini und Deutschland 1922-1923, VfZG 5 (1957) S. 22-23.

40 S.o., Teil I, Anm.63-64. M u s s o l i n i , Opera 18, S.167-168,370; M u h r , Beziehungen, S.147-167, und S t e u r e r , Südtirol, S.57-60,108: Über die Haltung des liberalen und faschistischen Italiens zum Anschluß Österreichs.

41 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 176-177.

42 R o s e n , Mussolini, S. 41; W. P e s e , Hitler und Italien 1920-1926, VfZG 3 (1955) S. 117-118,121; D e F e l i c e , Mussolini e Hitler, S. 21,243.

43 Rivista Pedagogica 16 (1923) S. 65,68; Ponte, 1.Okt.1922; G. G u a d a g n i n i , Un anno nella Venezia Tridentina, Trient 1923, S. 6.

44 S.o., Teil I, Anm. 142.

45 ACS, Pres.Cons., 1923, f.1-1-6-2191, Schulamtsleiter Molina an das Unterrichtsmin., Trient, 11. Aug. 1923.

46 G u a d a g n i n i , Un anno, S. 7.

47 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 4, S. 53.

48 G u a d a g n i n i , Un anno, S. 8-9.

49 S.o., Teil II, Anm. 6, ACS, und Anm. 29; AAA 10 (1915) S. 60.

50 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 181-187.

51 Il Popolo di Brescia, 6. März 1923, Italia Alpina, Trient, 26. März 1923 und Il Giornale d'Italia, 27. März 1923; für das zuvor gute Verhältnis zwischen Barbesino und Tolomei vgl. Picc. Posto, 16. Sept. 1922 und das Programm des Bozner Fascio vom 18. Nov. 1922, s.o., Teil II, Anm. 6.

52 Picc. Posto, 23. Juni 1923; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 189.

53 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 10, S. 13; Libertà 17. Juli 1923; vgl. AAA 18 (1923) S. 756 und ebd. 24 (1929) S. 41.

54 PA, Pol Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 3, von Neurath an das AA, Rom, 8. Aug. 1923.

55 Atti Parl., Senato, Disc., 4. Febr. 1925, S. 1351; T o l o m e i , Memorie, S. 456; Libertà, 17. Juli 1923.

56 PA, Botschaft Rom, It., Pol 8 c, Deutschstämmige Minderheit Südtirol, Bd. 3, von Neurath an das AA, Rom, 30. Juli 1923; F e n z , South Tyrol, S. 263.

57 AAA 16 (1921) S. 318,323.

58 F r e i b e r g , Südtirol, Anhang; Il Giornale di Trento, 14. März 1923.

59 De Felice, Mussolini ruvoluzionario, S. 78; Mussolini, Opera 33, 171-173,196,207-208,210.

60 De Felice, Mussolini rivoluzionario, S. 310.

61 Rumi, Origini, S. 24.

62 Mussolini, Opera 18, S. 167-168; Pop.It., 28. April 1922; Idea Naz., 2. März 1923, Rundschreiben von Außenminister Mussolini an alle italienischen Vertretungen im Ausland; Opera 19, S. 191-192, Vortrag Mussolinis vom 31. März 1923; Opera 19, S. 217, Rede Mussolinis im Parlament vom 16. Mai 1923.

63 E. Sori, Emigrazione all'estero e migrazioni interne in Italia tra le due guerre, Quaderni Storici 10 (1975) S. 580n; D. Preti, La politica agraria del fascismo: note introduttive, Studi Storici 14 (1973) S. 812-813.

64 G. Carocci, La politica estera dell'Italia fascista 1925/1928, Bari 1969, S. 303n.

65 Idea Naz., 17. Juli 1923; ebd. 18. Juli 1923, Documenti Diplomatici Italiani, Serie 7, Bd. 2, Rom 1955, Dokumente Nr. 101,113,117,128,130,134; V. Gayda, Italia e Francia, Rom 1939, S. 35-36,51,58; A. Cassels, Mussolini's Early Diplomacy, Princeton, New Jersey, 1970, S. 201.

66 ACS, Pres.Cons., 1923, f.1-6-3-1678, Mussolini am 5. Juli 1923 an den Postminister.

67 ACS, Pres. Cons., 1927, f.5-3-961, Mussolini am 5. Juli 1923 an Unterrichtsminister Gentile.

68 Ebd., undatierter Entwurf eines Briefs des Ministerpräsidenten an den Unterrichtsminister, wohl vom 5.Juli 1923.

69 Rumi, Origini, S. 237.

70 ACS, Pres.Cons., 1923, f.1-6-3-1678. Der Präfekt von Turin am 26. Juli 1923 an das Ministerpräsidium; ebd., Abschrift eines Briefs des italienischen Botschafters in Paris, die das italienische Außenministerium am 10. Nov. 1923 an das Ministerpräsidium sandte: der Botschafter bestritt, daß es einen französischen 'Irredentismus gegenüber dem Aostatal gebe.

71 ACS, Pres.Cons., 1927, f.5-3-961, Unterrichtsminister Gentile am 23. Juli 1923 an das Ministerpräsidium; ebd., Mussolini am 7. August 1923 an Gentile, Gentile am 16. Aug. 1923 an Mussolini.

72 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 203.

73 S.o., Teil II, Anm. 45; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 205.

74 ACS, Pres. Cons., 1923, f. 1-1-6-2191, Gentile an Molina, Rom 21. Aug. 1923.

75 ACS Pres.Cons., Provvedimenti Legislativi, 1923, Ministero dell'Istruzione, n.92; Ordinanza del Ministero della Pubblica Istruzione, 10.Januar 1924 zum K.Dekret vom 1. Oktober 1923, Nr.2185.

76 B e r t o n i J o v i n e , Scuola, S. 265-268; D e M a u r o , Storia, S. 49,331,340.

77 ACS, Pres.Cons., Provvedimenti Legislativi, 1923, Min. dell'Istr., n.92: siehe Streichung in Artikel 4.

78 ACS, Pres.Cons., 1923, f. 1-1-6-2191, Gentile an das Ministerpräsidium, Rom, 9. Nov. 1923; ebd., Pres.Cons. 1924, f. 1-1-11-32, Gentile an Mussolini, Rom, 13. Mai 1924.

79 D e M a u r o , Storia, S. 195.

80 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 219.

81 ACS, Pres.Cons., 1923, f. 1-1-6-1794, Die Südtiroler Abgeordneten, von Walther, Tinzl, Nikolussi und von Toggenburg an Mussolini, Bozen, 10. Nov. 1923.

82 Ebd., Mussolini an Guadagnini, Rom, 23. Dez. 1923; vgl. die - mutatis mutandis - inhaltlich identische Argumentation des Bonner Staatsrechtlers Philipp Zorn in einem Aufsatz von 1902 über die deutsche Staatssprache: Th. S c h i e d e r , Kaiserreich, S. 12.

83 Atti Parl., Camera, Disc., 17. Nov. 1922, S. 8454, Mussolini gegenüber dem slowenischen Abgeordneten Wilfan zur Frage der sprachlichen Minderheiten in Italien: "Uguali diritti, uguali doveri"; M u s s o l i n i , Opera 20, S. 132, Mussolini am 18. Dezember 1923, einen Tag vor der Audienz für die Aostaner Delegation unter Führung RÉans, zu einer Delegation der slawischen Minderheit: "Avete gli stessi diritti e gli stessi doveri dei cittadini italiani"; Opera 22, S. 77, Mussolini nannte am 10. Februar 1926 im Senat die Behandlung der Südtiroler einen Ausdruck der "romana equità"; Opera 23, S.120, Mussolini sagte am 3. März 1928 im Parlament, die Südtiroler hätten dieselben Rechte und Pflichten wie die übrigen italienischen Staatsbürger.

84 M u s s o l i n i , Opera 16, S. 291,335,432-434.

85 ACS, Min.Int., Gabinetto, Finzi, b.10, f.91, Guadagnini berichtete Mussolini am 14. Nov. 1923 aus Trient, in Bozen und Meran sei die Werbung von Südtirolern für den Fascio erfolglos geblieben, dagegen seien in Schlanders von 63 Faschisten 42 "alloglotti" und in Latsch 19 von 23. Außerdem seien die Bürgermeister von acht Vinschgauer Gemeinden Mitglieder des PNF. Vgl. Trafoier, Innenpolitische Lage, S. 302, die Gemeinde Latsch verlieh Mussolini im Mai 1924 aus ungeklärten Gründen die Ehrenbürgerschaft.

86 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-665, Guadagnini an Mussolini, Trient, 1. Okt. 1924; s.u., **Exkurs**, S.165-169.

87 Libertà, 17. und 18. Juli 1923; ebd., 29. Sept. 1923.

88 Nuovo Trentino, 9. Jan. 1922; ebd., 14. Juli 1923.

89 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 108.

90 Vgl. den Kommentar von Nuovo Trentino, 6. Mai 1924 zur Südtirol-freundlichen Stellungnahme des Generals Guerrini; s.o., Teil I, Anm. 114.

91 Il Cristallo, Bozen, 10 (1968) S. 140; Ponte, 7. Mai 1922.

92 Ponte, 17. Sept. 1922; vgl. La Fiamma, Trient, 15. Aug. 1921.

93 Ponte, 8. Okt. 1922.

94 Ebd., 18. März 1923.

95 Eine ausführliche Auswertung der italienischen Zeitungen, die gegen die Italianisierung Südtirols und der Venezia Giulia Stellung bezogen, steht noch aus. Hinweise dazu in AAA 18 (1923) S. 877-878 und H e r r e , Südtiroler Frage, S. 297; vgl. auch I diritti della scuola 25 (1923) S. 59-60.

96 Boll. Legione 1 (1921) S. 5-6; ebd. 3 (1923) S. 84-85.

97 S. B e n v e n u t i , La Legione Trentina nel corso della prima guerra mondiale, Bollettino del Museo Trentino del Risorgimento, 25/2(1976) S. 4,7.

98 Libertà, 30. Juni 1923.

99 Picc. Posto, 14. Juli 1923; Libertà, 28. Aug. 1923.

100 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 187,221.

101 Präfekt Guadagnini, der Präsident der Legione Trentina, Cristofolini, und der Herausgeber von La Libertà, Ferrari, bezeichneten den Faschismus in der Provinz Trient als Importgut: ACS, Min.Int., P.S. 1924, b.98, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 3. Nov. 1923, Libertà, 28.März 1923 und Il Giornale di Trento, 16.Dez.1923 (Bericht über den Kongreß des PNF Verbands).

102 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 222-223.

103 ACS, Min.Int., Gabinetto, Finzi, b.2, f.20, Telegramm Guadagninis an das Ministerpräsidium, 19. Dez. 1923; die Bozner Ortsgruppe zählte im Juli 1923 nicht viel mehr als 107 Mitglieder: Libertà, 29. Juli 1923.

104 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 97; La Voce del Sella, Trento, 16. Dez. 1923; ACS, Min.Int., P.S.,1924, b. 98, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 17. Mai 1924; AAA 23 (1928) S. 260.

105 Boll. Legione, Jg. 4, Supplemento, 14. Dez. 1924, S. 5.

106 ACS, Pres.Cons., 1924, f. 1-11-423, Memorandum Lunellis für Mussolini, Trient, 1. Aug. 1924; s.o., Teil II, Anm. 86; Boll. Legione 4 (1924) S. 170.

107 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 10, S. 114-115.

108 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 330; Atti Parl., Cam., Disc., 15. Jan. 1925, S. 2238, 9. März 1925, S.2353, 10. März 1925, S. 2386-2389.

109 S.o., Teil II, Anm. 97.

110 ACS, Pres.Cons., 1923, f. 5-1-3-1203, Giuseppe Cristofolini an das Unterrichtsmin., Trient, 12.April 1923; ebd., 1924, f. 1-1-11-422, Resolution verschiedener Trentiner Verbände, die am 20. Febr. 1924 von Guadagnini an das Ministerpräsidium gesandt wurde; ebd., Der Unterrichtsminister an das Ministerpräsidium, Rom, 11. Aug. 1924.

111 W. S c h i e d e r , Strukturwandel, S. 84-85.

112 J. P e t e r s e n , Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 20; **De Felice, Mussolini fascista 1, S. 710, 717.**

113 S.o., Teil II, Anm. 86.

114 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 194-195; ACS, Min.Int. P.S., 1923, b.11, Präfektur Trient an das Innenmin., 21. Dez. 1923.

115 Nuovo Trentino, 4. Okt. 1924.

116 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-457, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 24. Jan. 1925.

117 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 325-326.

118 S.o., Teil II, Anm. 116.

119 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-457, Telegramm Pellegrinis an Mussolini, Bozen, 7. Jan.1925; A. Lyttelton, La conquista del potere, Il fascismo dal 1919 al 1929, Bari 1974, S.414-415.

119a De Felice, Mussolini fascista 1, S.721-722.

119b W. Schieder, Strukturwandel, S.78-79.

120 S.o., Teil II, Anm. 111.

121 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-457, Telegramm von Tonelli, Radina, Valcanover und Altenburger an Ciarlantini, Bozen 9. Jan. 1925; ebd., Tonelli an Staatssekretär Suardo, Bozen, 17. Jan. 1925.

122 ACS, Min. Int., P.S., 1925, b.94, Guadagnini an den Innenmin., Trient, 18. Febr. 1925; Herre, Südtiroler Frage, S. 326; Der Burggräfler, Meran, 31. Jan. 1925.

123 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-457, Guadagnini an den Innenmin., Trient, 24. Jan. 1925; ebd., Unterpräfekt Vittorelli an das Ministerpräsidium, Bozen, 25. Jan. 1925.

124 S.o., Teil II, Anm. 122: ACS.

125 Lyttelton, Conquista, S. 440.

126 Libertà, 18. Dez. 1922; Il Popolo, Trient, 24.Febr.1923; Picc. Posto, 22. Sept. 1923; ebd., 28. Nov. 1923.

127 Brennero, 1. Febr. 1925; Nuovo Trentino, 1. Febr. 1925; AAA 23 (1928) S. 290.

128 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-457, Guadagnini an den Chefsekretär im Ministerpräsidium, Trient, 3. März 1925.

129 AAA 23 (1928) S. 269,292; Brennero, 2. Juni 1925.

130 L. Steurer, Südtirol, S. 59-60,107-110,115.

131 Ara, Alto Adige, S. 345; Steurer, Südtirol, S. 104-105,135; Herre, Südtiroler Frage, S. 339.

132 De Felice, Mussolini il fascista 2, Turin 1968, S. 494-498.

133 ACS, Pres.Cons., Atti Legislativi, 1924-1925, b.186, Istruzione, 14. Nov. 1925.

134 S.o., S. 64.

135 Rivista Pedagogica 18 (1925) S. 775; Trentino 2 (1926) S. 75.

136 J. Rossé, M. Stürmel u.a. (Hg.), Das Elsaß 3, Colmar 1936, S. 75,145,151-152.

136a S.u., S.90-91:über die Hintergründe der Erklärung Fedeles.

137 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 293-294; ACS, Pres.Cons., 1924, f. 1-1-11-92, Guadagnini an das Ministerpräsidium, Trient, 28. Febr. 1924; PA, Pol.Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 7, von Neurath an das AA, Rom, 15. Jan. 1926.

138 ACS, Min. Int. P.S., 1925, b.12, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 10. Febr. 1925; Atti Parl., Camera, Disc., 19. März 1925, S. 2676, Rede der Südtiroler Abgeordneten Tinzl.

139 S.o., Teil II, Anm. 86.

140 W. M a r z a r i , Kanonikus Michael Gamper, Wien 1974, S. 40; A t h a n a s i u s , Seelennot, S.51.

141 Ebd., S. 61.

142 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 6, Nachtrag zur "Aufzeichnung zur deutsch-nationalen Interpellation über Südtirol", Berlin, 20. Dez. 1925, gez. Oster.

143 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 10, S.20.

144 Brennero, 29. Nov. 1925; M a r z a r i , Gamper, S.46.

145 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 1-1-13-1666, Deutsche Völkerbundsliga in Italien (Hg.), La minoranza tedesca in Italia, Bozen 1926, S. 9 (Broschüre); A t h a n a s i u s , Seelennot, S. 62,84.

146 S.o., S. 52; H e r r e , Südtiroler Frage, S. 309-310.

147 Atti Parl., Camera, Disc., 13. Mai 1926, S.5719-5723.

148 Ebd., 14. Mai 1926, S. 5759-5761; G r u b e r , Südtirol, S. 59.

149 A q u a r o n e , Organizzazione, S. 75-76; D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S. 155-156.

150 S t e u r e r , Südtirol, S. 117-118,134-135.

151 Ebd., S. 120; ADAP Serie B, Bd. 3, Nr. 13, Stresemann an von Neurath, Berlin, 30. Dez. 1925.

152 ACS Pres.Cons., 1928, f. 1-1-13-3001, Das Innenministerium an das Ministerpräsidium, Rom, 31.Okt.1928.

153 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-1851, Justizmin. Rocco an Mussolini, Rom, 22. Jan. 1926; ebd., Mussolini an Rocco, Rom, 26. Jan. 1926.

154 S t e u r e r , Südtirol, S. 124.

155 L. Salvatorelli, G. Mira, Storia d'Italia nel periodo fascista 2, Mailand 1972, S. 130.

156 H. Michaelis, E. Schraepler (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1928 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart 6, Berlin 1961, S. 352.

157 Mussolini, Opera 22, S. 74.

158 Ebd., S. 68-73.

159 Perfetti (Hg.) Nazionalismo, S. 184; De Felice, Mussolini rivoluzionario, S. 738,740; G. Rumi, L'Imperialismo fascista, Mailand 1974, S. 37.

160 Steurer, Südtirol, S. 124.

161 Herre, Südtiroler Frage, S. 378-379.

162 Steurer, Südtirol, S. 129.

163 Michaelis, Schraepler (Hg.), Ursachen und Folgen 6, S. 535-542.

164 Mussolini, Opera 22, S. 76-77; Hinsichtlich der positiven Folgen der deutsch-italienischen Auseinandersetzung für die dänische Minderheit in Preußen vgl. M. Broszat, Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann, in: Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 60. Geburtstag (Hg. K. Kluxen und W.J. Mommsen), München-Wien 1968, S. 420-421. Über die dänische Minderheit in Preußen berichteten Corriere della Sera, 6. Jan. 1924, Picc. Posto, 12. Jan. 1924 und Volksbote 10. und 11. März 1926.

165 Steurer, Südtirol, S. 129-130.

166 De Felice, Mussolini fascista 2, S. 441.

167 Mussolini, Opera 22, S. 74, am 10. Febr.1926 verwies Mussolini eigens auf die "profonda ripercussione nell'animo italiano", die seine Rede vom 6. Febr.1926 hervorgerufen habe.

168 Für den "imperialismo spirituale" vgl. Rumi, Origini, S. 24,323,454-455 und Mussolini, Opera 22, S. 171-173.

169 E. Santarelli, Storia del movimento e del regime fascista 1, Rom 1967, S.448,450,452; Salvatorelli, Mira, Storia 2, S.130.

170 S.u., S. 106.

171 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 16, Bericht eines Vertrauensmanns der deutschen Botschaft Rom vom 16. Juli 1926, entgegen der Darstellung Mussolinis hatte die Gemeinde Bozen im 1. Weltkrieg kein Siegesdenkmal, sondern ein Kaiserjägerdenkmal für das Anfang des Krieges in Galizien gefallene halbe Bozner Hausregiment geplant.

172 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-634,3, Sitzungsbericht der Denkmalskommission, Rom, 17. März 1926.

173 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 397; G r u b e r , Südtirol, S. 64. Ein offener Brief, in dem sich der Sohn Battistis, Luigi (Gigino), gegen die Errichtung eines Denkmals für seinen Vater in Bozen aussprach, wurde Anfang März 1923 in mehreren Zeitungen veröffentlicht: S. B e n v e n u t i , I volontari trentini nel primo dopoguerra, Bolle Hino del Museo Trentino del Risorgimento 27/2(1978) S. 6; ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-634,2, ein Telegramm Guadagninis an Staatssekretär Suardo, Trient, 3. März 1926, verwies auf diese Stellungnahme Luigi Battistis.

174 Interview mit Livia Battisti, Trient, 26. Nov. 1974; Sitzungsbericht der Denkmalskommission vom 17. März 1926, in dem allerdings Zippel nicht erwähnt ist: s.o. Teil II, Anm. 172.

175 E. B a t t i s t i B i t t a n t i (Hg.), Scritti politici di Cesare Battisti, Florenz 1923, S.232-233; Studi Trentini 35 (1956) S. 84 ff; M o n t e l e o n e , Politica, S. 83.

176 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-634,3, Sitzungsbericht der Denkmalskommission vom 18. März 1926; ebd., Telegramm Piacentinis an Mussolini, Rom, 19. März 1926.

177 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-634,8, Sottoscrizione nazionale 8. Febr. 1926-11. Mai 1928; Picc. Posto, 24. Febr. 1926.

178 La Rivista della Venezia Tridentina, 10 (1928) S. 24; ACS, Pres.Cons., 1928, f. 14-4-634,13, Telegramm Staatssekretär Giuntas an Mussolini, Bozen, 11.Juli 1928.

179 T o l o m e i , Memorie, S. 488; A. A v a n c i n i (Hg.), Terre redente e Adriatico 1, Mailand 1932, S.346.

180 Trentino 4 (1928) S. 225.

181 Boll. Legione 6 (1926) S. 150; Alpenzeitung, 13.Juli 1926.

182 Picc. Posto, 14. Juli 1926.

183 ACS, Pres.Cons., 1928, 14-4-634, Meldung der Agenzia Stefani, 12. Juli 1926; S.o., S. 88.

184 ACS, Pres.Cons., 1926, f. 1-1-13-3228, Mussolini an Borletti, Rom, 20. Aug. 1926.

185 M. Ledeen, D'Annunzio a Fiume, Bari 1975, S. 265; Lyttelton, Conquista, S. 278.

186 De Felice, Mussolini fascista 2, S. 499.

187 Brennero, 4. Aug. 1925, Alpenzeitung, 5. Okt. 1925.

188 Herre, Südtiroler Frage, S. 140-141,239.

189 Brennero, 4. Aug. 1925.

190 Volksbote, 20. Aug. 1925.

191 Steurer, Südtirol, S. 151.

192 Volksbote, 13. Mai 1926.

193 Steurer, Südtirol, S. 155.

194 S.o., Einleitung, Anm. 3.

195 AAA 10 (1915) S. 53-57; AAA 13 (1918) S. 452; AAA 17 (1922) S. 326; AAA 18 (1923) S. 841.

196 AAA 23 (1928) S. 463.

197 Atti Parl., Senato, Disc., 4. Febr. 1925, S. 1350.

198 AAA 23 (1928) S. 448.

199 AAA 22 (1927) S. 201-202.

200 Herre, Südtiroler Frage, S. 392.

201 Aquarone, Organizzazione, S. 126.

202 Volksbote, 3. Juni 1926.

203 Steurer, Südtirol, S. 152.

204 Aquarone, Organizzazione, S. 139.

205 Volksbote, 15. Juli 1926.

206 Trentino 1 (1925) S. 162.

207 Mussolini, Opera 22, S. 368.

208 PA, Pol Abt II, Pol 6 A Italien, Bd. 20, Konsul Saller an das AA, Innsbruck, 30. Juli 1927.

209 Gerarchia 7 (1927) S. 582.

210 AAA 23 (1928) S. 443; PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 25, Bericht der "Südtiroler Arbeitsstelle Innsbruck" über den Monat Juni 1928; F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 11, S. 43.

211 Pres.Cons., 1924, f. 1-1-11-2662, Istituto Nazionale di Credito per la Cooperazione an Innenmin. Federzoni, Rom, 24. Okt. 1924.

212 Picc. Posto, 3. März 1926; AAA 23 (1928) S. 293; Trentino, 2 (1926) S. 49-51.

213 Alpenzeitung, 5. Okt. 1926; ACS, Min.Int.P.S., 1926, b. 81, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 4. Okt.1926.

214 Picc. Posto, 9. Okt. 1926.

215 ACS, Min.Int. P.S., 1926, b. 81, Telegramm Guadagninis an das Innenmin., Trient, 7. Okt. 1926; Volksbote, 7. und 14. Okt. 1926.

216 S t e u r e r , Südtirol, S. 184.

217 Ebd., S. 186; ADAP, Serie B, Bd. 4, Nr. 3, von Neurath an das AA, Rom, 3. Jan. 1927; H e r r e , Südtiroler Frage, S. 392; G r u b e r , Südtirol, S. 57,72; vgl. die positive Beurteilung des Trentinismus in G a t t e r e r , Kampf, S. 472-474.

218 Pres.Cons., 1926, f. 1-1-13-4465, Telegramm Guadagninis an Mussolini, Trient, 5. Dez. 1926.

219 Picc. Posto, 9. Okt. 1926.

220 S t e u r e r , Südtirol, S. 165.

221 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 20, Konsul Saller an die Deutsche Gesandtschaft Wien, Innsbruck, 14.Juni 1927; ACS, Min.Int. P.S., 1926, b. 81, Telegramm Riccis an das Innenmin., Trient, 19. Dez. 1926; J. P e t e r s e n , Faschismus und Industrie in Italien 1919-1929, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Heft 7, Frankfurt 1976, S. 168-172.

222 S.o. Teil II, Anm. 221: PA; S t e u r e r , Südtirol, S. 166 spricht von 16 Millionen Lire, die zwischen Okt. 1926 und Febr. 1927 abgehoben wurden.

223 S.o., Teil II, Anm. 211. PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 30, Deutscher Schutzbund, Herr von Loesch an Legationsrat Thomsen im AA, Berlin, 23. März 1931.

224 S t e u r e r , Südtirol, S. 171.

226 AAA 23 (1928) S. 446-447.

227 PA, Pol. Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 30, A. von Plawenn an von Loesch, Frankfurt, 20.März 1931

228 PA, Pol. Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 22, Deutsches Generalkonsulat Mailand an das AA, 4. Febr. 1928; Il Messagero, 3. Febr. 1928; P. M a y r , Ein Kapitel Südtiroler Wirtschaftsgeschichte, Der Schlern 42 (1968) S. 352.

229 AAA 22 (1927) S. 201-202; AAA 23 (1928) S. 448.

230 P. W r o b e l , Die Raiffeisenkassen in Südtirol, Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts 26, Bozen 1968, S. 24-32; F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 11, S. 38-41.

231 G r u b e r , Südtirol, S. 48-49; M a r z a r i , Gamper, S. 104; das Interview mit dem Petit Parisien findet sich nur in einer Zusammenfassung von Il Popolo d'Italia, 12. März 1926, in M u s s o l i n i , Opera 22, S. 420-421.

232 P e t e r s e n , Faschismus und Industrie, S. 171; P r e t i , Studi Sterici 14 (1973) S. 867.

233 A. L e i d l m a i r , Bevölkerung und Wirtschaft, in: Südtirol (Hg. Huter), S. 376; F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 11, S. 24.

234 Ebd., Heft 10, S. 104-105.

235 AAA 23 (1928) S. 471-473.

236 D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S.225-226.

237 Dolomiten, Bozen, 29. Dez. 1957.

238 S.o., S. 22.

239 ACS, Credaro, b.33, Pecori-Giraldi an das Ufficio Centrale, Trient, 16. Juli 1919; ebd., Zivilkommissar Postinger an Credaro, Bozen, 23. Nov. 1921.

240 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 326.

241 AAA 23 (1928) S. 459-460.

242 Loc. cit.; PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 27 ungezeichnete Aufzeichnung der Deutschen Botschaft Rom vom 24. Juni 1929.

243 D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S. 498.

244 AAA 22 (1927) S. 193,206.

245 B e n v e n u t i , Fascismo, S. 213-216.

246 Boll.Legione 6 (1926) S. 156.

247 Gerarchia 6 (1926) S. 628-636; Alpenzeitung, 7. Dez. 1926, Mussolinis Rede im Ministerrat vom 6. Dez. 1926; ebd., 6. Jan. 1927, Zirkular Mussolinis an alle Präfekten vom 5. Jan. 1927; D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S. 297; W. S c h i e d e r , Strukturwandel, S. 87.

248 ADAP, Serie B, Bd. 4, Nr. 3, von Neurath an das AA, Rom, 3. Jan. 1927.

249 M a r z a r i , Gamper, S. 88-89.

250 D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S.498-502.

251 C a r o c c i , Politica, S. 185-187; P e t e r s e n , Hitler-Mussolini, S.20.

252 M u s s o l i n i , Opera 22, S. 367-369.

253 L. D e i S a b e l l i , Nazioni e minoranze etniche 2, Istituto nazionale fascista di Cultura, Bologna 1929, S. 49 (nach E.M. S c h m i d - B u r g k , Faschistische Minderheitentheorie, Volk und Reich 11 (1935) S. 830).

254 P e t e r s e n , Hitler-Mussolini, S. 4-5.

255 C a r o c c i , Politica, S. 91,171-172,181,188,206, 295,349; vgl. auch D. M a c k S m i t h , Le guerre del duce, Bari 1976, S. 119.

256 R. D e F e l i c e , Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Turin 1972, S. 93-94.

257 C a r o c c i , Politica, S. 187,348.

258 AAA 23 (1928) S. 294; PA, Pol Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 21, Bericht eines Vertrauensmanns der Deutschen Botschaft Rom vom Oktober 1927.

259 ACS, Segr. Part., f.82 W/R Giarratana, Bericht des Carabinieri-Kommandos von Bozen, 22. Sept. 1927; PNF, Azione, S. 34,51-52,203.

260 ACS, PNF, Direttorio, Segreteria Amministrativa, Federazione Provinciale Bolzano, b.554 A, f. "Alpen-Zeitung" - "Provincia di Bolzano", Bilanz vom 31. Jan. 1928.

261 Ebd., Giarratana an Capasso Torre, Bozen, 22.Sept.1927; PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd.19, Bericht eines Vertrauensmanns, Deutsche Botschaft an das AA, Rom, 2.März 1927. Von Negrelli stammte das Interview im Corriere Italiano v. 16.Okt.1923, in dem Hitler seinen Verzicht auf Südtirol bekräftigt hatte: D e F e l i c e , Mussolini e Hitler, S.21.

262 S.o., Teil II, Anm. 260, Bilanzen und Übersichten, und ACS, PNF, Federazioni Provinciali 1932-1943,b.108.

263 S.o., S.100.

264 G r u b e r , Südtirol, S. 90.

265 Provincia di Bolzano, 18. Mai 1928; A. G i a r r a t a n a , L'Alto Adige, Venedig 1928, S. 27, Vortrag, den Giarratana am 14. Jan. 1928 in Venedig hielt. Hinsichtlich der charakterlichen Eigenschaften eines Teils der Italiener in Südtirol s.u., S. 170.

266 Brennero, 13. Aug. 1927; Provincia di Bolzano, 23. Aug. 1927; ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f.1-1-13-127, Unterrichtsmin. Fedele an Mussolini, Rom, 23. Nov. 1927.

267 ACS, Min.Int. P.S., 1929, b.3, PNF Bolzano, Rapporto Visita Monsignor Waitz, Bozen, 18. Sept. 1928.

268 S.u., S. 120.

269 G r u b e r , Südtirol, S. 91-94.

270 S.u., S. 118-119.

271 G a t t e r , Kampf, S. 482, neue Grabinschriften mußten auch in der Venezia Giulia italienisch geschrieben werden.

272 ACS, Pres.Cons., 1928, f.1-1-13-82, Molina an Staatssekretär Bodrero im Unterrichtsmin., Trient,24.Juni 1927.

273 S.o., Teil II, Anm. 259:ACS.

274 ACS, Pres.Cons., 1928, f. 1-1-13-1692, Giarratana an Staatssekretär Giunta im Ministerpräsidium, Brescia, 30. Dez. 1927.

275 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 26, Deutsche Botschaft Rom an das AA, 11. Okt. 1928; G r u b e r , Südtirol, S. 118.

276 M o n t e l e o n e , Politica, S. 68-69.

277 M u s s o l i n i , Opera 22, S. 73; in seinem Aufsatz von 1911 über das Trentino hatte sich Mussolini noch über die Manie deutscher Nationalisten, italienische Künstler der Renaissance einzudeutschen (Alighieri-Aigler, Buonarrotti-Bohnrodt), lustig gemacht: Opera 33, S.158.

278 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 19. Die Lage des Deutschtums in Südtirol, 1926 (Broschüre).

279 G r u b e r , Südtirol, S. 50-51.

280 S.o., S. 111.

281 M u s s o l i n i , Opera 23, S. 122.

282 Tolomeis Fünfjahresbilanz ist abgedruckt in: Gerarchia 8 (1928) S. 268-296.

283 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 24, Bericht eines Vertrauensmanns der Deutschen Botschaft Rom vom Mai 1928; ebd., Bd. 26, Bericht der Arbeitsstelle für Südtirol, der am 11. Okt. 1928 vom deutschen Konsulat in Innsbruck an das AA gesandt wurde.

284 Zwischen 1934-1938 wurden in Südtirol ca. 4.000, zwischen Febr. 1940-Nov. 1941 weitere ca. 500 Nachnamen italianisiert, so daß insgesamt rd. 13.500 Südtiroler einen neuen Namen erhielten: AAA 38 (1943) S. 540 und F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 3, S. 120-121. In AAA 30 (1935) S. 392 wehrte sich Tolomei gegen den Vorwurf, er habe mit der Übersetzung des Namens "Hitler" durch "Della Capanna" oder "Casolari" den Führer italianisieren wollen.

In der Venezia Giulia sollen bis 1934 40.-50.000 Personen italienische Nachnamen erhalten haben: AAA 29 (1934) S. 221,410. Die grundsätzliche Unmenschlichkeit des faschistischen Gesetzes über die Rückerstattung der Nachnamen wurde sogar vom italienischen Staatsrat anerkannt. In einem Revisionsurteil vom 9. Januar 1932 sagte die Gerichtsbehörde, das Gesetzesdekret vom 10.Januar 1926, Nr. 17 sei eine Verletzung eines der wichtigsten Menschenrechte und dürfe deshalb bei Bürgern italienischer Gesinnung keine Anwendung finden: L. C e r m e l j , Sloveni e croati, S. 149. Überboten wurden diese Maßnahmen durch das Gesetz vom 13. Juli 1939, Nr. 1055, das italienische Staatsbürger, die laut K. Gesetzesdekret vom 17. Nov. 1938, Nr. 1728 als Juden galten, zwang, ihren ursprünglich hebräischen Namen wieder anzunehmen, damit man sie als Juden leicht erkennen könne: T. S t a d e r i n i , Legislazione per la difesa della razza, Roma 1940, S. 139-140.

285 S.o., S. 83-85. Die bei G r u b e r , Südtirol, S.81 als bestraft aufgeführten Personen, Padöller und Peer wurden am 24. Juni 1927 in der Berufungsverhandlung freigesprochen: PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 20, Konsul Saller an das AA, Innsbruck, 8. Juli 1927.

286 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 25, Bericht der "Südtiroler Arbeitstelle" Innsbruck vom Juni 1928.

287 G r u b e r , Südtirol, S. 77-79,176.

288 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 28, Bericht eines Vertrauensmanns der Deutschen Botschaft Rom vom Januar 1930; ACS, Min.Int. P.S., 1929, b.3: Gutachten der Autopsie von Dr. Kollensperger, Bozen, 16.Dez.1929.

289 PA, Pol Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 29, Übersetzung der Bestimmungen des Schulamts Trient vom 27. Febr.1929 hinsichtlich des Privatunterrichts.

Zwischen 1932 und 1937 wurden teilweise sehr hohe Geldstrafen von bis zu 1.500 Lire über einzelne Notschullehrer verhängt. Erst 1938 endete die Verfolgung des deutschen Privatunterrichts: G r u b e r , Südtirol, S. 155,176,180-182. Die Organisation der Südtiroler Notschule lag in den Händen des Klerus, bes. des Kanonikus Gamper. Die Ausbildungskurse für Notschullehrerinnen fanden in Pfarr- und Schwesternhäusern in Südtirol, zwischen 1931 und 1938 zum Teil in München mit Unterstützung des dortigen katholischen Frauenbundes statt: M a r z a r i , Gamper, S. 44-45,49. Die Eltern der unterrichteten Kinder beteiligten sich je nach Vermögen an den Unterrichtskosten, ohne die finanzielle Hilfe des Auslands wäre der Notschulunterricht jedoch unmöglich gewesen. Man weiß, daß die reichsdeutsche finanzielle Hilfe für alle möglichen Zwecke ab 1933 zu 99 % über den VDA nach Südtirol gelangte, es ist aber unbekannt, welche Summe der VDA im einzelnen für den Notschulunterricht aufwandte: H.-A. J a c o b s e n (Hg.), Hans Steinacher, Boppard 1970, S.406-407,574. Für die Jahre 1930 bis 1933 wissen wir, daß pro Jahr rund 200 regelmäßig bestellte und bezahlte Personen rund 4.500 Kindern der 2. bis 4. Elementarschulklasse Notschulunterricht erteilten. Weniger als drei und mehr als sechs Kinder durfte kein Lehrer in einer Gruppe unterrichten. Die Bezahlung pro Unterrichtsstunde war 2 Lire plus 0,50 Lire für jeden einzelnen Schüler, wenn es sich um staatlich geprüfte Lehrer handelte. In München ausgebildete Mädchen erhielten 80 %, in Bozen ausgebildete 60 % dieses Betrags. Zu den bezahlten Lehrern kamen noch freiwillige Kräfte. 1933 waren es z.B. 47 Mädchen aus überwiegend besser gestellten Bozner Familien: PA, Abt VI, Kult, Förderung des Deutschtums in Italien, Bd. 5, Denkschrift, die wahrscheinlich von Kanonikus Gamper stammt und am 13. April 1934 von H. Steinacher an das AA gesandt wurde.

290 ACS, Credaro, b.30, Relazione Governatorato 20 dicembre 1918 - 31 gennaio 1919, allegato nr.25, Trient, 10. Febr. 1919; Libertà, 10. Okt. 1922; Picc. Posto, 16. Dez. 1922; Trentino 1 (1925) S.86-87.

291 AAA 14 (1919) S. 313; vgl. M u s s o l i n i , Opera 23, S. 197-198, Mussolini sagte am 1. Juli 1928 vor Südtiroler Kriegsversehrten des 1. Weltkriegs, die er nach Rom eingeladen hatte, die Frömmigkeit der Südtiroler sei "una delle vostre caratteristiche più preziose".

292 Educazione Fascista 5 (1927) S. 209-220.

293 ACS, Pres.Cons., 1927, f. 1-1-13-2648, Rocco an Mussolini, Rom, 20. Juni 1927.

294 Ebd., Rocco an die Präfekten der Neuen Provinzen, Rom, 20. Juni 1927.

295 ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 1-1-13-127, Fedele an Mussolini, Rom, 23. Nov. 1927.

296 Ebd., Mussolini an Fedele, Rom, 25. Nov. 1927.

297 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 25, Die Geistlichkeit Südtirols an den Hl. Vater, Innsbruck, April 1928 (Broschüre).

298 Trentino 4 (1928) S. 37-39.

299 M a r z a r i , Gamper, S. 55.

300 ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 1-1-13-127, Fedele an Mussolini, Rom, 5. März 1928; ebd., Mussolini an Fedele, Rom, 18. März 1928.

301 F e r r e t t i , Scuola, S. 93-94,180-181; B e n v e n u t i , Fascismo, S. 37,39.

302 T. T o m a s i , L'Idea laica nell'Italia contemporanea, Florenz 1971, S. 85.

303 M a r z a r i , Gamper, S. 34.

304 A t h a n a s i u s , Seelennot, S. 65.

305 Ebd., S. 28.

306 F. M a r g i o t t a - B r o g l i o , Italia e Santa Sede. Dalla Grande Guerra alla Conciliazione, Bari 1966, S. 471-474.

307 Ebd., S. 475-476.

308 Ebd., S. 486-487.

309 ACS, Pres.Cons., 1925, f. 1-1-12-4290, Fedele an den Schulamtsleiter von Trient, Rom, 22. Dez. 1925. Eine Kopie des Schreibens ging an demselben Tag an Mussolini.

310 A t h a n a s i u s , Seelennot, S. 29,67; vgl. M a r g i o t t a - B., Italia, S. 496.

311 Ebd., S. 494-495.

312 St. Antony's Collection, Oxford, Job 105, Box 454, Fedele an Mussolini, Rom, 30. Sept. 1926.

313 A t h a n a s i u s , Seelennot, S. 19.

314 Ebd., S. 18.

315 ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 1-1-13-127, Mutschlechner an das Schulamt Trient, Brixen, 9. Okt. 1926.

316 M a r z a r i , Gamper, S. 70.

317 ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 1-1-13-127, Molina an das Unterrichtsmin., Trient, 29. Okt. 1926.

318 S.o., Teil II, Anm. 317.

319 ACS, Min.Int. P.S., 1927, b. 31, Dalpiaz am 27. Jan. 1927 an den Bozner Präfekten.

320 A t h a n a s i u s , Seelennot, S. 20.

321 Ebd., S. 23,82.

322 ADAP, Serie B, Bd. 3, Nr. 197 und 243.

323 G. S a l v e m i n i , Opere 6, Scritti sul fascismo 2, Mailand 1966, S. 490-492.

324 M. M i s s i r o l i , Date a Cesare. La politica religiosa di Mussolini con documenti inediti, Rom 1929, S. 454. Artikel 39 fehlt leider in F. P a c e l l i , Diario della Conciliazione, Città del Vaticano 1959, S. 282. Vgl. aber ebd., S. 223: 5. Nov. 1926: "Scuole nuove Provincie: insegnamento religioso: lingua italiana".

325 Ebd., S. 285.

326 Ebd., S. 167,172,342.

327 G. C a n d e l o r o , Il movimento cattolico in Italia, Roma 1972, S. 493-495.

328 M i n i s t e r o dell' E d u c i a z i o n e Nazionale (Hg.), Dalla riforma Gentile alla carta della scuola, Florenz 1941, S. 224.

329 F. E n g e l - J a n o s i , Die diplomatische Mission Ludwig Pastors beim Hl. Stuhl 1920-1928, Wien 1968, S. 14.

330 ACS, Min.Int., Culto, b.68, P.Tacchi-Venturi an Rocco, Rom, 30. Jan. 1928; ebd., Rocco an P. Tacchi-V., Rom, 10. März 1928.

331 M a r z a r i , Gamper, S. 72.

332 ACS, Min.Int. P.S., 1929, b.3. Das Schulamt an die Ordinariate Brixen und Trient, Trient, 23. Mai 1928.

333 M a r z a r i , Gamper, S. 72.

334 Geheimes Staatsarchiv, München, Bayr. Gesandtschaft beim Hl. Stuhl, Nr. 987, Bedrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol 1922-1933, Baron Ritter an das Staatsmin. des Äußeren, Rom, 7. Aug. 1928.

335 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 31, Abschrift eines Briefs des deutschen Klerus der Diözese Trient an Erzbischof Endrici, Bozen, 12. Sept. 1932.

336 ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 1-1-13-127, Unterrichtsmin. Belluzzo, an den Staatssekretär im Ministerpräsidium, Rom, 19. Dez. 1928; ACS, Min.Int. P.S., 1929, b.3, undatierte Aufzeichnung des Präfekten Marziali von Bozen: "Istruzione Religiosa", wohl vom Oktober 1928.

337 Die Ausdehnung des gesamten italienischen öffentlichen Rechts auf die Neuen Provinzen erfolgte durch das K. Dekret vom 4. Nov. 1928, Nr. 2325: F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 10, S. 128.

338 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 28, Bericht eines Vertrauensmanns der deutschen Botschaft in Rom, der von dieser am 9. Dez. 1929 an das AA gesandt wurde.

339 A q u a r o n e , Organizzazione, S. 154.

340 G r u b e r , Südtirol, S.130; S a l v e m i n i , Mussolini, diplomatico, S.449s.: Die Wahlzettel waren ohne Umschlag abzugeben, die Ja-Zettel hatten durchscheinende Farben.

341 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 27, von Neurath an das AA, Rom, 3. Juni 1929; ebd., Konsul Saller an das AA, Innsbruck, 10. Juni 1929; ebd., Aufzeichnung der Deutschen Botschaft Rom vom 24. Juni 1929; ebd., Bd.28, Deutsche Botschaft Rom an das AA, 26. Aug. 1929; Alpenzeitung, 21. Aug. 1929.

342 Alpenzeitung, 19. März 1930; PA, Pol. Abt. II, Pol 6A Italien, Bd. 29, Konsul Saller berichtete dem AA am 8. Sept. 1930 aus Innsbruck, daß die Südtiroler von dem Angebot des Gran Consiglio wenig Gebrauch gemacht haben sollen.

Über den Anteil der Südtiroler unter den Mitgliedern des PNF ist bisher so gut wie nichts bekannt; s.o. Teil II, Anm. 85 über einen gewissen Erfolg des PNF im Vinschgau im Jahre 1923. Auch die bisher gefundenen Angaben über die Gesamtmitgliedschaft des PNF in der Provinz Bozen sind ungenügend. Ab Mai 1927 kennen wir einige Daten über die Mitglieder in der ganzen Provinz, während die Angaben für den Bozner Fascio nach 1928 fehlen. F e d e r a z i o n e , Bolzano (Hg.), Azione, S. 155-156, der Bozner Fascio hatte im Dez.1927 532 Mitglieder; ebd., S. 61, im Febr. 1928 hatte er

691 Mitglieder, von denen 378 Eisenbahner waren, ebd., S. 167,191, die im Dez. 1927 in der Prov. Bozen lebenden 2.251 Eisenbahner waren alle Italiener, 871 von ihnen lebten in Bozen; ebd., S. 31, die Provinz Bozen hatte im Mai 1927 1.500 PNF-Mitglieder; ACS, Segreteria Particolare Duce, b.31, f.242 R, sottof.2, Statistiche, im Okt. 1930 hatte der PNF in der Provinz Bozen 2.850 Mitglieder; F e d e r a z i o n e dei F a s c i di Combattimento della Provincia di Bolzano (Hg.), Pons Drusi, Bozen 1934 (tatsächlich aber 1935), S.139, die Hälfte der PNF-Mitglieder der Provinz Bozen waren im Jahre 1930 Eisenbahner; ebd., S. IV,139, im Okt. 1931 betrug die Mitgliederzahl in der Provinz 2.920; ebd., S. IV, die Zahl der PNF-Mitglieder in der Provinz Bozen stieg 1932 auf 6.200; Aquarone, Organizzazione, S. 178,257, dieser Sprung erklärt sich durch die ab Nov. 1932 in ganz Italien wieder offene Einschreibung in die Partei und die Verfügung vom 17. Dez. 1932, daß staatliche Stellen in ganz Italien künftig nur noch mit Parteimitgliedern neu besetzt würden; ACS, Pres.Cons., 1932, f.1-7-7180, der Bozner Präfekt Marziali teilte Mussolini in einem Telegramm vom 4. Nov. 1932 mit, in der Provinz hätten sich 2.800 Personen, davon 1.400 Südtiroler, um die PNF-Mitgliedschaft beworben; A q u a r o n e , Organizzazione, S. 257, seit 1933 wurden neue Stellen bei der Provinz- und Gemeindeverwaltung in ganz Italien nur noch an Parteimitglieder vergeben; F e d e r a z i o n e Bolzano (Hg.), Pons Drusi, S.IV, die Mitgliederzahl in der Provinz Bozen stieg im Jahre 1933 auf 10.673, 1934 auf 11.123 und 1935 auf 11.770; AAA 32 (1937) S. 687, im Jahre 1937 gab es ca. 14.000 PNF-Mitglieder in der Provinz Bozen.

343 G r u b e r , Südtirol, S. 142-143.

344 Min.Int. P.S., 1939, b.1, Mastromattei an Attolico, Bozen, 12. Mai 1939, abgedruckt in: D e F e l i c e , Il Problema dell'Alto Adige nei rapporti italo-tedeschi dall'Anschluss alla fine della seconda guerra mondiale, Bologna 1973, S. 97; vgl. A r a , Alto Adige, S. 344,348; ders., Spirito pubblico, S. 2; S t e u r e r , Südtirol, S. 25,27,227-228,267-289.

345 S.o., Teil II, Anm. 323.

346 S.o., S. 127-128.

347 P a c e l l i , Diario, S. 161,300.

348 Trentino 2 (1926) S. 50

349 S.o., S. 87.

350 ACS, Min.Int. P.S., 1937, b.1, f. Gries Convento, der Bozner Präfekt Ricci sprach in seinem Schreiben vom 18. April 1928 an das Justizministerium von "alcuni pochi", ohne eine Zahl zu nennen. Dagegen erweckten viele Veröffentlichungen den Eindruck, als ob die Zahl fremdstaatlicher Ordensleute in Südtirol sehr hoch sei, vgl. Educazione Fascista 5 (1927) S. 217, Trentino 4 (1928) S. 6-8 und AAA 23 (1928) S. 591.

Bei den im Dez. 1926 von Maria Weißenstein vertriebenen Serviten und bei den im Jan. 1933 von Eppan entfernten Dominikanern handelte es sich ausschließlich um österreichische Staatsbürger: Archivio Curia Generalizia O.S.M., Archivio Corrente, Rom und PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 31, Saller an das AA, Innsbruck, 7. Jan. 1933.

351 S.o., Teil II, Anm. 294.

352 ACS, Min.Int., Gabinetto, 1944-1945, b.47, f. 3773, Aufzeichnung des Innenministeriums, Delegazione nella Commissione per i confini del Regno, Rom, 23. April 1945; Sulla politica ecclesiastica nella Venezia Giulia: von Art. 21 des Konkordats machten die Behörden in der Venezia Giulia reichlich Gebrauch.

353 ACS, Pres.Cons., 1932, f. 1-1-13-7459, Ricci an Mussolini, Bozen, 17. April 1928; ebd., Staatssekretär Beer an Ricci, Rom, 1. Mai 1928; ebd., Ricci an das Ministerpräsidium, Bozen, 29. Aug. 1928.

354 ACS, Pres.Cons., 1930, f. 1-1-13-13311, Rocco an Außenmin. Grandi, Rom, Dezember 1930 (Tagesdatum fehlt).

355 G a t t e r e r , Kampf, S. 709. Ganz anders stellt sich die Politik gegenüber dem slawischen Klerus in der Venezia Giulia dar, wo schon vor der Machtergreifung des Faschismus der Nationalitätenkampf auf die Kirche übergriff. Zwischen 1918-1920 wurden rund 100 slawische Geistliche verhaftet oder ausgewiesen, und im Wahlkampf von 1921 verwüsteten die Faschisten Kirchen und Pfarrhäuser. Zehn Jahre später sollen in der Venezia Giulia 18 Priester in Haft, 41 in der Verbannung und 89 weitere aus ihren Pfarreien entfernt gewesen sein: G a t t e r e r , Kampf, S.676-677,696.

356 S.o., Teil II, Anm. 330.

357 ACS, Min.Int., Culto, b.68, Rocco an P. Tacchi-Venturi, Rom, 12. März 1928.

358 Ebd., P. Tacchi-Venturi an Rocco, Rom, 2. Juni 1928; ebd., Präfekt Ricci an den Justizminister, Bozen, 25. Juni 1928; ebd., Quästor Conti an den Präfekten von Bozen, Bozen, 28. Juni 1928.

359 Ebd., Unterrichtsmin. Belluzzo an Rocco, Rom, 8. Nov. 1928; ebd., Rocco an P. Tacchi-V., Rom, 21. Dez. 1928. Über Mutschlechners Weigerung, einer Vorladung auf die Polizei Folge zu leisten, um über eine Tiroler Fahne Rechenschaft zu geben, die von Unbekannten in der Nacht vom 16./17. Aug. 1923 zwischen den Türmen des Brixner Doms aufgehängt worden war, und die schließliche Konfiszierung von Mutschlechners Schreibtisch siehe: ACS, Min.Int. P.S., 1929, b.3; ACS, Min.Int., Culto, b.68, nicht genau datierte Aufzeichnung des Justizministeriums: "Bressanone-Diocesi-Amministratore Apostolico" von 1929: Mutschlechner beteiligte sich nicht an den Wahlen zur faschistischen Ständekammer am 24. März 1929.

360 Ebd., Präfekt Marziali an das Justizmin., Bozen, 20. Febr. 1930, Spätestens am 20. Febr. 1930 war dem Bozner Präfekten Marziali bekannt, daß die Regierung ein "elemento locale" auf dem Brixner Bischofsstuhl zu sehen wünschte; PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 29, Bundeskanzler Schober an den Vorsitzenden des VDA, Wien, 14. Aug. 1930.

361 ACS, Min.Int., Culto, b.68. Der Apostolische Nuntius an den Außenminister, Rom, 7. April 1930.

362 Ebd., "Discorso del Vescovo di Bressanone, Mons.Geisler, in occasione della sua intronizzazione, addì 2 giugno 1930."

Geisler hatte seine Rede vom 3. Juni 1930 zusammen mit dem inzwischen vom Bischof zum Erzbischof von Trient ernannten Endrici aufgesetzt: PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 29, Dr. Fraenkel, Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung an den deutschen Generalkonsul in Mailand, Mailand, 5. Sept. 1930. Endrici war nicht, wie häufig von Tiroler Seite behauptet, ein italienischer Chauvinist und Philofaschist, sondern ein um den nationalen Ausgleich bemühter Mann. Dafür sprechen nicht zuletzt die vielen Klagen der Legione Trentina, Tolomeis und der Trentiner Behörden über Endricis deutschfreundliche Haltung, obgleich seine Haltung in der Frage des Religionsunterrichts in Südtirol in den Jahren 1926-1927 nicht in dieses Bild passen will. Als Nationalist ist Endrici dargestellt bei G. Salvemini, Mussolini diplomatico (1922-1932), Bari 1952, S. 473, Herre, Südtiroler Frage, S. 309, B. Wurzer, Die deutschen Sprachinseln in Oberitalien, Bozen 1973 und Gruber, Südtirol, S. 33. Eine differenziertere Beurteilung bietet Gatterer, Kampf, S. 672,684-685. Klagen über Endricis Mangel an nationaler Gesinnung finden sich in: Boll.Legione 4 (1924) S. 91; Trentino 1 (1925), S. 88; ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f.1-1-13-127, Molina an Fedele, Trient, 29. Okt. 1926; ACS, Min.Int., Culto, b.138, f.346, Präfekt Vaccari an Rocco, Trient,5.Okt.1927;

F r e i b e r g , Südtiroler Frage, Heft 10, S.57, Konzept eines Briefs Tolomeis an Rocco, ohne Datum und Ortsangabe, vielleicht Juli 1928; AAA 23 (1928) S. 589 und ebd., 30 (1935) S. 802.

363 G a t t e r e r , Kampf, S. 684,687,692,700-706.

364 S.u., S. 159-160. Daß der Einsatz des Vatikans für die Südtiroler Minderheit auf den besonderen Druck des deutschsprachigen Auslands zurückging, deutete schon ein Brief des Bozner Präfekten Marziali an das Innenmin. vom 30. Sept. 1930 an: ACS, Min.Int., P.S., 1928, b.31, f.2.

365 P a c e l l i , Diario, S. 187,304.

366 ACS, Pres.Cons., 1928, f.1-1-13-3002, Rocco an Mussolini, Rom, 28. Nov. 1928.

367 ACS, Min.Int., Culto, b.68, Kapitelvikar Mutschlechner an den Präfekten Ricci, Brixen, 29. Sept. 1929.

368 Pres.Cons., 1923, f. 2-6-1224, Denkschrift: "I dieci decanati con popolazione tedesca della Diocesi di Trento", Rom, 16. April 1923.

369 ACS, Pres. Cons., Ufficio Centrale, cat.10, f.205, Tenente Generale Cattaneo an Comando 1a armata, Trient, 12. Dez. 1918. Das Dekret des Hl. Stuhls vom 5.Aug.1922 war also kaum durch eine Rede Endricis vom 4. Aug. ausgelöst, wie H e r r e , Südtiroler Frage, S.240-241 glaubte. Ursache für den schlechten Ruf Endricis in Südtirol war vor allem die Stellungnahme des Bischofs gegen die Rückverdeutschungsabsichten des Tiroler Volksbunds im Trentino vor dem 1. Weltkrieg, vgl. dazu A. T h a l e r , Volksbund, S. 264; G. D e R o s a (Hg.), Alcide De Gasperi. Cattolici trentini, Bd. 1, S. 252, Bd. 2, S. 140,286.

370 H e r r e , Südtiroler Frage, S. 241; ACS, Pres.Cons. 1a Guerra Mondiale, f. 19-15-11, Telegramm Credaros an das Innenmin., Trient, 11. Aug. 1922.

371 Ebd., Direttore Generale del Fondo per il Culto an Ministerpräsident Facta, Rom, 16. Aug. 1922; ebd., ders. an Facta, Rom, 17. Aug. 1922.

372 S.o., Teil II, Anm. 281; AAA 23 (1928) S. 601.

373 ACS, Pres.Cons., 1937-1939, f. 1-1-13-4332, Marziali an das Ministerpräsidium, Bozen, 25. Jan. 1930; ebd., Pres.Cons., 1929, f. 1-1-13-7680, Die Präfektur Trient an das Ministerpräsidium, 4. Juli 1929.

374 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 27, Der deutsche Botschafter beim Hl. Stuhl, von Bergen, an das AA, Rom, 19. März 1929.

375 F e r r e t t i , Scuola, S. 158-159.

376 PA, Pol. Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 7, von Neurath an das AA, Rom, 15. Jan. 1926.

377 M i n i s t e r o E d u c a z i o n e Nazionale (Hg.), Dalla riforma Gentile, S. 202; Jahres-Bericht des fb.Knabenseminars Vinzentinum in Bressanone am Schlusse des Schuljahres 1933-34, S.21.

378 ACS, Pres.Cons., 1926, f. 1-1-13-26, Unterrichtsmin. Fedele an das Ministerpräsidium, Rom, 25. Jan. 1926; ACS, Min.Int., Gabinetto, 1944-1945, b.47, f.3773, Silvio Innocenti an das Innen- und Außenministerium, Rom, 17. Juli 1945.

379 AAA 23 (1928) S. 531; PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 25, Bericht der "Südtiroler Arbeitsstelle" Innsbruck vom Juni 1928.

380 G. F u ß e n e g g e r , Geschichte des Franziskaner Gymnasiums in Bozen, (Broschüre ohne Angabe des Erscheinungsorts und -jahrs), S.10.

381 G a t t e r e r , Kampf, S. 711.

382 F e d e r a z i o n e Bolzano (Hg.), Pons Drusi, S. 137.

383 M a r z a r i , Gamper, S. 89,100.

384 PA, Pol Abt II, Pol 6A Italien, Bd. 28, Der deutsche Botschafter beim Hl. Stuhl, von Bergen, sandte dem AA am 20. Nov. 1929 eine Abschrift eines Gesuchs Mutschlechners vom 10. Nov. 1929, in dem dieser den Vatikan bat, sich bei der Regierung für die Südtiroler Presse einzusetzen. ACS, PNF, Direttorio, Segreteria Amministrativa, Federzazione Provinciale Bolzano, b.554 A, f. "Situazione Giornalistica", Präfekt Marziali an Parteisekretär Turati, Bozen, 7. Nov. 1929; ebd. Podestà Rizzini an Marziali, Bozen, 23. Januar 1930; M a r z a r i , Gamper, S. 98.

385 D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S. 500; ACS, PNF, Federazioni Provinciali, b.108, Marinelli an Rezzola, Rom, 11. Febr. 1929.

386 S.o., Teil II, Anm. 384.

387 ACS, PNF, Federazioni Provinciali, b. 108, Bilanzen und Übersichten.

388 La Marche Julienne, Etude de géographie politique, Susak 1945, S. 145; G a t t e r e r , Kampf, S. 709-710.

389 S.u., S. 160.

390 G. F l e i s c h m a n n , Zeitungen und Verlage in Bozen, in: Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstituts 8, Bozen 1973, S. 444,447.

1 S.o., S.64; Bull., Juli 1923, S. 3.

2 M u s s o l i n i , Opera 12, S. 119; ebd. 15, S. 198; ebd. 16, S. 291-293,301.

3 R i c c a r a n d , Fascismo, S. 18-24.

4 Ebd., S. 39; D.M. T u n i n e t t i , Squadrismo, squadristi piemontesi, Rom 1942, S. 216; nach La Doire, 25. März 1921, war A. Givone Maurer; nach der Kartei des Einwohnermeldeamts von Aosta war A. Inglesi Lackierer; nach Il Maglio (Turin), 10. März und 15. Dezember 1923, muß A. Pellegrini in der Stadt Aosta oder ihrer Umgebung wohnhaft gewesen sein.

5 Leider ermöglicht es der Zustand der Kartei des Einwohnermeldeamts der Stadt Aosta nicht, die bei T u n i n e t t i Squadrismo, S. 216-217,222,225-226, angeführten Faschisten nach Herkunft und Beruf zu überprüfen; ACS, Min.Int.P.S., 1923, b.64: Der Präf. von Turin meldete am 22. März 1923 dem Innenmin. die Personalien der Faschisten, die das Rathaus der Stadt Aosta am 13. März 1923 besetzt hatten: 5 von insgesamt 12 waren in der Stadt Aosta geboren, unter ihnen auch Leonardo Chabod, der Bruder des Historikers Federico Chabod. 6 der insgesamt 12 Besetzer waren Handwerker oder Arbeiter; ACS, Min.Int. P.S. 1925, b.98: Der Präf. von Turin gab in einem Schreiben vom 5. März 1921 an das Innenmin. die Berufe der insgesamt 6 Vorstandsmitglieder des Fascio von Aosta an: 3 "operai", ein Geometer, ein Buchhalter, ein Arzt. Als "operai" wurden nicht nur Industriearbeiter, sondern auch Handwerksgesellen bezeichnet, vgl. dazu Jens P e t e r s e n , Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928, in: Faschismus als soziale Bewegung (Hg. W. S c h i e d e r), Hamburg 1976, S. 143.

6 T u n i n e t t i , Squadrismo, S. 216-217.

7 L'Ordine Nuovo, 9. Januar 1921; ACS, Min.Int.P.S., 1925, b.98, der Präf. von Turin meldete am 5. März 1921 dem Inn.Min., daß der Fascio von Aosta 81 Mitglieder habe; ebd., Telegramm des Präf. von Turin vom 31. Mai 1921 an das Innenmin.: Sezione Torino 1.500 soci, Aosta 418, Chivasso 200, Moncalieri 30, Chieri 25, Ivrea 90, Caluso 50, Pinerolo 80.

8 R i c c a r a n d , Fascismo, S. 41-45,74-79.

9 Bull., November 1923, S. 1-4.

10 Ebd., Dezember 1923, S. 2.

11 La Patrie Valdôtaine, 27. März 1924; Il Dialogo, Aosta, Jg. 3, September 1962-April 1963, S. 110: La Patrie Valdôtaine erschien als Wochenzeitung zwischen dem 27. März 1924 und dem 28. Oktober 1926. Mitbegründer und Mitherausgeber waren zwei Rechtsanwälte und zwei Lehrer.

11a S.u., S.146-147.

12 Il Maglio, 23. Februar 1924; ebd., 19. April 1924.

13 La Doire Balthée, 11. April 1924; Petersen, Wählerverhalten, S.137.

14 Bull., Juli 1924, S. 1,5,6; ebd., Dezember 1924, S.3; ebd., Juli-Dezember 1925, S.3; Registro Verbali R. Liceo-Ginnasio "Vittorio Emanuele Principe di Napoli", Aosta, 1923-1928, im Archiv dieser Schule.

14a Bull, April 1920, S.1-2.

14b Bull., Juli 1921, S.1.

14c G. De Rosa, Il Partito popolare italiano, Bari 1969, S.53: über den Einfluß der Papolari im 5. Kabinett Giolitti (Juni 1920-1921) auf das Unterrichtsministerium; La Doire, 22. April 1921, und Interview mit Dr. Sévérin Caveri vom 24. Juli 1974 in Aosta: Réan trennte sich im April 1921, kurz vor den Parlamentswahlen vom Partito Popolare, Möglicherweise war der Grund für seinen Parteiaustritt die Rivalität zwischen der Bank seines Sohnes ("Banque Réan") und der Bank des Klerus ("Credit Valdôtain").

14d De Mauro, Storia, S.49,331; L'Ecole Valdôtaine, 7 (Juni-September 1956) S.26.

14e Bull., Februar 1923, S.4; Atti Parl., Camera, Documenti, Legislatura 25, Sessione 1919-1921, Nr. 1429, Seduta del 19 marzo 1921.

14f Bull., Februar 1923, S. 3-4.

15 Bull., Januar 1924, S. 1-2; ACS, Pres.Cons., 1927, f. 5-3-961, A. Réan an Mussolini, Aosta, 12. Jan. 1924.

16 S. Dani, La società valdostana dalla 1a guerra mondiale alla grande crisi (1919-1929), tesi di laurea, Turin 1971-1972, S. 209-210; Bull., Dezember 1924, S.6.

17 Bull., April 1920, S.2; ebd., Januar-Februar 1925,S.2.

18 I diritti della scuola, Roma, Jg. 25, 11. Nov. 1923, S. 84.

19 Lyttelton, Conquista, S. 542-543.

20 Dani, Società, S. 211.

21 Le Duché d'Aoste, 14. Mai 1924.

22 R o n c o , Movimento, S. 134-142; zur Biographie von Kanonikus Jean Stévenin, Il Maglio, 1. Dezember 1923; Bull., 10. Juli 1924, S. 2.

23 R i c c a r a n d , Fascismo, S. 149.

24 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 8,18,83, die eigentliche Gründung der Jeune Vallée erfolgte am 26.Febr.1925, die offizielle am 13. April 1925.

25 Ebd., S. 47,74,80,83. Dr. Jean Jans sagte in einem Interview am 22. Juli 1974 in Aosta, daß die Jeune Vallée in ihrer besten Zeit rund 80 Mitglieder hatte.

26 J.K. W i l d g e n , La politique autonomiste du Val d'Aoste, Aosta 1971, hektographierte Übersetzung von The Politics of Autonomy in the Valle d'Aosta, Diss., Duke University, Durham, North Carolina, 1969, S. 54-57.

27 R i c c a r a n d , O m e z z o l i , Emigration, S. 126-127,171,185,188.

28 P. G o r r e t , Quelques lettres de l'Abbé Joseph Trèves, Aosta 1967, S. 71,92: Abbé Trèves sprach am 12. September 1916 von der "grosse rhétorique patriotarde" der Familie Réan und am 5. April 1925 von A. Réan als "une girouette", einer Wetterfahne.

29-30 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 31-33,44-45; M. T r è v e s , Cenni biografici ed azione regionalista, tesi di laurea, Turin 1971-1972, S. 73-77.

31 Bull., April 1926, S. 4; ACS, Pres.Cons., 1927, f. 5-3-961, Telegramm Réans an Mussolini, Aosta, 8.Febr.1926.

32 Ebd., Telegramm Mussolinis vom 9. Febr. 1926 an den Unterpräfekten von Aosta; ebd., Telegramm des Unterpräfekten von Aosta vom 10. Febr. 1926 an Mussolini; ebd., Der Präfekt von Turin am 11. März 1926 an das Ministerpräsidium, das Innen- und Unterrichtsministerium.

33 O m e z z o l i , Conflitti, S. 376; ACS, Pres.Cons., 1927, f. 2-4-1-1871, das Innenmin. an das Ministerpräsidium, Rom, 4. Mai 1927.

34 S.o., S. 118.

35 AHR, Telegramm des Innenministeriums vom 26. Febr. 1927 an den Präfekten von Aosta; Pop.It., 28. April 1927 und Provincia d'Aosta, 5. Mai 1927, geben Mussolinis Äußerung vom 27. April 1927 gegenüber Parteifunktionären der Provinz Turin und der Provinz Aosta wieder. Vgl. dazu O m e z z o l i , Lingua, S. 20n; M u s s o l i n i , Opera 22, S. 368, in der "Rede am Himmelfahrtstag", dem 26. Mai 1927, stellte Mussolini "Aosta italianissima, fierissima di patriottismo" dem irredentistischen, aber letztlich zutiefst italienischen "Bolgiano" (statt Bolzano) gegenüber.

36 Z a n o t t o , Histoire, S. 242; G i u l i a n i , 19 provincie, S. 35.

37 Z a n o t t o , Histoire, S. 242.

38 AHR, Sitzungsbericht vom 3. Dezember 1926 der Kommission der Stadt Aosta für die Italianisierung der Straßenbezeichnungen; ebd., Der Podestà von Aosta am 26. Febr. 1927 an den Präfekten von Aosta.

39 Ebd., Telegramm von Anselme Réan vom 25. Febr. 1927 an Mussolini; ebd., Telegramm des Innenministeriums vom 26. Febr. 1927 an den Präfekten von Aosta.

40 ACS, Pres.Cons., 1927, f. 2-4-1-1871, Der Generaldirektor der Zivilverwaltung im Innenministerium am 4. Mai 1927 an das Ministerpräsidium vom 9. Mai 1927 für Mussolini, auf die Mussolini "in italiano e poi in francese" schrieb.

41 C a s s e l s , Mussolini's Diplomacy, S. 367-372; S. F e d e l e , Storia della concentrazione antifascista 1927-1934, Mailand 1976, S.3-6,10,26,39,41,46; S a l v a t o r e l l i , M i r a , Storia 2, S. 39.

42 ACS, Min.Int. P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AOV, Aufzeichnung des Geheimdienstes "Il crollo del Crédit Valdôtain, tentacolo indigeno della centrale antifascista valdostana di Parigi (abbé Petigat)", Rom, den 8. Oktober 1930: die Aufzeichnung referiert frühere Geheimdienstberichte über Abbé Petigat.

43 Salvatorelli, Mira, Storia 2, S. 114; S. Fedele, Storia, S. 33.

44 Mussolini, Opera 22, S. 360 ff; Carocci, Politica, S. 10; Rumi, Origini, S. 445-447; De Felice, Mussolini fascista 2, S. 442.

45 Riccarand, Omezzoli, Emigration, S. 48,51; Janin, Région, S. 302,312; Aquarone, Organizzazione, S. 99.

46 Lyttelton, Conquista, S. 572-573.

47 Janin, Région, S. 211,302-303; Riccarand, Omezzoli, Emigration, S. 45-46; Zanotto, Histoire, S. 244.

48 Carocci, Politica, S. 106,304n.

49 Fedele, Storia, S. 8,47; vgl. J.P. Diggins, Mussolini and Fascism. The View from America, Princeton, New Jersey 1972, S. 101-102,106, über die faschistische Politik gegenüber den italienischen Auswanderern in den USA.

50 G. Rossini, Il movimento cattolico nel periodo fascista, Rom 1966, S. 25.

51 R. De Felice, Mussolini il duce, Turin 1974, S. 361-363; Carocci, Politica, S. 102.

52 Salvatorelli, Mira, Storia 2, S.157.

53 ACS, Pres.Cons., 1928-1930, f. 1-6-1-5076, Unterrichtsminister Belluzzo am 24. Nov. 1928 an das Ministerpräsidium; ebd., Mussolini am 4. Dez. 1928 an Belluzzo; Pres.Cons., 1928-1930, f. 1-6-1-5076, Belluzzo am 6. Dez. 1928 an den Soprintendente all'Arte Medioevale e Moderna, Turin.

54 Über Mussolinis Stellung zu Frankreich vgl. De Felice, Mussolini duce, S. 357-360.

55 Passerin d'Entrèves, Lotta, S.240.

56 Trèves, Cenni, S. 85-91.

57 Passerin d'Entrèves, Lotta, S.241.

58 S.o., S. 83-85.

59 Passerin d'Entrèves, Lotta, S. 241-246.

60 Perrin, Jeune Vallée, S. 67.

61 Gorret, Quelques lettres, S. 125.

62 H.E. Keller, Etudes linguistiques sur les parlers valdôtains, Bern 1958.

63 Dani, Società, S. 213.

64 Marzari, Gamper, S. 55-75.

65 Athanasius, Seelennot, S. 66; Omezzoli, Problemi, S. 42; ACS, Pres.Cons., 1927, f. 5-3-961, der Präfekt von Turin am 11. März 1926 an das Innenmin., das Ministerpräsidium und das Unterrichtsministerium.

66 Bull., Februar 1924, S. 3 und ebd., März-April 1925, S. 1.

67 A. Caroleo, Le banche cattoliche dalla prima guerra mondiale al fascismo, Mailand 1976, S.19,25,59; Candeloro, Movimento, S. 492; Rossini, Movimento, S. 151,158; R. Romeo, Breve Storia della grande industria in Italia 1861/1961, Bologna 1972, S. 155-156; Riccarand, Omezzoli, Emigration, S. 49n: Kanonikus Stévenin sah die Hauptursache für den Zusammenbruch des Crédit Valdôtain in Mussolinis Deflationspolitik; Petersen, Faschismus und Industrie, S. 168-172: zu Mussolinis Lira-Schlacht.

68 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96 Aosta, f. Aziende Bancarie, sf. Banca Réan; Il Giornale d'Italia, 13. August 1929: nannte Spekulationsobjekte der Banque Réan; Joseph Henri, Histoire populaire, religieuse et civile de la Vallée d'Aoste 2, Aosta 1929, S. 730: profaschistische Darstellung, die aber im Fall der Banque Réan zutreffen mag; Provincia d'Aosta, 10. Mai 1928: fügte dem Bericht über den Bankrott der Bank hinzu: "Egli (=Laurent Réan) fu un sostenitore accanito dell'incremento in Val di Aosta della lingua francese"; Provincia d'Aosta, 7. Jan. 1929: bemerkte spöttisch, die Verteidiger der "diritti del popolo valdostano" und der "Langue Maternelle", die Brüder Réan, säßen im Gefängnis; auch in Omezzoli Lingua, S. 48; Mussolini, Opera 24, S.260: Mussolini spielte am 1. Oktober 1930 vor der Ständekammer auf die Brüder Réan an, (die im Juli 1930 zu 10, bzw. 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren) ohne sie beim Namen zu nennen, und sprach in diesem Zusammenhang von jenen "Cagliostro", die, wie er sagte, die Todesstrafe verdient haben.

69 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AAB, der Präfekt von Aosta am 20. Mai 1928 an das Innen- und an das Finanzministerium; ebd., der Präfekt von Aosta am 25. Juli 1928 an das Innenmin.

70 ACS, Pres.Cons., 1928-1930, f. 6-1-2679, Brief der Vertreter der Aostaner Kolonie in Paris vom 25.April 1928 an Mussolini; ebd., Telegramm des Sekretärs des faschistischen Banksyndikats der Provinz Aosta vom 30. Mai 1928 an Mussolini.

71 Ebd., Finanzminister Volpi am 8. Juni 1928 an das Ministerpräsidium; ebd., Aufzeichnung des Ministerpräsidiums vom 2. Juli 1928 für Mussolini, auf die dieser "niente" schrieb.

72 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AAB, der Präfekt von Aosta am 25. Juli 1928 an das Innenmin.; ebd., ders. am 25. Aug. 1928 an das Innenmin.; ebd., der Sekretär des faschistischen Banksyndikats der Provinz Aosta am 6. Sept. 1928 an den Sekretär der faschistischen Partei der Provinz Aosta; ebd., der Präfekt von Aosta am 14. Sept. 1928 an das Innenmin.; ebd., ders. am 16. Sept. 1928 an das Innenmin.; ebd., ders. am 16. Okt. 1928 an das Innenmin.; ebd., ders. am 12. Jan. 1929 an das Finanzmin.; R o s s i n i , Movimento, S. 101: über die Aktion der Behörden der Provinz Aosta vom Januar 1930 zum Schaden des Crédit Valdôtain; Provincia d'Aosta, 9. Oktober 1930, berichtete "con vera soddisfazione" über die Verhaftung des Aufsichtsrats des Crédit; ACS, Pres.Cons., 1931-1933, f. 2-5-1070, Denkschrift "Una lotta settaria contro il clero" des Bischofs von Aosta, G. Calabrese, vom 30. März 1931, die von Pater Tacchi-Venturi am 14. April 1931 an Ministerpräsident Mussolini geschickt wurde: Calabrese klagte über die Kampagne gegen den Aostaner Klerus, die die faschistische Presse, bestimmte (faschistische) Mitglieder des Crédit Valdôtain, ehemalige Kommunisten und die Waldenser im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Crédit führten.

73 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AAB: der Präfekt von Aosta gab in einem Brief vom 8. Okt. 1930 an das Innenmin. eine Übersicht über die Entwicklung des Crédit Valdôtain seit 1926; R o s s i n i , Movimento, S. 26,48,95,100-103,106-107,112; A. C a r o l e o , Le banche cattoliche dalla prima guerra mondiale al fascismo, Milano 1976, S. 142-143.

74 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 78-79: Text von "La clicca dzeusta"; in einer etwas anderen dialektalen Fassung befindet sich das Lied in den von Abbé T r è v e s gedruckten Souvenirs et Chansons, Paris 1931, S. 22.

75 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 70,75; vgl. A q u a r o n e , Organizzazione, S. 99; G r u b e r , Südtirol, S. 54-55; C e r m e l j , Sloveni e croati, S. 100-106.

76 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 74.

77 Ebd., S. 14; ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AJV, der Präfekt von Aosta am 4. Dez. 1932 an das Innenmin.; ebd., Comando Generale della Milizia Volontaria Sicurezza Nazionale am 5. Dez. 1932 an das Innenmin.

78 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AAB, der Parteigeneralsekretär A. Starace trug in einem Brief vom 17. Febr. 1933 dem Staatssekretär im Innenmin. die Absicht des faschistischen Verbandssekretärs von Aosta und des Präfekten von Aosta vor, über A. Chatrian, der vom Appellationsgericht in Turin wegen betrügerischen Bankrotts verurteilt worden war, eine Polizeistrafe zu verhängen; ebd., Telegramm des Präfekten von Aosta vom 25. April 1933 an das Innenmin., in dem der Präfekt meldete, daß Chatrian drei Jahre Verbannungsstrafe erhalten habe und Jean Jans unter Hausarrest gestellt worden sei.

79 Min.Int.P.S. (1920-1945) cat. G 1, b.96, AJV, der Präfekt von Aosta sprach in einem Schreiben vom 8. Dez. 1932 an das Innenmin. vom "carattere antifascista del canzoniere"; A q u a r o n e , Organizzazione, S. 477: Artikel 1 der Carta del lavoro vom 21. April 1927 als Beispiel für die von der faschistischen Ideologie betonte Einheit von Nation und faschistischem Staat; Ph. C a n n i s t r a n o , La fabbrica del consenso, Bari 1975, S. 422,441,442: Anweisungen des faschistischen Presseamts von 1931 und 1934, keine Veröffentlichungen in Dialekt vorzunehmen, weil der Regionalismus ein Überbleibsel der Spaltung Italiens sei; vgl. auch O m e z z o l i , Lingua, S. 90: Provincia d'Aosta, 3. Okt. 1940.

80 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AJV, Bericht des italienischen Geheimdiensts in Rom vom 8. Okt. 1930 über Abbé Petigat; ebd., Bericht des italienischen Geheimdiensts in Paris vom 17. Mai 1932 über Petigat; ebd., der Präfekt von Aosta am 14. Dez. 1932 an das Innenmin.; ebd., ders. am 12. Dez. 1932 an das Innenmin.; ACS, Ministero dell'Interno, Direzione generale della Pubblica Sicurezza, Casellario Politico Centrale, Nr. 2618 Jans, Giovanni.

81 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AJV, der Präfekt von Aosta an das Innenmin., Aosta, 12. Dez. 1932.

82 ACS, Min.Int.P.S., 1933, b.1, f. Aosta: irredentismo francese: Aufzeichnung des Büros des Polizeichefs, die, fälschlich auf den 6. Juni 1933 datiert, im Zusammenhang mit der Ablichtung eines Briefs des Duc de Beaufremont (Paris, 8. Juni 1933) an Abbé Trèves gemacht ist; P e r r i n , Jeune Vallée, S. 84: Beauffremont war Mitglied der Jeune Vallée d'Aoste.

83 S.o., Teil II, Anm. 84.

84 T r è v e s , Cenni, S. 220; P e r r i n , Jeune Vallée, S. 88.

85 ACS, Min.Int., Culto, b.59, f.99, Aosta, Justizminister Rocco am 8. Juni 1932 an den Apostolischen Nuntius.

86 G o r r e t , Quelques lettres, S. 86: Abbé Trèves am 30. Juni 1923 an Gorret.

87 P e r r i n , Jeune Vallée, S. 67 und T. T i b a l d i , Il Trionfo dell'"Idioma gentile", Turin 1912, S. 65: zwei Beispiele für die Behauptung, die große Masse der Aostaner Bevölkerung habe sich gegenüber der französischen Schriftsprache indifferent verhalten.

88 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AJV: der Präfekt von Aosta am 12. Dez. 1932 an das Innenmin.

89 O m e z z o l i , Conflitti, S. LXXIX-LXXX.

90 ACS, Min.Int., Culto, b.59, f.99, Aosta, Denkschrift der Apostolischen Nuntiatur vom 8. Okt. 1940 an den Staatssekretär im Innenmin.; O m e z z o l i , Problemi, S. 17,20a,20b; D a n i , Società, S.213.

91 O m e z z o l i , Problemi, S. 22-23; M a c k S m i t h , Guerre, S. 182.

92 V i a l l e t , Vaidois, S. 443,450-451.

93 S.o., Teil III, Anm. 90.

94 S.o., Teil I, Anm. 3.

95 Durch das K. Dekret vom 29. März 1923, Nr. 800 wurden auch im slawischsprachigen Teil der Venezia Giulia italienische Ortsnamen gesetzlich vorgeschrieben.

96 Prontuario dei nomi locali dell'Alto Adige, Rom, 1916, S. 22.

97 P. F i o r e l l i , Il diritto linguistico valdostano, Turin 1949, S. 23n.

98 AHR, Pio Luigi Marini am 7. Dez. 1928 an den Präfekten von Aosta.

99 Ebd., der Präfekt von Aosta am 13. Sept. 1928 an die Soprintendenza all'Arte Medioevale e Moderna, Turin; ebd., der Präfekt von Aosta am 30. Nov. 1928 an den Parteisekretär der Provinz Aosta.

100 ACS, Pres.Cons., 1928-1930, f. 1-6-1-5076, Unterrichtsminister Belluzzo am 24. Nov. 1928 an das Ministerpräsidium; ebd., Mussolini am 4. Dez. 1928 an Belluzzo; ebd., das Unterrichtsmin. am 6. Dez. 1928 an den Soprintendente all'Arte M.M., Turin.

101 Politica 1 (1919) S. 124-129; G. L u b e r a (Pseudonym für Aurelio G a r o b b i o), La razza italiana sulle Alpi, Milano 1937, passim; F r e i b e r g , Südtirol, Heft 1, S. 68.

102 AHR, Segretario Particolare, Gerbore, am 4. Dez. 1928 an den Präfekten von Aosta.

103 Touring Club Italiano (Hg.), Attraverso l'Italia 1: Piemonte, Milano 1930, S. 249.

104 AHR, R. Soprintendenza all'Arte M.M., Turin am 25. Mai 1937 an den Präfekten von Aosta.

105 F i o r e l l i , Diritto linguistico, S. 23n.

106 S.o., Teil III, Anm. 91 und 92; AHR, Telegramm des Präfekten von Aosta vom 28. Jan. 1939 an den Staatssekretär im Innenmin.; St. Antony's Collection, Oxford, Job 25, Box 424, Nr. 012381-82, der Präfekt von Aosta am 15. Febr. 1939 an das Innenmin.; O m e z z o l i , Lingua, S. 75-81.

107 AHR, Soprintendenza all'Arte M.M., Turin, am 21. März 1939 an den Präfekten von Aosta; s.o., Teil III, Anm. 39.

108 O m e z z o l i , Lingua, S. 79-80.

109 ACS, Min.Int.P.S. (1920-1945), cat. G 1, b.96, AJV, der Präfekt von Aosta am 12. Dez. 1932 an das Innenmin.; s.o., S. 149: Telegramm des Unterpräfekten von Aosta vom 10. Febr. 1926 an Mussolini.

110 O m e z z o l i , Lingua, S. 45.

111 Ebd., S. 60,62,75.

112 AAA 29 (1934) S. 221,410 und AAA 38 (1943) S. 540; F r e i b e r g , Südtirol, Heft 3, S. 120-121.

113 O m e z z o l i , Lingua, S. 88-90.

1 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 1, S. 86-88.

2 AAA 1 (1906) S. 159; AAA 17 (1922) S. 363.

3 F r e i b e r g , Südtirol, Heft 4, S. 44,60.

4 Ebd., Heft 1, S. 87; AAA 10 (1915) S. 53-55,57; AAA 12 (1917) S. 494.

5 S.o., Teil II, Anm. 49, Tolomeis Provvedimenti.

6 AAA 31 (1936) S. 640-641.

7 AAA 10 (1915) S. 408-409.

8 AAA 16 (1921) S. 314; Atti Parl., Senato, Disc., 4. Febr. 1925, S. 1350: "gente semplice, primitiva, che ha un concetto abbastanza materialistico della vita".

9 AAA 28 (1933) S. 554; s.o., S. 68-69: die Äußerungen des Präfekten Guadagnini zur Italianität der Südtiroler.

10 S.o., S. 63.

11 S.o., Teil I, Anm. 63-64. Am 14. Jan. 1919 sprach Mussolini angeblich von 156.000 (sic!) (wohl ein Druckfehler), am 30. April 1921 von 150. - 160.000 Deutschen in Südtirol: M u s s o l i n i , Opera 12, S. 142 und Opera 16, S. 291.

12 M u s s o l i n i , Opera 12, S. 84,119,280; Opera 15, S. 198; S a l v a t o r e l l i , M i r a , Storia 1, S. 160. Hinsichtlich der Verachtung der ANJ für die Slawen vgl. D e F e l i c e , Mussolini rivoluzionario S. 447 und S e t o n - W a t s o n , Italy, S. 357.

13 S.o., S. 27,35.

14 M u s s o l i n i , Opera 16, S. 7.

15 Ebd., S. 240.

16 M u s s o l i n i , Opera 12, S. 284.

17 S.o., S. 35,88,100,112.

18 Vgl. z.B. M u s s o l i n i , Opera 13, S. 217, Aufsatz in Pop.It., 1. Juli 1919: "il popolo tedesco si mostra nelle sue qualità fondamentali ventricolari e immutabili da Tacito in poi".

19 D e F e l i c e , Mussolini duce, S. 360; M. L e d e e n , L'Internazionale fascista, Bari 1973, S. 195-197; ders. (Hg), Renzo De Felice, Intervista sul fascismo, Bari 1975, S. 53-55,90,101-102.

20 De Felice, Storia ebrei, S. 250,252.

21 S.o., Teil II, Anm. 253: Schmid - Burgk, Minderheitentheorie, S. 821-823,827-282.

22 S.o., Teil II, Anm. 132.

23 Gerarchia 4 (1925) S. 587.

24 S.o., S. 111.

25 S.o., Teil II, Anm. 290; ACS, Credaro, b.31, Bericht von L.M. Gervasio über eine Inspektion der Mädchenmittelschulen in Südtirol, Februar 1920; E. Tamanini, La scuola nel Trentino dal 1867 fino all annessione, Economia Trentina, Heft 5-6, Trient 1968, S. 182; Benvenuti, Fascismo, S. 70-71.

26 Il Resto del Carlino, 8. Jan. 1922; s.o., Teil I, Anm.68.

27 S.o., Teil I, Anm. 97.

28 Gerarchia 4 (1925) S. 590; s.o., Teil II, Anm. 292, hinsichtlich Educazione Fascista.

29 ACS, Credaro, b.33, Zivilkommissar Postinger an Credaro, Bozen, 23. Nov. 1921.

30. Picc. Posto, 15. Mai 1922, referiert aus Ciarlantinis Zeitschrift Le opere e i giorni (weitere Angaben fehlen).

31 ACS, Min.Int.P.S., 1924, b.98, Guadagnini an das Innenmin., Trient, 3. Nov. 1924.

32 De Felice, Mussolini fascista 2, S. 497, Mussolini am 1. Nov. 1925 an alle Staatssekretäre; Libertà, 17. Juli 1923, Tolomei am 15. Juli 1923 in Bozen; ACS, Pres.Cons. 1924, f. 1-1-11-423, Lunelli an das Ministerpräsidium, Trient, 1. Aug. 1924; A. Giarratana, L'Alto Adige, S. 27, Giarratana am 14. Jan. 1928 in Venedig; s.o., S. 114-115.

33 Federazione Bolzano (Hg.), Pons Drusi, S.26.

34 Min.Int.P.S., 1923, b.11, Telegramm Guadagninis an das Innenmin., Trient, 9. Nov. 1923: "Da persone autorevolissime mi consta che la maggioranza della popolazione allogene estranea alla politica non vede mal volontieri insegnamento lingua Madre Patria" (die Muttersprache des Vaterlands Italien); ebd., Pres.Cons., 1923, f.1-1-6-2191, Guadagnini schrieb an Mussolini, Trient, 27. Nov. 1923, die Mehrheit der Bevölkerung Südtirols verhalte sich angesichts der Einführung der italienischen Unterrichtssprache ruhig, nur der Deutsche Verband hetze; Atti Parl., Cam., Disc, 18. Dez. 1924, S. 1732, Ciarlantini: "sono tutti (=Südtiroler) arcisoddisfatti dell'attuale

ordinamento". M u s s o l i n i , Opera 23, S. 120, Mussolini erklärte am 3. März 1928 in der Abgeordnetenkammer: "quella popolazione prevalentemente rurale è calma, disciplinata, accetta il regime". Die Zufriedenheit der Eltern mit der italienischen Schule leitete er aus dem regelmäßigen Schulbesuch der Kinder ab.

35 S.o., Teil II, Anm. 86; D e F e l i c e , Mussolini fascista 2, S. 496.

36 G i a r r a t a n a , L'Alto Adige, S. 27, s.o., Teil II, Anm. 265.

37 Trentino 4 (1928) S. 253.

38 S.o., S. 148,150; G i u l i a n i , 19 provincie, S. 29.

39 S.o., Exkurs, Anm. 12.

40 Gerarchia 4 (1925) S. 590; ebd., 7 (1927) S. 804.

41 Pop.It., 7. Sept. 1930, zitiert nach E. A m m e n d e (Hg.), Die Nationalitäten in den Staaten Europas, Wien-Leipzig 1931, S. 511; vgl. G a t t e r e r , Kampf, S. 540.

Quellen und Literatur

I. Quellen

A. Unveröffentlichte Quellen

1. Archivio Centrale dello Stato, Rom

a. Carte Credaro
(Archivverzeichnis Nr. I, 27).

b. Presidenza del Consiglio dei Ministri,
1a Guerra Mondiale.

c. Presidenza del Consiglio dei Ministri,
Ufficio Centrale per le Nuove Provincie
(Archivverzeichnis Nr. III, 4).

d. Presidenza del Consiglio dei Ministri,
Gabinetto.

e. Ministero dell'Interno, Direzione Generale
di Pubblica Sicurezza, Divisione Affari
Generali e Riservati, 1914-1926
(Archivverzeichnis Nr. III, 44).

f. Ministero dell'Interno, Direzione Generale
di Pubblica Sicurezza, Divisione Affari
Generali e Riservati, 1927-1933
(Archivverzeichnis Nr. III, 48).

g. Ministero dell'Interno, Direzione Generale
di Pubblica Sicurezza, Divisione Affari
Generali e Riservati, 1920-1945, cat. G 1
(Archivverzeichnis Nr. III, 45).

h. Ministero dell'Interno, Gabinetto del
Sottosegretario Aldo Finzi, Ordine Pubblico,
1922-1924
(Archivverzeichnis Nr. III, 94).

i. Ministero dell'Interno, Gabinetto, Delegazione
nella Commissione per i confini del Regno
1944-1945 (Archivverzeichnis Nr. VII, 102).

j. Ministero dell'Interno, Direzione Generale
Affari di Culto (1819-1945)
(Archivverzeichnis Nr. III, 20).

k. Ministero dell'Interno, Direzione Generale
di Pubblica Sicurezza, Casellario Politico
Centrale.

l. Partito Nazionale Fascista, Direttorio, Segreteria
Amministrativa, Federazioni Provinciali,
1923-1943 (Archivverzeichnis Nr. VII, 23).

m. Partito Nazionale Fascista, Federazioni
Provinciali, 1932-1943
(Archivverzeichnis Nr. VII, 42).

2. St. Antony's Collection, Oxford

   a. Job 25, Box 424.

   b. Job 105, Box 454.

3. Archives Historiques Régionales, Aosta

   a. Akten der Präfektur, bzw Unterpräfektur von Aosta aus den Jahren 1926-1939 (waren nur in einer privaten Abschrift einsehbar).

4. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

   a. Politische Abteilung II, Pol 6A Nationalitätenfrage, Fremdvölker - Die Südtiroler Frage,

   b. Deutsche Botschaft Rom, It, Pol 8c, Deutschstämmige Minderheit Südtirol.

5. Geheimes Staatsarchiv, München

   a. Bayrische Gesandtschaft beim Hl. Stuhl, Nr. 987: Bedrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol 1922-1933.

B. Veröffentlichte Quellen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B (1925-1933), Göttingen 1966 ff.

Atti Parlamentari della Camera dei Deputati, Discussioni.

Atti Parlamentari della Camera dei Senatori, Discussioni.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti 1922-1933, Florenz 1975.

De Rosa, Gabriele (Hg.), Alcide De Gasperi. I cattolici trentini sotto l'Austria, 2 Bände, Rom 1964.

Documenti Diplomatici Italiani 1861-1943, Serie 7 (1922-1935), Rom 1953 ff.

Gorret, Pierre, Quelques lettres de l'Abbé Trèves, Aosta 1967.

Guadagnini, Giuseppe, Un anno nella Venezia Tridentina, Trient 1923.

Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente, Boppard 1970.

Margiotta Broglio, Francesco, Italia e Santa Sede. Dalla Grande Guerra alla Conciliazione, Bari 1966.

Michaelis, Herbert, Schraepler, Ernst (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, 24 Bände, Berlin 1958-1977.

Mussolini, Benito, Opera Omnia, 35 Bände, Florenz 1951-1963.

Pacelli, Francesco, Diario della Conciliazione, Città del Vaticano 1959.

Salata, Francesco, Per le nuove provincie e per l'Italia. Discorsi e scritti con note e documenti, Roma 1922.

C. Zeitungen und Zeitschriften

Alpenzeitung, Bozen, I (1926), täglich.

Archivio per l'Alto Adige (Hg. Ettore T o l o m e i), Glen, Rom, Bozen, I (1906), jährlich.

Audacia, Verona, I (1921), wöchentlich.

Atti della Società Nazionale Dante Alighieri, Rom, I (1891), 2 mal jährlich

Bollettino Geografico Italiano, Rom, I (1867), 6 mal jährlich.

Bollettino della Legione Trentina, I (1921), ca. alle zwei Monate.

Il Brennero, Trient, I (1924), täglich.

Bulletin de la Ligue Valdôtaine, Aosta, I (1912), unregelmäßige Erscheinungsweise, mehrmals im Jahr.

Der Burggräfler, Meran, I (1919), 2 mal wöchentlich.

Corriere della Sera, Mailand, I (1876), täglich.

La Critica Politica, Rom I (1921), monatlich.

Il Gagliardetto Fascista, Trient, I (1921), 2 mal wöchentlich.

Il Giornale di Trento, Trient, I (1923), täglich.

L'Idea Nazionale, Rom, I (1911), täglich.

Italia Alpina, Trient, I (1919), wöchentlich.

Gerarchia, Mailand, I (1922), monatlich.

La Libertà, Trient, I (1917), 3 mal wöchentlich.

Il Maglio, Turin, I (1923), wöchentlich.

Il Nuovo Trentino, Trient, I (1918), täglich.

Il Piccolo Posto, Bozen-Meran, I (1922), 2 mal wöchentlich, seit August 1922 zweisprachig.

Politica, Rom, I (1919), monatlich.

Il Ponte, Bozen, I (1922), wöchentlich.

Il Popolo, Trient, I (1900), wöchentlich.

Il Popolo d'Italia, Mailand, I (1914), täglich.

La Provincia d'Aosta, Aosta, I (1927),
2 mal wöchentlich.

La Provincia di Bolzano, Bozen, I (1927),
täglich.

Rivista Pedagogica, Mailand, Rom, Neapel,
I (1908), monatlich.

Trentino, Rivista della Legione Trentina, Trient,
I (1925), monatlich.

La Vita Italiana, Rom, I (1913), monatlich.

La Voce del Sella, Trient, I (1923),
wöchentlich.

Volksbote, Bozen, I (1919), wöchentlich.

Volksrecht, Bozen, I (1920),
3 mal wöchentlich.

II. Literatur

A d a m i , Vittorio, Storia documentata dei confini del Regno d'Italia, 5 Bände, Rom 1919-1931.

A p i h , Elio, Italia. Fascismo e antifascismo nella Venezia Giulia 1918-1943, Bari 1966.

A q u a r o n e , Alberto, L'Organizzazione dello Stato totalitario, Turin 1965.

A r a , Angelo, L'Alto Adige come problema della politica interna ed estera fascista, Clio 11 (1973) S. 343-354.

Ders., Spirito pubblico e politica italiana in Alto Adige dal plebiscito della Saar all'Anschluss, Parma 1974.

A t h a n a s i u s (Pseudonym für Michael G a m p e r), Die Seelennot eines bedrängten Volkes, Innsbruck 1927.

Barzini, Luigi, Una porta d'Italia con il Tedesco per portiere, Mailand 1922 (Sammlung von Aufsätzen Barzinis, die 1921 im Corriere della Sera erschienen sind).

B a t t i s t i B i t t a n t i , Ernesta (Hg.), Scritti politici di Cesare Battisti, Florenz 1923.

B e n v e n u t i , Sergio, Il fascismo nella Venezia Tridentina 1919-1924, Trient 1976.

B é r a r d , Edouard, La langue française dans la Vallée d'Aoste, Aosta 1862 (wiederveröffentlicht: Aosta 1974).

B e r t o n i J o v i n e , Dina, La scuola italiana dal 1870 ai giorni nostri, Rom 1972.

B i n c h y , D. A., Church and State in Fascist Italy, London 1970.

B o e t t c h e r , Oskar, Die autonome Region Aostatal, Diss., Erlangen 1969.

B o r g e s e , Giuseppe Antonio, L'Alto Adige contro l'Italia, Mailand 1921.

Bozen. Stadt im Umbruch, Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstituts, Band 8, Bozen 1973.

B r o c h e r e l , Jules, Le patois et la langue française en Vallée d'Aoste, Neuchâtel 1952.

C a n d e l o r o , Giorgio, Il movimento cattolico in Italia, Rom 1972.

C a n n i s t r a n o Philip, La fabbrica del consenso, Bari 1975.

C a r o c c i , Giampiero, La politica estera dell'Italia fascista 1925-1928, Bari 1969.

C a r o l e o , Anna, Le banche cattoliche dalla prima guerra mondiale al fascismo, Mailand 1976.

C a s s e l s , Alan, Mussolini's Early Diplomacy, Princeton N.J. 1970.

C e r m e l j , Lavo, Sloveni e croati in Italia fra le due guerre, Triest 1974.

C h i e r z i , Adriana, Contributo alla storia delle origini del fascismo trentino attraverso la stampa locale 1919-1922, tesi di laurea, Turin 1968-1969.

C i a r l a n t i n i , Franco, Problemi dell'Alto Adige, Florenz 1919.

C o l l i a r d , Adriana, Il giornalismo valdostano dal 1859 al 1864, tesi di laurea, Turin 1966-1967.

C o r s i n i , Umberto, Giolitti, Credaro e la prima pubblicazione a cura della "Società per gli Studi Trentini", Studi Trentini 50 (1971) S.200-240.

Ders. (Hg.), Trentino e Alto Adige. Dall'Austria all'Italia, Bozen 1969.

D a n i , Serena, La società valdostana dalla la guerra mondiale alla grande crisi 1919-1929, tesi di laurea, Turin 1971-1972.

D e c k e r , Günter, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Göttingen 1955.

De Felice, Renzo, Giovanni Preziosi e le origini del fascismo 1917-1931, Rivista Storica del Socialismo 5 (1962), S. 493-555.

Ders., Mussolini il duce, Turin 1974.

Ders., Mussolini il fascista 1, Turin 1966.

Ders., Mussolini il fascista 2, Turin 1968.

Ders., Mussolini il rivoluzionario, Turin 1965.

Ders., Il problema dell'Alto Adige nei rapporti italo-tedeschi dall'Anschluss alla fine della seconda guerra mondiale, Bologna 1973.

Ders., Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Turin 1972.

De Frenzi, Giulio (Pseudonym für Luigi Federzoni), Per l'italianità del "Gardasee", Neapel 1909.

De Grand, Alexander J., The Italian Nationalist Association in the Period of Italian Neutrality, August 1914-May 1915, Journal of Modern History 43 (1971) S. 394-412.

Dei Sabelli, Luca, Nazioni e minoranze etniche, 2 Bände, Bologna 1929.

De Mauro, Tullio, Storia linguistica dell'Italia unita, Bari 1972.

De Rosa, Gabriele, Il Partito popolare italiano, Bari 1969.

Diggins, John P., Mussolini and Fascism. The View from America, Princeton N.J. 1972.

Engel - Janosi, Friedrich, Die diplomatische Mission Ludwig Pastors beim Hl. Stuhl 1920-1928, Wien 1968.

Fabel, Hermann, Die bäuerliche Standesorganisation Südtirols, Innsbruck 1974.

Federazione dei Fasci di Combattimento della Provincia di Bolzano (Hg.), Pons Drusi, Bozen 1934 (tatsächlich 1935).

Federazione Provinciale Fascista di Bolzano (Hg.), L'Azione del Fascismo in Alto Adige dopo la costituzione della Provincia, Bozen 1928.

Fedele, Santi, Storia della concentrazione antifascista 1927-1934, Mailand 1976.

Fenz, Emanuel G., South Tyrol 1919-1939, Diss., Colorado 1967.

Ferretti, Giovanni, La scuola nelle terre redente, Florenz 1923.

Fiorelli, Piero, I diritti linguistici delle minoranze, Archivio per l'Alto Adige 42 (1948) S. 293 ff.

F i o r e l l i , Piero, Il diritto linguistico valdostano, Turin 1949.

F r e i b e r g , Walter (Pseudonym), Südtirol und der italienische Nationalismus, (als Manuskript vervielfältigt in Innsbruck) 1950.

F u r l a n i , Silvio, Il modello storico dell'autonomia della regione Trentino-Alto Adige, Storia e Politica 13 (1974) S. 308-335.

G a t t e r e r , Claus, Im Kampf gegen Rom, Wien-Frankfurt-Zürich 1968.

G h i s a l b e r t i , Carlo, Storia costituzionale d'Italia 1849-1948, Bari 1974.

G i a r r a t a n a , Alfredo, L'Alto Adige, Venedig 1928.

G i u l i a n i , Sandro, Le 19 provincie create dal duce, Mailand 1928.

G r u b e r , Alfons, Südtirol unter dem Faschismus, Bozen 1974.

Henri, Joseph, Histoire populaire, religieuse et civile de la Vallée d'Aoste, 2 Bände, Aosta 1929.

H e r r e , Paul, Die Südtiroler Frage, München 1927.

H o u s e , J.W., The Franco-Italian Boundary in the Alpes Maritimes, Transactions and Papers, The Institute of British Geographers Publication Nr. 26, 1959, S. 107-131.

H u g e l m a n n , Karl G. (Hg.), Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, Wien 1934.

H u t e r , Franz (Hg.), Südtirol eine Frage des europäischen Gewissens, Wien 1965.

J a n i n , Bernard, Une région alpine originale. Le Val d'Aoste, Grenoble 1968.

K e l l e r , Hans Erich, Etudes linguistiques sur les parlers valdôtains. Contribution à la connaissance des dialectes franco-provençaix modernes, Bern 1958.

K e l m e s , Erwin, Der Europäische Nationalitätenkongreß (1925-1938), Diss., Köln 1958.

K l o s s , Heinz (Hg.), Beiträge zu einem System des Selbstbestimmungsrechts, Wien-Stuttgart 1970.

Ders., Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert, Wien-Stuttgart 1969.

K l u x e n , Kurt, M o m m s e n , Wolfgang J. (Hg.), Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Theodor S c h i e d e r zu seinem 60. Geburtstag, München-Wien 1968.

K o h n , Hans, Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, Heidelberg 1950.

Ladinien. Land und Volk in den Dolomiten, Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstituts, Band 3-4, Bozen 1963-1964.

L e d e e n , Michael, D'Annunzio a Fiume, Bari 1975.

Ders., L'Internazionale fascista, Bari 1973.

Ders., (Hg.), Renzo De Felice. Intervista sul fascismo, Bari 1975.

L e n g e r e a u , Marc, La Vallée d'Aoste, Grenoble 1968.

L y t t e l t o n , Adrian, La conquista del potere. Il fascismo dal 1919 al 1929, Bari 1974.

M a c k S m i t h , Denis, Le guerre del duce, Bari 1976.

M a r z a r i , Walter, Kanonikus Michael Gamper, Wien 1974.

M a y r , Paul, Ein Kapitel Südtiroler Wirtschaftsgeschichte, Der Schlern 42 (1968) S. 347-358.

M i n i s t e r o dell' E d u c a z i o n e Nazionale (Hg.), Dalla riforma Gentile alla carta della scuola, Florenz 1941.

M i s s i r o l i , Mario, Date a Cesare. La politica religiosa di Mussolini con documenti inediti, Rom 1929.

M o l i n e l l i , Raffaele, I nazionalisti italiani e l'intervento, Urbino 1973.

M o n t e l e o n e , Renato, La politica dei fuorusciti irredenti durante la prima guerra mondiale, Udine 1972.

M u h r , Josef, Die deutsch-italienischen Beziehungen in der Ära des Ersten Weltkrieges 1914 - 1922), Göttingen 1977.

O m e z z o l i , Tullio, Conflitti di lingua e di cultura in Valle d'Aosta, tesi di laurea, Turin 1965-1966.

Ders., Lingua e politica nella provincia fascista, Aosta 1974.

Ders., Problemi di sociolinguistica regionale, Aosta 1972.

P a s s e r i n d ' E n t r è v e s , Ettore, La lotta per l'autonomia e la difesa del francese in Valle d'Aosta, in: Il fascismo e le autonomie locali (Hg. Sandro F o n t a n a) , Bologna 1973.

P e r r i n , Joseph-César, La Jeune Vallée d'Aoste, Aosta 1973.

Ders., La "Ligue Valdôtaine", Aosta 1974.

P e r f e t t i , Francesco (Hg.), Il nazionalismo italiano, Mailand 1969.

P e s e , Walter, Hitler und Italien 1920-1926, VfZG 3 (1955) S. 113-126.

P e t e r s e n , Jens, Faschismus und Industrie in Italien 1919-1929, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, Heft 7, Frankfurt 1976, S. 133-189.

Ders., Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

P r e t i , Domenico, La politica agraria del fascismo: note introduttive, Studi Storici 14 (1973) S. 802-869.

R é a n , Anselme, La phase initiale de la guerre contre la Langue Française dans la Vallée d'Aoste, Ivrea 1923.

R e u t - N i c o l u s s i , Eduard, Tirol unterm Beil, München 1928.

R i c c a r a n d , Elio, Fascismo e resistenza in Valle d'Aosta 1919-1932, Aosta 1974 (hektographiert).

R i c c a r a n d , Elio, O m e z z o l i , Tullio, Sur l'émigration valdôtaine, Aosta 1975.

R i t s c h e l , Karl Heinz, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966.

R o n c o , Luigi, Il movimento cattolico nella Valle d'Aosta dal 1895 al 1913, tesi di laurea, Università Cattolica, Milano 1972-1973.

R o s e n , Edgar, Mussolini und Deutschland 1922-1923, VfZG 5 (1957) S. 17-41.

Rossé, Joseph, Stürmel, Marcel, u.a. (Hg.), Das Elsaß von 1870-1932, 4 Bände, Colmar 1936-1938.

Rossini, Giuseppe, Il movimento cattolico nel periodo fascista, Rom 1966.

Ruffilli, Roberto, La questione regionale dall'unificazione alla dittatura 1862-1942, Mailand 1971.

Rumi, Giorgio, L'Imperialismo fascista, Mailand 1974.

Ders., Alle origini della politica estera fascista 1918-1923, Bari 1972.

Rusinow, Dennison J., Italy's Austrian Heritage 1919-1946, Oxford 1969.

Salvatorelli, Luigi, Mira, Giovanni, Storia d'Italia nel periodo fascista, Mailand 1972.

Salvemini, Gaetano, Mussolini diplomatico 1922-1932, Bari 1952.

Santarelli, Enzo, Storia del movimento e del regime fascista, 2 Bände, Rom 1967.

Schieder, Theodor, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln-Opladen 1961.

Ders., Nationalstaat und Nationalitätenproblem, Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 161-181.

Schieder, Wolfgang (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976.

Schmid - Burgk, Ernst M., Faschistische Minderheitentheorie, Volk und Reich 11 (1935) S. 815-832.

Seton-Watson, Christopher, Italy from Liberalism to Fascism 1870-1925, London 1967.

Sori, Ercole, Emigrazione all'estero e migrazioni interne in Italia tra le due guerre, Quaderni Storici 10 (1975) S. 579-606.

Sotgiu, Girolamo, Movimento operaio e autonomismo, Bari 1977.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Diss., Wien 1975.

Stolz, Otto, Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden, 4 Bände, München-Berlin 1927-1934.

S t r a k a , Manfred (Hg.), Handbuch der europäischen Volksgruppen, Wien-Stuttgart 1970.

T a g l i a v i n i , Carlo, Le origini delle lingue neolatine, Bologna 1972.

T h a l e r , Alois, Der Tiroler Volksbund, Diss., Innsbruck 1962.

T i b a l d i , T., Il trionfo dell' "Idioma gentile", Turin 1912.

T o l o m e i , Ettore, Memorie di vita, Rom 1948.

T o m a s i , Tina, L'Idea laica nell'Italia contemporanea, Florenz 1971.

T o s c a n o , Mario, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige, Bari 1967.

T r a f o i e r , Karl, Die innenpolitische Lage in Südtirol 1918-1925, Diss., Wien 1971.

T r è v e s , Mario, Cenni biografici ed azione regionalista, tesi di laurea, Turin 1971-1972.

T u n i n e t t i , Dante Maria, Squadrismo, squadristi piemontesi, Rom 1942.

V a l e r i , Nino, Da Giolitti a Mussolini, Florenz 1956.

V e g e z z i - R u s c a l l a , Giovenale, Che cosa è nazione, Turin 1854.

Ders., Diritto e necessità di abrogare il francese come lingua ufficiale in alcune valli della provincia di Torino, Turin 1861.

Ders., Ethnocrazia ed autonomia, Palermo 1869.

Ders., Le lingue e le nazionalità, sine loco 1873.

Ders., La nazionalità di Nizza, Rivista Contemporanea (Turin) 7 (1859) S. 3-29.

V e n e r u s o , D., La vigilia del fascismo Bologna 1968.

V i a l l e t , Jean-Pierre, Les Vaudois d'Italie de Giolitti a Mussolini 1911-1945, Aix-Marseille 1970.

V i e f h a u s , Erwin, Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919, Würzburg 1960.

V i g e z z i , Brunello, L'Italia di fronte alla prima guerra mondiale, vol. 1, L'Italia neutrale, Mailand - Neapel 1966.

W e i b e l , Ernest, La création des régions autonomes à statut spécial en Italie, Genf 1971.

W i l d g e n , John K., The Politics of Autonomy in the Valle d'Aosta, Diss., Duke University, Durham North Carolina 1969.

Ders., La politique autonomiste du Val d'Aoste, Aosta 1971 (hektographierte Übersetzung der Dissertation Wildgens).

W r o b e l , Peter, Die Raiffeisenkassen in Südtirol, Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts 26, Bozen 1968.

Z a l l i n g e r - T h u r n , Bernhard, Die Grundlagen der Südtiroler Politik, Bozen 1949.

Z a n o t t o , André, Histoire de la Vallée d'Aoste, Aosta 1968.

Lebenslauf

Ich bin am 18.1.1939 in Karlsruhe geboren. Von 1949 bis 1958 besuchte ich das Kolleg St. Blasien. 1958 bis 1964 studierte ich an der Universität Heidelberg Anglistik und Romanistik mit Ausnahme des Studienjahres 1962/63, in dem ich an der Universität Rom immatrikuliert war. Jeweils im Herbst 1964 und 1966 legte ich das erste und zweite Staatsexamen in den Fächern Englisch und Französisch ab. Anschließend unterrichtete ich an einem Berliner, dann an einem Stuttgarter Gymnasium. Im Sommersemester 1970 begann ich an der Universität Stuttgart ein Zweitstudium im Fach Geschichte und wechselte im Sommersemester 1972 an die Universität Trier, nachdem ich auf eigenen Antrag im August 1971 aus dem Schuldienst ausgeschieden war. Grund für den Universitätswechsel war das Entgegenkommen Professor Wolfgang Schieders, die Anfertigung einer Dissertation über die Minderheitenpolitik des italienischen Faschismus - ein Thema, das er vorgeschlagen hatte - betreuen zu wollen. Von April 1973 bis Dezember 1974 war ich Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Rom, anschließend erhielt ich bis Juli 1977 ein Promotionsstipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz. Seit August 1977 bin ich wieder an einem Stuttgarter Gymnasium tätig.

Druck: D. Gräbner, 8602 Altendorf - Tel. 09545/8791